



Stenografischer Bericht

25. Sitzung

Freitag, 7. April 2017,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 5

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelle Debatte

a) DDR-Unrecht weiter aufarbeiten - Versöhnung fördern

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - **Drs. 7/1191**

**Einsetzung eines Ausschusses
zur Überprüfung der Abgeordne-
ten auf eine Tätigkeit für den
Staatssicherheitsdienst der DDR**

Antrag Fraktionen CDU, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs.
7/1190**

Sebastian Striegel (GRÜNE)	5
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	8
Sebastian Striegel (GRÜNE)	8
Anne-Marie Keding (Ministerin für Justiz und Gleichstellung)	8
Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE).....	10
Silke Schindler (SPD)	15
Matthias Büttner (AfD)	18
Dr. Katja Pähle (SPD).....	22
Matthias Büttner (AfD)	22
Siegfried Borgwardt (CDU).....	23
Swen Knöchel (DIE LINKE)	23
Eva Feußner (CDU).....	24
Eva von Angern (DIE LINKE)	26
Eva Feußner (CDU).....	26
Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE).....	27
Eva Feußner (CDU).....	27
Daniel Roi (AfD).....	28
Eva Feußner (CDU).....	29
Jan Wenzel Schmidt (AfD).....	29
Eva Feußner (CDU).....	29
Katrin Budde (SPD)	29
Eva Feußner (CDU).....	30
Sebastian Striegel (GRÜNE)	30
Matthias Büttner (AfD)	31
Dr. Falko Grube (SPD)	32
Matthias Büttner (AfD)	32

Detlef Gürth (CDU)	33
Dr. Katja Pähle (SPD)	34
André Poggenburg (AfD)	34
Abstimmung	35

b) Die Zukunft der EU 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1192**

Wulf Gallert (DIE LINKE)	37
André Poggenburg (AfD)	40
Wulf Gallert (DIE LINKE)	40
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	41
André Poggenburg (AfD)	44
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	44
Katrin Budde (SPD)	45
Tobias Rausch (AfD)	47
Florian Philipp (CDU)	50
Tobias Rausch (AfD)	50
Dorothea Frederking (GRÜNE)	51
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	52
André Poggenburg (AfD)	53
Dorothea Frederking (GRÜNE)	53
Florian Philipp (CDU)	53
Markus Kurze (CDU)	54
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	55
Markus Kurze (CDU)	55
Wulf Gallert (DIE LINKE)	56
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	56

c) Steuerverschwendung für Multi-Kulti um jeden Preis

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/1193**

André Poggenburg (AfD)	57
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	58
André Poggenburg (AfD)	61
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	61

Tagesordnungspunkt 3

a) Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „Sachsen-Anhalt: Große Geschichte, gute Zukunft - wie wir heute die Weichen für morgen stellen“

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	71
---	----

b) Aussprache zur Regierungserklärung

André Poggenburg (AfD)	80
Dr. Katja Pähle (SPD)	84
Swen Knöchel (DIE LINKE)	87
Sebastian Striegel (GRÜNE)	90
Siegfried Borgwardt (CDU)	91

Tagesordnungspunkt 20

Beratung

Geflügelpest: Hysterie nicht angebracht. Verhältnismäßige und konsequent risikoorientierte Anwendung von Schutzmaßnahmen nach der Geflügelpest-Verordnung sicherstellen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1178**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/1216**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/1222**

Andreas Höppner (DIE LINKE)	62
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	64
Dietmar Krause (CDU)	66
Hannes Loth (AfD)	67
Jürgen Barth (SPD)	68
Dorothea Frederking (GRÜNE)	69
Andreas Höppner (DIE LINKE)	70

Abstimmung	70
------------------	----

Tagesordnungspunkt 22

Beratung

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014

Antrag Ministerium der Finanzen - **Drs. 6/4680**

Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 1 - vertraulicher Teil

Unterrichtung Landesrechnungshof - **Drs. 6/4576**

Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 1

Unterrichtung Landesrechnungshof -
Drs. 6/4577

Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 2

Unterrichtung Landesrechnungshof -
Drs. 7/107

Beschlussempfehlung Ausschuss für
Finanzen - **Drs. 7/1161**

Eva Feußner (Berichterstatte(rin))	95
André Schröder (Minister der Finanzen)	96
Robert Farle (AfD)	97
Dr. Andreas Schmidt (SPD)	98
Kristin Heiß (DIE LINKE)	99
Olaf Meister (GRÜNE)	100
Eva Feußner (CDU)	101

Abstimmung	102
------------------	-----

Schlussbemerkungen	102
---------------------------------	-----

Beginn: 9:02 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen mit unserer Sitzung fortfahren. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 25. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich bitte Sie um Ruhe, damit wir beginnen können. - Hiermit eröffne ich die 25. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie auf das Herzlichste. Ich hoffe, dass Sie inzwischen angekommen sind und Ihren Gesprächsbedarf auf eine Pause verschieben.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 12. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen mit den drei Themen der Aktuellen Debatte im Tagesordnungspunkt 2.

Ich erinnere daran, dass sich für heute Minister Herr Prof. Dr. Willingmann ganztägig sowie Minister Herr Webel von 13 Uhr bis 16 Uhr entschuldigt haben.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelle Debatte

Bei diesem Tagesordnungspunkt liegen drei Themen der Aktuellen Debatte vor, wobei zum ersten Thema ein Antrag vorliegt, der in verbundener Beratung behandelt wird.

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten.

Ich rufe das erste Thema auf

DDR-Unrecht weiter aufarbeiten - Versöhnung fördern

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/1191

Einsetzung eines Ausschusses zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/1190

Eine gesonderte Einbringung des Antrags in der Drs. 7/1190 ist nicht vorgesehen.

Ich wurde soeben darauf hingewiesen, dass nunmehr folgende Reihenfolge vereinbart wurde: GRÜNE, DIE LINKE, SPD, AfD, CDU. Ihren Unterlagen ist eine andere Reihenfolge zu entnehmen. Diese Änderung ist erforderlich geworden, weil ein Redner noch nicht anwesend sein kann bzw. noch nicht anwesend ist.

Zunächst hat die Antragstellerin des ersten Themas zur Aktuellen Debatte - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - das Wort. Es spricht der Abg. Herr Striegel. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unrecht hat kein Verfallsdatum. Die Opfer der SED-Diktatur haben ein Recht darauf, dass an die ihnen geltenden Verbrechen, das von ihnen erlittene Unrecht, die erfahrenen Benachteiligungen und Zurücksetzungen erinnert wird und dass die bis heute reichenden Beschädigungen, Traumatisierungen und Nachteile anerkannt und soweit irgend möglich ausgeglichen werden. Es kann und darf auch 28 Jahre nach der friedlichen Revolution kein Ende der Erinnerung, kein Abbrechen der Aufarbeitung, keinen Schlussstrich geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann nicht sein, weil das Leid der Betroffenen nicht zu Ende ist, die Wunden nicht verheilt sind, und es darf nicht sein, weil wir eine Verantwortung für die Folgen jener Zeit tragen, auch wenn wir nicht persönlich schuldig geworden sind. Deswegen brauchen wir gerade auch heute psychosoziale Beratung für Betroffene. Deswegen muss Leid als Ergebnis von DDR-Unrecht anerkannt werden, um Heilung zu ermöglichen.

Wer Versöhnung will, der muss aufklären. Wer aus Geschichte lernen will, der muss sie erforschen. Wer neues Unrecht verhindern will, der muss vergangenes Unrecht aufarbeiten.

Meine Fraktion hat aus Anlass des 21. Bundeskongresses der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen und die Aufarbeitung der SED-Diktatur am Monatsende in Magdeburg diese Aktuelle Debatte beantragt. Gastgeberin des Kongresses ist die Beauftragte unseres Landes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Birgit Neumann-Becker, die

heute auch anwesend ist. Der Kongress will Zeugnis geben über Erfahrungen politisch Verfolgter in der SBZ und der DDR. Dieses Zeugnis ist notwendig gerade in einer Zeit, in der die Opfer kommunistischen Unrechts aus der SBZ und der stalinistischen frühen DDR sterben und perspektivisch eine ganze Generation an Zeitzeugen nicht mehr als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zur Verfügung steht.

Doch auch für die Jahre danach, für insgesamt vier Jahrzehnte DDR-Geschichte gilt, die Erinnerung an die Diktatur muss wachgehalten werden. Nicht damit vor dem Schatten der Geschichte ein demokratisches System umso heller strahlen kann, kontrastierende Überhöhungen der Gegenwart machen mich eher misstrauisch. Ich meine, dass Demokratie und Menschenrechte aus sich selbst heraus wirken und auch über Defizite demokratischer Systeme gesprochen werden kann.

Erinnerung muss vielmehr der Betroffenen wegen wachgehalten werden. Sie darf und muss Anlass zum Lernen aus und von der Geschichte sein. Erinnerungsarbeit setzt zunächst Wissen voraus. Die persönlichen Verstrickungen, zum Beispiel durch eine offizielle oder inoffizielle Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, gehören beleuchtet. Wir Landtagsabgeordneten sollten an dieser Stelle beispielgebend vorangehen und auch angesichts der deutlich veränderten Zusammensetzung des Hauses in der siebenten Wahlperiode eine erneute Überprüfung auf den Weg bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Über Schuld durch eigenes Tun oder Unterlassen kann und darf aber nicht nur anhand von Stasi-Unterlagen gesprochen werden. Aufarbeitung als Anerkenntnis, dass es schuldhaftes Handeln gegeben hat, dass Menschen zu Opfern gemacht worden sind, muss breiter angelegt werden.

Ich bin im Jahr 1981 geboren und damit noch als DDR-Bürger auf die Welt gekommen. Mit dem real existierenden Sozialismus wurde ich tatsächlich aber erst mit meiner Einschulung im Jahr 1988 konfrontiert. Die Entscheidung, bei den Jungen Pionieren mit sieben Jahren ein blaues Halstuch zu tragen, trafen meine Eltern in der Hoffnung, dass mir anders als meiner Mutter die Herkunft aus einer aktiven katholischen Familie nicht pauschal den Weg zum Abitur verbauen würde.

Ein Zugeständnis an die politischen Verhältnisse? Kritikwürdig, weil nicht besonders geradlinig? Was wäre aus mir im Bildungssystem der DDR geworden? Was hätte ich getan, wäre ich angesprochen worden mit der Aufforderung, Abitur machen zu dürfen, aber dafür aus dem Klassenkollektiv zu berichten? Hätte ich mich für einen Studienplatz freiwillig länger zur NVA gemeldet? Hätte ich den

Mut zum Dienst als Bausoldat oder gar zur Totalverweigerung aufgebracht? Hätte ich das System durch eine Mitgliedschaft in der SED oder der Blockpartei CDU stabilisiert? Hätte ich die eigenen Freunde für ein bisschen mehr Freiheit oder zur Meidung empfindlicher Übel verpiffen?

Mir sind Entscheidungen dieser Art abgenommen worden. Ich musste sie nie treffen, weil andere Mut bewiesen und die DDR-Diktatur abgewickelt hatten, bevor ich darüber schlaflose Nächte haben konnte.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Henriette Quade, DIE LINKE)

Dafür bin ich und sind wohl fast alle Vertreterinnen und Vertreter meiner Generation den Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern, den Friedens- und Umweltbewegten, den Menschen in Kirchen und auf Montagsdemonstrationen zutiefst dankbar. Es waren Menschen wie Hans-Jochen Tschiche, einer der Gründer meiner Partei, die ohne Angst den Löwen am Schwanz zogen und ihn letztlich besiegten.

Allein diese kurze Aufzählung von Möglichkeiten macht deutlich, dass die Beurteilung von Schuld und Beteiligung an DDR-Unrecht den Blick über die Akten der Staatssicherheit hinaus braucht. Wer über in der DDR begangenes Unrecht sprechen will, der sollte von SED- und Blockpartei-mitgliedschaften nicht schweigen.

Wir müssen reden über aktives Handeln in der Diktatur, über Schweigen und Weggucken, vielleicht um sich nicht angreifbar zu machen, oder über systemstabilisierendes Verhalten durch Mitläufertum. Ein jeder möge selbst beurteilen, wie er oder sie sich unter den Bedingungen einer Diktatur verhalten hätte.

Und auch bei denen, die sich beim Ministerium für Staatssicherheit in den Dienst des Schildes und Schwertes der SED stellen, braucht es Differenzierung. Sprechen wir über eine hauptamtliche Tätigkeit oder eine inoffizielle Mitarbeit? In welchem Zusammenhang erfolgte die Verpflichtung zur Mitarbeit? Unter Druck oder freiwillig? In welchem Alter und welcher Lebenssituation? Was und wie lange wurde berichtet?

Die Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde, ihrer zwei Außenstellen in Sachsen-Anhalt und der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist auch zur Beurteilung solcher Fragen unverzichtbar ebenso wie die Arbeit von Vereinen wie Zeitgeschichte e. V.

Zugleich scheint es mir wichtig, endlich das Zerrbild zu überwinden, es sei nur und ausschließlich die Stasi, die bei der Aufarbeitung in den Blick gehören. Ilko-Sascha Kowalczyk, Historiker und Projektleiter bei der Stasi-Unterlagenbehörde, hat

auf die Funktion des MfS nach 1989 als - Zitat - historischer Sündenbock verwiesen. Zitat:

„Das MfS war Schild und Schwert, die SED die Partei, also Arm, Hand und Kopf, die das Schwert führten.“

Wenn wir das ernstnehmen, dann müssen wir feststellen, dass Arm, Hand und Kopf seitdem kaum beachtet wurden. Das hatte eine gesellschaftliche Entlastungsfunktion. Man konnte eine vergleichsweise kleine Gruppe dafür verantwortlich machen, was eine viel größere Gruppe zu verantworten hat.

Unser gesellschaftlicher Umgang mit DDR-Unrecht ist bis heute vor allem von Schwarz-Weiß Denken geprägt. Kowalczyk hat auch darauf im Kontext der Debatte um den kurzzeitigen Berliner Staatssekretär der LINKEN Andrej Holm verwiesen. Holm sei kein Verbrecher, sondern mit seiner Biografie, aufgewachsen in einer Familie hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter und mit 14 Jahren zur Unterschrift unter eine Selbstverpflichtung gebracht, sichtbar auch SED Opfer. Sein Eintritt in das MfS 1989, aber auch sein Eintritt in die SED im Jahr zuvor sei keine Opferhandlung mehr. Hier wurde er zum Akteur.

Holm verkörpert mit dieser Sozialisation in Verbindung mit seinem selbstverantworteten Tun die Widersprüchlichkeit vieler ostdeutscher Biografien.

(Eva Feußner, CDU: Wer entscheidet das?)

Dass er als Staatssekretär entlassen wurde, hat mehr mit seinem Umgang mit der eigenen Vergangenheit als mit seiner am 1. September 1989 begonnenen und durch die friedliche Revolution bedingten sehr kurzen Tätigkeit für das MfS zu tun. Die Abteilung 20, in der er gearbeitet hat, war für die Verfolgung und Bekämpfung Oppositioneller zuständig. Er hat im Herbst 1989 noch mehr als zuvor Menschen zu zersetzen und Biografien zu brechen versucht.

Andrej Holm macht für diese Zeit Erinnerungslücken geltend und will nur Routinearbeiten ausgeführt haben. Das ist unglaublich. Der Eierkuchen, den Holm aufführte, erinnerte an die Verrenkungen der LINKEN hier im Haus, wenn es um eine erneute oder für manchen auch erstmalige Stasi-Überprüfung geht. Dass Sie sich einer solchen verweigern wollen,

(Eva Feußner, CDU: Das ist doch bezeichnend! Das sagt doch alles!)

ist nichts als ein peinliches, parteitaktisch motiviertes Manöver.

(Eva Feußner, CDU: Genau!)

Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN, scheuen 28 Jahre nach der friedlichen Revolution noch immer die Auseinandersetzung mit alten Kadern, die bei geschichtspolitischen Fragen bei Ihnen leider tonangebend sind,

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der CDU und von der Regierungsbank)

und die Konfrontation mit dem Geschichtsbild ihrer Wählerinnen und Wähler.

Sie ergehen sich in dialektischen Ausflüchten: Sie hätten einer Überprüfung ja zugestimmt, wenn man Sie vorher gefragt hätte.

Was unterscheidet denn die Überprüfung hier von einer Thematisierung auf einem sogar öffentlich stattfindenden linken Parteitag? Was ist in Sachsen-Anhalt anders als in Thüringen, wo Ihre Abgeordneten einer Überprüfung zugestimmt haben?

Ihre Ablehnung steht im Kontrast zu den Äußerungen manches jüngeren Mitglieds Ihrer Partei und auch zur Verantwortungsübernahme, die Sie schon in den 1990er-Jahren für das Handeln der SED oder auch zuletzt in der Koalitionsvereinbarung in Thüringen gezeigt haben. Ein offensiver, ein konstruktiver Umgang mit eigener Parteivergangenheit und vielleicht auch mit persönlicher Verantwortung sieht anders aus. Schade!

Dass die AfD für Schlussstrichmentalität steht, dass sie von historischer Verantwortung nichts wissen und aus Geschichte nichts lernen will, haben wir schon im Umgang der Partei mit den Verbrechen der NS-Diktatur erlebt. Wer hier von Schuld kulturiert und erinnerungspolitische Wenden um 180 Grad durchführen will, der sieht wohl auch fast drei Jahrzehnte nach dem Ende der SED-Diktatur die Notwendigkeit gekommen, Unrecht zu beschweigen und zu vergessen. Ihr Verhalten ist geschichtsvergessen, aber konsistent.

Warum sollten Sie beispielsweise ein Interesse daran haben, zu erfahren, welche Rolle westdeutsche Kommunisten für die Stabilisierung der Diktatur in der DDR spielten? Dass mit Ihrer Fraktion auch eine deutlich sichtbare personelle Änderung im Landtag einhergegangen ist, könnte ein starkes Argument für eine Überprüfung aller Abgeordneten auf Stasi-Tätigkeit sein.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Sie verweigern sich einer solchen. Haben Sie dafür persönliche Gründe?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Striegel, Ihre Redezeit ist zu Ende. Sie können sie aber gern verlängern - nach einer Anfrage.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ich bin sofort am Ende, Frau Präsidentin. - Versöhnung braucht Aufarbeitung. Diese braucht Erinnerungsarbeit, und Erinnerungsarbeit kommt ohne Kenntnis dessen, was war, nicht aus. Wir sollten deshalb auch im Angesicht derer, die in

der DDR unter Unrecht zu leiden gehabt haben, diesen Überprüfungsausschuss einsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Striegel. Es gibt eine Anfrage. Möchten Sie diese beantworten? - Herr Tillschneider, bitte.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Keine Anfrage, sondern eine Intervention. - Herr Striegel, ein produktiver Umgang mit der Vergangenheit besteht ganz sicher nicht im ritualhaften Memorieren vergangener Zustände und vergangener Schuld; vielmehr besteht eine produktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit darin, dass man die Lektion aus vergangenem Unrecht lernt und auf die Gegenwart, auf das Hier und Jetzt anwendet. Wenn Sie das tun würden, dann würden Sie vielleicht ihren inquisitorischen Umgang mit dem politischen Gegner, der dem DDR-Regime in nichts nachsteht, einmal hinterfragen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Striegel, Sie können gern darauf erwidern, wenn Sie möchten.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Tillschneider, Ihre Äußerung steht für sich, und sie ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die zu DDR-Zeiten Unrecht erlitten haben. Was wir betreiben, ist kein inquisitorischer Umgang,

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Doch!)

sondern es ist der Versuch einer Aufarbeitung, weil Versöhnung Kenntnis voraussetzt.

Wer im Heute Schlussfolgerungen aus der Diktatur der SED, aus der Diktatur der DDR ziehen will, der muss sich über Verstrickungen mit diesem System informieren. Auch die Frage von Schuld muss miteinander besprochen werden. Dass Ihre Fraktion sich einer solchen Überprüfung verweigert, ist, wie gesagt, konsistent. Sie stehen immer wieder für den Schlussstrich. Sie wollen keine Verantwortung aus der Geschichte übernehmen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt noch eine weitere Anfrage. - Herr Roi, bitte.

Daniel Roi (AfD):

Herr Striegel, man kann bei diesem Thema unterschiedlicher Meinung sein. Mir stellt sich immer

nur die Frage: Was soll dabei am Ende herauskommen? - Ich will die Frage vielleicht etwas konkretisieren und ein Beispiel nennen. Ich sitze auch im Kreistag in Anhalt-Bitterfeld. Dort haben wir diese Diskussion auch sehr lange geführt. Da gibt es jemanden, über den sehr viel geschrieben worden ist: Herr Ronald Maaß von der Linkspartei. Sie kennen diesen Fall sicherlich.

Ich frage Sie: Welche Konsequenzen wollen Sie denn ziehen, wenn so etwas herauskommt und in den Medien auch geschrieben wird? Was passiert dann? - Mir fehlt immer die Konsequenz, wenn man dann etwas weiß. Das verstehe ich nicht. Deshalb sehe ich das insbesondere auch bei den Kollegen von der CDU immer nur als Schaufensterantrag an, weil man nämlich keine Konsequenzen zieht und am Ende diese Leute sogar noch in Aufsichtsräte wählt.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Striegel, bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Roi, in einem demokratischen politischen System bestehen Konsequenzen nicht nur darin, dass am Ende nach friedlichen Revolutionen den Leuten der Kopf abgehackt wird - das ist nämlich nicht die Ansage hier - oder dass sie zwingend aus Ämtern zu entfernen sind; vielmehr besteht in einem demokratischen politischen System der Gewinn in der Beschäftigung mit Diktatur und mit den Verstrickungen in der Diktatur darin, dass man miteinander ins Gespräch kommt, dass man miteinander darüber spricht, an welchen Stellen jemand in schuldhaftes Handeln gekommen ist,

(Unruhe bei der AfD)

ob es für solches Handeln Begründungen, Nachvollziehbarkeiten gibt. Das ist die Aufgabe, der sich eine Demokratie stellen muss, wenn sie zurückblickt auf Zeiten, in denen Diktatoren geherrscht haben. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Striegel. Ich keine weiteren Anfragen. - Für die Landesregierung spricht Ministerin Frau Keding. Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Anne-Marie Keding (Ministerin für Justiz und Gleichstellung):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Gleich zu Beginn der Debatte und meiner Ausführungen möchte ich meiner Freude

darüber Ausdruck verleihen, dass der 23. Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Basis für eine Aktuelle Debatte des Landtages bildet.

Zum 1. Januar 2017 wechselten die Landesbeauftragte Frau Neumann-Becker sowie ihre Kollegen und Kolleginnen aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung zum Landtag. Dies möchte ich zum Anlass nehmen, an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für die geleistete Arbeit, die Impulse und insbesondere auch die geführten Gespräche zu danken.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Die Heimerziehung in beiden Teilen Deutschlands ist für die Zeit bis Mitte der 70er-Jahre etwa in eine öffentliche Diskussion gekommen. Fast eine halbe Million Kinder durchliefen bis 1989 die Heime der Jugendhilfe in der DDR. Fast 500 000 Kinder! Es waren mehrere tausend Mädchen und Frauen, die ab 1962 in geschlossene Frauenstationen für Geschlechtskranke zwangsweise eingewiesen worden sind. Eine dieser Stationen befand sich in der Poliklinik Mitte in Halle. Es war nicht die ganze Poliklinik Mitte, aber eine Station dort.

Dass die meisten dieser Patientinnen nicht geschlechtskrank waren, war den DDR-Ärzten durchaus bewusst, wie es bereits in einer Fachpublikation in den 70er-Jahren kommentiert wurde. Die Einrichtung, die Station war Teil des Unterdrückungsapparates der ehemaligen DDR. Dies belegen die bisherigen Forschungen zur Heimerziehung West und Ost und zur politisierten Medizin in der DDR, die auf ein ganzes Ursachenbündel für die Verhältnisse verweisen.

Namentlich für Ostdeutschland herrschte eine starke politische Betrachtung vor. Heimerziehung und Zwangseinweisung dienten teilweise einer staatssozialistischen Erziehungsdiktatur, die zu extremen Disziplinierungen der Betroffenen führte.

Die Politik hat bereits Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen und den dazu öffentlich geführten Debatten gezogen und mit Blick auf die ehemaligen Heimkinder im Jahr 2012 je einen Fonds „Heimerziehung“ sowohl für den West- als auch für den Ostteil von Deutschland eingerichtet.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat mit mehreren Entscheidungen eingegriffen, was bei den Instanzgerichten zu einem Wandel der Rechtsprechung bezogen auf die Heimerziehung in der DDR geführt hat.

Ähnliches gilt für die zwangseingewiesenen Frauen, die es nun einfacher haben, vor Gericht ihr

Leid zu belegen. Zwei von ihnen erstritten vor dem Oberlandesgericht Naumburg eine Rehabilitation. Das heißt, der Freiheitsentzug dort ist als rechtsstaatswidrig anerkannt worden. Daraus ergibt sich ein Anspruch auf Entschädigung für die durchschnittlich vier bis sechs Wochen, die eine solche Erziehungsunterbringung in der Poliklinik in der Regel dauerte. Die Entscheidungen des Oberlandesgerichtes Naumburg sind rechtskräftig.

Mit dem geltenden strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und der Rechtsprechung gibt es eine tragfähige und, wie ich meine, angemessene Grundlage für die Anerkennung und Entschädigung von erlittenem DDR-Unrecht. Ein Anspruch auf monatliche Opferpension besteht hingegen in der Regel nicht, weil der Einweisungszeitraum für diese Unterbringung in der Station der Poliklinik im Regelfall unter 180 Tagen lag.

Meine Damen und Herren! Der Bericht der Landesbeauftragten weist darauf hin, dass es für ehemalige Heimkinder Ost heute besonders schwierig sei, eine strafrechtliche Rehabilitation für einen Aufenthalt in einem DDR-Kinder- und Jugendheim oder einem Jugendwerkhof rechtlich durchzusetzen. Diese Einschätzung teile ich. Zwar würden die gesetzlichen Grundlagen an sich ausreichen, aber für die Annahme einer politischen Verfolgung braucht es Beweise.

Deshalb strebt der Bundesrat mit seinem auch vom Land Sachsen-Anhalt unterstützten Gesetzentwurf zur Verbesserung der Lage der Heimkinder gesetzliche Beweiserleichterungen an. Hintergrund ist ein einstimmiger Beschluss der Justizministerkonferenz vom Juni 2016. Diesen setzt der Bundesrat mit seinem Gesetzentwurf vom Dezember 2016 um.

Der Zug der Gesetzgebung rollt also. Allerdings ist die Meinungsbildung der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen. Das hat diese kürzlich dem Bundestag mitgeteilt. Es liegt nun in den Händen voraussichtlich des neuen Bundestages, nach der Wahl im September 2017 eine Entscheidung zu treffen.

Meine Damen und Herren! Sie möchten mit dieser Debatte ausweislich des Titels heute nicht nur DDR-Unrecht weiter aufarbeiten; Sie möchten auch Versöhnung fördern.

Als die Missstände in der Heimerziehung Ost wie West und in der venerologischen Station der Poliklinik Mitte in Halle langsam bekannt wurden, erahnte niemand das tatsächliche Ausmaß der Entwürdigungen. Es war für viele nicht nachvollziehbar, dass wesentliche humanitäre Prinzipien und Werte so eklatant verletzt werden konnten. Das Bewusstsein zum Ausmaß des dort verübten Unrechtes musste erst einmal gebildet werden, damit wir es angemessen berücksichtigen kön-

nen. Dazu haben Aufarbeitung, Forschung und Rechtsprechung beigetragen.

Wir stehen heute in der Verantwortung für das damals geschehene Unrecht und haben dieses Unrecht auch erkannt. Ich finde, es ist eine gute Sache, dass wir uns aus Anlass des Berichts der Landesbeauftragten damit befassen. Dies bestätigt, dass wir uns alle jenseits einer persönlichen Schuld in einer moralischen und damit auch in einer rechtlichen Verantwortung sehen.

Viele SED-Unrechtsopfer wollen, jedenfalls nach dem, was ich wahrnehme, an sich und vor allem, dass der rechtsstaatswidrige und entwürdigende Umgang mit ihnen und die Misshandlungen, die sie zu DDR-Zeiten erfahren haben, als das, was es ist, anerkannt wird: als Unrecht.

(Zustimmung bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Viele sind bis heute nicht entstigmatisiert oder rehabilitiert, weder vom Runden Tisch Heimerziehung noch vom Bundestag und auch nicht von anderen Institutionen. Ohne Anerkennung dieses Unrechts werden wir dem System DDR nicht angemessen begegnen können.

(Zustimmung bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Betroffenen werden als Maßstab nehmen, inwieweit tatsächliche Möglichkeiten bestehen oder geschaffen werden, um auch materielle Entschädigung und rentenfähige Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden zu erhalten, und welche Unterstützung sie jenseits der materiellen Folgen in neutralen Beratungspunkten oder durch die psychosozialen Gesprächsgruppen der Landesbeauftragten für Betroffene von SED-Unrecht und DDR-Heimerziehung erfahren werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die Beschäftigung mit diesem Thema.

(Zustimmung bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine Nachfragen. - Wir steigen in die Debatte ein. Der erste Debattenredner wird Herr Abg. Büttner sein. - Ach so, das ist getauscht worden. Entschuldigung.

Die erste Debattenrednerin wird Frau Bull-Bischoff von der Fraktion DIE LINKE sein. Doch bevor Frau Bull-Bischoff beginnt, möchte ich Schülerinnen und Schüler der Goethe-Sekundarstufe in Magdeburg recht herzlich bei uns im Hohen Hause begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort. Bitte.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Wer Zukunft gestalten will, der muss sich der Vergangenheit stellen. Ich denke, das ist ein Satz mit sehr unterschiedlichen und vielfältigen Perspektiven und Deutungen. Da ist zum einen die rechtlich-moralische Dimension - es müssen eigene Verstrickungen auf den Tisch kritischer Betrachtungen - und da ist zum anderen die politische Dimension. Dahinter steht der Anspruch, wir wollen und wir müssen wissen, wie diktatorische und autoritäre Verhältnisse im Großen wie im Kleinen funktionieren.

Was war die DDR? - Das Sozialismuskonzept der DDR ist gescheitert und es musste scheitern, weil es darauf setzte, den Menschen zwar soziale Sicherheit zu bieten - selbst das hat sehr unterschiedliche und kritische Perspektiven -, aber gleichzeitig elementare demokratische Grund- und Freiheitsrechte missachtete. Es fehlten demokratische Strukturen. Es gab keine freien demokratischen Wahlen. Es gab nicht den uneingeschränkten Schutz durch verbriefte Rechte des Einzelnen.

Es waren vor allen Dingen politisch Andersdenkende, die sich auf diese Verbindlichkeit demokratischer Rechte nicht verlassen konnten. Sie waren offen und verdeckt Benachteiligungen ausgesetzt, wurden politisch verfolgt oder gar ihrer Freiheit und ihrer Würde beraubt.

Bürgerinnen und Bürger der DDR haben ein solches Sozialismuskonzept klar und unmissverständlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Zitat gewesen aus einem Beschluss, den die LINKE Sachsen-Anhalt im Herbst 2014 in Quedlinburg beschlossen hat. Ich habe es nicht nachprüfen können, würde aber einmal schätzen, zwei Drittel der Delegierten waren ehemalige Verantwortungsträger.

Wenn wir heute über DDR-Unrecht diskutieren, dann gilt immer wieder denen der Dank und vor allem der Respekt, die sehr viel riskiert haben, die vor allen Dingen sehr viel riskiert haben lange vor dem Herbst 1989, und zwar zu einer Zeit, als sie noch wenige und damit deutlich gefährdeter waren als später, als es viele wurden.

Anfang der 90er-Jahre hatte meine Partei sehr viel Diskussionsbedarf. Schließlich waren und sind wir die Partei vieler Verantwortungsträger, auch wenn mittlerweile viele junge Leute zu uns gestoßen sind, die eine ganz eigene, manchmal auch andere Perspektive auf die Vergangenheit haben.

Ich will natürlich sagen, es wäre unglaublich, an dieser Stelle zu behaupten, dass wir zu jeder Zeit erfolgreich gewesen wären im Sinne einer kritischen Perspektive. Dennoch will ich es in aller

Form zurückweisen zu sagen, wir hätten uns dieser Verantwortung nicht gestellt. Meine Reden in diesem Plenum sind immer öffentlich gewesen. Es gibt nichts Öffentlicheres als Parteitage und Vertreterinnenversammlungen der Partei DIE LINKE.

Wir alle sind auf diesem Gebiet mittlerweile keine Neulinge mehr. Wir haben ca. 27 Jahre Erfahrung. Welche Erfahrungen sind das? Welche Erfahrungen gehören dazu?

Debatten über DDR-Unrecht erhitzen nach wie vor sehr stark die Gemüter. Ich sage einmal, aus der Perspektive derjenigen, die drangsaliert wurden, finde ich das auch sehr nachvollziehbar. Es erschwert aber - ebenso nachvollziehbar - differenzierte und, ich will auch sagen, damit keineswegs weniger anstrengende Debatten.

Grundsätzlich ist darüber viel diskutiert und dazu auch viel beschlossen worden. Um aber der Frage auf den Grund zu kommen, wie die DDR in ihren mikrosozialen, in ihren kleinen Strukturen funktioniert hat, ist der Blick auf persönliche Verstrickungen nötig. Das ist mit Fragen verbunden an das Mitglied der SED, der FDJ, der Gewerkschaften, mit Fragen an Mitglieder und Funktionäre der Blockparteien, mit Fragen an Akteurinnen im Sport, an Künstler und an viele andere mehr. Viele Fragen, behaupte ich, sind noch nicht gestellt worden, geschweige denn diskutiert oder gar beantwortet worden.

Gewinn bringend fände ich beispielsweise Gespräche zwischen dem ehemaligen IM, der im Jahr 1994 auf der Titelseite der „Bild“ veröffentlicht wurde, seine eigene politische Vergangenheit allerdings nie verschwiegen hat und sich damit nach wie vor kritisch auseinandersetzt, und denjenigen, die von der Staatssicherheit drangsaliert oder gar verfolgt worden sind.

Ich weiß, dass es schwer ist, aufeinander zuzugehen, vor allen Dingen für diejenigen, die gelitten haben, die sehr viel mehr riskiert haben als diejenigen, die heute wissen, was richtig war oder gewesen wäre.

Gewinn bringend fände ich Gespräche zwischen der ehemaligen SED-Bezirkssekretärin und dem Wissenschaftler, der nicht nur kritisch gedacht, sondern der auch aufgeschrieben hat, was er dachte. Beide sind gegebenenfalls sogar Mitglieder meiner Partei. Ich finde, dass das ein sehr nachdenklich machender und zugleich interessanter Umstand ist.

Gewinn bringend, meine Damen und Herren, fände ich aber auch Gespräche zwischen den jungen und jüngeren Leuten meiner Partei, die durchaus einen sehr kritischen Blick auf die DDR haben, und ehemaligen Mitgliedern der Blockparteien - nur einmal so als Beispiel -, die für sich

reklamieren, ohne den Begriff des Unrechtsstaats sei keine Diskussion möglich, und dennoch über viele Jahre in selbigem als Mandatsträger gesessen haben.

Im Antrag der Fraktion der GRÜNEN ist von Versöhnen und Verstehen die Rede. Ich will sagen, ich bin keine Verfechterin des Begriffs „Versöhnung“. Ich glaube, ehrlich gesagt, auch nicht, dass es nötig ist. Ich finde wichtiger das Verstehen, natürlich nicht im Sinne von einverstanden - selbstverständlich nicht -, sondern im Sinne von Interesse und Nachvollziehbarkeit.

Nun zu der Frage, wie meine Fraktion zur Einsetzung des Stasi-Überprüfungsausschusses - ich bezeichne es einmal so - steht.

Politische Biografie ist keine Privatsache und vor allem dann nicht, wenn man den Anspruch hat, sich in die Auseinandersetzungen im parlamentarischen System einzubringen. Deswegen gelten für uns zwei Punkte.

Erstens. Eine Kandidatur für ein Amt oder ein Mandat erfordert die Offenlegung der politischen Biografie. Zur politischen Biografie gehört für uns auch - auch, aber eben nicht nur - die Kooperation mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Das meint auch eigene Verantwortung in der Zeit der DDR als Mitglied der SED, der FDJ, als Funktionsträger von Blockparteien und vieles andere mehr.

Das entscheidende Kriterium für uns ist dabei aber die heutige Perspektive, meine Damen und Herren, die heutige politische Perspektive auf die Verantwortung von damals. Die selbstkritische Reflexion des eigenen Handelns, und das auf offener Bühne, ist für uns das entscheidende Kriterium.

Zweitens. Wenn persönliche Verstrickungen insbesondere mit dem System der Staatssicherheit nachträglich bekannt werden, dann erwarten wir eine Vertrauensabstimmung in geheimer Form von dem Gremium, das gewählt hat.

Nun können Sie mich fragen, wie erfolgreich war denn Ihre Strategie. Dazu will ich erstens sagen, hier in Sachsen-Anhalt gab es seit dem Jahr 1994 keinen einzigen Fall, bei dem nachträglich Unbekanntes zutage gefördert wurde, und es gab keinen Fall, bei dem es nicht ausreichend vorher öffentlich gemacht worden ist, und ich sage dazu, immer verbunden mit öffentlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen. Viele von Ihnen waren Zeuge dessen.

Zur Wahrheit gehört aber eben auch, unsere Art des Umgangs mit den persönlichen und politischen Biografien bietet und bot natürlich keine Sicherheit für Ehrlichkeit und Transparenz. Der Start der rot-roten Regierung in Brandenburg war sehr stark durch Unehrlichkeit belastet.

Wir haben Kritik und Skepsis bei der Regelüberprüfung im Parlament. Die Debatte reduziert sich - das ist auch in der Tat unsere Erfahrung - auf dichotome Kategorien wie „schuldig“ oder „nicht schuldig“, „IM“ oder „nicht IM“. Ich frage einmal vorsichtig in den Raum, ohne eine Antwort zu erwarten, wie viele der damaligen Abgeordneten sich die Stasi-Akte von Frau Tiedge tatsächlich angeguckt haben. Interessant ist aber, warum es der eine oder andere nicht tat.

Die Praxis der Regelüberprüfung befördert nach unserer Auffassung einen Tunnelblick auf die Geschichte und dient nicht selten der Entlastung statt dem Blick auf Vielfalt von Verstrickungen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine kontroverse, aber ehrliche Diskussion darüber, wie eine Diktatur in ihren sozialen und politischen Strukturen, in ihren Regeln und Ritualen funktioniert, was persönliches Handeln in unterschiedlichen Funktionen dazu beiträgt und wo es seine Grenzen hat, finde ich sehr nötig und lehrreich, wenn es heute darum geht, wie man autoritäre Strukturen aufricht. Unser Anspruch war und ist dabei, über komplexe Verstrickungen zu diskutieren und die Biografie nicht auf eine Stasi-Mitarbeit zu reduzieren.

Auf diese Weise kann man nach unserer Auffassung dem Funktionieren einer Diktatur nicht auf die Spur kommen. Recht und Unrecht, vor allem in seinen differenzierten Verstrickungen und schon gar nicht inmitten parteipolitischer Konkurrenz, ist auf diese Weise nicht feststellbar. Meine Fraktion wird sich deshalb teils der Stimme enthalten und teils dagegen stimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 2019 jährt sich das Jahr der friedlichen Revolution zum 30. Mal. Es ist 25 Jahre nach der Veröffentlichung der IM-Mitgliedschaft in der „Bild“-Zeitung in Halle. Ich erneuere mein Angebot, das ich an anderer Stelle schon gemacht habe: Lassen Sie uns das nutzen, um die LINKE, um meine Partei beim Wort zu nehmen. Lassen Sie uns öffentlich darüber diskutieren, auch mit ehemaligen IMs und Funktionsträgern meiner Partei, worin lag und liegt persönliche und politische Verantwortung mit dem Blick auf die DDR. Ich hielte das für Gewinn bringender, notwendiger und keinesfalls weniger anstrengend, und zwar für alle Beteiligten.

(Starker Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr verehrte Frau Bull, Ihre Redezeit ist schon deutlich überschritten. Sie haben aber die Möglichkeit, sie noch etwas zu verlängern. Es gibt eine Nachfrage.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Wir werden uns dieser Auseinandersetzung auch künftig stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt eine Nachfrage von Frau Feußner. - Bitte, Frau Feußner.

Eva Feußner (CDU):

Frau Bull-Bischoff, ich habe Ihre Rede aufmerksam verfolgt. Sie haben versucht zu begründen, warum ein Teil Ihrer Fraktion den Antrag, den Stasi-Untersuchungsausschuss einzusetzen, ablehnt bzw. - das haben Sie zum Ende Ihrer Rede gesagt - dafür stimmen wird.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Nein, der Stimme enthalten.

Eva Feußner (CDU):

Oder sich der Stimme enthalten. - Für mich war es trotzdem nicht nachvollziehbar. Sie haben versucht darzustellen, dass Ihre Partei absolute Aufklärung möchte und ein Untersuchungsausschuss mehr oder weniger nur einen Tunnelblick einnimmt und nur einen Teil der Vergangenheit aufgreift.

Erstens möchte ich Sie fragen, Sie haben als Partei nie in diesem Untersuchungsausschuss mitgearbeitet und wissen gar nicht, was dieser Ausschuss eigentlich bewirken will und wie er arbeitet. Er hat nämlich nicht nur diesen Tunnelblick. Es geht nicht nur allein um die Mitgliedschaft beim MfS, sondern weit darüber hinaus. Er hat genau diese Aufarbeitung im Blick.

Zweitens, wenn Sie wirklich für diese Aufklärung sind und sagen, Sie wollten alles komplexer behandeln, dann ist das genau ein Schritt dorthin -

(Zustimmung von Daniel Szarata, CDU, von Silke Schindler, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

genau ein Schritt dorthin! - zu sagen, wir lassen uns überprüfen. Wenn Sie sagen, wir haben sowieso nichts zu verbergen, weil wir uns angeblich in der Öffentlichkeit vor Parteitagen und überall schon sozusagen klar dazu bekannt haben, dann sehe ich kein Problem, warum man sich nicht noch einmal durch einen solchen Untersuchungsausschuss überprüfen lassen kann - keine Ahnung -, wenn man so ehrlich miteinander umgeht. Dann, kann man sagen, kommt man in eine Diskussion über Schuld und Sühne, wie Sie es darstellen wollten.

Erklärlich, begründbar, ist das für mich nicht. Vielleicht können Sie mir das noch ein bisschen erläutern.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Zunächst zu dem differenzierten Abstimmungsverhalten. Das kann ich ganz einfach machen,

weil ich finde, dass meine Begründung, die ich vorgetragen habe, sowohl in eine Enthaltung münden kann als auch in eine Ablehnung.

Eva Feußner (CDU):

Das ist klar.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Dann will ich sagen, die Art und Weise der Regelüberprüfung muss man messen an dem, was danach passiert ist, wie sozusagen die Debatten danach erfolgt sind.

Eva Feußner (CDU):

Sie waren noch nie dabei, als Partei.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Die Debatten danach waren öffentlich, Frau Feußner. Darf ich ausreden?

(Eva Feußner, CDU: Ja!)

Deswegen habe ich gesagt, ein solcher Ausschuss oder die Arbeit dieses Ausschusses muss sich daran messen lassen, welche öffentlichen, welche parlamentarischen Debatten sich im Anschluss daraus ergeben haben. Dazu habe ich eine ganze Menge gesagt, dass sich diese Debatten, wie Sie gesagt haben, lediglich auf Schuld und Sühne, auf „schuldig“ und „unschuldig“ begrenzt haben.

Deswegen sage ich, diese Form der Auseinandersetzung bringt kaum eine differenzierte Betrachtung auf den Weg, weil das Komplexere, was ich gesagt habe, SED, Blockpartei, FDJ, dort kaum eine Rolle spielt und im Übrigen auch im Parlament zumindest im Zuge dieser Art von Aufarbeitung keine Rolle gespielt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Feußner, Sie haben eine Nachfrage?

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Ich habe noch einen Satz.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ach so, Entschuldigung, Sie waren noch nicht fertig.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Ja, Sie haben recht, man könnte sagen, es ist der erste Schritt. Wenn es der erste Schritt wäre und andere folgten, dann würde ich sagen, Ihre Argumentation stimmt, aber genau diese anderen Schritte haben gefehlt.

Deswegen denken wir, es führt zu einem Tunnelblick. Das sind Erfahrungen aus 27 Jahren.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine kurze Nachfrage, Frau Feußner? - Ja.

Eva Feußner (CDU):

Stimmen Sie vielleicht mit mir darin überein, wenn man nicht einmal an dem Ausschuss teilnimmt und nicht genau diesen Blick mit verfolgt, aber im Nachhinein einen solchen Ausschuss in seinen Darlegungen kritisiert, dann ist das, glaube ich, ein bisschen unfair. Das funktioniert so nicht. Wenn man sich selbst nicht an der Aufklärung beteiligt und dann sagt, die Aufklärung gefällt mir nicht - diese Argumentation ist schier etwas schräg.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Nein, das finde ich nicht. Ein Ausschuss, ein Arbeitskreis muss sich daran messen lassen, was er im Anschluss daran zutage fördert

(Zuruf von Eva Feußner, CDU)

bzw. welche Diskussionen geführt werden. Allein die Anlage, der Auftrag des Ausschusses ist nicht dazu angelegt, tatsächlich die Komplexität von Verstrickungen aufzudecken.

(Beifall bei der LINKEN - Eva Feußner, CDU: Doch!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich denke, wir sollten jetzt nicht in einen Dialog eintreten. Es gibt zwei weitere Nachfragen. Möchten Sie diese beantworten?

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Ja, klar.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das ist einmal Herr Lehmann und danach Herr Szarata. Herr Lehmann, bitte, Sie haben das Wort.

Mario Lehmann (AfD):

Sehr geehrte Frau Bull, würden Sie mir zustimmen, dass es nicht wichtiger oder mindestens genauso wichtig ist, nachzuforschen, wer gegenwärtig in der heutigen Gesellschaft von den Parlamentariern zu einem heutigen Dienst gehört und im Parlament sitzt,

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das ist jetzt nicht Ihr Ernst!)

als nachzuforschen, wer zu einem Dienst in einem Staat gehörte, der seit 30 Jahren nicht mehr existiert?

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Richtig! - Jawohl!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Bull-Bischoff, bitte.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Herr Lehmann, dahinter steht implizit die Behauptung, Geheimdienste von heute seien mit der Stasi vergleichbar. Nun wissen Sie, dass meine Partei eine extrem kritische Position auch zur Geheimdiensttätigkeit heute hat. Dennoch muss ich konstatieren, dass Geheimdiensttätigkeit heute unter demokratischen Spielregeln - wenngleich ich sie gern sehr viel anders ausgestaltet wissen möchte - in ganz anderen Zusammenhängen stattfindet als zu Zeiten der DDR.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Herr Szarata, Sie haben das Wort.

Daniel Szarata (CDU):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Kollegin, Sie haben bewiesen, wie man ein sehr hartes Thema in einer Rede ganz schön weichspülen kann. Aber das soll nicht meine Frage sein.

Aus der Erfahrung, die ich hier nicht allzu lange sammeln durfte, muss ich feststellen, dass DIE LINKE zu den Parteien gehört, die zu jedem noch so unwichtigen Antrag einen Änderungsantrag stellt, Alternativanträge stellt, die bei jedem kleinen Verdacht von irgendetwas, ob sich Gerichte schon damit beschäftigt haben oder nicht, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss fordert, weil diese Frage nach Schuld und Sühne unheimlich wichtig ist.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Beispiele!)

Wenn es aber um Ihre eigene Vergangenheit geht, ist der parlamentarische Untersuchungsausschuss

(Zuruf von der LINKEN: Untersuchungsausschuss!)

oder ein Untersuchungsausschuss an sich auf einmal nicht mehr gut genug. Dann muss es noch mehr sein. Aber dann, wenn es mehr sein soll, frage ich mich: Warum tragen Sie nicht dazu bei?

(Eva Feußner, CDU: Genau!)

Warum fordern Sie nicht noch mehr und sagen nicht nur, wir müssten mehr machen? Machen Sie es doch! Stellen Sie einen Antrag, dass noch viel, viel mehr beleuchtet wird! Dann können wir uns gern darüber unterhalten, und sagen Sie nicht, na ja, das beleuchtet nur einen Teil der Geschichte; das ist uns zu wenig. Dann machen Sie mehr!

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Bull-Bischoff.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Wir behandeln hier den Auftrag eines Parlaments, der zur Basis ein Gesetz hat. Im Abgeordnetengesetz ist es, glaube ich, der § 46a. Der allein beschreibt die Grundlage dafür, was wir heute zu beschließen haben. Das geht nur: machen oder nicht machen. Einen Kompromiss kann ich da nicht entdecken.

Was die Frage der öffentlichen Auseinandersetzung angeht, glaube ich, ist ein Untersuchungsausschuss überhaupt nicht geeignet, weil dafür eine fortgesetzte gesellschaftliche Debatte nötig ist. Ich habe erneut angeboten: 2019 haben wir ein Jubiläum. Jubiläen eignen sich wegen der Aufmerksamkeit immer in besonderer Weise. Lassen Sie uns darüber diskutieren. Das ist öffentlich. Ein Untersuchungsausschuss ist doch bei Weitem nicht in diesem Maße öffentlich wie die notwendige gesellschaftliche Debatte darüber, wie persönliche Verstrickungen aussahen, wie sie dazu geführt haben, die DDR-Diktatur zu stabilisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt noch eine weitere Nachfrage von Herrn Striegel. - Herr Striegel, bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Kollegin Bull-Bischoff, Sie haben gerade noch einmal darauf verwiesen, dass es der § 46a des Abgeordnetengesetzes ist, der die Einsetzung eines solchen Ausschusses regelt. Wenn das die einzige Möglichkeit ist, also ja oder nein, können Sie mir sagen, wie Äußerungen aus Ihrer Fraktion zu verstehen sind, wenn mit Ihnen früher geredet worden wäre, hätte man einem solchen Einsetzungsbeschluss durchaus zustimmen können?

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Herr Striegel, ich kann nicht alle öffentlichen Äußerungen meiner Fraktionsmitglieder kommentieren. Aber wenn ich jetzt sagen würde, es wären Gespräche möglich, würde ich so tun, als wenn wir nur bockig oder beleidigt gewesen wären. Ich will ganz klar sagen: Unsere Kritik und unsere Skepsis sind sehr ernst gemeint. Ich wiederhole: Überprüfung geht nur als machen oder nicht machen. Ich will nicht ausschließen, dass man möglicherweise zu einem Text gekommen wäre

Sebastian Striegel (GRÜNE):

In Thüringen geht das.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

oder später zu einem Text kommt, der all die Kritik, die ich vorgebracht habe, in irgendeiner Weise einfängt und zu einem gemeinsamen Anliegen macht. Aber an dieser Stelle kann ich das überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Bull-Bischoff. - Wir kommen zur nächsten Rednerin. Das ist die Abg. Frau Schindler für die SPD-Fraktion. Sie haben das Wort, Frau Schindler.

Silke Schindler (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Werte Damen und Herren! Mit dem Beschluss des Gesetzes über die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 12. November 2015 hier im Landtag haben wir dieser Behörde nicht nur einen neuen Namen gegeben, sondern auch eine neue Aufgabe. Wir haben uns mit der neuen Aufgabe eindeutig zu der Behörde und zur Weiterführung ihrer Aufgabe bekannt, weil wir der Überzeugung sind, dass die Aufgabe Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Unrechts, das damit geschah, nicht beendet ist.

Wir haben die Aufgabe erweitert, weg von der Fokussierung auf die Arbeit der Staatssicherheit hin auf die Diktatur der SED und der DDR. Der § 3 des Gesetzes lautet:

„Die Landesbeauftragte hat die Aufgabe, das Gesamtsystem der politischen Verfolgung, insbesondere die Struktur, Methoden, Wirkungsweise und Folgen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt aufzuarbeiten und zu vermitteln.“

Dies taten wir im vollen Bewusstsein, dass die Aufgabe der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte hier in Deutschland längst nicht abgeschlossen ist und auch nicht umfänglich abgeschlossen wurde.

Heute liegt Ihnen nun ein Antrag nach § 46a Abs. 3 Satz 1 des Abgeordnetengesetzes zur Einsetzung eines Ausschusses zur Überprüfung der Abgeordneten auf die Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst vor. Das haben wir als Koalitionsfraktionen beantragt, nicht nur als Formalie, weil es in jeder Legislaturperiode üblich war, dies zu fordern, sondern weil es nach unserer Überzeugung auch weiterhin notwendig ist.

Herr Roi, wenn Sie nach den Konsequenzen dieser Überprüfung fragen, sage ich Ihnen eines: Der Abschnitt Va des Abgeordnetengesetzes hat die Überschrift: „Wahrung des Ansehens des Landes Sachsen-Anhalt, des Landtages und seiner Mit-

glieder“. - Es geht hier um Ansehen, Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Abgeordneten.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Das sind die wichtigsten Eigenschaften für Politik und Politiker. Das Beispiel um den Staatssekretär Andrej Holm in Berlin zeigt, dass die Frage, ob heute noch politisch verantwortliche Personen mit der Stasi in Zusammenhang gebracht werden können und mit ihr zusammengearbeitet haben, weiterhin eine wichtige politische Diskussion ist, die nicht nur von der Politik, sondern auch von der Bevölkerung geführt wird und die eine durchaus emotionale Debatte auslösen kann.

Es gehört eben dazu, nicht nur die Vergangenheit zu kennen, sondern offen damit umzugehen und klar miteinander darüber zu reden. Immer wieder gibt es Fälle, bei denen es diesen offenen Umgang mit der Vergangenheit nicht gibt. Dafür ist erst einmal Wissen notwendig, um miteinander reden zu können.

Es gibt unterschiedliche Gründe, warum Menschen es bisher nicht geschafft haben, offen mit ihrer Vergangenheit umzugehen. Aber wir hier im Parlament sind es der Bevölkerung schuldig, dass wir das offenlegen und darüber diskutieren.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Es geht nicht um eine Verfolgungsdebatte. Es geht um Offenheit und Wahrheit. Der Ausschuss hat die Aufgabe, diese Überprüfung einzuleiten und das Ergebnis über einen Bericht dem Landtag bekannt zu machen. Mit der heutigen Einsetzung des Ausschusses kann ich nur an alle Mitglieder dieses Hauses appellieren, sich an dieser Überprüfung zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Frau Bull-Bischoff, wenn es denn so gemeint ist, dass man ehrlich damit umgeht - - Wenn Sie vielleicht diesem Ausschuss nicht zustimmen werden, kann jedes Mitglied selber unabhängig von diesem Ausschuss eine Überprüfung und die Offenlegung beantragen, ob man eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit hatte oder nicht. Bisher habe ich das von den Mitgliedern der Linkspartei noch nicht erlebt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE)

Die Beauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur sagte im Vorwort des 23. Tätigkeitsberichtes, den sie am 28. März 2017 der Präsidentin übergab - ich zitiere -:

„Die Notwendigkeit zur Aufarbeitung des Gesamtsystems der politischen Verfolgung besteht, solange so viele Menschen auf-

grund ihrer politischen oder politisch motivierten Verfolgung mit ihrem Schicksal nicht versöhnt sind und eine angemessene Anerkennung nicht erfahren. Die Notwendigkeit der Aufarbeitung besteht aber auch in der politischen Einsicht, dass die Nachwirkungen der Diktatur vielfältiger und langfristiger Natur sind und dass“

- hier wiederum ein Zitat -

„Demokratie Demokraten braucht“ (Friedrich Ebert).“

1989 sind die Menschen in diesem Teil Deutschlands auf die Straße gegangen, um sich von einer Diktatur zu befreien. Diese Menschen haben unseren hohen Respekt. Einige in unseren Reihen sind froh und glücklich, dabei gewesen zu sein, das miterleben zu dürfen. Wer zu dem Zeitpunkt, als die Menschen auf der Straße waren, die Plakate, die Transparente gelesen hat, konnte den Drang nach Freiheit, aber auch den Wunsch nach Wahrheit, nach Wissen und nach Transparenz spüren. Viele waren unmittelbar Repressalien ausgesetzt. Manche sind daran zerbrochen. Viele leiden bis heute noch darunter.

Als wir das Gesetz 2015 änderten und im Landtag beschlossen, gab es hier im Haus zwei Etagen tiefer eine Ausstellung. Die Ausstellung hatte den Titel „Hammer, Zirkel, Stacheldraht“. Zur Eröffnung sprach der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Er wies auf die vielen Menschen hin, die noch immer unter den Folgen der Gewaltherrschaft leiden, und darauf, wie wichtig es ist, diesen auch weiterhin mit Beratung und psychologischer Betreuung beizustehen.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Wir sind es diesen Opfern der Diktatur und der Umstände in der DDR schuldig, dieses nicht wegzuwischen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es gibt auch heute noch eine hohe Zahl von Anträgen, die Einsicht in die Stasi-Akten möchten. Der Bericht spricht im Jahr 2016 von 6 676 Menschen, die weiterhin daran interessiert sind, wie ihre Entwicklung, ihr Schicksal mit einer eventuellen Überwachung zusammenhängt.

Es ist die Zahl von 2 500 Ratsuchenden im Jahr 2016, die Fragen stellen. Es sind Nachfragen von Betroffenen, aber auch von Angehörigen, die Aufklärung für ihre Biografie wollen, die Aufklärung wollen, weil viele Fragen, die sich bis dahin in den Familien gestellt haben, nicht beantwortet werden können. All dies ist Voraussetzung für eine Versöhnung.

Wir möchten, dass wir als Parlament diese Versöhnung schaffen. Aber Voraussetzung dafür ist

Wissen. Deshalb beantragen wir die Einsetzung eines Ausschusses zur Stasi-Überprüfung.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich appelliere nochmals an das Hohe Haus, diesem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Schindler. Es gibt zwei Nachfragen. Sind sie bereit für die Nachfragen? - Ich sehe, ja. Herr Gallert und dann Herr Höhn. - Bitte, Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Frau Schindler, es geht ja um den Antrag nach § 46a des Abgeordnetengesetzes. Bei diesem geht es ausschließlich und nur um eine Tätigkeit für die Stasi. Es geht um nichts anderes. Es geht um keinerlei andere Verstrickungen, sondern nur darum. Und es geht nur darum, ob man einen Antrag bei der Stasi-Unterlagenbehörde stellt, Akten dafür zu bekommen; um nichts anderes geht es. Darauf hat Kollege Striegel noch einmal hingewiesen. Dabei gibt es nur ein Ja oder ein Nein. Es gibt nichts dazwischen, keine Diskussion, keinen Kompromiss, keine Debatte.

(Eva Feußner, CDU: Doch! Es gibt ein Gespräch im Ausschuss!)

- § 46a legt es klar fest; das ist ja auch gesagt worden, es ist alternativlos.

Warum hat die Koalition, wenn es so einfach, so eindeutig und so alternativlos ist, ein Jahr lang gebraucht, um diesen Antrag zu stellen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Schindler, bitte.

Silke Schindler (SPD):

Das ist bisher nicht im Fokus gewesen. Wir haben jetzt auch den Tätigkeitsbericht vorliegen. Wir haben letztlich auch viele andere wichtige Entscheidungen bisher im Landtag treffen müssen, wie zum Beispiel zum Haushalt, sodass wir erst jetzt zu diesem Antrag gekommen sind.

Unabhängig von dem Zeitpunkt dieses Antrags zur Einsetzung dieses Ausschusses ist er, denke ich, wichtig, ob er nun ein Jahr früher oder ein Jahr später kommt.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Höhn, bitte.

Matthias Höhn (DIE LINKE):

Liebe Kollegin Schindler, Herr Striegel hat schon auf den Fall Andrej Holm abgehoben. Es überrascht mit nicht wirklich, dass er dazu Stellung nimmt; und auch Sie haben darauf Bezug genommen. Herr Striegel hat davon geredet, dass er vom Objekt zum Täter geworden sei. Ich würde Sie gern etwas fragen.

Man kann Wolfgang Thierse eines wahrscheinlich nicht vorwerfen: ein unkritisches Verhältnis zur DDR. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Wolfgang Thierse hat den Umgang mit Andrej Holm und die Diskussion, die es dazu gab, als - ich zitiere - „einigermaßen unanständig und unchristlich“ bezeichnet. Er hat weiter gesagt - ich zitiere -:

„Einem Menschen ein Kainsmal aufzudrücken, das untilgbar ist, das passt nicht in eine Demokratie, die auf die Veränderbarkeit von Menschen setzt. Was ein 18-Jähriger am Ende der DDR getan hat, sollte durch seine 26-jährige berufliche und politische Biografie im gemeinsamen Deutschland abgegolten und erledigt sein!“

Was sagen Sie zu dieser Äußerung Ihres Parteimitgliedes?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Schindler, bitte.

Silke Schindler (SPD):

Vielen Dank. - Dem kann ich auch zustimmen. Aber auch hierbei ist differenziert zu betrachten, wie Einzelne damit umgegangen sind und wie die Öffentlichkeit auf solche Dinge reagiert. Sie sprechen immer wieder an und auch Herr Gallert hat noch einmal wiederholt, dass es nur das Ja oder Nein gibt und dass es nur um die Frage geht, ob man sich der Überprüfung stellt oder nicht.

Frau Feußner hat den Ausschuss in der letzten Legislaturperiode geleitet. Sie können dabei nicht mitreden, weil Sie an dem Ausschuss nicht teilgenommen haben. Die Berichte, die von der Stasi-Unterlagen-Behörde kommen, werden in dem Ausschuss gesichtet und natürlich auch besprochen und bewertet.

(Eva Feußner, CDU: Das Gespräch mit dem Betroffenen wird auch geführt!)

Natürlich wird auch das Gespräch mit dem Betroffenen ausgewertet. Dann wird natürlich auch die Sichtweise entgegengenommen und eingeordnet.

Mir geht es eher darum - das habe ich auch in verschiedenen Funktionen erlebt -, wie Menschen selbst offen mit ihrer Geschichte umgehen. Sie haben immer wieder eingefordert, dass wir offen damit umgehen. Im gleichen Atemzug verweigern Sie sich aber einer Überprüfung. Das zeigt, dass

es dann doch kein offener Umgang ist. Warum soll man etwas verbergen, wenn man offen damit umgehen will?

(Zustimmung von Detlef Gürth, CDU)

Es geht darum, die Wahrheit herauszufinden. Aber wir haben es viel zu oft erlebt, leider viel zu oft, dass es erst durch diese öffentliche Diskussion, durch diesen öffentlichen Druck zu der Diskussion mit den Menschen gekommen ist. Bis dahin haben sie ihre Geschichte für sich behalten und nicht offen diskutiert.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Können Sie ein Beispiel nennen?)

Ich habe Beispiele. Die möchte ich jetzt nicht offenlegen. Aber in meiner Funktion als Bürgermeisterin habe ich das erlebt und ich musste damit - -

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Hier im Landtag! - Sven Knöchel, DIE LINKE: Es geht heute um den Ausschuss für den Landtag! - Siegfried Borgwardt, CDU: Es geht immer um das Gleiche; leugnen bis zum Schluss! - Eva Feußner, CDU: Leugnen bis zum Schluss! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Es geht um die Offenheit mit dem Thema und den Umgang damit.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Schindler. - Frau Bull-Bischoff, ich habe bereits, als Sie gesprochen haben, die Nachfragen reguliert. Es gab noch mehrere Fragen und ich habe nur zwei zugelassen. Das muss ich natürlich auch jetzt durchziehen.

(Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Ich hatte drei Nachfragen! - Eva Feußner, CDU: Sie hat drei Fragen beantwortet!)

- Sie hat drei Fragen beantwortet; das ist richtig. - Dann würde ich jetzt doch eine Ausnahme machen, weil Sie auch viele Fragen beantworten mussten. - Herr Florian Philipp, einen kleinen Moment noch; Sie kommen zu Ihrem Recht und dürfen dann fragen. - Bitte, Frau Bull-Bischoff.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Frau Schindler, viele Ihrer Einschätzungen, was notwendige Aufarbeitungsinitiativen und Debatten betrifft, teilen wir, teile ich ausdrücklich. Unsere Kritik bezog sich auf die Regelüberprüfung hier im Haus.

Herr Striegel hat den Verein Zeitgeschichte Halle e. V. angesprochen. Wie passt es zusammen, dass in dem gleichen Zeitraum, in dem wir hier diskutieren, an den Verein Zeitgeschichte die E-Mail geschickt wird, dass die Mittel der institutionellen Förderung von 57 000 € nunmehr gekürzt bzw. gesperrt werden auf 51 300 €?

Silke Schindler (SPD):

Die E-Mail habe ich natürlich auch erhalten. Der Appell ist, so glaube ich, an alle Abgeordneten, zumindest an diejenigen, die heute mit dem Thema befasst sind, gegangen. Das hängt mit der grundsätzlichen Sperre im Haushalt zusammen. Das sind diese 10 %, die jetzt noch einmal eingekürzt worden sind.

(Minister Holger Stahlknecht: Das gilt für alle!)

Dazu haben auch wir in der Koalition sehr kritisch diskutiert, weil es vor allem die institutionelle Förderung betrifft. Es ist dieser Verein, es sind aber auch viele andere Vereine, auch im sozialen Bereich tätige Vereine, die von dieser Kürzung bzw. von dieser Noch-nicht-Mittelfreigabe betroffen sind.

(Siegfried Borgwardt, CDU: So ist es richtig!)

Es ist ja keine grundsätzliche Kürzung, sondern die Mittel sind noch nicht in vollem Maße freigegeben. Dies ist kritisch zu bewerten, weil in den meisten Fällen auch Personalkosten damit zusammenhängen. Das hat auch Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan eines solchen Vereins, der für das ganze Jahr aufgestellt werden muss.

Dazu sind wir in der Diskussion. Ich hoffe, dass diese - so sage ich einmal - vorläufige Sperre so schnell wie möglich aufgehoben werden kann. Sobald die Haushaltsdaten fester sind und sich auch entsprechende Möglichkeiten zeigen, wird der Finanzminister diese sofort aufheben und dann die Mittel freigegeben. Das ist unsere Hoffnung.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Schindler, Herr Florian Philipp hat auch noch eine Frage.

Kurz zur Erläuterung: Der Unterschied war vorhin schon wichtig. Ich hatte vorhin die Nachfragen begrenzt, weil es mehrere Nachfragen aus unserer Fraktion waren. Nun hatten Sie mehrere Nachfragen aus Ihrer Fraktion. Das war trotzdem eine Ausnahme. Deshalb ist jetzt Herr Philipp dran. Bitte.

Florian Philipp (CDU):

Frau Kollegin Schindler, würden Sie mir nicht auch darin zustimmen, dass das, was wir heute hier von der Fraktion DIE LINKE sehen, schon bedenklich ist, wie man versucht, sich aus der historischen Verantwortung der Aufklärung herauszuwinden, bis heute?

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

Würden Sie mir nicht auch darin zustimmen, dass der Wille als Voraussetzung fehlt, diese histori-

sche Verantwortung wahrzunehmen, solange man bis heute nicht in der Lage ist, direkt zu sagen und auch einzugestehen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Schindler, bitte.

Silke Schindler (SPD):

Ich sehe es etwas differenzierter. Ich sehe die Bemühungen einzelner Mitglieder in der Linkspartei, diese Aufarbeitung des DDR-Unrechts wirklich zu führen, aber eben leider nicht bis zur letzten Konsequenz. Bis zur letzten Konsequenz heißt nämlich auch, sich einer Prüfung bei der Stasi-Unterlagen-Behörde offen zu stellen. Das bedaue-
re ich.

(Zustimmung bei der CDU - Eva Feußner, CDU: Richtig!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Schindler. - Wir kommen somit zum nächsten Debattenredner. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Büttner. Sie haben das Wort, bitte.

Matthias Büttner (AfD):

Danke schön. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ein Staat, der seine Bürger heimlich überwachen lässt. Oppositionelle, Kritiker, Bürgerrechtler, Ausreiseantragsteller, Andersdenkende oder einfach nur Verdächtige - sie alle wurden als Staatsgegner ausgemacht und sind unter dem SED-Regime in der DDR zu Opfern geworden.

Das SED-Regime duldete nur bedingungslose Treue gegenüber dem Staat: Entweder ihr seid auf der Höhe der Zeit, lernt und arbeitet fleißig, oder aber ihr lebt in den Tag hinein; und wenn euer Leben einen Sinn haben soll, dann müsst ihr euch täglich und stündlich für den Sozialismus entscheiden. - So hat man schon die ganz jungen Schüler von klein auf auf den Sozialismus eingeschworen.

Doch selbst wenn man in der DDR die richtige Gesinnung hatte und sich für den Sozialismus entschieden hat, konnte man schnell ins Visier der Stasi geraten. Das passierte zum Beispiel, wenn man Freunde, Bekannte oder Verwandte hatte, die dem Staat nicht genehm waren.

Briefe wurden geöffnet und kontrolliert, Telefonate wurden abgehört, Wanzen wurden in der Wohnung installiert, zu der man sich heimlich Zutritt verschafft hatte. Das Interesse des Staates stand über dem Recht der Bürger auf Privatheit. Ein beliebtes Mittel der Stasi waren Zersetzungsmaßnahmen; so konnten Feinde bekämpft werden,

ohne dass man sie in ein Gefängnis einsperren musste.

Dem DDR-Regime war es wichtig, dass im Ausland der Anschein erweckt wird, die DDR sei ein Rechtsstaat. Im Rahmen von Zersetzungsmaßnahmen hat die Stasi bei den Betroffenen im privaten und beruflichen Bereich verdeckt Krisen organisiert, die dazu führen sollten, dass das Leben der Opfer aus den Fugen gerät. Das ging so weit, dass Agenten eingesetzt wurden, um die Ehen der Opfer zu zerstören.

Aber auch das hielt die Stasi nicht davon ab, Leute auch zu inhaftieren, und das unter schrecklichen Bedingungen. Das Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik, kurz MfS, sah sich selbst als Schild und Schwert der Partei, und zwar nur einer Partei, nämlich der SED. Diese ist nach der Wiedervereinigung dann als PDS und heute als DIE LINKE auch im Parlament von Sachsen-Anhalt vertreten; das muss man schon der Vollständigkeit halber sagen.

(Beifall bei der AfD)

Die DDR hatte unter Erich Mielke einen Überwachungsapparat aufgebaut, der 300 000 offizielle sowie 80 000 inoffizielle Mitarbeiter umfasste. Die inoffiziellen Mitarbeiter, kurz IM, bespitzelten heimlich und unerkannt Freunde und Bekannte, bis in die Familien hinein, um Klassenfeinde ausfindig zu machen und zu bekämpfen.

Die DDR hat systematisch ihre Bürger eingesperrt. Wer auf die Idee kam, den sozialistischen Staat verlassen zu wollen, der stand schneller, als er wollte, auf der Liste der Stasi.

139 Todesopfer im militärischen Sperrbezirk der DDR-Grenze zur BRD. Der antifaschistische Schutzwall, wie ihn die SED bezeichnete, war natürlich kein Schutzwall vor dem nicht existierenden Faschismus in der BRD, sondern diente dazu, die Bürger daran zu hindern, aus dem Sozialismus in den Kapitalismus zu fliehen.

Auch hier wurde der Begriff Antifa verwendet, um Bürger von der eigentlichen Intention abzulenken. Das ist das gleiche Verhalten, das man auch heute noch bei linken Kräften beobachten kann. Auch heute soll unter dem Begriff Antifa Unrecht zu Recht gemacht werden.

(Beifall und Jawohl! bei der AfD)

Da fragt man sich, ob die Linken überhaupt etwas begriffen haben.

(Beifall bei der AfD)

Im „Kölner Stadtanzeiger“ waren einmal ein paar Zitate von linken Parteigenossen zu lesen, die ein anderes Bild machten. Ich zitiere: Die LINKE-Führung gratuliert dem kubanischen Revolutions-

führer Fidel Castro zu einem „kämpferfüllten Leben und erfolgreichen Wirken“.

In einem anderen Schreiben von Gesine Löttsch heißt es, Kuba sei Beispiel und Orientierungspunkt für viele Völker dieser Welt.

Auch Gregor Gysi würdigte „große Verdienste Castros“.

Die LINKE-Politikerin Gesine Löttsch spekuliert öffentlich über Wege zum Kommunismus. Weiter schrieb sie in der Zeitung „Junge Welt“ - Zitat -: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und ihn ausprobieren.“

Solche totalitären Systeme wie Sozialismus oder Kommunismus bringen immer eine Bespitzelung der Bürger mit sich.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann Ihnen sagen, dass sich hier in diesem Land niemand auf den Weg macht, um den Kommunismus zu finden. In diesem Land wird es nie wieder ein sozialistisches oder gar kommunistisches Unrechtssystem wie die DDR geben, auch wenn Sie es sich wünschen, liebe LINKE.

Darum sollten wir die DDR-Vergangenheit weiter aufarbeiten und dafür Mittel bereitstellen. Gestern erreichte mich eine E-Mail vom Verein für erlebte Geschichte in Halle. In dieser E-Mail war von existenzbedrohenden Haushaltskürzungen die Rede. Ich habe das auch gerade in einem Beitrag meiner Vorredner gehört. Wenn man sich die Unterlagen anschaut, wird kein Sachgrund klar, der eine Kürzung der Mittel rechtfertigt. Wir betrachten den Verein als wichtig, um die Aufarbeitung der SED-Blockparteien-Diktatur vollziehen zu können.

Darum fordern wir, die Mittel in voller Höhe auszu zahlen. Es wäre ein Schlag ins Gesicht der Opfer, dies nicht zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Man kann von niemandem verlangen, einen Schlusstrich zu ziehen, wenn es darum geht, DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten. Aber wir von der AfD-Fraktion finden, nach über einem Vierteljahrhundert muss in den Parlamenten endlich Schluss sein mit den immer wiederkehrenden Überprüfungen auf eine Stasi-Vergangenheit, vor allem, weil eine Enttarnung keinerlei Konsequenzen hat.

Wenn ich zu meiner Fraktion schaue, dann sehe ich dort viele junge Gesichter, die mit der DDR und der Stasi rein gar nichts zu tun hatten. Mein Kollege Tobias Rausch ist zum Beispiel im Jahr 1990 geboren worden und trotzdem sollte er im Stadtrat in Staßfurt auf eine Stasi-Vergangenheit hin überprüft werden.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist nach dem Gesetz schon gar nicht möglich! Das ist völliger Unsinn! - Eva Feußner, CDU: Das machen die gar nicht! - Silke Schindler, SPD: Dann müssen Sie sich einmal informieren! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie müssen einfach mal ins Gesetz gucken, was da steht!)

Darum sollten wir hier im Landtag lieber in die Zukunft blicken. Den Opfern muss natürlich trotzdem geholfen werden, unter allen Umständen.

(Unruhe)

In unserer Fraktion lassen wir die Mitglieder selbst entscheiden, ob sie dafür oder dagegen sind. Das Thema ist viel zu wichtig, um es dem Fraktionszwang zu unterwerfen.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von Katrin Budde, SPD, und von Silke Schindler, SPD)

Ich danke Ihnen für Ihre Zeit.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Büttner. Es gibt zwei Nachfragen. Möchten Sie diese beantworten?

Matthias Büttner (AfD):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Striegel und Herr Dr. Grube. - Herr Striegel, bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Büttner, ganz sicher gibt es in Ihrer Fraktion Menschen, die nach 1989 geboren wurden. Aber es gibt auch in Ihrer Fraktion Menschen, die vor 1989 geboren wurden. Wir verfügen in diesem Landtag auch über zwei Vizepräsidenten, die etwas gemeinsam haben: Sie waren beide Mitglied der SED. Von dem einen weiß ich, dass er sich sehr umfassend mit dieser Zeit auseinandergesetzt hat, seine Rolle kritisch reflektiert hat und daraus praktische Konsequenzen gezogen hat.

Von dem anderen kenne ich ein Zitat, das lautet wie folgt: Man musste einfach in der SED sein, wenn man vorwärtskommen wollte.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Ganz ehrlich, ich sage Ihnen, diese Haltung finde ich unerträglich. Sie zeigt, wes' Geistes Kind die Mitglieder Ihrer Fraktion sind.

(Unruhe bei der AfD)

Matthias Büttner (AfD):

Herr Striegel, das zeigt einfach nur, was für ein System damals vorherrschte, dass man tatsächlich dazu gezwungen war,

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)

zwangsläufig

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist ja unglaublich! - Eva Feußner, CDU: Das stimmt nicht!)

Parteimitglied zu werden

(Eva Feußner, CDU: Dazu wurde niemand gezwungen! - Zuruf von Katrin Budde, SPD - Unruhe)

- wenn Sie mich einmal ausreden lassen würden! -, um gegebenenfalls in diesem System erfolgreich zu sein.

(Zuruf von Katrin Budde, SPD - Unruhe bei der LINKEN und bei der SPD)

Ich habe bei meinen Recherchen zu dieser Rede viele Beiträge gesehen und gelesen, in denen das klar zum Ausdruck kam.

(Zurufe von der SPD)

Da wurde klipp und klar gesagt: An der Hochschule wurde ich nicht angenommen, weil ich dem System nicht gefiel.

(Katrin Budde, SPD: Ja, und? - Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Ich habe mich beworben und ich habe die Arbeitsstelle nicht bekommen, weil ich dem System nicht gefiel.

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Sie wollen behaupten, dass das nicht so war? - Das ist ja wie heute!

(Zurufe von der AfD - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, jetzt tief Luft zu holen. Es gibt zwei weitere Fragesteller.

(Unruhe bei der AfD)

Herr Dr. Grube, Sie dürfen jetzt Ihre Frage stellen, dann Herr Steppuhn. Bitte, Herr Dr. Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Büttner, ich habe eine ganz einfache Frage. Würden Sie für jedes einzelne Ihrer Fraktionsmitglieder die Hand dafür ins Feuer legen, dass er nicht IM war?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner.

Matthias Büttner (AfD):

Das ist eine Frage, die ist ein bisschen - - Natürlich kann ich nicht für jeden - - Ich kann auch nicht für jeden anderen im Parlament die Hand ins

Feuer legen, dass er nicht IM war. Ich finde die Frage eigentlich - -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Haben Sie einmal gefragt?)

- Natürlich habe ich gefragt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Und was war die Antwort?)

- Bisher habe ich von keinem gehört, der IM war. - Das sollte als Antwort reichen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube hat eine Nachfrage? - Bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ich habe eine Nachfrage: Würden Sie das nicht gern wissen? Wäre es dann nicht besser, wenn man sich überprüfen lassen würde?

(Silke Schindler, SPD: Im Sinne der Wahrheit!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner.

Matthias Büttner (AfD):

Ich habe in meiner Rede ausgeführt - so wie Sie sie gehört haben; Sie haben doch sicherlich zugehört -,

Dr. Falko Grube (SPD):

Immer.

Matthias Büttner (AfD):

dass über ein Vierteljahrhundert nach dem Ende dieses totalitären Regimes auch endlich einmal Schluss sein muss. Um politisches Kapital aus dieser Sache zu schlagen, ist die Sache einfach zu wichtig. Darum sind wir auch für eine Abstimmung ohne Koalitionszwang. Darum können die Mitglieder unserer Fraktion frei entscheiden, ob sie dem zustimmen oder nicht.

(Unruhe bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

- Verzeihung, nicht Koalitionszwang, sondern Fraktionszwang.

(Heiterkeit)

Koalitionszwang gibt es hier aber auch.

(Unruhe bei und Zurufe von der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner, es gibt noch eine weitere Nachfrage.

Matthias Büttner (AfD):

Bitte.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Steppuhn, bitte.

Andreas Steppuhn (SPD):

Herr Kollege Büttner, direkt anschließend an die Fragestellung meines Kollegen Grube: Wie würden Sie oder Ihre Fraktion damit umgehen, wenn sich herausstellen würde, dass ein Mitglied Ihrer Fraktion doch IM gewesen wäre? Was hätte das für Konsequenzen? Was hätten Sie dort für Diskussionen gehabt und welche Beschlüsse hätten Sie gegebenenfalls gefasst?

Matthias Büttner (AfD):

Grundsätzlich würden wir uns natürlich kritisch mit dieser Sache auseinandersetzen. Wenn jemand IM gewesen wäre, müsste man darüber sprechen und müsste dann gegebenenfalls, wenn denn die Umstände dazu passen, die Konsequenzen ziehen.

(Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Gibt es - -

Andreas Steppuhn (SPD):

Welche Konsequenzen, Herr Kollege Büttner?

Matthias Büttner (AfD):

Das würden wir dann bei der Diskussion darüber entscheiden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Büttner. Ich sehe keine weiteren Nachfragen.

(Beifall bei der AfD)

Die Fraktionsvorsitzende Frau Dr. Pähle hat sich zu Wort gemeldet. Entschuldigung.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Eine Frage zur Debatte!)

- Zur Debatte?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Zur Debatte noch einmal! - Dr. Katja Pähle, SPD: Eine Frage!)

- Als Fraktionsvorsitzende?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nein, zur Debatte eine Frage!)

- Noch eine Frage?

Matthias Büttner (AfD):

Frau Präsidentin, wenn ich ganz kurz - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Jetzt erst einmal - - Ja.

Matthias Büttner (AfD):

Ich würde keine Frage mehr beantworten wollen. Ich würde mich dem jetzt entziehen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, es ist auch keine Frage.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Doch, ich wollte eine Frage stellen, aber ich kann es auch als Kurzintervention machen!)

Matthias Büttner (AfD):

Ich denke, ich habe genug Fragen beantwortet. Das hat immer so denselben Tenor.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Noch so eine sinnlose Frage, das ist für mich einfach Zeitverschwendung.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner, aber die Fraktionsvorsitzenden haben zu jeder Zeit das Wort und sie kann auch eine Kurzintervention machen. - Vielen Dank.

Matthias Büttner (AfD):

Oder ich bleibe doch kurz.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie können sich ruhig setzen. - Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Herr Büttner, schon Ihre Einschätzung, dass das alles überflüssige Fragen sind, zeigt mir, dass ganz, ganz viele Ausführungen in Ihrem Redemanuskript von einem Referenten gut aufgeschrieben sind, aber von Ihnen nicht ernst gemeint sind und auch nicht von Ihrer Fraktion.

Sie haben sehr ausführlich darüber gesprochen, wie wichtig es ist, sich mit den Dingen, die zu DDR-Zeiten in einem SED-Regime passiert sind, auseinanderzusetzen, was dort passiert ist und wie. Und gleichzeitig zeigen Sie hier, dass Ihnen Transparenz nur so weit geht, bis es vor Ihrer Haustür steht.

In dem Moment, wo es um die Mitglieder in Ihrer eigenen Fraktion geht, weisen Sie Transparenz weit, weit von sich. Es ist Ihnen völlig egal, ob Sie hier Transparenz an den Tag legen. Das Argument, dass Mitglieder Ihrer Fraktion zu jung sind, um bei der Stasi mitgearbeitet haben, ist kein Argument, das wissen Sie sehr genau.

Aber es geht um Abgeordnete Ihrer Fraktion, die weit, weit vor 1989 geboren wurden. Wir können gern noch einmal das Handbuch durchgehen, um die einzelnen Personen aufzuzählen. Wir werden das definitiv auch in die Öffentlichkeit bringen, dass Ihnen Transparenz an dieser Stelle überhaupt nicht wichtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende. - Herr Büttner, Sie brauchen jetzt nicht darauf zu antworten.

Matthias Büttner (AfD):

Ich würde aber gern.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie können gern erwidern, aber Sie haben vorhin gesagt, Sie möchten nicht mehr. Okay, bitte.

Matthias Büttner (AfD):

Frau Pähle, grundsätzlich habe Ihrer Frage sehr aufmerksam gelauscht, musste aber gleich am Anfang Ihrer Ausführungen feststellen, dass Sie mir unterstellten, ein Referent hätte meine Rede geschrieben. Das ist grundsätzlich nicht der Fall. Ich habe sie allein geschrieben.

Transparenz. Dass Sie uns unterstellen, dass wir uns gegen Transparenz wehren, zeigt ja, dass Sie meiner Rede nicht gelauscht haben. Darum können Sie auch nicht wissen, ob sie ein Referent geschrieben hat oder ich. Wir haben in unserer Fraktion keinen Fraktionszwang. Die Mitglieder können frei darüber abstimmen. Darum ist es völlig falsch, wenn Sie sagen, dass wir uns komplett gegen Transparenz wehren.

Sie werden nachher bei der Abstimmung sehen, ob das der Fall ist oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Zu dem Punkt der Öffentlichkeitsarbeit denke ich - und das ist auch gut so -, dass wir Ihnen als AfD-Fraktion und die AfD als Partei eine Menge voraus haben. Ich in meinem Kreis mache einmal im Monat ein großes Bürgerforum, wo immer um die hundert Leute da sind. Sie brauchen sich keine Sorgen darüber zu machen, dass die Inhalte hier aus dem Plenum nicht an die Öffentlichkeit kommen. Wir sorgen dafür, dass das an die Öffentlichkeit kommt.

(Zuruf von der AfD: Jawohl! - Minister Marco Tullner: Das kann man jeden Tag in der Zeitung lesen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt möchte als Fraktionsvorsitzender sprechen. Sie haben das Wort, Herr Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der wahre Skandal ist nicht, dass man altbekannte Argumente bringt, die ich hier schon seit 14 Jahren von der Linkspartei erlebe, mit unterschiedlichen Nuancierungen. Das war mir nicht allzu neu, sage ich einmal. Der Skandal ist, dass die, die sich sonst politisch bekämpfen und hassen wie der Teufel das Weihwasser, hier bei der Abstimmung eine Allianz bilden.

(Beifall bei der CDU - Swen Knöchel, DIE LINKE: Das verbitte ich mir!)

Es ist ein Skandal, das billigend in Kauf zu nehmen. Jeder weiß, wie die Hürden nach § 46a sind. Das wird eine knappe Mehrheit, wenn wir die schaffen, auch das ist klar.

Und der zweite Skandal ist - mich interessiert nicht, wer wem welche Reden schreibt, sondern was der Inhalt ist -, bei dem Inhalt kam das heraus, was wir hier auch schon gehört haben: zu lange her, ist egal.

Der Skandal dabei ist - das hat Sie bisher noch nicht betroffen, aber das haben wir hier auch schon erlebt -, dass Zusammenhänge, die sich ergeben - wenn Sie § 46a lesen, dann wissen Sie das; es gibt auch Erkenntnisse, die jemand zum Beispiel in seiner eigenen Opferakte hat -, wenn die in der Klarnamenkartei eindeutig identifiziert werden, wer das ist - das hatten wir schon einmal -, dann werden Überprüfungen auch gegen den Willen vorgenommen. Das ist eine Möglichkeit. Wer das liest, kann das sehen.

Das Problem ist nicht, dass Sie Ihre Meinung haben und wie das differenziert wird oder nicht. Die kann ich sogar verstehen, weil das mit sehr viel mehr zu tun hat als nur mit Verstrickungen und Schuld.

Der wahre Skandal ist aber, dass das, wenn es dann offenbar wurde, keine Konsequenzen hatte. Wir haben über mehrere Jahre hinweg geduldet, dass Mitglieder in diesem Parlament waren, die eindeutig Mitglied und beim MfS waren.

(Zuruf von der CDU: Pfui!)

Das ist so. Das ist das eigentliche Problem. Das draußen jemandem zu erklären, ist nicht ganz einfach. Das zeigt auch, dass das teilweise eine Doppelmoral ist, mit der hier eine Ablehnung begründet wird.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Und das, meine Damen und Herren, ist etwas - das muss ich sagen -, von dem ich gedacht habe, dass damit endlich Schluss ist. - Das reicht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Borgwardt. - Es hat sich Herr Knöchel als Fraktionsvorsitzender gemeldet. Herr Knöchel, bevor Sie das Wort erhalten,

(Unruhe)

- ich bitte um Ruhe -, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Carolinum Bernburg recht herzlich hier bei uns im Hohen Hause begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Fraktionsvorsitzender Knöchel, Sie haben das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Fraktionsvorsitzender Borgwardt, Ihr Beitrag war an Billigkeit der Polemik kaum zu übertreffen.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei der CDU - Heiterkeit und Unruhe)

Er zeugt davon, dass Sie der Debatte offensichtlich nicht gefolgt sind.

(Zuruf: Das ist eine Frechheit!)

Wir haben dargelegt, worin für uns Aufklärung, Aufarbeitung, Umgang mit persönlichen Biografien besteht.

(Zurufe)

Und, Herr Borgwardt, das zeigt, dass Sie bereits Jahrzehnte nicht zuhören;

(Zurufe)

denn das war immer Gegenstand unserer Art der Aufarbeitung.

(Oh! bei der CDU)

Sich der Vergangenheit zu stellen, ist etwas anderes als die Schlussstrichmentalität, die wir von dieser Seite hören durften.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zurufe von der CDU und von der AfD)

Auf diesen Unterschied, Herr Fraktionsvorsitzender Borgwardt,

(Zurufe von der CDU)

möchte ich in aller Entschiedenheit hingewiesen haben.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Atmen Sie jetzt einmal ganz tief durch, holen Sie wieder Luft, damit wir dem nächsten Debattenredner folgen können.

(Unruhe)

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Striegel. Herr Striegel, ich würde das an das Ende der Debatte setzen. Auch wenn Sie Ihre Redezeit ausgeschöpft haben,

(Zurufe)

- hören Sie bitte zu, sonst haben Sie hinterher wieder viele Fragen - gebe ich Ihnen heute auf jeden Fall das Recht. Wenn andere noch einmal reden möchten, werde ich dem zustimmen. - Die nächste Debattenrednerin und letzte Rednerin für diesen Beitrag ist Frau Feußner von der CDU-Fraktion. Sehr geehrte Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Eva Feußner (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Motto „DDR-Unrecht weiter aufarbeiten - Versöhnung fördern“ stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf eine Aktuelle Debatte. Das geschieht mit Blick auf den Ende April 2017 in Magdeburg stattfindenden Bundeskongress der Beauftragten der Länder für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundesstiftung „Erinnern und Zeichen setzen - Zeugnisse politischer Verfolgung und ihre Botschaft“ und den unserem Hause vorliegenden Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten vom 28. März dieses Jahres.

Dieses außerordentlich umfangreiche Kompendium legt sehr akribisch Zeugnis davon ab, welche Aktivitäten die Behörde in Beratungsfragen, zu Rehabilitationsfragen, zur Zusammenarbeit von Stiftungen, Opferverbänden, den Kirchen und in der Öffentlichkeitsarbeit unternommen hat; das ist sehr beeindruckend.

Nach der Lektüre des Berichtes bedarf es eigentlich nicht der Forderung nach einer Debatte, die zum Ergebnis haben soll, Übereinstimmung in diesem Hohen Hause zu erzielen. Dass diese vorbildliche Aufarbeitung weiter zu vertiefen und fortzusetzen ist, wird zumindest bei den Koalitionsfraktionen kaum auf Widerspruch treffen; denn das ist eine weitere Arbeit im Sinne der Opfer des Stalinismus. Die wollen wir weiter leisten; das liegt wohl auch in der Sache selbst begründet.

(Beifall bei der CDU)

Der vorliegende, etwas unklar in seiner Zielforderung formulierte Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnert an das bekannte Gleichnis von den Eulen, die nach Athen getragen werden.

(Zuruf)

Brisant ist indes die Frage, wie Versöhnung nunmehr weiter gefördert werden soll, wenn sie 27 Jahre nach dem Mauerfall noch immer nicht stattgefunden hat.

(Zurufe)

Sehr viel Optimismus und eine Portion illusionistisches Weltverständnis sind vonnöten, um daran zu glauben. Die Täter, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, hüllen sich in Schweigen, sind abgetaucht oder haben sich längst weit entfernt von ihrer vormaligen Tätigkeit etabliert.

Sind es Menschen, die von blindem Gehorsam beherrscht waren? Standen sie unter hohem psychischen Erwartungsdruck der allmächtigen Parteifunktionäre? Oder handelte es sich um seelenlose Technokraten, denen ihre Opfer völlig gleichgültig waren?

Kaum zu glauben ist indes, dass die Genossen der Staatssicherheit die wirklichen Folgen ihres Tuns nicht erkennen konnten und ihnen nicht bewusst gewesen sein soll, dass ihre angeblich kleinen Beiträge tatsächlich Teil eines umfassenden Überwachungs- und Spitzelprogramms gewesen sind.

All diese Motive gehen von der Mutmaßung aus, dass die Täter ihren Handlungen meist neutral, wenn nicht sogar ablehnend gegenüberstanden. Das mag für diejenigen zutreffen, die durch die Stasi erpresst wurden, sicherlich. Aber es gilt zu bedenken, dass die meisten MfS-Mitarbeiter überzeugt davon gewesen sind, mit ihrer alltäglichen Arbeit dem Weltfrieden, dem Sozialismus und dem Schutz der propagierten Arbeiter- und Bauernmacht zu dienen.

Ob sich eine solche, oft jahrzehntelang gefestigte Überzeugung abstreifen lässt wie ein altes Kleidungsstück, das wage ich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, echt zu bezweifeln.

(Beifall bei der CDU)

Und die Opfer? - Vielleicht gibt es welche, die bereit wären, mit ihren ehemaligen Peinigern ins Gespräch zu kommen. Ob dies allerdings zur wirklichen Versöhnung gereichen kann, das darf echt kritisch hinterfragt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein kurzer Blick in dieses düstere Kapitel der DDR-Geschichte soll verdeutlichen, warum eine solche Versöhnungsmentalität kaum zum Tragen kommen dürfte.

Der Rückhalt des SED-Regimes bei den Menschen in Ostdeutschland war in den ersten Jahren der DDR so gering, dass die tatsächliche Zustimmung für die SED bei den freien Wahlen gerade erst einmal zwischen 17 und 18 % betrug.

Der Übergang zur Einheitsliste und die Anwendung von Manipulation, Erpressung und Gewalt,

insbesondere durch den Apparat der Staatssicherheit, der am Ende des Experimentes der DDR 91 000 hauptamtliche und 189 000 inoffizielle Mitarbeiter beschäftigte, gab der SED die Scheinlegitimation, die sie in den Wahlen suchte.

Beim Anwerben von Informanten war den Stasi-Offizieren jedes Mittel recht: die fremden Autos vor dem Haus, die Wanzen in den Steckdosen, der erste Verdacht gegen eine Kollegin, das Misstrauen, die Angst und der Griff in die unterste Schublade menschlicher Verderbnis.

So berichtet ein Major stolz, dass es ihm gelungen ist, einen Pfarrer durch Erpressung zu werben, der niemals aus Überzeugung diesem Apparat gedient hätte. Ich zitiere:

„Da bot sich die sexuelle Abnormität des Pfarrers an. Er fühlte sich von minderjähriger, jungfräulicher Haut angezogen. Damit hatten wir ihn, und er war einfach eine Spitzenquelle.“

Der Volksaufstand in der DDR um den 17. Juni 1953 verlieh den wahren Gefühlen der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung der DDR einen allzu deutlichen Ausdruck. Das nach dem Vorbild der sowjetrussischen Tscheka gegründete Ministerium für Staatssicherheit hatte im Vorfeld des Arbeiteraufstandes nach Meinung der führenden Genossen versagt und Wilhelm Zaisser musste den Stasi-Chefsessel schließlich für einen stalinistischen Betonklopf - wir wissen alle, um wen es geht: Erich Mielke - und zweifachen Polizistenmörder räumen.

(Zuruf)

Von welchem Schlage dieser Mann war, zeigt ein kurzer Auszug aus einem Besprechungsprotokoll - man höre und staune! - von 1987. Ich zitiere:

„Wir sind nicht davor gefeit, dass wir mal einen Schuft unter uns haben. Wenn ich das schon jetzt wüsste, würde er ab morgen nicht mehr leben. Kurzen Prozess, weil ich Humanist bin, deshalb habe ich solche Auffassungen. Das ganze Geschwafel von wegen nicht hinrichten und nicht Todesurteil, alles Käse, Genossen, hinrichten, wenn notwendig auch ohne Gerichtsurteil.“

Man höre! Das kam 1987 von Erich Mielke. Das verteidigen Sie heute immer noch; das ist ein so unverschämtes Verhalten, das kann ich nicht nachvollziehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Die Diktatur der SED, die Herrschaft von Walter Ulbricht und Erich Honecker war in erster Linie eine einem Teil Deutschlands oktroyierte und von einem brutalen Geheimdienst gesteuerte Diktatur der sowjetischen Besatzungsmacht.

Aber was die Menschen, die zum Stasi-Opfer wurden, erleiden mussten, darf niemals vergessen werden und zeigt besonders drastisch die finstere Seite genau dieses Regimes.

(Beifall bei der CDU)

Ob in Hohenschönhausen, im „Roten Ochsen“ von Halle oder im „Gelben Elend“ von Bautzen, ob in den zahlreichen Vernehmungszentralen, wer einmal in die Fänge der Stasi geriet, war für immer gebrandmarkt.

Hans-Eberhard Zahn war kein so prominentes Opfer wie Robert Havemann, Wolf Biermann, Jürgen Fuchs oder Stefan Heym, aber er beschreibt die Haftbedingungen, unter denen er sieben Jahre leiden musste. Ich zitiere erneut:

„Eine Zellentür wurde aufgeschlossen. Dahinter lag so etwas wie eine finstere Höhle. Man stieß mich hinein. Ein grelles Licht über der Tür wurde eingeschaltet. Ich befand mich in einem fensterlosen Betonsarg, 1 m breit, 2 m hoch, 3 m lang. Es gab einen Kübel, aber sonst keine Sitzgelegenheit; denn die Holzpritsche war hochgeklappt und mit einem Vorhängeschloss gegen die Benutzung abgesichert.“

Es gab zahllose Verhörmethoden, auch nach dem Vorbild des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten. Alexander Solschenizyn beschreibt das in 27 Varianten in seinem weltberühmten Roman „Der Archipel Gulag“; das können Sie alles nachlesen.

Dieter Borowski, Journalist und mehrfach in Stasi-Haft, schilderte eine Verhörmethode so - ich zitiere erneut -:

„So wird er bis ans Ende meiner Tage vor mir stehen: breitbeinig, die hohe schlanke Gestalt vor meinem Stuhl in der graublauen Uniform des Stasi-Offiziers gekleidet, die fatal an die Militärtracht des Hitlerstaates erinnerte, spiegelblank die hohen schwarzen Stiefel, darüber die Reithosen, an der Uniformjacke die silbernen Kragenspiegel verziert mit weinroter Paspelatur, der Erkennungsfarbe des Staatssicherheitsdienstes. War sein Gesicht von vorgetäuschter oder wirklich empfundener Wut verzerrt, dann gellten seine Drohungen durch den Raum: Jetzt hast du ausgespielt für immer! Verräter am Sozialismus! Bürgerliche Feinde der Arbeiterklasse! So ein Schwein, wie du es bist, gehört ausgemerzt! Ja, solche Subjekte wie du haben in unserem Staat kein Lebensrecht!“

Man kann sich nur annähernd vorstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie diese Menschen unter dem physischen und psychischen Terror gelitten haben mussten. Ob die so Geschädigten

und Verfolgten wünschen, mit ihren einstigen Peinigern zu reden, sich dadurch mit einer teilweise traumatischen Vergangenheit erneut oder erstmalig, weil verdrängt, auseinanderzusetzen und zu konfrontieren, bleibt aus meiner Sicht fraglich.

Genauso fraglich ist es, ob die Täter gewillt sind, sich ihrer eigenen Verantwortung zu stellen, durch Bekenntnis zur Schuld zu sühnen und dadurch den Weg zur Versöhnung zu ebnen; zugegebenermaßen: eine nahezu illusorische Hoffnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und auch die Zukunft nicht meistern. Das ist, wie soeben dargestellt, ein wesentliches Argument für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Feußner, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Eva Feußner (CDU):

Im komme gleich zum Schluss. - Dazu, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, gehört aus unserer Sicht auch der Umgang mit unserer eigenen Vergangenheit, besonders in Bezug auf das politische System der DDR. Wir sind der Auffassung, auch davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf haben. Wer diese Überprüfung ablehnt, auch zum Teil mit fadenscheinigen Argumenten, der hat entweder, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, etwas zu verbergen oder möchte keine wirkliche Auseinandersetzung mit der Aufarbeitung der SED.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Feußner, bitte den letzten Satz formulieren.

Eva Feußner (CDU):

Ja, ich komme zum letzten Satz. - Nachvollziehbarerweise dulden genau diese Parteien bzw. Fraktionen, die das hier ablehnen, auch extremistische Strömungen in ihren Reihen, die sich eben gerade nicht von diesen totalitären Staatsformen, von der NS-Diktatur genauso wie von der DDR-Diktatur, distanzieren; das zeigt ihr wahres Bild und die wirkliche Einstellung zur Demokratie und auch ihren Opportunismus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Feußner, es gibt noch zwei Nachfragen. Möchten Sie die beantworten?

Eva Feußner (CDU):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Erst Frau von Angern, dann Frau Bull-Bischoff. - Bitte, Frau von Angern.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, es ist keine Nachfrage, sondern eine Intervention. - Zunächst möchte ich beziehungsweise auf Ihre Rede, aber auch beziehungsweise auf die Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden ganz klar für meine Fraktion erklären, dass sämtliche Mitglieder meiner Fraktion frei gewählte Abgeordnete und keine Abgeordneten sind, die hier geduldet werden; das ist unser Demokratieverständnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Des Weiteren möchte ich feststellen: Ich gehöre zu den Abgeordneten meiner Fraktion, die sich bisher immer der Stimme enthalten haben, wenn es um diesen Ausschuss ging. Sie haben massiv dafür geworben, sodass ich heute ablehnen werde. Ich möchte Ihnen das auch erklären.

Sie haben heute alles dafür getan, deutlich zu machen, worum es Ihnen mit diesem Ausschuss geht. Sie wollen der Kollegen der AfD-Fraktion und unsere Abgeordneten in einen Sack stecken und draufhauen. Das hat nichts mit Aufarbeitung zu tun.

(Lachen bei der CDU - Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Sie haben kein Wort zu Ihrer eigenen Verantwortung in der DDR heute gesagt.

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend vielleicht noch die allerdings eher rhetorische Frage: Wann wurde denn die CDU gegründet?

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Feußner, bitte.

Eva Feußner (CDU):

Eigentlich ist es ja eine Kurzintervention. Ich will nur zwei Sachen dazu sagen.

Es stellt sich aus meiner Sicht doch gar nicht die Frage, ob ich zwei Fraktionen in einen Sack stecken möchte. Es stellt sich vielmehr die Frage: Wer setzt sich tatsächlich mit seiner eigenen Vergangenheit auseinander?

(Zurufe von Eva von Angern, DIE LINKE, und von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Ich kann natürlich immer davon sprechen: Wir machen das intern bei unseren Parteitage. Bei uns legt jeder seine Vergangenheit offen und und

und. Aber Sie stellen sich nicht wirklich der Öffentlichkeit, und das ist Ihr Problem.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

Die AfD-Fraktion lehnt es aus anderen Gründen ab. Sie sagt: Es ist schon so lange her. Das muss jeder mit sich selbst ausmachen.

Ich wollte nur sagen: Nur davon reden, reicht eben nicht, um sich wirklich zu stellen.

Wenn Sie sagen: Das ist uns zu tunnelmäßig, wir brauchen einen komplexeren Blick dafür, das sehe ich doch alles ein. Dann machen Sie doch erst einmal den Anfang dazu. Sie haben es nicht gemacht.

Weil es Herr Striegel vorhin ansprach und die Sache mit Herrn Holm und Herrn Thierse angeführt hat: Warum ist denn die Sache mit Herr Holm in den Medien so publiziert worden? - Weil er sich genau nicht seiner Vergangenheit gestellt hat, weil er es geleugnet hat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man offen mit seiner Vergangenheit umgeht, dann kann man ja auch abwägen. Aber nicht einmal das tun Sie. Sie leugnen und sagen: Wir legen das nicht offen. - Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen. Aber Sie können hier nicht sagen: Wir sind für alles offen. Der Ausschuss gefällt uns eigentlich nicht. Dann lehnen wir das ab.

Wenn ich in einem Ausschuss nicht einmal mitarbeite, kann ich auch nicht sagen: Mir gefällt dieser Ausschuss nicht. Denn Sie wissen gar nicht, was in diesem Ausschuss stattfindet. An der Stelle ist die Kritik nicht berechtigt.

(Beifall bei der CDU)

Wer den Ausschuss generell ablehnt und gar keine Aufklärung will, muss damit rechnen, dass sich jeder hier in dem Haus ein Bild davon machen kann.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Es kann jeder über sich selbst nachdenken. Das hat keine Konsequenzen. Übrigens: Jede Fraktion kann die Konsequenzen, die es hätte, wenn jemand einer Stasi-Mitgliedschaft überführt werden würde, selbst abwägen; jeder kann selbst entscheiden, wie er damit umgeht.

(Zuruf von der AfD)

Wir haben schon Anfang der 90er-Jahre festgelegt, wie wir als CDU-Fraktion mit Mitgliedern der eigenen Fraktion umgehen. Sie wollen sich mit der Vergangenheit nicht auseinandersetzen. Was die angebliche Alternative „Neue Demokratie“ angeht: Bei einer neuen Demokratie, die sich mit der Vergangenheit nicht auseinandersetzt, habe ich große Zweifel.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Feußner, es gibt mehrere Fragen. Zunächst ist Frau Bull-Bischoff dran, dann Herr Roi und als Dritter Jan Wenzel Schmidt. - Bitte Frau Bull-Bischoff.

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Frau Kollegin, ich habe vorhin in meinem Redebeitrag die Auffassung meiner Partei, meiner Fraktion zu der DDR-Diktatur unmissverständlich wiedergegeben. Ich will es, weil wir junge Menschen auf der Tribüne haben, wiederholen.

Wir haben gesagt: Die DDR musste daran zugrunde gehen, dass es keinerlei verbindliche demokratische Grund- und Freiheitsrechte gegeben hat, dass es Verbrechen gegeben hat, dass es Benachteiligungen gegeben hat - so wie Sie es geschildert haben.

Ich will zweitens sagen: Ihre Debatte - dabei geht es mir exakt so wie Frau von Angern - ist Beleg dafür, dass diese Debatte immer und immer wieder reduziert wird auf schwarz und weiß. Sie und Ihre Partei sind selbstverständlich immer weiß. Ich habe in diesem Hause bisher wenige kritische Worte zur CDU-Vergangenheit gehört, zu Schuld oder nicht Schuld.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Das ist der Beleg dafür. Es geht um den Duktus der Abrechnung.

Ich weise den ungeheuerlichen Vorwurf zurück, dass meine Partei die Machenschaften von Mielke und der Staatssicherheit hier immer wieder gerechtfertigt hätte. Das tue ich mit aller Entschiedenheit.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN - Uwe Harms, CDU: Wer denn sonst? - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Feußner, das war auch eine Kurzintervention. Sie können darauf antworten. Bitte.

Eva Feußner (CDU):

Frau Bull-Bischoff, Sie versuchen, sich von Ihrer Vergangenheit reinzuwaschen. Das gelingt Ihnen nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Lachen bei der LINKEN - Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Das ist doch lächerlich! So ein Quatsch!)

Das gelingt Ihnen nicht; Sie sind nun einmal die Nachfolgepartei. Es würde Ihnen gelingen, wenn Sie genau das offenlegen, was wir jetzt hier einfordern.

Seit Gründung des Landtages hat sich die CDU-Fraktion geschlossen, ohne Ausnahme, immer

einer Überprüfung gestellt. Sie wollen uns jetzt vorwerfen, dass wir uns mit unserer - -

(Zuruf von Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE - Swen Knöchel, DIE LINKE: Als Lehrer waren Sie Teil des Staatsapparates!)

Lassen Sie mich doch erst einmal zu Ende sprechen. Sie wollen uns vorwerfen, dass wir uns mit unserer Vergangenheit nicht auseinandergesetzt haben. Wir haben das getan. Wir haben uns dieser Überprüfung gestellt.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Sie haben beschlossen, dass Sie es nicht tun wollen!)

- Was haben wir beschlossen?

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Sie wollen sich nicht mit der Blockpartei-Vergangenheit auseinandersetzen!)

- Natürlich! Das haben wir doch gemacht. - Davon abgesehen: Wenn Sie erst einmal anfangen würden, sich mit Ihrer Stasi-Vergangenheit zu beschäftigen und - -

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

- Der Stasi-Vergangenheit Ihrer Partei.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Frechheit! Das ist ein pauschaler Vorwurf! Mein Gott! Sie waren als Lehrer Teil des Apparates!)

- Wer schreit, hat nicht unbedingt Recht. Getroffene Hunde bellen.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Kolleginnen und Kollegen!

(Glocke der Präsidentin)

Frau Feußner, einen kleinen Moment. - Ich denke, wir sollten jedem die Chance geben, ausreden zu können, und erst dann erwidern. Im Dialog bringt es uns überhaupt nichts. - Frau Feußner, bitte.

Eva Feußner (CDU):

Ich sage noch einmal: Getroffene Hunde bellen. Wir haben uns alle jeweils überprüfen lassen. Wir haben uns mit unserer Vergangenheit auseinandergesetzt, auch mit den Mitgliedern der ehemaligen CDU, der Blockpartei CDU.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Das reicht nicht!)

Sie haben nicht einmal den Anfang dazu gemacht.

(Zurufe von Swen Knöchel, DIE LINKE, und von Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE)

Es wäre ein Anfang gewesen, sich damit auseinanderzusetzen, welche Mitglieder Ihrer Partei Mitglied des MfS gewesen sind.

(Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Das haben wir gemacht! - Swen Knöchel, DIE LINKE: Das wissen wir!)

- Es ist ja schön, wenn Sie das wissen und es der Öffentlichkeit verheimlichen.

(Lachen bei der LINKEN - Swen Knöchel, DIE LINKE: Das ist öffentlich!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich hatte eben darum gebeten, keinen Dialog hier zu führen, und hatte gesagt, dass ich keinen Dialog zulassen werde. Ich möchte aber dem nächsten Fragesteller Herrn Roi die Möglichkeit geben, seine Frage zu stellen. - Bitte, Herr Roi.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ja, es ist ein bisschen aufgeheizt. Ich mache jetzt einmal Folgendes: Ich stecke Sie, Frau Feußner, und Herrn Knöchel einmal in einen Sack. Denn Sie, Frau Feußner, kennen offenbar schon vorher das Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion.

Eva Feußner (CDU):

Nein.

Daniel Roi (AfD):

Doch. Sie haben ja hier pauschale Aussagen getroffen, wie wir uns hier verhalten. Deshalb frage ich mich, woher Sie das denn haben. Sie wissen doch gar nicht, wie die Fraktionen abstimmen. Was erzählen Sie hier eigentlich?

Ich möchte Ihnen einmal einen Hinweis geben. Es gab im Stadtrat Bitterfeld-Wolfen eine ähnliche Abstimmung, auch im Kreistag. Dort hat sich die AfD-Fraktion geäußert. Das können Sie in der „Mitteldeutschen Zeitung“ nachlesen. Mein Fraktionskollege im Kreistag war auch SED-Mitglied. Auch er hat für die Überprüfung gestimmt. Es kam heraus, dass er in dieser Frage eine saubere Vergangenheit hat.

Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Wir haben uns ganz deutlich positioniert.

Ich positioniere mich heute hier genauso.

Jetzt frage ich Sie einmal. Damit bin ich wieder bei dem, was ich vorhin Herrn Striegel schon gefragt habe.

Im Kreistag sitzt ein Herr Ronald Maß. Die „Mitteldeutsche Zeitung“ hat 2014 geschrieben, der Bauingenieur Maß habe Kollegen denunziert. In der „Mitteldeutschen Zeitung“ ist die unterzeichnete Verpflichtungsermächtigung für das Ministerium für Staatssicherheit abgedruckt gewesen.

Ihre Fraktion hat diesen Mann mehrheitlich in einen Aufsichtsrat gewählt. Das war für die Frak-

tion der CDU und auch die der SPD im Kreistag offensichtlich überhaupt kein Problem. Es hat sich auch niemand dazu geäußert, als er im Kreistag nachgerückt ist.

Deshalb nehme ich Ihnen Ihre gespielte Empörung hier nicht ab. Denn wenn es darum geht, sich vor Ort zu solchen Sachen zu positionieren, handeln Sie nicht konsequent. Es ist alles nur Show, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Roi, Sie haben die Fragestellung fast mit einer Kurzintervention verbunden. Eigentlich ist nur eine Frage oder eine Kurzintervention möglich. Aber Frau Feußner kann darauf antworten. - Bitte, Frau Feußner.

Eva Feußner (CDU):

Meine Meinung, Herr Roi, habe ich mir aufgrund des Redners Ihrer Fraktion gebildet. Er hat vorhin im Plenum hier dargestellt - das kann man nachher im Protokoll nachlesen -, dass die AfD-Fraktion es aufgrund der großen Zeitspanne, die schon vergangen wäre, ablehne, sich einer Überprüfung zu stellen. Daraus habe ich das entnommen.

Was meine angebliche Schauspielerei hier vorn betrifft, dazu sage ich Ihnen jetzt etwas. Sie haben das Prinzip der Aufarbeitung nicht verstanden. Mit der Überprüfung und der Überführung eines Mitglieds des MfS hat doch noch lange keine Aufarbeitung stattgefunden. Die Überprüfung allein ist erst einmal ein Beginn. Das ist das, was ich eben auch den LINKEN gesagt habe. Aufarbeiten ist ein bisschen mehr.

Es kann sein - ich habe es übrigens versucht, in meinem Redebeitrag darzustellen -, dass Menschen von der Staatssicherheit gezwungen worden sind, das Dokument zu unterschreiben. Es kann auch sein, dass sie freiwillig dorthin gegangen sind, aus innerster Überzeugung. Das muss man bei einer Aufarbeitung unterscheiden.

Das ist genau das, worüber wir hier sprechen. Die Überprüfung allein ist nur der erste Schritt. Das sage ich jetzt zum fünften Mal. Aufarbeitung sieht etwas anders aus. Das heißt nicht, dass man solche Leute nicht weiterhin im Gemeinderat, im Kreistag haben kann oder sie in einen Aufsichtsrat schicken kann, wenn eine Aufarbeitung stattgefunden hat. Im Speziellen kenne ich dieses Beispiel nicht. Aber das rechtfertigt doch nicht, dass ich diese Menschen verurteile, bevor ich weiß, wie sie zu diesem Amt gekommen sind.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Feußner. Es gibt noch eine Frage. Dann würde ich die Debatte beenden wollen.

(Zuruf von Jan Wenzel Schmidt AfD)

- Eine Kurzintervention, okay. Herr Jan Wenzel Schmidt, Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Danke. - Eine Kurzintervention. Sie haben der Rede von Herrn Büttner nicht richtig zugehört. Es gibt bei uns keinen Fraktionszwang. Das bedeutet, dass unsere Abgeordneten frei entscheiden werden. Ich zum Beispiel werde für den Ausschuss stimmen.

Wir lehnen den Ausschuss nicht grundsätzlich ab. Wir sind nur gegen diesen aufgebauchten Schuldskult, der immer wieder in den Fokus gerückt wird, weil uns das nicht voran bringt.

Wir sind hier im Landtag dafür zuständig, dass wir die Politik der Gegenwart und der Zukunft bestimmen und nicht jedes Mal in der Vergangenheit wühlen.

Dass natürlich ein Ausschuss die Abgeordneten überprüft, sehen wir als sinnvoll an. Aber den Schuldskult immer wieder in den öffentlichen Fokus zu rücken und damit auch wertvolle Zeit zu vergeuden, statt realpolitisch etwas zu bewegen, das lehnen wir ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Möchten Sie darauf erwidern, Frau Feußner?

Eva Feußner (CDU):

Es ehrt Sie ja, wenn es in Ihrer Fraktion auch einige gibt, die sich mit der Vergangenheit tatsächlich auseinandersetzen wollen.

Einen Schuldskult gibt es hier nicht. Unterhalten Sie sich bitte einmal mit den Opfern darüber, was die erleiden und erdulden mussten. Dann sprechen wir hier über etwas ganz anderes. Vielleicht sollten Sie sich einmal damit auseinandersetzen.

Ich wiederhole meinen Spruch, den ich auch in meinem Redebeitrag verwendet habe: Wenn man sich mit der Vergangenheit nicht auseinandersetzt, kann man auch keine Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Budde möchte noch eine Kurzintervention machen. Bitte, Frau Budde.

Katrin Budde (SPD):

Keine Frage, Frau Feußner, sondern eine Kurzintervention. - Die SPD ist ja eine Partei, die kurz nach 1945 bis 1989 verboten war. Trotzdem ha-

ben viele hier bei uns im Plenum, die etwas älter sind, eine persönliche Geschichte in der DDR.

(Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kollege Lehmann, lassen Sie doch der Kollegin Budde die Zeit, ihre Kurzintervention erst einmal zu formulieren. - Vielen Dank.

Katrin Budde (SPD):

Selbst eine Partei, die erst 1989 neu gegründet worden ist, hat eine Geschichte, die von dem Thema Staatssicherheit nicht ganz zu trennen ist, wenn ich an Ibrahim Böhme denke, der als einer der ersten Vorsitzenden Stasi-Mitglied war und die SPD mit gegründet hat.

Insofern meine Bitte an alle hier Vertretenen sowohl als Individuen als auch als Parteien, vernünftig und sachlich mit dem Thema umzugehen. Denn auch die Blockparteien haben eine Geschichte in der DDR. Man sieht, auch die SPD, die hinterher neu gegründet worden ist, war davon nicht ganz frei.

(Zustimmung bei der AfD)

Ich möchte aber auch mit der Mär aufräumen, die der Redner der AfD hier vorgetragen hat, dass man sich nicht wehren konnte, weil man ansonsten mit Konsequenzen zu rechnen hätte.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist im Leben immer so, dass man sich entscheiden muss und dass das Konsequenzen hat.

In einer Diktatur ist es so, dass die Konsequenzen manchmal dramatischer sind. Meine Eltern haben sich anders entschieden, sie haben deshalb auf Karriere verzichtet, und manch einer hier im Saal auch.

Der eine oder die andere ist so weit gegangen, dass sie in eine Blockpartei gegangen sind. Andere haben auch darauf verzichtet. Es gibt ganz unterschiedliche Geschichten.

Aber das MfS, also diese Art von innerer Bespitzelung, ist ein Instrument, das in den Kasten einer Diktatur gehört. Das ist so. Und dann ist es immer schlimmer. Das wissen wir. Trotzdem gibt es immer eine freie Entscheidung. Ich wehre mich dagegen, dass hier auf die Tränendrüse gedrückt wird so nach dem Motto, man musste das tun. Das musste man nicht, auch in der DDR nicht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Frau Budde, zwei Minuten - -

Katrin Budde (SPD):

Darf ich noch eine Bitte an die Kollegen der LINKEN äußern? - Ich weiß, dass das immer eine große Keule ist, die bei dem Thema hier rausgeholt wird. Ich verstehe auch wirklich nicht, warum Sie Ihre Meinung dazu nicht ändern. Ich verstehe das einfach nicht. Aber wir sind weit davon entfernt, die große Keule herauszuholen.

Ich würde mich trotzdem freuen, wenn an dieser Stelle die einzelnen Abgeordneten vielleicht doch noch einmal überlegen, ob es nicht ein Mittel mit ist, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und einem solchen Ausschuss zuzustimmen, weil ich glaube,

(Zuruf von Matthias Höhn, DIE LINKE)

- das ist meine persönliche Auffassung, Herr Höhn -

(Zuruf von Birke Bull-Bischoff, Die LINKE)

dass es gut wäre, wenn es hier einen großen Konsens gäbe.

(Unruhe bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Kollegin Budde, okay. Ich hatte schon etwas

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Frau Feußner liest, was Frau Bull-Bischoff gesagt hat!)

zugegeben.

(Katrin Budde, SPD: Vielen Dank!)

Sie müssen aber nicht erwidern.

Eva Feußner (CDU):

Nein, ich will nur eines ergänzen. Ich will nur noch einmal eines sagen. Uns geht es hier um eine Aufarbeitung. Punkt.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Das haben wir gelernt! - Zurufe von Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Feußner. - Somit kommen wir noch einmal zu dem Kollegen Striegel, der darum gebeten hat, doch noch einmal hier vorn etwas reden zu dürfen. Wir haben uns in solchen Fällen immer darauf verständigt, dass die Redezeit im Höchstfall drei Minuten beträgt. Herr Kollege Striegel, das würde ich Ihnen jetzt auch zubilligen wollen, und selbstverständlich den anderen auch.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Vielen herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was haben wir in dieser Debatte erlebt? - Wir haben eine mit sich ringende LINKE erlebt, die sich nach dieser

Debatte in mancher Skepsis bestätigt sehen muss, die ich aber trotzdem bitten will, dem Antrag auf Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses zuzustimmen, weil das eine mögliche Konsequenz wäre, um tatsächlich zu Erkenntnis zu kommen und dann auch Aufarbeitung daran festmachen zu können. Ich verstehe aber, warum Ihnen das angesichts der Qualität oder eben Nichtqualität dieser Debatte schwer fällt bis unmöglich ist.

Frau Feußner, ich habe in diesem Parlament keine, nicht eine Verteidigung der SED, der DDR, der Stasi und dieses Repressionsapparates erlebt. Ich finde es falsch, das hier zu insinuieren. Das gab es hier nicht und das gab es auch nicht durch die Kolleginnen und Kollegen der LINKEN.

Es sind auch keine Eulen nach Athen getragen worden oder es bestand auch nicht die Gefahr, dass sie getragen werden, solange wir, wenn wir über Aufarbeitung und deren Notwendigkeit im Zusammenhang mit der Stasi, der SED und der DDR reden, eben auch über die Blockparteien und ihre Verantwortung für die Aufrechterhaltung und die Stabilisierung dieses Systems hier sprechen.

Das kann ein Auftrag nach § 46a des Abgeordnetengesetzes nicht leisten. Aber wir müssen diese Debatte führen. Es wäre gut, wenn Ihre Partei sich da auch in Verantwortung nehmen würde und nicht nur intern mal so ein bisschen untersuchen würde, sondern tatsächlich diesen Prozess auch hier gemeinsam mit uns und allen führen würde.

Herr Kollege Borgwardt, ich muss Ihnen widersprechen und ich bin da ganz bei der Kollegin von Angern. Niemand ist in diesem Haus nur geduldet. Niemand. Wir sind alle frei gewählt. Das mögen die einen sympathischer oder weniger sympathisch finden. Aber es ist eine Errungenschaft des Jahres 1989, dass wir hier frei gewählt sitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Was mich aber wirklich anpiekt, ist der infame Umgang der AfD mit diesem Thema.

(Oh! bei der AfD)

Von Schuld kult zu sprechen, den Schlussstrich zu fordern, das alles geht überhaupt nicht. Das wird der Verantwortung nicht gerecht. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie da eine andere Haltung

(André Poggenburg, AfD: Nicht, das werden wir nicht machen!)

an den Tag legen. Sie haben hier heute gezeigt, Sie sind nicht bereit, aus der Vergangenheit zu lernen, aus der Vergangenheit von vor 1989 nicht, und wir wissen von anderen Gelegenheiten, auch aus der Vergangenheit von vor 1945 nicht. - Herzlichen Dank.

(Ui! bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Jetzt sind wir wieder bei dem Nazi!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kollege Striegel. - Herr Büttner hat das Wort. Herr Büttner, auch für Sie gilt das Recht, jetzt noch einmal drei Minuten reden zu können.

(Unruhe - Katrin Budde, SPD: Nein, nein, nein! - Minister Marco Tullner: Vielleicht einmal darüber nachdenken!)

Wir waren am Ende der Debatte. Wir haben sie noch einmal aufgemacht, weil der Kollege Striegel darum gebeten hat. Ich habe gesagt, dasselbe Recht gilt natürlich für alle anderen Fraktionen auch. Das muss ich allen zugestehen.

(Beifall bei der AfD)

So, Herr Büttner, Sie haben jetzt auch noch einmal drei Minuten Redezeit.

Matthias Büttner (AfD):

Danke, Frau Präsidentin. - Genau das, was Sie gerade ausgeführt haben, zeigt die Doppelmoral der Parteien hier in diesem Parlament. Das gleiche Recht gilt für alle. Das ist etwas, mit dem Sie sich nicht anfreunden können, meine Damen und Herren.

Und wenn ich Herrn Striegel gerade zugehört habe, dann muss ich mich doch wundern: Wieder jemand, der dem Redebeitrag von mir nicht zugehört hat, alles durcheinander geworfen hat und die AfD pauschal dazu verurteilt hat, diesen Opfern nicht zu helfen bzw. diesen Untersuchungsausschuss nicht zu unterstützen. Das ist einfach nicht der Fall; denn ich habe davon gesprochen, dass wir es unseren Mitgliedern freistellen, ob sie dafür oder dagegen sind. Darum haben Sie hier einfach die Unwahrheit erzählt.

(Beifall bei der AfD - Ulrich Siegmund, AfD: Postfaktisch!)

- Postfaktisch. - Und Frau Budde, ich muss ganz klar sagen, dass ich Ihrem Redebeitrag oder Ihrer Intervention überhaupt nicht folgen konnte; denn Sie sind es doch, die diktatorische Systeme unterstützen, auch heute noch, Stasi-Methoden wie bei der Arbeiterwohlfahrt, wo AfD-Mitglieder mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen können, nur weil sie AfD-Mitglied sind.

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl! - Unruhe)

Da muss ich ganz klar sagen, das sind Stasi-Methoden.

(Unruhe - Zuruf von der CDU: Das ist eine Unverschämtheit - Weitere Zurufe von der CDU)

Und Ihre Doppelmoral,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner.

Matthias Büttner (AfD):

sich hier hinstellen - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner!

Matthias Büttner (AfD):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment. Ich denke einmal, an dieser Stelle sollten wir uns doch sehr zurückhalten und uns auch noch einmal die Wortwahl überlegen.

(Angela Gorr, CDU: Genau!)

Matthias Büttner (AfD):

Ich entschuldige mich. - Trotzdem müssen wir noch kurz über Ihre Doppelmoral sprechen. Hier stellen Sie sich hin und erzählen, wir müssen unbedingt etwas tun und diesen Ausschuss gründen. Auf Bundesebene ist es doch Heiko Maas, der IM Viktoria dazu einstellt

(Zurufe von der AfD: Richtig!)

oder damit beauftragt, im Internet die Hasskommentare zu bekämpfen

(Oliver Kirchner, AfD: Das ist so!)

und einzuschätzen. Da muss ich ganz klar sagen, wer auf Bundesebene Leute wie ehemalige IM mit solchen sensiblen Aufgaben betraut, der braucht sich hier nicht hinstellen und darüber zu reden, dass wir hier in der Fraktion falsch handeln. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen. Zuerst spricht Herr Dr. Grube und dann Herr Gürth. - Sie möchten als Fraktionsvorsitzende sprechen? - Okay. - Herr Dr. Grube, bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Da Herr Büttner keine Fragen mehr zu beantworten wünscht, mache ich das als Kurzintervention. - Er hat gerade meiner Fraktionskollegin und damit auch der Fraktion Stasi-Methoden und diktatorische Methoden vorgeworfen.

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Aber Sie haben uns als Nazis - -)

Ich frage mich, wie denn dieser Vorwurf damit zu vereinbaren ist, dass der AfD-Landesvorstand gewählte Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl qua Beschluss noch einmal wählen lassen will,

(Beifall bei der SPD - Matthias Büttner, AfD, kehrt an das Rednerpult zurück)

wie das damit zu vereinbaren ist, dass die Fraktions- und Landesvorsitzende der sächsischen AfD mit einem Federstrich die Landesliste ändert und wie das damit zu vereinbaren ist, dass hier diverse Mitglieder Ihrer Fraktion nicht mehr für den Bundestag nominiert worden sind, weil sie sich nicht an die Regularien des Bundeswahlgesetzes gehalten haben. Das müssten Sie mir einmal erklären, Herr Büttner.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bevor Sie antworten - ich merke ja, dass Sie nach vorn gekommen sind und antworten möchten -, möchte ich auf jeden Fall darauf hinweisen, dass wir jetzt schon weit von dem Thema abschweifen.

(Beifall bei der AfD)

Aber der Vorwurf stand jetzt natürlich im Raum. Deswegen würde Sie bitten, darauf zu antworten, wenn Sie denn wollen.

Matthias Büttner (AfD):

Frau Präsidentin, Sie haben Recht. Ich habe mir das gerade noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Diese unhaltbaren Anschuldigungen, die hier von dem Kollegen erhoben werden, sind es eigentlich nicht würdig, um darauf zu antworten. Darum erspare ich mir die Antwort, auch um uns allen hier ein bisschen Zeit zu sparen.

(Lebhafter Beifall und Unruhe bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich dachte, Sie wollten sich jetzt entschuldigen. Ich hatte das jetzt eigentlich so aufgefasst,

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Herr Büttner, weil Sie das vorher angedeutet hatten. Deswegen hatte ich vermutet, Sie würden sich für die Anschuldigungen entschuldigen.

Matthias Büttner (AfD):

Frau Präsidentin, Sie haben Recht. - Sie, Herr Dr. Grube, haben sich hier gestern in dieses Plenum gesetzt und einen Vertreter unserer Fraktion als Nazi beschimpft, indem Sie den Ausspruch tätigten, Sie sind ein Nazi, weil Sie ein Nazi sind. Und Sie verlangen von uns, dass wir die Wahrheit nicht benennen dürfen? Machen Sie sich einmal Gedanken über den Begriff der Demokratie. - Danke.

(Beifall bei und Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich möchte das jetzt nicht kommentieren; denn das ist nicht direkt hier im Plenum gesagt worden. Deswegen halte ich davon jetzt Abstand.

Generell möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir vereinbart haben, uns die Wortwahl wirklich noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Ich bitte darum, dass sich zukünftig alle Fraktionen daran halten. - Herr Gürth.

(Dr. Falko Grube, SPD: Ich habe eine Nachfrage!)

Es ist keiner da, der antworten kann, Herr Dr. Grube.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Herr Gürth, bitte.

Detlef Gürth (CDU):

Ich bin bei dem, was ich heute hier gehört habe, richtig aufgewühlt und entsetzt. Herr Kollege, der letzte Redner da von der AfD, wenn Sie zwei Wörter in all den Worten, die Sie gesagt haben, überhaupt nicht hätten erwähnen dürfen, dann waren das die Wörter Demokratie und Doppelmoral.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ihre ganze Rede war Doppelmoral und hatte nichts mit Demokratie zu tun. Ich finde es unerträglich, ich finde es auch entsetzlich von Ihnen, vor Wochen und Monaten nicht nur es immer wieder zu hören, sondern auch beklatscht zu sehen, wenn führende Mitglieder der AfD im Zusammenhang mit unserer schlimmsten NS-Vergangenheit, mit dem schlimmsten Verbrechen der Menschheit der Neuzeit von Schuld kult sprechen. - Das gegenüber der NS-Zeit.

Wenn Sie auf die DDR, die SED und DIE LINKE klopfen - ich gehöre wirklich nicht zum Fanklub der LINKEN -, aber dann mit der SED-Diktatur genauso hier von Schuld kult sprechen und es ablehnen, darüber zu sprechen, wer, wo, wann und wie Schuld auf sich geladen hat - das hat eine Gemeinsamkeit, die ganz gefährlich ist. Deswegen muss ich das hier sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie stellen sich hier hin und sprechen von der AWO und anderen Organisationen, wo mit Stasi-Methoden gearbeitet wird und - -

(André Poggenburg, AfD: Jawohl - Robert Farle, AfD: Wo unsere Leute entlassen werden! - Weitere Zurufe von der AfD: Jawohl!)

- Sagen Sie einmal, haben Sie das Hirn völlig abgeschaltet?

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie können doch hier nicht Stasi-Methoden kritisieren und drei Minuten später stellt sich ein Red-

ner Ihrer Fraktion hin und spricht von Schuld kult, wenn es um die Stasi-Diktatur geht. Das passt doch nicht zusammen.

(Eva Feußner, CDU: Das passt nicht zusammen!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Gürth,

Detlef Gürth (CDU):

Entschuldigung, ich bitte um Nachsicht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

wir hatten gestern den Vorfall.

Detlef Gürth (CDU):

Ich bitte um Nachsicht. Ich bin gleich fertig.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, wir hatten gestern diesen Vorfall. Deswegen möchte ich Sie bitten,

Detlef Gürth (CDU):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

auch diese Worte hier nicht mehr zum Ausdruck zu bringen, auch wenn Ihnen der Kamm schwillt und Sie wahrscheinlich doch überlaufen.

Detlef Gürth (CDU):

Ja. Ich bitte um Nachsicht. Das ist mir so noch nie passiert in den 27 Jahren.

(Oh! bei der AfD)

Nein, ich finde, wer es ablehnt, darüber zu sprechen und aufzuarbeiten, was Diktaturen strukturell befördert, ermöglicht und ausmacht,

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Das ist nicht der Zeitpunkt dazu!)

der nimmt es hin, dass so etwas wieder entstehen kann.

(Beifall im ganzen Hause)

Und wer Diktaturstrukturen fördert, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, dass er ein Demokrat ist.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Eva Feußner, CDU: Richtig! - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen von den Fraktionsvorsitzenden. Wenn kein weiterer Fraktionsvorsitzender sich diesbezüglich meldet, wür-

de ich diese beiden natürlich noch durchlaufen lassen. Sie haben das Recht, jederzeit zu sprechen. Dann würde ich wirklich zum Schluss kommen wollen, weil es für mich keine neuen Erkenntnisse gibt.

Frau Dr. Pähle, Sie haben zuerst das Wort. Frau Fraktionsvorsitzende, Sie dürfen. Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Erkenntnisgewinn. Nun ist es wieder so ein Tag, an dem wir hier im Parlament, ich zumindest und, ich glaube, auch die Mitglieder meiner Fraktion, sehr viel gelernt haben.

Wir haben gelernt, dass die AfD den Opfern der SED-Diktatur einen Schlag ins Gesicht gibt.

(Oh! bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: So ein Quatsch - Zurufe von Robert Farle, AfD, und von Oliver Kirchner, AfD)

Wir haben gelernt, dass Sie - -

(Zurufe von der AfD)

- Doch, genau das machen Sie. Sie stellen sich hin und versuchen auch in diesem Zusammenhang, sich allein in eine Opferrolle zu bringen,

(Tobias Rausch, AfD, lacht)

weil ja alles ganz ganz furchtbar ist, wie hier im Parlament mit Ihnen umgegangen wird, dass man Ihrer Rede nicht zuhört, dass man Unterstellungen macht.

Nein, wir haben genau zugehört. Und ganz ehrlich, Herr Büttner, wer in der AWO ist, der muss die Grundwerte der AWO teilen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dazu gibt es ein Verbandspapier - davor gab es einen Prozess - mit dem Titel „Die Grundwerte der AWO“. Ich kann es sehr gut verstehen, dass die AWO für sich sagt, diese Grundwerte sind mit einer Mitgliedschaft in der AfD nicht übereinzubringen. Das ist richtig.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Grundwerte sind übrigens das, was Ihrer Fraktion grundsätzlich fehlt, nämlich Respekt im Umgang miteinander.

(Unruhe bei der AfD)

Ich will noch einmal ganz, ganz deutlich sagen, gerade auch vor dem Hintergrund der geschichtlichen Bezüge, die angesprochen wurden: Sowohl Mitglieder der AWO als auch der SPD haben unter zwei Diktaturen gelitten, waren in zwei Diktaturen verboten. Viele unserer Mitglieder wie auch Mitglieder der AWO haben Widerstand geleistet -

sie wollten keine Karriere machen - und mit dem Leben bezahlt.

Das, was Sie gerade getan haben, ist wirklich der Tiefpunkt, den wir im letzten Jahr hier erreicht haben. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Entschuldigungen müssen angenommen werden, und ich sage Ihnen ganz deutlich: Ihre Entschuldigung nehmen wir nicht an.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Poggenburg, Sie haben jetzt das Wort als Fraktionsvorsitzender. Sie haben das Wort, bitte.

André Poggenburg (AfD):

Frau Dr. Pähle, es ist schon - - Entschuldigung, wir sind alle etwas aufgeregt. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Frau Dr. Pähle, es ist schon bemerkenswert, dass Sie gerade wieder davon sprechen, dass die AfD keinen respektvollen Umgang pflegt. Wir haben gestern im Ältestenrat zusammengessen und darüber diskutiert, wie wir uns zu verhalten haben.

Einem AfD-Abgeordneten wurde gerade entgegengebracht, ob er sein Gehirn abgeschaltet habe, oder so ähnlich. Darüber wurde gestern diskutiert. Das heißt, wenn überhaupt, dann sind doch das Niveau und der Level hier ganz stark ausgeglichen.

(Zustimmung bei und Zurufe von der AfD)

Das Dumme ist nur, dass sich bei dem ausgeglichenen Niveau, das wir hier haben, immer nur eine Seite ständig echauffiert und eine Dünnhäutigkeit beweist, bei der man sich fragt, was Leute mit dieser Dünnhäutigkeit in einem Parlament verloren haben. Man muss als Politiker wissen, dass man Kritik einstecken muss und dass man kontroverse Diskussionen führen muss.

(Unruhe bei der SPD)

Wer austeilt, der muss auch einstecken können.

(Beifall bei der AfD - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Jawohl!)

Frau Dr. Pähle, beim Zuhören geht es schon los.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Ich höre Ihnen zu!)

- Das können Sie gar nicht, wenn Sie quatschen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Poggenburg, ich würde auch Ihnen sagen, dass Sie sich bitte im Ton etwas mäßigen. Ich weiß, dass alle aufgebracht sind und dass dieses

Thema alle richtig aufgeheizt hat, aber trotzdem appelliere ich noch einmal ganz stark an Sie, Ihren Ton etwas zu mäßigen.

André Poggenburg (AfD):

Gut, dann nehme ich das Wort „quatschen“ zurück und sage, während Sie reden, wenn das besser ist.

Wir kommen zu dem Thema Schuld kult. Was Sie eben nicht verstanden haben, ist, dass es uns nicht darum geht, dass man sich mit den Themen NS-Zeit, DDR-Diktatur nicht beschäftigt, darum geht es uns überhaupt nicht.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Herr Höcke hat es ja gesagt!)

Vielmehr kommt es auf das Wie an. Es hilft überhaupt nichts, wenn man monoton und gebetsmühlenartig irgendwelche Phrasen immer wieder hochhält - Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt. Ein konstruktiver Umgang damit ist etwas anderes. Daraus zu lernen, wie es Herr Dr. Tillschneider heute gesagt hat, es heute anzuwenden und besser zu machen, das ist der richtige Umgang mit Geschichte. Das haben Sie einfach nicht drauf.

(Beifall bei der AfD)

Mit dieser Art und Weise, die teilweise angewandt wird, erreichen Sie ganz einfach Folgendes: Dass sich Menschen abwenden, dass sie es nicht mehr hören können. Das darf doch nicht sein. Man muss doch eine solche Sache im Gedächtnis behalten, auffrischen und gedanklich irgendwie auch interessant halten, indem man daran auf eine Art und Weise erinnert, dass man sich damit beschäftigen möchte.

Wie es die linke Seite macht, führt dazu - das muss ich ganz ehrlich sagen -, und das merkt man an ganz vielen jungen Leuten, dass sie diese ständige Monotonie einfach nicht mehr hören wollen.

Die AfD hat sich nie, weder heute noch in der Vergangenheit, dagegen ausgesprochen, sich der Geschichte zu stellen. Es kommt einfach auf das Wie an.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Herr Höcke!)

Auch bei dem heutigen Thema geht es darum, wie macht man das.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wenn wir sagen, wir haben über ein viertel Jahrhundert hinter uns - - Natürlich war es ein Unrechtsregime. Das ist völlig klar. Ich kann Ihnen sagen, dass es die meisten Abgeordneten von uns allein vom Alter her gar nicht persönlich betreffen kann, dass sie bei der Stasi waren. Trotzdem sagen Sie, wir wollten im Grunde genommen einseitig eine Position beziehen.

Ich kann Ihnen nur sagen, die Meinungen in der AfD dazu sind sehr geteilt, weil es eben ein Thema ist, das uns alle betrifft, weil es ein Thema ist, das unser Land, gerade Ostdeutschland, betrifft.

Wir haben gesagt, wir stimmen heute völlig frei ab. Es ist nicht einmal eine Empfehlung ausgesprochen worden. Es wird so getan, als ob es zu dieser Position eine völlig einhellige, festgefahrene Meinung gibt. Sie nehmen im Grunde das Abstimmungsergebnis in Ihrer unendlichen Weisheit schon vorweg. Ich muss sagen: Das gebührt sich nicht in einem Parlament.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt sollten wir vielleicht wirklich alle mal wieder etwas herunterfahren bei diesem Thema.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Das hat wirklich geholfen! - Sven Knöchel, DIE LINKE: Lächerlich!)

- Sehr schön. - Ich kann nur sagen, uns ist es völlig egal, ob DIE LINKE eine ähnliche Position hat wie manch Abgeordneter in der AfD oder nicht. Wir wissen natürlich auch, dass sich DIE LINKE darüber ärgert, wenn der eine oder andere AfD-Abgeordnete eine ähnliche Position wie sie hat, aber das sind eben die ideologischen Scheuklappen, die Sie tragen.

Werte linke Fraktion, seien Sie wirklich mal ganz ruhig. Sie versuchen wieder einmal, mit dem Moralfinger zu wedeln. Der sollte nur in eine Richtung zeigen, nämlich in Ihre eigene. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Jawohl!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich beende damit das erste Thema der Aktuellen Debatte. Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages in Bezug auf die Aktuelle Debatte nicht gefasst.

Damit kommen wir sogleich zum Abstimmungsverfahren über den Antrag in der Drs. 7/1190 - Einsetzung des Ausschusses nach § 46a des Abgeordnetengesetzes.

Gemäß § 46a Abs. 3 des Abgeordnetengesetzes kann der Landtag einen Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes einsetzen.

Über die Größe und die Zusammensetzung des Ausschusses wird durch Einsetzungsbeschluss entschieden. Der Beschluss bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten, mindestens jedoch der Mehrheit der Mitglieder des Landtages. Das sind 44 Abgeordnete.

§ 75 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages schreibt vor, durch Namensaufruf abzustimmen, wenn ein Beschluss einer Mehrheit bedarf, der nach der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtages zu berechnen ist.

Der Namensaufruf wird durch den Schriftführer Herrn Loth vorgenommen. Ich bitte die Aufgerufenen, laut und deutlich mit Ja oder mit Nein oder mit Enthaltung zu antworten. Der Zuruf ist durch den aufrufenden Schriftführer zu wiederholen. - Bitte, Schriftführer Herr Loth.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Wolfgang Aldag	Ja	Matthias Höhn	Nein
Eva von Angern	Nein	Andreas Höppner	Nein
Gottfried Backhaus	Ja	Thomas Höse	Nein
Jürgen Barth	Ja	Holger Hövelmann	Ja
Bernhard Bönisch	Ja	Thomas Keindorf	Ja
Carsten Borchert	-	Oliver Kirchner	Ja
Siegfried Borgwardt	Ja	Swen Knöchel	Nein
Gabriele Brakebusch	Ja	Hagen Kohl	Ja
Christina Buchheim	Nein	Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen	Ja
Katrin Budde	Ja	Jens Kolze	Ja
Birke Bull-Bischoff	Nein	Dietmar Krause	Ja
Matthias Büttner	Enthaltung	Tobias Krull	Ja
Bernhard Daldrup	Ja	Markus Kurze	Ja
Jens Diederichs	Ja	Hendrik Lange	Enthaltung
Kerstin Eisenreich	Nein	Mario Lehmann	Nein
Rüdiger Erben	Ja	Matthias Lieschke	Ja
Robert Farle	Ja	Thomas Lippmann	Nein
Eva Feußner	Ja	Hannes Loth	Ja
Dorothea Frederking	Ja	Cornelia Lüddemann	-
Lydia Funke	Ja	Olaf Meister	Ja
Wulf Gallert	Nein	Willi Mittelstädt	Ja
Stefan Gebhardt	Nein	Andreas Mrosek	Ja
Andreas Gehlmann	Nein	Volker Olenicak	Ja
Ralf Geisthardt	-	Dr. Katja Pähle	Ja
Angela Gorr	Ja	Florian Philipp	Ja
Dr. Falko Grube	Ja	André Poggenburg	Nein
Detlef Gürth	Ja	Henriette Quade	Nein
Hardy Peter Güssau	Ja	Detlef Radke	Ja
Uwe Harms	Ja	Alexander Raue	Ja
Dr. Reiner Haseloff	Ja	Daniel Rausch	Enthaltung
Kristin Heiß	Nein	Tobias Rausch	Ja
Guido Heuer	Ja	Daniel Roi	Ja
Doreen Hildebrandt	Nein	Sarah Sauermann	Ja
Monika Hohmann	Nein	Frank Scheurell	Ja
		Silke Schindler	Ja
		Dr. Andreas Schmidt	Ja
		Jan Wenzel Schmidt	Ja
		André Schröder	Ja
		Chris Schulenburg	Ja
		Andreas Schumann	Ja
		Ulrich Siegmund	Ja
		Dr. Verena Späthe	Ja
		Marcus Spiegelberg	Ja
		Holger Stahlknecht	Ja
		Andreas Steppuhn	Ja
		Sebastian Striegel	Ja

Daniel Sturm	Ja
Daniel Szarata	Ja
Ulrich Thomas	Ja
Dr. Hans-Thomas Tillschneider	Nein
Marco Tullner	Ja
Lars-Jörn Zimmer	Ja
Dagmar Zoschke	Nein

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich das Ergebnis verkünde, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Börde-Gymnasiums Wanzleben recht herzlich bei uns begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Der Namensaufruf ist erfolgt und wir haben ein Abstimmungsergebnis vorliegen. Insgesamt haben 84 Abgeordnete abgestimmt. Davon stimmten 61 Abgeordnete mit Ja und 20 Abgeordnete mit Nein. Drei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist die erforderliche Mehrheit erreicht. Das heißt, wir haben sogar beides erfüllt, das Quorum von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten, das 56 Abgeordneten entspricht, und die Mehrheit der Mitglieder des Landtages, die bei mindestens 44 Abgeordneten erreicht ist.

(Beifall bei der CDU, bei der AfD, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit ist die Einsetzung des Ausschusses zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR beschlossen worden. Der Ausschuss ist damit eingesetzt worden.

Ich rufe somit das zweite Thema der Aktuellen Debatte auf:

Die Zukunft der EU 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1192**

Für die Debatte wurde folgende Reihenfolge der Fraktionen vereinbart: DIE LINKE, SPD, AfD, GRÜNE und CDU.

Zunächst hat die Antragstellerin DIE LINKE das Wort.

(Wulf Gallert, DIE LINKE, steht bereits am Rednerpult)

- Herr Gallert wollte etwas Zeit sparen, weil wir schon viel verloren haben. Sie haben natürlich sofort das Wort. Bitte, Herr Gallert.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Schönen Dank, werte Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist es schwer, nach einer so emotionalen Debatte das zugegebenermaßen etwas komplexere Thema Europäische Union anzupacken.

(Frank Scheurell, CDU: Sie meistern das!)

Ich würde aber zumindest an einer Stelle versuchen, Aufmerksamkeit zu erzielen, und zwar mit der Aussage, dass der Ausgang der Debatte zur Europäischen Union mit Sicherheit die politischen und die Lebensrealitäten im Land Sachsen-Anhalt mindestens genau so stark beeinflussen wird wie diese emotionale Debatte, die wir eben geführt haben. Deswegen wäre es unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit, uns diesem Thema auch konzentriert zur nähern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und von Frank Scheurell, CDU)

Nun ist es in einem Landtag eine eigenartige Variante, ausgerechnet Aktuelle Debatten immer dazu zu benutzen, Jahrestage zu würdigen - sie sind im politischen Geschäft so ziemlich das Einzige, was man mit Sicherheit voraussagen kann, und haben damit eigentlich nicht eine so wahnsinnig hohe Aktualität. Aber es hat sich bei uns im Landtag eigenartigerweise als Gewohnheit eingeschliffen.

Ich nehme zumindest für meine Fraktion in Anspruch, dass bei dem Thema „60 Jahre Römische Verträge“ tatsächlich heute niemand die Aktualität einer solchen Aktuellen Debatte infrage stellt. Deswegen ist es, glaube ich, wichtig, dass wir das auch an dieser herausragenden Stelle tun.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Frank Scheurell, CDU)

Die Frage, die sich heute, 60 Jahre nach der Gründung der EWG, stellt, ist tatsächlich nicht eine, die sich nur irgendwelche Fachleute stellen, zu der irgendwelche Europafreaks diskutieren, sondern es ist inzwischen tatsächlich so, dass über die Perspektive, ja sogar die Existenz der Europäischen Union inzwischen an Stammtischen genauso diskutiert wird wie über den Ausgang des nächsten Bundesliga-Spieltages. Das ist etwas, was die Leute inzwischen mit hoher Emotionalität und massenhaft erreicht hat.

Der Unterschied zu der anderen von mir genannten Diskussion ist nur, dass es bei dieser Debatte nicht nur um den nächsten Meister der deutschen Bundesliga geht, sondern wahrscheinlich um die Lebensrealitäten in den nächsten Jahrzehnten, wenn nicht im gesamten 21. Jahrhundert für alle Menschen in Europa. Das ist wirklich ein Grund,

sich der Debatte ernsthaft zu stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN, von Frank Scheurell, CDU, von Florian Philipp, CDU, und von Katrin Budde, SPD)

Bevor wir aber zu solch pathetischen Schlussfolgerungen kommen, zunächst einen kurzen Blick 60 Jahre zurück: Römische Verträge 1957. Man ist natürlich gerade in dieser Zeit geneigt, mit viel Pathos daran zu erinnern, in welcher Art und Weise diese Idee damals geboren wurde.

Ich sage ganz ehrlich: Pathos war zwar dabei, aber es war auch sehr viel Pragmatismus dabei. Mehrere Versuche, europäische Integration, europäische transnationale Organisationen zu bilden, sind vorher gescheitert. Natürlich ging es in allererster Linie um eine wirtschaftspolitische Debatte. Es ging zu allererst um die Gründung einer Zollunion. Jawohl, das ist richtig.

Dann gab es eine ganze Reihe von politischen Implikationen. Deutschland wollte nach den Verbrechen des Nationalsozialismus in irgendeiner Art und Weise wieder dazugehören und hatte ein elementares Interesse an dieser Westeinbindung.

Auch Frankreich und die anderen Länder sahen mit einigem Argwohn - das will ich durchaus sagen - auf das Wirtschaftswunderland Bundesrepublik Deutschland und vor dem Hintergrund der schrecklichen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg auch mit einiger Skepsis auf die sich substantiell entwickelnde Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Auch das war ein Motiv, möglicherweise einen gemeinsamen Blick auf diese Dinge zu haben.

Natürlich gab es darüber hinaus die Alternative im Osten Europas, wo der Versuch schon im Jahr 1949 gestartet wurde, eine transnationale Planwirtschaft als RGW zu institutionalisieren. Man brauchte demzufolge ein Gegengewicht.

All diese Motive spielten eine Rolle. Wir sollten heute, wenn wir die Feierlichkeiten begehen, in unserem historischen Rückblick so ehrlich sein.

Aber es ist halt so wie im richtigen Leben: Entscheidend ist nicht die Absicht, sondern die Wirkung. Und die Wirkung ist wirklich so, dass man sagen kann: Es ist eine unwahrscheinliche Errungenschaft, dass es seit der Gründung der EWG, der EG, der EU nie eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedstaaten gegeben hat und dass wir heute in der Lage sind, in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur die beschränkten Grenzen der Nationen zu überschreiten bis hin zu einem europäischen Bewusstsein. Das ist das Ergebnis und das gilt es zu verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Florian Philipp, CDU, und von Katrin Budde, SPD)

Das ist für unseren Kontinent mit dieser schwierigen Geschichte ein so herausragendes Ergebnis, dass wir diese Form der europäischen Integration mit Herzblut und mit Vehemenz verteidigen. Darauf können Sie sich verlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und von Florian Philipp, CDU)

Allerdings geht es im Rückblick natürlich auch um das, was kommt, um das, was in der Perspektive vor uns steht. Dazu gibt es natürlich vor dem Hintergrund der substantiell kritischen Debatte zur Europäischen Union, von verschiedenen Akteuren verschieden geführt, ganz unterschiedliche Vorstellungen.

Ich will nur mit einer einzigen Story, mit einem einzigen Mythos aufräumen, und zwar dass die Europäische Union eigentlich nur als Freihandelszone und Zollunion gedacht war. Das ist falsch! Schon im ersten Vertragstext der EWG stand zum Beispiel der Europäische Sozialfonds. Das war der erste und einzige Haushaltsposten der Europäischen Union. Es ist falsch zu sagen, das Soziale hätte nie eine Rolle gespielt.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD: Im Jahr 1957 war die erste eklatante eindeutige politische Forderung in diesem Vertrag: gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Mann und Frau! Also Traditionen, mit denen wir uns identifizieren können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und von Florian Philipp, CDU)

Trotzdem haben wir heute eine völlig andere Situation. Trotzdem haben wir heute eine völlig andere Reflexion dieser Europäischen Union. Das gilt im Großen wie im Kleinen. Das geht schon los bei uns im Land Sachsen-Anhalt. Wir diskutieren zum Beispiel über den Nutzen der Europäischen Union. Obwohl ich das gar nicht so kleinkariert haben will, haben wir in Sachsen-Anhalt natürlich hervorragende Beispiele für den Nutzen der Europäischen Union. Ich habe die Milliarden gar nicht nachgezählt,

(Alexander Raue, AfD: Das sind doch Bundesmilliarden!)

- warten Sie mal ab, Herr Raue, warten Sie mal ab! -, über die wir aufgrund der Kohäsionspolitik im Land Sachsen-Anhalt verfügen. Das sind immense Summen, die uns zur Verfügung gestellt worden sind. Sie sind - das muss man klar sagen - häufig viel flexibler und viel besser einsetzbar zur Verfügung gestellt worden als Bundesmittel aus dem Berliner Haushalt.

(Zustimmung von Minister Rainer Robra)

Diese haben uns viel mehr geholfen als zum Beispiel die GA Wirtschaft. Du kannst mit EFRE-Mitteln an vielen Stellen viel, viel mehr und viel

bessere Sachen machen. Allerdings - das muss ich als Kritik an die Landesregierung richten -: Wer dann bei den zugegebenermaßen nicht leichten Umsetzungen schludert, Fehler macht oder eine Rede hält wie der Kollege Webel, als er mit seiner Sporthalle in Wolmirstedt erwischte worden ist, der muss sich nicht wundern,

(Zustimmung von Kristin Heiß, DIE LINKE, und von Hendrik Lange, DIE LINKE)

dass er Antieuropäern Wasser auf die Mühlen leitet, wie wir es bei der AfD hier erlebt haben.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es ist unsere Schuld, wenn wir diese Mittel falsch verwenden. Thüringen kann es besser. Brandenburg kann es besser. Es liegt nicht an Brüssel; es liegt an Magdeburg, wenn die Säge hier klemmt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn das aber alles so ist, dann müssen wir uns natürlich heute die Frage stellen: Warum ist denn das Ansehen der Europäischen Union in der Debatte so? Warum gibt es denn heute wieder eine Konjunktur von Hass, Leid und Verbrechen, von Nationalismus, diese Quelle von Zerstörung, von Terror, diese Geißel Europas?

(Zuruf von Frank Scheurell, CDU)

Warum gibt es eine Konjunktur dafür, wenn wir doch eine Europäische Union haben, in deren Verträgen von Menschenrechten die Rede ist, von sozialer Gerechtigkeit, von Beseitigung der Armut? Warum leidet eine solche Europäische Union unter Akzeptanzverlust? - Diese Fragen müssen wir uns ernsthaft stellen.

Ich will Ihnen nur ein kleines Beispiel geben. Vor einigen Wochen hat der DGB eine Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union durchgeführt. Da hat der Vertreter der Europäischen Kommission, angesprochen auf soziale Verwerfungen, gesagt: Ach, ich weiß gar nicht, was Sie von mir wollen; die Kommission ist nun einmal der Wettbewerbs-hüter; wir kämpfen für den freien Markt; die sozialen Folgen davon sind Sache der Nationalstaaten.

Nun könnte man denken: Was ist das für ein Typ? Ein hoch bezahlter Beamter und hat den Lissabon-Vertrag offensichtlich nicht gelesen! - Aber das, was er da gesagt hat, ist die Realität. Das ist leider viel zu häufig die Wirkung der Europäischen Union.

Wie soll ich denn hier jemandem erklären, warum wegen der Europäischen Union zum Beispiel das Vergabegesetz in Niedersachsen mit den Tarif-treuerregeln aufgehoben wird?

Wie soll ich hier jemandem erklären, dass öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung mit Druck aus Brüssel privatisiert werden sollen, und ihm erzählen, wie toll das für ihn wäre?

Wie soll ich hier jemandem erzählen, warum europäische Institutionen Angriffe auf Sparkassensysteme und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk organisieren, und sagen: Das ist aber super für dich; das hilft dir weiter? - Das kann ich ihm nicht erklären. Ich kann niemanden von Vorteilen überzeugen, der keine Vorteile hat.

(Zustimmung bei der AfD)

Deswegen, liebe Kolleginnen, gilt es, diese Europäische Union in ihrer Konsistenz, in ihrem jetzigen Wirken substanziell zu verändern.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei der AfD)

Man kann das in und mit der Europäischen Union, aber nicht gegen sie, liebe Kollegen von der AfD. Das kann man.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Ich sage klar: Wir haben einen EU-Kommissionspräsidenten, der als Ministerpräsident vor allen Dingen alles dafür getan hat, legale und halblegale Steuerschlupflöcher zu organisieren,

(Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Dumpingsteuern zulasten der sozialen Haushalte der Länder, die er jetzt vertritt in der Europäischen Union.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich die gleiche Kommission jetzt mit Apple und Irland anlegt, weil sie Steuerdumping betreiben. Vielleicht lernt der Mann. Vielleicht lernt sogar ein Herr Juncker in dieser Funktion soziale Verantwortung.

Wir haben eine Debatte über die soziale Struktur und die soziale Säule in der Europäischen Union lustlos geführt, inkonsequent. Aber die Europäische Union ist der Ort, an dem wir über Sozialpolitik reden müssen. Die Europäische Union ist der Ort, an dem wir solche Dinge tun können. Die Europäische Union ist der Ort, an dem wir gegen Steuerdumping zugunsten von Konzerninteressen und Profitinteressen, im Interesse der sozialen Gerechtigkeit, im Interesse der öffentlichen Daseinsvorsorge reden müssen und reden können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kollege Gallert, Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Einen Satz, liebe Kollegin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen Satz noch. Bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Für uns gibt es kein Zurück. Die Europäische Union darf nicht zurückgebaut werden zu einer Freihandelszone mit Mauern drum herum. Vor allen Dingen darf aber eines nicht passieren: Europa darf nicht zurückfallen in die Zeit der konkurrierenden und sich irgendwann bekämpfenden Nationalstaaten. Das zeigt uns die Vernunft und das lehrt uns die Geschichte dieses Kontinents. - Danke.

(Starker Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Poggenburg. - Herr Poggenburg, bitte.

André Poggenburg (AfD):

Eine Kurzintervention, bitte. - Herr Gallert, Sie haben gerade zum Abschluss gesagt: Für uns gibt es kein Zurück. Das erinnert mich an den Ausspruch: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Das ist genau Ihre Theorie. Sie haben gerade wunderbar dargelegt, dass die EU eben nichts oder kaum etwas für den kleinen Mann bringt.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Das stimmt nicht!)

Darin gebe ich Ihnen vollkommen recht. Was Sie aber einfach nicht schaffen, ist, dann zu sagen, okay, dann lassen wir dieses Konstrukt einfach sein. Es hat sich nicht bewährt. Es hat es nicht geschafft, für den Bürger dazu sein.

Sie müssen eben, ganz typisch LINKE, immer am Gestern und Vorgestern festhalten. Sie können sich nicht der neuen Realität stellen und einfach einmal sagen, alte Konstrukte, die nicht funktionieren, lassen wir beiseite.

Ich glaube, das ist beim Kommunismus bei Ihnen ganz genauso. Sie können nicht sein lassen, was einfach nicht funktioniert. Ich würde mich freuen, wenn Sie einmal einen Schritt weitergehen. Die AfD ist schon einen Schritt weiter. Lassen Sie sich inspirieren. Wir sind die Zukunft. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kollege Gallert, Sie können darauf erwidern, müssen es aber nicht.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich habe auf diesen Hinweis gewartet, Frau Präsidentin.

(André Poggenburg, AfD, Rüdiger Erben, SPD, und Sebastian Striegel, GRÜNE, lachen)

Ich werde es trotzdem tun.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Tun Sie das. Bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Erstens. Herr Poggenburg, ich kann nichts für Ihre Kognition. Dafür bin ich nicht zuständig, und ich weigere mich auch, mich darin hineinzuendenken.

Zweitens. Ja, es gibt politische Sachverhalte, die lassen sich nicht auf null und eins und Plus und Minus reduzieren. Dass das offensichtlich schwierig ist, haben wir bei der letzten Debatte gehört, und bei dieser wird es wahrscheinlich nicht anders sein.

Ich sage noch einmal ganz deutlich: Nein, gerade Menschen mit unteren Einkommen, gerade Menschen, die sich heute häufig vor der Institution der Europäischen Union fürchten, würden bei einem Rückfall in die Zeiten der Nationalstaaten massiv unter Druck geraten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir alle kennen die Debatten: Schmeißt die Griechen doch aus dem Euro raus! Sollen sie doch sehen, wie sie klarkommen! Würden sie jetzt ihre alte Währung wieder einführen, hätten wir wahrscheinlich mit Hungersnöten zu rechnen, weil sie mit ihrer eigenen Währung überhaupt nicht mehr in der Lage wären, die eigene Bevölkerung zu versorgen.

Wir hätten die Situation - übrigens auch in Sachsen-Anhalt -, dass wir nicht massenhaft Schulen hätten bauen können. Wir hätten die Schulsozialarbeiter nicht. Wir hätten ein Steuerdumping und wir hätten ein Sozialdumping zwischen konkurrierenden Nationalstaaten. Das wäre noch schlimmer als das, was wir jetzt an Missständen in der Europäischen Union haben.

Wer sich die Situation real angucken will, der soll sich gerade einmal die künftige soziale Situation unterer Einkommensgruppen in Großbritannien angucken. Die werden unter die Räder geraten bei dieser Geschichte, nicht die oberen Zehntausend. Deswegen wollen wir nicht zurück, Herr Poggenburg.

(Starker Beifall bei der LINKEN - André Poggenburg, AfD: Gut!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kollege Gallert. - Bevor für die Landesregierung Staats- und Kulturminister Herr Robra spricht, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Hauptmann-Gymnasiums Wernigerode recht herzlich bei uns im Haus begrüßen zu dürfen.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie haben das Wort. Bitte, Herr Robra.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Schönen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Unter dem Eindruck der Feierlichkeiten zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957, die unter anderem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gebracht haben, ist ein zweites Jubiläum zu kurz gekommen, dass für die heutige Europäische Union mindestens dieselbe große Bedeutung hat.

Am 7. Februar 1992, also vor gut 25 Jahren, wurde nämlich der Vertrag von Maastricht unterzeichnet. Damit entstanden die Europäische Union als solche, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik. Es wurde die Unionsbürgerschaft eingeführt. Die Rechte des Europäischen Parlaments wurden durch die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens gestärkt und - für uns besonders wichtig - die Mitwirkung der subnationalen Ebene wurde durch die Begründung des Europäischen Ausschusses der Regionen geschaffen.

Maastricht war der Weg aus der damals so genannten Eurosklerose. Nach zwei Jahrzehnten schnellen wirtschaftlichen Wachstums hatten die Wirtschaftskrisen der 70er- und die Währungskrise der 80er-Jahre des vorherigen Jahrhunderts zur Stagnation der Europäischen Union geführt. Erst allmählich setzte sich wieder die Erkenntnis durch, dass Europa zusammenstehen muss, um die Krisen zu bewältigen.

Diese Einsicht, meine Damen und Herren, wünsche ich uns auch heute, statt in unreflektiertes Europa-Bashing zu verfallen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Maastricht markiert aber in gewisser Weise auch den Beginn unserer eigenen Europapolitik hier in Sachsen-Anhalt, nicht nur weil die Debatte, die zu Maastricht führte, mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Wiederentstehen des Landes Sachsen-Anhalt zusammenfiel. Im Kontext von Maastricht wurde bekanntlich der Europa-Artikel, Artikel 23, in das deutsche Grundgesetz eingeführt. Seitdem ist die Mitwirkung an der europäischen Einigung Staatszielbestimmung und Verfassungsauftrag, und zwar unter Beteiligung der deutschen Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union.

Die Landesregierung versucht auch in dieser siebenten Legislaturperiode, dieser Verantwortung nach besten Kräften gerecht zu werden; denn für ein Land wie Sachsen-Anhalt ist die in der EU gelebte und praktizierte Solidarität überlebenswichtig. Europäische Kleinstaaterei würde uns im weltweiten Standortwettbewerb ins Mark treffen.

Wenn wir über Europa reden, dann geht es uns weder um Schönfärberei noch um Schwarzmalerei. Es geht auch, so wichtig es ist, nicht nur um Geld aus Brüssel, das uns so sehr geholfen hat. Darin sind immer nur 22 % Bundesmittel. Wer ernsthaft glaubt, wir würden das Geld aus Berlin in der gleichen Weise bekommen - das ist die Renationalisierungsdebatte zu den Kohäsionsfonds; lesen Sie es einmal nach -, der hat sich geschnitten. Was wir vom Westen bekommen, das haben wir gesehen im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleiches.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dann hole ich mir das Geld lieber in der Weise, wie es Herr Gallert schon beschrieben hat, weitgehend unkonditioniert aus Brüssel ab, anstatt es hier im Wege der klein-klein-zweckgebundenen Pakete aus Berlin zu bekommen. Das sollte man also bitte noch einmal genauer durchdenken.

Meine Damen und Herren! Wenn die Probleme auf europäischer Ebene liegen, dann müssen wir sie natürlich genauso klar und deutlich benennen wie auf allen anderen Ebenen. Solche Probleme, die auch die Akzeptanz von Europa beeinträchtigen, sehe ich beispielsweise in der europäischen Überregulierung.

Es entspricht dem in den europäischen Verträgen verankerten Subsidiaritätsprinzip, dass die europäischen Vorgaben auf ein Minimum mit speziellem Mehrwert für Europa beschränkt werden. Herr Vizepräsident Gallert hat dafür schon ein paar Beispiele genannt.

Dieses Problem thematisieren aber auch wir seit Langem und immer wieder, nicht mit dem Ziel eines eventuellen Austritts aus der EU, sondern mit dem Ziel ihrer konstruktiven Weiterentwicklung. Es hilft insofern niemandem, Europa schlechtzureden, sondern es gilt, Europa besser zu machen. Das ist auch weiß Gott nicht unmöglich.

(Daniel Rausch, AfD: Nicht „Europa“! Die EU! - André Poggenburg, AfD: Europa ist nicht die EU! Immer der gleiche Fehler!)

Auch gegenüber der Europäischen Kommission thematisieren wir auf allen Kanälen Probleme bei der Anwendung von EU-Regelungen, beispielsweise mit einer Sitzung der Staatssekretärskonferenz am 24. April 2017 in unserer Landesvertretung in Brüssel.

Wir sind als Landesregierung inzwischen in die Phase der konkreten Umsetzung der Europa- und Internationalisierungsstrategie eingetreten, die sich die Landesregierung am 20. Dezember 2016 gegeben hat. Diese Strategie ist vor allem im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien erörtert worden und auf den

Europaseiten des Internetportals der Landesregierung für jedermann nachlesbar.

Dort sehen Sie dann auch, Herr Poggenburg, was es unseren Menschen hier in Sachsen-Anhalt gibt, dass wir Teil der Europäischen Union, Teil der europäischen Gemeinschaft sind. Ich kann nur empfehlen, es noch einmal nachzulesen, ebenso die Beispiele der konkreten Maßnahmen, die wir zum selben Zeitpunkt beschlossen haben, damit alle unsere Ressorts konkrete europäische und internationale Aktivitäten und Maßnahmen umsetzen, um uns immer besser in die Europäische Union einzubringen - durchaus auch kritisch, dort wo es angebracht ist. Auch dieser Bericht liegt Ihnen vor.

Wenn wir aus der Sicht eines Bundeslandes Lösungen für drängende Herausforderungen suchen, dann bietet der europäische und internationale Austausch auf persönlicher Ebene beste Gelegenheit, von den Erfahrungen anderer zu lernen. Ich möchte daher alle Akteure im Land, die Kammern und Verbände, die Vereine, die Bildungseinrichtungen, die Kultureinrichtungen und die Kommunen, ermuntern, ihren Blick verstärkt über die Landesgrenzen hinweg zu richten, bestehende Kontakte zu Partnern im Ausland auszubauen und neue Kontakte zu knüpfen. Die Landesregierung wird sie alle dabei engagiert und gern unterstützen.

Wir tun dies unter anderem auch in diesem Jahr wieder mit der jährlichen Europawoche, die vom 2. Mai an in ganz Sachsen-Anhalt stattfinden wird. Die Zukunft der EU wird dabei eines der meistdiskutierten Themen überall im Lande sein. Das komplette Veranstaltungsprogramm wird demnächst publiziert. Sie sind alle herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, kamen die Staats- und Regierungschefs sowie die führenden Vertreter der europäischen Institutionen am 25. März 2017 aus Anlass des 60. Jahrestages in Rom zusammen und verabschiedeten die feierliche Erklärung von Rom. Darin gaben sie die Verpflichtung ab - ich zitiere -, „die Europäische Union durch noch mehr Einheit und Solidarität untereinander und die Achtung gemeinsamer Regeln stärker und widerstandsfähiger zu machen“.

Die sogenannte Agenda von Rom umfasst die vier Kernziele: ein sichereres und geschütztes Europa, ein wohlhabendes und nachhaltiges Europa, ein soziales Europa und ein stärkeres Europa in der Welt.

Auch die Europäische Kommission hat ein Weißbuch zur Zukunft der EU vorgelegt, in dem verschiedene Szenarien entfaltet werden. Bis zur Sommerpause wird sie mit mehreren Reflexions-

papieren die wichtigsten Politikbereiche weiter konturieren. Wir werden uns auch in diesen Reflexionsprozess engagiert einbringen.

Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, findet die gesamte Zukunftsdebatte aktuell vor dem Hintergrund der Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich statt. Es wird für uns darauf ankommen, unsere Interessen auch in diesem bedauerlichen, aber unvermeidlichen Prozess wahrzunehmen.

Deshalb hat die Landesregierung als Mitantragsteller im Bundesrat am 31. März 2017 eine Entschließung eingebracht, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, die Länder in die Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs und zum Abschluss einer neuen Partnerschaft der EU mit dem Vereinigten Königreich einschließlich etwaiger Übergangsregelungen zur Vermeidung eines ungeordneten Austritts eng einzubeziehen und entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben angemessen zu beteiligen.

Die Bundesregierung scheint damit noch zu fremdeln, aber wir werden die Forderungen der Länder in den nächsten Monaten parallel zum Fortgang der Verhandlungen unverdrossen weiter konkretisieren.

Schon heute zeichnet sich ab, dass die Forderung, das Vereinigte Königreich möge seine finanziellen Verpflichtungen aus dem mehrjährigen Finanzrahmen bis zum Jahr 2020 in vollem Umfang erfüllen, eine unserer Kernforderungen darstellen wird; denn ein vorzeitiger Ausstieg könnte sich auf die Zahlungen aus den europäischen Fonds an Sachsen-Anhalt und damit auf unsere mittelfristige Finanzplanung und unsere operativen Programme auswirken. Das gilt es jetzt aus der Sicht des Landes unter allen Umständen zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Ich bin gern bereit, den Landtag beispielsweise über den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien über den Stand und den Fortgang dieser Debatten zu unterrichten, damit Sie immer zeitnah alle Informationen haben, die erforderlich sind, um sich ein eigenes Urteil bilden zu können. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Robra. Ich sehe eine Wortmeldung. - Herr Raue.

(Alexander Raue, AfD: Das ist eine Zwischenintervention!)

Bitte.

Alexander Raue (AfD):

Herr Robra, Sie betonen immer so schön den wirtschaftlichen Erfolg - das hat auch Herr Gallert getan -, den Deutschland und auch die kleinen Arbeiter von der Europäischen Union haben.

Wie stehen Sie eigentlich dazu: 800 Milliarden € Target-2-Salden? - Das ist doch eigentlich das Gleiche, als würde man Waren produzieren und anderen Staaten Geld geben, damit sie die Waren bei uns kaufen können. Dann können wir sie doch gleich verschenken. Wir haben 800 Milliarden €, die ausstehen, die höchstwahrscheinlich niemals ausgeglichen werden. Irgendwann werden wir sie abschreiben.

Das Geld aus der Europäischen Union, das Sie so gern für uns einkassieren wollen, ist doch letztlich deutsches Geld. Das ist linke Tasche, rechte Tasche. Ich kann darin einfach keinen Weg mehr sehen.

Ich kann nur sagen: Wir müssen den Euro abwickeln. So kann es nicht mehr funktionieren.

(Florian Philipp, CDU: Das ist Wertschöpfung bei uns!)

- Natürlich liegt die Wertschöpfung bei uns, aber wir verschenken ja die Werte. So sieht es aus. Wir kaufen international Rohstoffe ein, veredeln diese Rohstoffe, konstruieren daraus Maschinen - und vergeben die Maschinen. Wir verkaufen sie ja gar nicht; denn wir bekommen eigentlich kein Geld dafür.

Die Notenbank in Deutschland, die Deutsche Bundesbank, druckt Geld, damit die Firma, was weiß ich, Daimler, Geld für ihre Autos bekommt. Sie bekommt dafür Target-2-Salden in das europäische Register eingetragen.

(Zuruf von Katrin Budde, SPD)

Diese Salden müssten eingetauscht werden, in jedem Fall in echte Werte, das heißt in Produkte oder auch, was weiß ich, in Gold. Sie werden aber nicht eingetauscht. Sie bleiben dauerhaft stehen. Ganz ehrlich: Dann können wir das alles auch verschenken. Dann können aber auch die Arbeiter bei uns zuhause bleiben. Dann können wir ihnen Sozialhilfe in Höhe von 10 000 € geben. So sieht es eigentlich aus.

Die Produktion, die wir ins Ausland schicken, bekommen wir niemals vergütet. Da können Sie gut reden, was Sie wollen. Aber vielleicht können Sie drei Worte dazu sagen.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Ja, das will ich gern tun. Mich würde einmal interessieren, wie Sie diese Theorie auf den Weltmarkt insgesamt hochrechnen. Das ist eine sehr schlichte Betrachtungsweise.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, und von Olaf Meister, GRÜNE)

Deutschland beteiligt sich am Aufkommen der Mittel der Europäischen Union im Schnitt mit 22 %. Das heißt anders herum gesagt, 78 % der Mittel, über die die Europäische Union verfügt, kommen aus den anderen Mitgliedstaaten, die auch das Ihre dazu beitragen. Die Volkswirtschaft ist darauf angewiesen, und wir sehen es an den Verflechtungen.

(Alexander Raue, AfD: Das ist schlichtweg nicht wahr!)

Was meinen Sie denn, wo unsere osteuropäischen Nachbarn in ihrer Entwicklung stünden, die vor noch nicht so langer Zeit beigetreten sind, wenn sie nicht die Hilfen aus der EU gehabt hätten? Was meinen Sie wohl, was das für uns bedeutet hätte, wenn Polen, die baltischen Staaten, Tschechien, Slowenien, die Slowakei nicht diese wirtschaftliche Entwicklung genommen hätten? Was meinen Sie denn, was es bedeuten würde, wenn Spanien, Italien, insbesondere Norditalien, Frankreich nicht diese wirtschaftliche Entwicklung genommen hätten?

Glauben Sie ernsthaft, dass alle diese Staaten - die müssen Sie sich dann ja auch als einzelne Nationalstaaten denken - munter weiter vor sich hingewurschtelt hätten, statt sich 1957 in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzufinden? Glauben Sie ernsthaft, dass es um Mitteleuropa im Weltmaßstab besser stünde,

(Katrin Budde, SPD: Wenn Zölle noch da wären!)

dass wir den Lebensstandard hätten, den wir jetzt tatsächlich haben? - Nein. Das ist alles integral miteinander verbunden. Da spielt natürlich auch die Währungspolitik eine Rolle. Aber auch da ist es nicht so, dass - die Bundesdruckerei macht es nicht mehr - diejenigen, die jetzt die Euros drucken, Papiergeld mit Gold hinterlegen. Das sind doch alles Theorien von vorgestern, von denen Sie ausgehen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist es differenzierter, und wir profitieren davon. Ich glaube, das kann jeder auch in seinem unmittelbaren Lebensumfeld wahrnehmen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, Sie haben noch eine Frage? - Bitte keine Kurzintervention mehr. Die haben Sie mit zwei Minuten schon abgehakt.

Alexander Raue (AfD):

Gut. Dann stelle ich die Frage. Wie wollen Sie denn diese 800 Milliarden € ausgleichen, außer durch eine massive Inflation? Wie sollen die

800 Milliarden € Defizit - - Nicht Defizit, das ist kein Defizit, das ist ein Überschuss, den wir theoretisch erwirtschaftet hätten. Der wird aber nicht bezahlt. Der steht irgendwo. Wir haben letztendlich immer nur anschreiben lassen. Aber wir werden dafür niemals die Vergütung bekommen. Wie sollen die 800 Milliarden € ausgeglichen werden, außer durch eine massive Inflation und Geldstreichung auch bei den Leuten, die das Geld verdient und die gearbeitet haben?

(Zuruf von Katrin Budde, SPD)

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Die Theorie des sogenannten Deficit Spending, der staatlichen Verschuldung, ist weiß Gott komplexer, als dass man das in einem einfachen Buchhaltungsgerüst von Soll und Haben abbilden könnte. Insofern verstehe ich Ihre Frage nicht, weil Ihre Frage von einem volkswirtschaftlichen Leitbild ausgeht, das wir in einer international so verflochtenen Wirtschaft, wie wir sie mittlerweile rund um den Globus haben - - Der Globus ist doch nun wirklich nicht unüberschaubar geworden bei uns.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

- Nein, so einfach ist es nicht. Möge Gott verhüten, dass Sie jemals in die Verlegenheit kommen, für internationale Wirtschaftspolitik verantwortlich zu werden!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Robra. Ich sehe keine weiteren Anfragen. - Herrn Poggenburg habe ich jetzt nicht gesehen. Entschuldigung. Bitte, Herr Poggenburg.

André Poggenburg (AfD):

Eine Kurzintervention, bitte. - Sehr geehrter Herr Minister, ich schätze Sie wirklich als ganz sachliche Person. Das hat man auch in den Plenumdebatten immer mitbekommen. Aber hören Sie doch bitte einmal auf, immer diesen Dämon an die Wand zu malen, dass es ohne EU keinen Handel gäbe.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Aber deutlich weniger! - Zurufe von Katrin Budde, SPD, und von Alexander Raue, AfD)

Das ist doch völliger Blödsinn!

(Zurufe von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Es gibt Handel seit Jahrhunderten und Jahrtausenden. Sie malen uns ein Bild von Staaten in Europa und sagen, wenn diese nicht in der EU wären, dann wären sie wahrscheinlich noch in der

Steinzeit. Das ist völliger Blödsinn! Handel sucht sich seinen Weg. Dafür brauchen wir überhaupt keine EU, übrigens auch keine Euro-Währungsunion. Wir haben es gestern im Plenum gehört, dass wieder gesagt wurde, der Handel mit Großbritannien würde jetzt quasi nicht mehr stattfinden, weil die aus der EU austreten wollen. Das ist völliger Quatsch!

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Denn ich glaube - ich habe es gelesen -, wir handeln beispielsweise auch mit den Vereinigten Staaten.

(Zurufe von der CDU und von der SPD)

Ich glaube, die sind auch nicht in der EU. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Robra, bitte.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Danke schön. - Handel sucht sich seinen Weg, wenn es Freihandel gibt.

(Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zuruf von Katrin Budde, SPD)

Deshalb heißt das Freihandel.

(Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Die Wirtschaftssubjekte, die Handel betrieben, stießen historisch an Zollschranken. Es wird jetzt eine der großen Fragen der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich sein: Errichten wir wieder Zollschranken? - Niemand würde einen Staat daran hindern können, Zollschranken zu errichten. Das ist etwas ganz Normales.

(André Poggenburg, AfD: Das ist immer schlecht!)

Die Vernunft gebietet es, klug damit umzugehen und Wege in den Freihandel zu suchen. Aber so, wie Sie es jetzt unterstellen, dass die Geschichte der Menschheit durch Freihandel geprägt wäre - -

(André Poggenburg, AfD: Freihandel habe ich nicht gesagt! Handel habe ich gesagt!)

Das glatte Gegenteil ist der Fall. Freihandel kennen wir vielleicht seit 150, 200 Jahren. Aber vorher gab es das nicht, Herr Poggenburg.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Robra. Ich sehe keine weiteren Anfragen. - Wir kommen somit zur ersten Rednerin. Das ist Frau Budde für die SPD-Fraktion. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir zehn Minuten Redezeit vereinbart haben. Sie haben das Wort, Frau Budde.

Katrin Budde (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Wenn ich mich hier so umschaue, geht das der Debatte um die Europäische Union heute genauso wie oft in letzter Zeit. Sie ist das Opfer einer populistischen Vorgängerdebatte, sage ich einmal, vom Tagesordnungspunkt vorher, aber doch auch wieder des Populismus. Obwohl es um ganz existenzielle Themen geht, bin ich dankbar, dass der Ministerpräsident und der Europaminister hier sind. Wenn es nachher um die Verwendung des Geldes aus der Europäischen Union geht, werden die Fachminister wieder anwesend sein. Es ist bedauerlich, dass sie es jetzt nicht sind.

Wenn man sich Deutschland mit 16 Bundesländern, 82 Millionen Einwohnern und einer gemeinsamen Währung einmal anschaut, wissen wir schon, wie schwierig es ist, die Einigung zwischen der Nordsee und den Alpen zu finden. Wenn man dem die EU gegenüberstellt mit noch 28 Mitgliedstaaten, mit 24 Amtssprachen, mit 510 Millionen Einwohnern, mit einem Rat, einer Kommission, einem Parlament, einer Zentralbank, einem Gerichtshof, einem Rechnungshof, dem Euro plus zehn nationalen Währungen, dann ist das nahezu schon ein kleines Wunder. Es muss eine ganz starke Kraft sein, die diese Europäische Union verbindet, dass es sie so lange gibt, dass sie eine so positive Entwicklung genommen hat und dass es so viele Menschen gibt, die dafür kämpfen.

Martin Schulz hat in seinem Buch „Der gefesselte Riese“, das ich jedem empfehlen kann, der die EU verstehen will, sehr einfach und anschaulich beschrieben, dass er die Europäische Union

(Zurufe von der AfD)

- man muss lesen können dafür, das ist richtig - mit dem Scheinriesen TurTur vergleicht.

(Zustimmung von Dr. Verena Späthe, SPD)

Der Scheinriese TurTur ist, wenn man ganz nah dran ist, zerschlissen, klein, hässlich, dreckig. Wenn man aber ganz weit weggeht, wird er immer größer in der Geschichte von Lukas Knopf.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Jim Knopf!)

Und so, sagt er, ist das auch mit der Europäischen Union. Aus der Ferne betrachtet wird sie immer größer, glanzvoller und auch erstrebenswerter. Frieden, Freiheit, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Krankenversicherung, Rentenversicherung, freie Presse, unabhängige Gerichte - das ist es, was man von außerhalb der Europäischen Union sieht, und das ist es, warum Europa so oft als Ort der Sehnsucht betrachtet wird. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir auf diesem Kontinent und in dieser Vereinigung leben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Herr Gallert, Sie haben gesagt, ja, das ist kritischer geworden. Ich gebe Ihnen zu 100 % Recht. Ein Scheitern der Europäischen Union ist zumindest erstmals in der Nachkriegsgeschichte ein Szenario, das man nicht mehr wegweisen kann, was nicht ganz unrealistisch ist, das man jedenfalls so nicht abtun darf. Es wird viel häufiger an den Stammtischen diskutiert. Es gibt den Brexit, und das Scheitern hat, glaube ich, auch für manche und manchen den Schrecken verloren.

Deshalb - das will hier noch einmal ganz deutlich sagen - müssen wir alle darauf hinweisen und dafür arbeiten und sagen, ja, es wäre eine Katastrophe, wenn die EU scheitert. Sie darf auf keinen Fall scheitern.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Eva von Angern, DIE LINKE)

Ein Scheitern ist abwendbar. Es gibt zunehmend überall in Europa Menschen, die für Europa auf die Straße gehen. Dieses Pulse of Europe ist nur eine der Bewegungen. Es gibt unzählige Bewegungen, aber die wächst auch. Es sind vor allem junge Menschen, die auf die Straße gehen. Die wissen auch, warum sie auf die Straße gehen, Kinder und junge Menschen. Meine Damen und Herren aus allen Fraktionen, Sie werden nicht müde, zu behaupten und zu argumentieren, dass die unsere Zukunft sind. Also dürfte es doch für uns im Parlament nur eine Schlussfolgerung geben: Wir müssen glühende Verfechterinnen und Verfechter für ein neues Europa sein, und wir müssen für sie Politik machen, das heißt, eine Weiterentwicklung der Europäischen Union.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Deshalb kann es aus meiner Sicht nur eine Antwort geben. Wir machen ein Remake und drücken nicht auf Reset. Für alle, die das nicht verstehen: Wir erneuern, und wir löschen nicht. Also glühende Verteidiger der Idee. Ich will deshalb ein Plädoyer für den Angeklagten halten, nämlich die EU, die zum Teil zu Recht auf der Anklagebank sitzt, zum Teil aber auch zu Unrecht, ein Angeklagter, den man vielleicht in eine Besserungsanstalt schicken muss, der es aber ganz sicher nicht verdient hat, zum Tode verurteilt zu werden.

Das sehen auch die vielen Zehntausenden Menschen so, die aus allen Teilen der Europäischen Union, aber auch von außerhalb Europas am 25. März dieses Jahres auf die Straßen gegangen, nach Rom gefahren sind und für ein neues, ein modernes Europa gestritten haben, für ein Europa der Bürger für Bürger, in dem Verbündeter des anderen zu sein bedeutet, auf einem solidariischen Kontinent zu leben, der eine wahre Integration der Völker garantiert.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass es kein kritikloses Weiter so gibt. Es besteht die Er-

wartung, dass wir bessere Antworten geben als bisher - auf die Flüchtlingskrise, auf wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten. Aber, meine Damen und Herren, eines wollen sie ganz sicher nicht: introvertierten Nationalismus. Introvertierter Nationalismus oder das Übertragen des America First auf die einzelnen europäischen Mitgliedstaaten ist in jedem Fall der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Das wäre ein Weg entlang des Sprichworts: Wenn jeder an sich denkt, dann ist an alle gedacht.

(André Poggenburg, AfD: Ja!)

Das ist aber keine gute Grundlage für unser Zusammenleben auf dem Erdball und auch nicht für Europa; denn so funktioniert zumindest keine friedliche Gesellschaft.

Auf die nationale Pauke hauen ist manchem viel wichtiger als das Wohl der Menschen in Europa. Das machen zum Teil auch Regierungen so, auch die Staaten, die in Europa verbündet sind. Wenn in Europa etwas beschlossen wird, gibt es manche Staaten - kein Land ist davon frei -, die dann sagen, ja, das ist alles ganz schrecklich, was da beschlossen wurde. Das ist nicht gut. Das ist ein Fehler. Wenn man sich über etwas verständigt hat, muss man dafür auch einstehen. Dann gibt es noch die Populisten, die eine Mär vom vermeintlich sicheren Hafen eines Nationalstaates verbreiten. Beides, meine Damen und Herren, finde ich unanständig und kleingeistig.

Vieles gibt es aus meiner Sicht, auf das wir stolz sein können. Nichts ist selbstverständlich bei dieser Europäischen Union. Nichts ist perfekt. Vor 60 Jahren wurde der Grundstein für die Europäische Union gelegt - aus unserer Sicht ein einzigartiges Modell für Frieden, Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Wohlstand und Solidarität.

Ja, unsere Welt ist heute in Unruhe. Nationalismus und Populismus sind auf dem Vormarsch. Wir müssen beides stoppen. Wir dürfen Prioritäten und Solidarität nicht aus den Augen verlieren. Demokratie, Solidarität und Grundrechte - das ist für uns Sozialdemokraten das Herzstück unserer Identität.

Es gibt auch eine große Idee, die es zu verteidigen gibt, nämlich eine Europäische Union, die es gilt, vor den Nationalisten in den vielen Ländern zu retten. Es gilt, die Gleichheit, Freiheit, Fairness, soziale Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa im Blick zu behalten und zu fördern. Wir brauchen eine Politik, die mehr ist als Haushaltskonsolidierung. Auch Geld ist in der Europäischen Union wichtig. Aber die Europäische Union ist mehr als Geld und mehr als Haushaltskonsolidierung.

Wir brauchen soziale und wirtschaftliche Annäherung, sowohl unter den Mitgliedstaaten, aber auch

innerhalb der Mitgliedstaaten. Möglicherweise ist dafür bei manchen Themen eine unterschiedliche Geschwindigkeit notwendig. Darüber wird gerade viel diskutiert. Aber es muss immer in die gleiche Richtung gehen. Das ist das Entscheidende dabei.

Wir müssen auch dafür kämpfen, dass die Werte unserer Gesellschaft, Toleranz, Offenheit und Menschenrechte, vor jenen geschützt werden, die das zerstören wollen, und vielleicht, meine Damen und Herren - ein wenig selbstkritisch an diesen Teil des Plenums gerichtet -, waren wir ein Stück zu selbstgefällig, haben wir vieles für zu selbstverständlich genommen und damit Trump, Le Pen, den Brexit und der AfD den Boden bereitet.

Aber die Millionen, die jetzt für Frieden, Demokratie, Solidarität und für Europa auf die Straße gehen, machen auch wieder Mut. Deshalb, glaube ich, sollten wir sie mit aller Kraft unterstützen.

Ich möchte gern mit dem Zitat eines glühenden Europäers schließen, nämlich mit einem Zitat von Willy Brandt aus dem Jahr 1973:

„Die Entwicklung zur Europäischen Union ist unerlässlich. Nur sie bietet unseren Völkern den Raum, den ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Energien brauchen. Die Vereinigung Europas ist nicht nur eine Frage der Qualität unserer Existenz. Sie ist eine Frage des Überlebens zwischen den Giganten und in der zerklüfteten Welt der jungen und der alten Nationalismen. Nur in einem Europa, das seine Persönlichkeit gefunden hat, sind unsere nationalen Identitäten zu sichern. Der Nationalstaat klassischer Prägung ist die Lebensform von gestern. Es gilt noch, begrenzte Positionen zu erfüllen, vielleicht für lange Jahre. Aber unsere Zukunft ist nicht mehr isoliert betrachtet, nur der Nationalstaat.“

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Budde. Es gibt zwei Nachfragen. - Zuerst hat sich Herr Tobias Rausch gemeldet und dann Herr Poggenburg.

Ich habe vorhin bereits angedeutet, dass wir sehr weit im Zeitverzug sind. Deswegen lasse ich pro Fraktion höchstens zwei Anfragen zu. - Bitte, Herr Rausch.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Budde, vorweg möchte ich sagen: Das mit dem Frieden in Europa und dem Binnenmarkt ist

alles richtig. Aber ich frage Sie: Hat das Ansehen Deutschlands in Griechenland nicht durch den Euro Schaden genommen im Vergleich zu der Situation vor 60 Jahren?

Dann frage ich Sie in Bezug auf den Maastrichter Vertrag, in dem es auch um die Währungsunion geht: Was kostet uns der Euro? - Nichts. Jeder Staat haftet für sich selbst. Wie erklären Sie sich, dass wir trotzdem für die Schulden haften?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Budde, bitte.

Katrin Budde (SPD):

Ich glaube nicht, dass das Ansehen Deutschlands in Griechenland Schaden genommen hat. Wenn es in einem Nationalstaat schwierig wird, wenn die Menschen Geld verlieren, wenn die Renten gekürzt werden, wenn sie entlassen werden, dann ist es verständlich, dass sie in Aufruhr sind.

Dass sie dann die Schuld nicht immer bei sich selbst suchen, dafür sind Sie das beste Beispiel. Sie machen das ständig. Ich glaube aber, dass die Entwicklung und das, was die Europäische Union für Griechenland getan hat, dazu geführt hat, dass wir auf einem guten, vernünftigen gemeinsamen Weg sind, und dass auch in Griechenland die überwiegende Mehrheit der Menschen Deutschland weiterhin mag, um es einfach auszudrücken, und gerne wirtschaftlich mit Deutschland zusammenarbeitet und die Menschen in Frieden zusammenleben können.

Es gibt immer wieder einmal schwierige Situationen, und die muss man beherrschen. Dafür muss man eine Lösung finden, und ich glaube, die haben wir gefunden.

In einem vereinigten Währungsraum, was den Euro angeht, ist es nun einmal so, dass man in bestimmtem Maße auch gegenseitig füreinander einsteht, weil ansonsten der gesamte Währungsraum zusammenbricht. Für Deutschland wäre es eine Katastrophe, wenn der Währungsraum des Euro zusammenbrechen würde.

(Alexander Raue, AfD: 800 Milliarden Ausfall!)

- Ich würde an Ihrer Stelle mit Wikipedia-Volkswirtschaft anfangen. Wenn Sie noch mehr wissen wollen, dann gehen Sie an die Universität oder an die Fachhochschule und belegen ein paar Kurse und Seminare. Dann verstehen Sie das danach auch. Es macht wirklich keinen Sinn, Ihnen das zu erklären. Wenn ich sagen sollte, was ich davon halte, dann würde ich einen Ordnungsruf der Präsidentin riskieren. Das ist es mir nicht wert.

Machen Sie sich also schlau. Wenn dieser Währungsraum und der Euro zusammenbrechen,

dann wäre Deutschland eines der Länder, das den größten Schaden davontragen würde.

(Alexander Raue, AfD: So ist es! Deswegen machen wir weiter!)

Deshalb ist es richtig, dass wir den Währungsraum weiterentwickeln, und deshalb ist es gut, dass wir in Europa keine Zölle haben. Wir profitieren als Erste davon, wenn die anderen ihre Währung nicht abwerten können; denn dann würden nämlich, um es ganz einfach zu erklären, die deutschen Güter so teuer werden, dass sie keiner mehr kauft, und am Ende würde die Arbeitslosigkeit hier steigen. Wir sind diejenigen, die davon profitieren, dass das gegenwärtig nicht passiert. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Alexander Raue, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Budde. Es gibt noch eine weitere Nachfrage von Herrn Poggenburg.

(André Poggenburg, AfD: Ich ziehe zurück für ein schnelleres Vorwärtkommen!)

- Vielen Dank. - Somit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion der AfD spricht Herr Tobias Rausch. Sie haben das Wort, bitte.

Tobias Rausch (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vorweg, Frau Budde, zu Ihren Aussagen auf unsere Fragen. Diese arrogante Art und Weise zeigt einfach, dass Sie eine typische Eurokratin sind und warum so viele Menschen die EU ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Nun zum Thema. Über die EU zu sprechen mit all ihren Vor- und Nachteilen, ihre Ausgestaltung, ihrem Wandel - all das könnte ein abendfüllendes Thema sein. Ich danke daher der Antragstellerin dennoch für die Möglichkeit, diesbezügliche Ansichten auch über die Tagespolitik hinaus darlegen zu können.

Der Antrag spricht einen wesentlichen Punkt an: Die Zukunft der EU wird so kontrovers diskutiert wie lange nicht. Angesichts des historischen Vorfalls des sogenannten Brexits, dem ersten Austritt eines Mitgliedstaates überhaupt, könnte man fast behaupten, so kontrovers wie noch nie, zeigt sich doch, dass das Modell der EU in seiner bisherigen Form offenbar doch nicht alternativlos ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dass diese Festung, das Modell der EU, nicht alternativlos ist, führt uns einführend schon zu einer Grundsätzlichkeit, die zwar banal erscheint, die aber gar nicht oft genug betont und wiederholt werden kann. Die real existierende EU mag unser

Leben, das Leben von ca. 500 Millionen Menschen beeinflussen, sie mag sich zu einem Selbstverwaltungsmonster aufgeblasen haben, einem Monster, das unsere Souveränität aushöhlt, indem es die Macht über unsere Währung, unsere Gesetze, unsere Grenzen und diverse Vertreter der politischen Funktionselite und gleich noch die Macht über unsere Staatshaushalte und unsere Staatsstreitkräfte vereinnahmt. All das mag zutreffen. Die EU mag all das verkörpern. Sie mag die Gegner ihrer Politik, der Austeritätspolitik, der Bailouts, der Migrationspolitik und anderer Dauerkrisenherde durch willfähige Helfer in Griechenland, in Spanien, in Italien mit Knüppeln und Tränengas bearbeiten.

Es bleibt dabei - das haben einige im Hohen Haus noch nicht verstanden -: Europa ist nicht die EU und die EU ist nicht Europa!

(Beifall bei der AfD)

Das ist zumindest für uns, die Vertreter eines Europa der souveränen Nationalstaaten, eines Europa der Vaterländer im Sinne von Charles des Gaulle, etwas ganz anderes.

(Zustimmung bei der AfD)

Jene EU-Ideologie der Junckers und Schulz, der Draghis und Barrosos, diese Utopie der vereinigten Staaten von Europa, gegen die sich nun zunehmend Widerstand Bahnbricht, wurde uns nicht zuletzt stets mit moralischen und weltgeschichtlichen Gründen vorgehalten - auch eben wieder -, gegen die sich nur Narren hätten auflehnen können, Narren, vermähende Brandstifter und Hetzer, Bodensatz, wie nationalstaatlich orientierte Menschen betitelt werden.

Ausgegrenzte also, denen EU-Ideologen von Vertretern des Großkapitals bis hin in die tiefsten Niederungen der gesamten antinationalen Linken stets vorgehalten haben, sie würden nichts weniger wollen, nichts weniger riskieren als einen weiteren verheerenden Weltenbrand, den nur die EU mitsamt ihrem unabdingbaren Moloch verhindern könne.

Ein Friedenswerk für Europa zu schaffen - darin gebe ich allen recht -, dieses edle Ziel, das viel älter ist als die EU und ihre modernen Vorläufer seit Rom, ist dabei in der Tat ein nicht zu unterschätzendes Gut. Denn Frieden innerhalb der europäischen Kulturgemeinschaft, um den Frieden der Welt zu wahren, sollte das höchste Ziel aller politischen Vertreter sein. Dieses Ziel, dem unter anderem die Römischen Verträge als Grundlage eines - ich zitiere - „immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker“ institutionelle Verwirklichung beisteuern sollte, steht außerhalb jeder parteipolitischen Debatte. Es verbindet hoffentlich jeden Deutschen und jeden Europäer gleichermaßen, ganz gleich, wie sehr sich ihre weltanschaulichen Ausrichtungen und

ihre tagespolitischen Ansichten auch in diesem Hohen Hause mitunter unterscheiden mögen.

Es mahnt - lassen Sie mich dies einschieben - insbesondere vor dem Hintergrund jener Bilder aus der Ostukraine, der zunehmenden Mobilisierung und der Verlegung von Kriegsgerät an die Ostgrenzen der Europäischen Union auch heute. Hierzu möchte ich Ihnen sagen: Russland ist keine Bedrohung für die EU, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Im Gegenteil: Wenn Russland und Europa zusammenstehen, geht es den Menschen besser, da Russland die Ressourcen hat, die wir für unsere Industrie benötigen. Dennoch: Das moralisch-dogmatische Mantra, die Behauptung, dass, wer diese EU ablehne, den Frieden gefährden wolle, diese unredlichen Unterstellung werde ich hier mit einem Satz wegwischen. Sie ist es, wie schon gehört, in ihrer arroganten Selbstanmaßung überhaupt nicht wert, sich mit ihr ernsthaft zu befassen.

(Zustimmung bei der AfD)

Sie ist völlig postfaktisch, um es mit den Worten von Herrn Striegel zu sagen. - Aber nun ist er schon wieder nicht da, na ja. - Angesichts der Entwicklung dieser immer engeren Union, wie sie nicht zuletzt im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union benannt wird, in der Zeit nach der Wende und insbesondere nach dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages ist es ohnehin angebracht, die These in den Raum zu stellen, ob der Friede in Europa noch wegen oder nicht vielmehr trotz der EU gewahrt ist, wobei zu konkretisieren wäre, dass zwar Friede, also die Abwesenheiten von Kriegen herrscht, der soziale Friede jedoch immer stärker in Mitleidenschaft gezogen wird.

Sozialer Friede bedeutet nämlich immer auch vertraute Gesichter, vertraute Sprache, vertrautes Stadtbild, vertraute und gewachsene Lebensweisen

(Beifall bei der AfD)

und dass sich der Staat und seine Regierung an geltendes Recht und Gesetz halten.

An dieser Stelle nähern wir uns schon dem Kern unserer Abneigung gegen dieses Verwaltungsmonster EU. Ein Beispiel: Einmal im Monat ziehen für eine Sitzungswoche alle Abgeordneten von Brüssel nach Straßburg. Das heißt also, die EU ist einer der größten Wanderzirkusse der Welt. Wissen Sie, was das kostet? Der Europäische Rechnungshof hat das einmal berechnet: Es kostet ca. 114 Millionen €. Wenn ich fragen würde, wer weiß, warum die EU es überhaupt so handhabt, von Straßburg nach Brüssel zu ziehen, dann kann das vielleicht eine Handvoll Abgeord-

nete beantworten; den anderen ist der Grund völlig unklar.

114 Millionen € werden für sinnlose Akte ausgegeben, obwohl sich in Europa im Gegensatz zu anderen Behauptungen die Armut ausbreitet. Schauen Sie in die südeuropäischen Länder wie Griechenland, Spanien, Italien, Portugal: Dort ist die Jugendarbeitslosigkeit auf Rekordniveau. Jeder, der etwas anderes behauptet, der verdreht die Tatsachen.

(Beifall bei der AfD)

Mit der EU ist vor allem gemeint, die ihre Entscheider tragende Weltanschauung gibt vor, die Völker Europas zu einen. In Wahrheit jedoch trachtet sie danach, erst die europäischen Nationalstaaten und dann die europäischen Völker in einer kaum noch voneinander unterscheidbaren Völkermasse zusammenführen zu wollen. Ob man es nun Entwurzelung, Entortung oder Globalisierung nennen mag - die Politik der derzeit herrschenden Elite führt in fast allen Bereichen zum Verschwinden all dessen, was Europa eigentlich ausmacht.

Die Eurokraten selbst sitzen in riesigen Glaspalästen in Brüssel, die genauso trostlos sind wie die derer, die über uns herrschen. Dies ist die Ideologie von der Austauschbarkeit der Völker. In diesem Geist herrscht die Europäische Union. Wo ein Volk einmal als ersetzbar, gar als austauschbar gedacht ist, hat es sich längst den Nagel in den eigenen Sarg geschlagen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Dieser Gleichschaltung stellen wir ein Europa der Vaterländer entgegen, ein Europa der Völker, das sich vor allem als eines versteht, als das Europa der Europäer.

(Beifall bei der AfD)

Freie Völker, die über ihre Währung frei entscheiden können; eine Währung, die zu ihrer Volkswirtschaft passt. Sie sind nicht geknechtet, in ihrem Schuldenberg versinken zu müssen - Schuldenberge, die zu Zerwürfnissen zwischen den Völkern führen und an deren Tilgung sich noch Verursacher sogenannter Banken Krisen, wie zum Beispiel in Griechenland der Fall, bereichern.

Freie Völker, die in ihren ganz speziellen und regionalen Eigenheiten, also in tatsächlicher Vielfalt, den Glanz Europas ausmachen. Der kulturelle Reichtum Europas lebt dort, wo die Volkscharaktere die kulturellen Potenziale ihrer Nation zur Entfaltung bringen. In diesem Europa braucht es keine Zentralbürokratie, keine milliarden schweren Beamtenapparate und keine Glaspaläste.

Zu den Vorwürfen, die AfD sei eine europafeindliche Partei: Das ist völliger Quatsch. Weil wir

überzeugte Europäer sind, machen wir uns Sorgen um Europa. In diesem Europa besteht kein Widerspruch zwischen souveränen Nationalstaaten einerseits und fruchtbarer Zusammenarbeit und Frieden andererseits. Das sollten Sie sich bewusst machen.

(Beifall bei der AfD)

Weiterhin kann es Handel geben, gemeinsamen Grenzschutz, gemeinsame Sicherheitspolitik und verteidigungspolitische Kooperationen; alles unter der verbindenden Klammer, sich als Kulturgemeinschaft freier Völker zu verstehen, als Schutzraum so kostbarer unwiederbringlicher kultureller Identität.

Europa - ein Schutzraum, ja, eine Festung, in der freie Völker gemeinsam an dem Ziel arbeiten, dass es die Europäer, ihre Nationen und Völker, ihre Kultur und ihre Eigenheiten auch noch in 50, 100 und 200 Jahren als erkennbare Identitäten geben mag. Europa als Heimat der Europäer.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD)

Dafür kämpfen wir hier in Deutschland und unsere Partner in Europa. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Rausch. Es gibt eine Anfrage von Dr. Grube. - Sie haben das Wort, bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Rausch, Sie haben eben die These aufgestellt, wenn wir die EU weiter vertiefen, dann würden die Völker Europas zu einem unidentifizierbaren Brei an Volksmasse werden - das ist nicht genau zitiert, aber sinngemäß - und die Völker würden sich auflösen.

Wir leben im Moment in einer Föderation; die nennt sich Bundesrepublik Deutschland. Würden Sie auch die These aufstellen, dass sich die Identitäten der Bayern, der Schwaben, der Thüringer, der Sachsen und der Mecklenburger zu einem unidentifizierbaren Einheitsbrei auswachsen?

(André Poggenburg, AfD: Teilweise!)

Würden Sie dann auch die Bundesrepublik auflösen wollen?

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Rausch, bitte.

Tobias Rausch (AfD):

Ich darf auf Ihre Frage antworten: teilweise ja. Ich möchte es Ihnen kurz erklären. Und zwar ist es

so: Durch die massenhafte, zügellose Einwanderung, die hier

(Ah! und Unruhe bei der LINKEN)

im letzten Jahr bzw. 2015 stattgefunden hat - Sie können das doch nicht wegwischen, wenn 1,5 Millionen Menschen einfach hier herüber kommen.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Ja, auch die Bayern!)

Wissen Sie, das hat überhaupt keinen Sinn, mit Ihnen darüber zu sprechen. Aber grundsätzlich will ich Ihnen sagen, je mehr wir die Grenzen verschwinden lassen, desto mehr wird die kulturelle Identität gefährdet. Natürlich sollen die Bayern die Bayern sein mit ihren Traditionen, und die in Schleswig-Holstein sollen ihre Traditionen haben, da soll auch die dänische Minderheit ihr Recht haben. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf von Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE)

Es geht doch darum, das zu erhalten. Und Sie wollen das eben nicht erhalten. Das ist das Problem! Gucken Sie doch einmal nach Schweden, wie es dort aussieht, gucken Sie nach Amerika.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland und Europa

(Katrin Budde, SPD: Amerika ist ein Einwanderungsland!)

- lassen Sie mich doch einmal ausreden - spiegeln sich darum aufgrund der Identität der Völker, und die Völker bilden die Staaten. Amerika ist ein klares Einwanderungsland gewesen, in das Europäer übersiedelt sind. Schauen Sie sich dort an, wo die Ureinwohner wohnen. - In Reservaten! Da wollen wir nicht hinkommen.

(Beifall bei der AfD - Unruhe bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Rausch, es gibt eine weitere Anfrage.

(Unruhe)

Ich denke, Herr Rausch ist nicht mehr bereit für eine Antwort. - Bitte, Herr Philipp, Sie haben sicherlich eine Kurzintervention.

Florian Philipp (CDU):

Das ist eine Kurzintervention. - Ich will mich gleich entschuldigen für das, was ich gleich sage, und werde dies noch begründen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sehr geehrter Kollege Rausch, wenn man Sie über die Europäische Union referieren hört, das ist ungefähr so, als wenn man einen Blinden über die Schönheit des Sonnenaufgangs referieren lässt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Ich entschuldige mich für das, was ich gesagt habe, aus zwei Gründen: zum einen weil das nicht diskriminierend gegenüber Menschen sein soll, die diese bedauerliche Behinderung haben. Zum anderen glaube ich, dass ein Blinder über den Sonnenaufgang in einer höheren Qualität referieren kann, weil der noch die Fähigkeit hat, die warmen Strahlen der Sonne auf seinem Gesicht zu spüren. Sie jedoch sind verblendet, nicht nur emotional, sondern auch physisch und können diese Vorteile, die die Europäische Union für das deutsche und das europäische Volk errungen hat, nicht mehr sehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie möchten doch erwidern. Bitte, Herr Rausch.

Tobias Rausch (AfD):

Herr Kollege Philipp, hier sieht man es wieder, dass Sie gar nicht darüber diskutieren wollen. Sie wollen auch gar keine andere Meinung zulassen. Hätten Sie meiner Rede gelauscht: der Binnenmarkt ist zu befürworten, einige andere Sachen auch. Dass der Friede in Europa gewahrt ist, das wurde alles gesagt.

Nur, wir wollen nicht die Vereinigten Staaten von Europa werden. Was ist daran so schlimm? - Wir wollen kulturelle Identität für die Nationalstaaten bewahren. Das ist überhaupt nicht schlimm.

Die EWG, die mit den sechs Gründungsstaaten gebildet wurden - falls Sie das wissen -, die war im Sinne der souveränen Nationalstaaten als ein Europa der Vaterländer gedacht, von Charles de Gaulle. Das war das solidarische Zeichen: Wir kommen, wir wollen Euch einbinden - eventuell auch, um uns ein bisschen unten zu halten; darüber kann man sich streiten.

Dennoch merkt man an Ihrer Äußerung, Sie wollen doch den Diskurs gar nicht haben. Sie wollen doch die Meinung, die breite Bevölkerungsschichten haben, wegwischen, diffamierende Äußerungen machen und das so abtun, als hätte man keine Ahnung, worüber man spricht.

Ich muss Ihnen einmal sagen, Herr Philipp, Ihre Äußerungen zeigen mir nur, dass Sie eventuell ein überzeugter Transatlantiker sind oder dass Sie andere Meinungen nicht zulassen wollen, vor allem aber, dass Sie eigentlich gar keine Ahnung haben, was kulturelle Identität ist und wie schön es auch ist, wenn man Nationalstaaten erhalten kann.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine weiteren Anfragen. - Somit kommen wir zur nächsten Debattenrednerin. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abg. Frederking. Sie haben das Wort. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Unterzeichnung der Römischen Verträge gilt als die Geburtsstunde der Europäischen Union. In den Verträgen wurde hauptsächlich der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen geregelt, aber schon damals war klar, dass es um mehr ging als um ein Freihandelsabkommen. Es geht um gemeinsame Werte.

Schon fünf Jahre zuvor hatte Jean Monnet das eigentliche Motiv einer europäischen Union vorgegeben: Wir vereinen Menschen, wir vereinen keine Staaten, wir verbinden Menschen. Damals waren die heutige Freiheit und Einigkeit in Europa sicher nicht vorauszusagen. Wahrscheinlich konnte sich kaum jemand vorstellen, dass passloses Reisen oder eine gemeinsame Währung von 19 Staaten in Europa Realität werden.

Wie wird unser Europa zu seinem 100. Geburtstag oder zu seinem 80. Geburtstag ausgestaltet sein?

Wir GRÜNEN bauen auf die europäische Dynamik, die in den letzten 60 Jahren Unvorstellbares geleistet hat. Ich zitiere:

„Wir werden gemeinsam - wenn nötig, mit unterschiedlicher Gangart und Intensität - handeln, während wir uns in dieselbe Richtung bewegen.“

Dieses Zitat aus der Geburtstagserklärung der Staats- und Regierungschefs weist uns den Weg in die Zukunft der EU.

Aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs haben sich die europäischen Staaten eigenständig und frei bestimmt zu einem immer engeren Verbund zusammengeschlossen. Das Ergebnis ist nicht nur die längste Friedensperiode auf dem Kontinent, sie ist auch mit Blick auf die verschiedensten Indikatoren, vom Bruttoinlandsprodukt über die Lebenserwartung bis hin zur Demokratie, die beste Periode für die Menschen, die hier leben. Ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit ist das erklärte Ziel dieser Union.

Die neuere deutsche Geschichte ist ein Spiegelbild der europäischen Einigung, von Trennung und Konfrontation hin zu Verständigung und Kooperation. Der Staatenbund EU garantiert Frieden.

Dass das nicht selbstverständlich ist und wie schnell dieser zu bröckeln droht, sieht man an

dem zeitgleich zum 60. Jubiläum von der britischen Regierung erklärten Austritt aus der EU. Einige britische Politiker drohten mit Krieg, nachdem im Leitlinienentwurf zu den Brexit-Verhandlungen für Spanien ein Vetorecht beim Umgang mit dem zu Großbritannien gehörenden Gibraltar vorgesehen ist. Ein spanisches Marineboot in der Dreimeilenzone ist Anlass, um militärische Auseinandersetzungen anzudeuten.

Diese Entwicklungen sollen uns eine Mahnung sein, uns für Stabilität und einen starken Zusammenhalt in der EU einzusetzen. Gerade in einer Zeit, in der vermeintliche Alternativen Nationalismus und Egoismus als Zukunftskonzepte verkaufen wollen, müssen wir auf die europäischen Errungenschaften hinweisen, von den großen bis hin zu den kleineren Freiheiten, von Frieden über die Summen, die Sachsen-Anhalt aus den Förderöpfen der EU erhalten hat, bis zur Niederlassungsfreiheit,

(Zuruf von André Poggenburg, AfD)

vom Erasmus-Programm für Auslandssemester bis zur Abschaffung der Roaming-Gebühren bei Telefonaten und im Internetzugang in anderen EU-Staaten.

Wir sind die Gewinnerinnen und Gewinner der EU, wie auch Sachsen-Anhalt als Empfängerland ein Gewinner des EU-Finanztransfers ist. Kürzlich musste auch Sachsen-Anhalt bei der EU-Kommission über die Verwendung der in der letzten Förderperiode zur Verfügung gestellten Gelder, die wir nicht komplett abgerufen haben, Rechenschaft ablegen. Das ist äußerst bedauerlich. Wir sind jetzt auch mit der Vergabe der Gelder in Verzug. Es bedarf nun auch des energischen Handelns der zuständigen Ministerien, damit das Geld im Land ankommt.

Dieses Problem zeigt aber auch die komfortable Situation, in der wir uns befinden. Europäische Gelder stehen zur Verwendung bereit. Es liegt nun an uns, sie auch in die Spur zu bringen.

Gesamteuropäisch müssen wir uns weiterentwickeln. Dazu hat EU-Kommissionschef Juncker mit einem Weißbuch zur Zukunft Europas eine breite Debatte angestoßen. In Sachsen-Anhalt wird es in diesem Jahr mindestens noch zwei Dialogveranstaltungen geben.

Wir GRÜNEN wollen uns bei der Frage der Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik einbringen. Wir wollen ihre Ziele neu definieren und sie konsequent, nachhaltig, ressourcenschonend und tiergerecht reformieren. Wir müssen uns mehr auf den europäischen Binnenmarkt konzentrieren statt auf Exportmärkte außerhalb der EU. Und die gesellschaftlichen Leistungen einer stärkeren Ökologisierung der Landwirtschaft müssen honoriert werden.

Ein weiterer Punkt, der aus Sicht der GRÜNEN geändert werden muss, ist der Euratom-Vertrag, einer der drei Römischen Verträge. Er hat sich überlebt und sollte abgeschafft werden. Die Unterstützung für die Atomenergie ist nicht mehr zeitgemäß. Sie muss beendet werden und der europäische Atomausstieg muss vorangebracht werden. So sorgt der Euratom-Vertrag bis heute dafür, dass Deutschland und viele andere Länder, die sich aus der Atomkraft verabschiedet haben, weiter mit Steuergeldern insbesondere auch die Forschung für die Atomenergie fördern.

Euratom hat jüngst dazu geführt, dass das neue Atomkraftwerk Hinkley Point in Großbritannien von der EU-Kommission sowohl Beihilfen aus Steuergeldern als auch eine Einspeisevergütung von etwa 12 Cent pro Kilowattstunde über 35 Jahre, mit Inflationsausgleich, genehmigt bekam. Das ist mehr, als für Strom aus großen PV-Anlagen und Windenergie heute in Deutschland gezahlt wird.

Gleichzeitig wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz immer wieder von der EU angegriffen. Gegen eine feste Einspeisevergütung für Atomkraftwerke hat die EU-Kommission hingegen offensichtlich nichts.

Der Schutz der Atomenergie durch den Euratom-Vertrag ist anachronistisch, nicht erklärbar und gefährlich. Deshalb muss der Euratom-Vertrag weg.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Bei der Debatte über unterschiedliche Geschwindigkeiten in Europa muss ein Schlingerkurs abgewendet werden. Wir wollen eine EU mit einem verbindlichen und einheitlich geltenden Rechtsrahmen, in der alle an einem Strang ziehen.

(Zustimmung von Florian Philipp, CDU)

Denn allein werden wir es nicht schaffen, das Klima wirksam zu schützen.

Genauso wenig kann ein einzelnes Land allen Geflüchteten eine Zuflucht bieten. Hier braucht es eine solidarische Lösung bei der Verteilung von geflüchteten Menschen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

An Solidarität und verbindliche Verabredungen müssen sich alle in Europa halten. In Ausnahmefällen kann es aber dennoch notwendig sein, dass eine Gruppe von Mitgliedsstaaten vorangeht. Das Euro-Währungsgebiet ist sicher das deutlichste Beispiel für einen immer engeren Zusammenschluss eines Teils der europäischen Staaten.

Aber auch Einzelaspekte können die Entwicklung von Normen in Europa beschleunigen, beeinflussen. Dazu möchte ich das Thema Tierschutz beleuchten. Sachsen-Anhalt setzt sich auf Bundes-

ebene dafür ein, dass die Kastenstände in der Sauenhaltung abgeschafft werden, so wie es Dänemark bereits praktiziert. Bei einer Realisierung werden dann bessere Tierschutzstandards gesetzt, die dann auch EU-weit zur Anwendung kommen müssen, um überall mehr Tierschutz durchzusetzen, um Wettbewerbsnachteile zu verhindern.

Unterschiedliche Geschwindigkeiten können sowohl ein Austesten ermöglichen als auch ein Motor für die anderen sein. Für uns GRÜNE ist aber wichtig, dass diese Beschleunigungsspuren der Europäischen Union stets für alle offen sind und auch im Rahmen der europäischen Verträge organisiert werden müssen.

Derzeit gehen jeden Sonntag in über 70 Städten, so auch in Magdeburg und Halle, europaweit Menschen auf die Straße, um für Europa einzutreten, um den Puls Europas zum Schlagen zu bringen. Diese Menschen geben der Zukunft der Europäischen Union Rückenwind und zeigen die Richtung für die Zukunft. Sie wollen die EU nicht missen, und ich stelle fest, auch wir GRÜNEN wollen die EU nicht missen. Wir wollen diejenigen vertreten, die mehr Europa wollen und nicht weniger. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt noch Wortmeldungen, Frau Frederking. - Ich weiß jetzt nicht, wer sich zuerst gemeldet hat. Herr Tillschneider, dann Herr Raue und dann Herr Poggenburg. Zwei Fragesteller lasse ich zu. Sie müssen sich einigen. - Herr Tillschneider als Erster.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Man könnte Stunden damit zubringen, das zurückzurufen, was Sie und Ihre Vorrednerin über die EU gesagt haben, etwa dass die EU den Sozialstaat weiterentwickelt. Das stimmt nicht. Die EU führt zu einer Anpassung der Sozialstaaten nach unten etc.

Ich will mich auf einen Punkt beschränken, auf das Leitmotiv, die EU würde den Frieden sichern, die EU sei eine Friedensmacht. - Das ist alles großer Unsinn.

(Heiterkeit bei der AfD)

In der gesamten Geschichte waren friedliche Nationalstaaten und der Nationalismus so gefährlich, ja? - In der gesamten Geschichte waren friedliche - - Von friedlichen Nationalstaaten ging noch nie eine Gefahr für den Frieden aus.

Die größte Gefahr für den Frieden ging in der gesamten Weltgeschichte aus von Imperien, die andere Nationen unterdrückt haben. Die Europäische Union, wie wir sie heute vor uns haben, ist

ein aggressives Imperium, das Nationen unterdrückt und Unfrieden stiftet.

(Unruhe)

Wir sehen es in Griechenland. Das Verhältnis zu Griechenland ist so schlecht wie nie zuvor. Wir sehen es an der Ostgrenze Richtung Russland. Da stiftet die EU Unfrieden. Und wir sehen es ganz aktuell. Heute früh hatte Donald Tusk nichts Besseres zu tun, als den völkerrechtswidrigen Angriff der USA auf Syrien zu billigen. Pfui Teufel! Die EU ist ein aggressiver Moloch. Dagegen wenden wir uns.

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie reden wie ein Diktator! Hören Sie auf damit!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich habe noch zwei Wortmeldungen. - Wie haben Sie sich geeinigt? Wer wird sprechen? - Herr Poggenburg. Dann haben wir noch Herrn Philipp. - Bitte, Herr Poggenburg.

(Heiterkeit)

André Poggenburg (AfD):

Die Frau Frederking ist jetzt nicht mehr vorn. Ich kann das auch als Kurzintervention machen. - Es ist fantastisch zu erleben, wie wir beim Thema „60 Jahre EU“ beim Tierschutz landen. Die Kurve war ganz fantastisch; das war wirklich bemerkenswert.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich muss sagen, Frau Frederking, wir brauchen überhaupt keine EU für Tierschutz. Ja?

Es ist doch auch eines klar hier im Raum: Die einzige Partei, die wirklich sachorientiert Tier- und Umweltschutz betreibt,

(Oh! bei der CDU)

ist die AfD.

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der CDU)

Wer Grün will, muss Blau wählen; das wissen wir doch alle.

(Heiterkeit - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich denke, wir sollten keine Werbung für die einzelnen Parteien machen; das sollten wir hier auf jeden Fall lassen. - Herr Philipp.

(Zuruf von Florian Philipp, CDU)

- Sie haben die Möglichkeit zu erwidern, selbstverständlich. - Herr Philipp, einen kleinen Moment. - Frau Frederking, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Poggenburg, Sie haben gesehen, eigentlich wollte ich mich nicht mehr äußern, aber ich muss es jetzt einfach tun. Ihre Einlassung zeigt wirklich völlige Unkenntnis; denn die Tierschutzstandards werden von der EU-Ebene vorgegeben und dann jeweils in nationales Recht umgesetzt.

In meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass die einzelnen Staaten natürlich auch vorangehen können, beispielgebend sein können, und diese beispielgebenden Prozesse müssen dann natürlich auch wieder zum Standard für die gesamte EU werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir haben die nächste Anfrage von Herrn Philipp. - Ich sehe keine weiteren Anfragen diesbezüglich. Danach würde ich fortfahren wollen. - Herr Philipp.

Florian Philipp (CDU):

Es ist eine Kurzintervention. - Die Anfrage kann ich nicht stellen, Frau Frederking ist nicht da. Ich hätte Sie jetzt gefragt, Frau Frederking, ob Sie mir nicht zustimmen würden, dass die Konflikte, die Herr Dr. Tillschneider gerade beschrieben hat, nicht wegen, ich sage einmal, der Harmonisierung von Lebensräumen und des Angleichens von Lebensstandards stattgefunden haben. Vielmehr sind durch die Konzentration auf Unterschiede in der Vergangenheit große Konflikte entstanden.

Also, immer darauf zu bestehen, ich gehöre zu dieser Gruppe und du gehörst zu dieser anderen Gruppe, deswegen hast du kein Recht, hier zu sein, oder du hast nicht die gleichen Rechte wie ich, das sind meines Erachtens die großen Konfliktpunkte gewesen, aus denen große Konflikte und große Kriege entstanden sind.

Da wäre meine Frage gewesen, ob Sie dem eventuell zustimmen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es ist niemand da, der antwortet. Also lassen wir das so im Raum stehen. - Der nächste Debattenredner wird für die CDU der Abg. Herr Kurze sein. Doch bevor ich Herrn Kurze das Wort übergebe, darf ich Schülerinnen und Schüler des Dr.-Frank-Gymnasiums aus Staßfurt recht herzlich hier bei uns im Hohen Hause begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Sie haben das Wort, Herr Kurze.

Markus Kurze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen, sie wurde eine Hoffnung für viele, sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.

(Beifall bei der CDU)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagte Konrad Adenauer in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag knapp drei Jahre, bevor die Römischen Verträge unterzeichnet wurden. Sein Ausspruch passt noch immer. Er sagte auch: „Der Weg, der vor uns liegt, wird nicht leicht sein. Er erfordert Härte gegen uns selbst.“

(Zurufe)

- ja, ich wollte nicht vorsingen, aber von daher - -

(Heiterkeit)

„gute Nerven und eine Politik, die sich jeder Lage, ungeachtet der Schwierigkeit der anstehenden Probleme, elastisch anzupassen vermag.“ Auch da hatte der Altkanzler den Nagel im wahrsten Sinne des Wortes auf den Kopf getroffen.

Als die Römischen Verträge am 25. März 1957 von Vertretern der Regierungen Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens unterzeichnet wurden, befand sich Europa eher in einer Krise als in einer Stimmung der proeuropäischen Euphorie. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges waren noch deutlich zu spüren.

Im westlichen Teil Europas hatte der Wiederaufbau dank der Unterstützung der westlichen Siegermächte begonnen und die ersten Fortschritte waren zu sehen. In Ostdeutschland wurde zu dieser Zeit durch die östlichen Siegermächte noch vielfach Industrie abgebaut zu Zwecken der Reparation. Frankreich verfolgte intensiv das Ziel, Deutschland derart in eine Staatengemeinschaft zu integrieren, dass nationale Alleingänge nie wieder möglich sein würden.

Auch heute, 60 Jahre nach Unterzeichnung der Verträge, ist nicht alles Gold, was glänzt. Die Briten verlassen die EU. Polen, Ungarn und andere osteuropäische Staaten machen Alleingänge, driften nach rechts. Europa-Gegner wie Trump, Putin, Erdogan setzen die Gemeinschaft von außen unter Druck. Auch die Eurokrise ist längst nicht ausgestanden.

Was die Gründungsstaaten damals verband, war eines: die Hoffnung auf Frieden. Hört man sich heute unter der Bevölkerung um - „Spiegel Online“ tat dies anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung -, stellt man fest, die Menschen verbinden auch heute noch den Frieden unmittelbar mit der Union. Und der Frieden, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann nicht in Gold oder in Geld aufgewogen werden. Wir können

wirklich froh sein, dass wir im Frieden leben können; denn gerade die älteren Generationen wissen, wie es anders sein kann. Das, denke ich, müssen wir hochschätzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt darüber hinaus natürlich auch viele andere Möglichkeiten, die erst durch die Europäische Union geschaffen wurden. Zu nennen sind die Reisefreiheit, die einheitliche Währung, die Abschaffung von Zöllen, die Abschaffung von Handelshemmnissen. Die Mitgliedstaaten der EU setzen sich gemeinsam für die Bekämpfung organisierter Kriminalität ein und tragen damit zur besseren inneren Sicherheit bei. Abschlüsse innerhalb der EU wurden harmonisiert, wodurch die Arbeitsaufnahme innerhalb der Mitgliedstaaten deutlich vereinfacht wurde. Auch das ist ein Prozess, der sich weiterentwickelt. Auch daran müssen wir intensiv weiterarbeiten.

Neben all den Vorteilen werden jedoch zunehmend auch Stimmen laut, die Zweifel an der Idee einer europäischen Solidargemeinschaft haben. Das konnten wir schon in unterschiedlichen Redebeiträgen hören.

Wir müssen daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sorgen und Ängste der Bevölkerung sehr, sehr ernst nehmen; denn Bankenkrise, Griechenland, Flüchtlingskrise, der Glaube an die Solidargemeinschaft, all das sind Themen, die die Menschen beschäftigen. Gegen Ängste muss man mit guter Politik vorgehen. Das ist keine leichte Aufgabe.

Die EU hat eine lange Liste von Baustellen. Im Süden Europas herrscht höhere Arbeitslosigkeit als im Norden, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist dort sehr stark ausgeprägt. Auch gebeutelt von der Flüchtlingskrise sind die Länder untereinander, natürlich an der einen oder anderen Stelle auch erschüttert. Wir haben einen Streit über Asyl- und Wirtschaftspolitik innerhalb der Union, der nicht einfach zu bewältigen ist. Die hohen Schulden der Staatshaushalte erschweren das gemeinschaftliche Zusammenarbeiten der Mitgliedstaaten. Bürgernähe fehlt auch an der einen oder anderen Stelle. Viele Entscheidungen werden relativ weit ab vom Volk getroffen, was dazu führt, dass vieles schwer nachvollziehbar ist.

Trotzdem finden am Ende die meisten Menschen, die in der Europäischen Union leben, nicht nur in Deutschland, sondern auch innerhalb der Mitgliedstaaten, zu 70 % immer noch, dass die EU zum Positiven beiträgt. Ich denke, das kann uns auch motivieren, das kann uns auch anspornen.

In Deutschland ergab eine kürzliche Umfrage, dass 77 % der Deutschen sich als Bürger der EU fühlen. In den Mitgliedstaaten waren es durchschnittlich rund 67 %. 72 % der Deutschen halten

auch die Unterzeichnung der Römischen Verträge für ein herausragendes, wichtiges Ergebnis der europäischen Geschichte.

Positiv ist zum Beispiel auch die neue Bewegung „Pulse of Europe“ zu sehen, die sich gegründet hat. Über private Netzwerke und soziale Medien wird das organisiert. Seit Februar finden jeweils sonntags um 14 Uhr Kundgebungen auf öffentlichen Plätzen in zahlreichen europäischen Städten, darunter auch Magdeburg und Halle, statt. Ziel der Kundgebungen ist es, den europäischen Gedanken wieder sichtbar und hörbar zu machen.

Waren es anfänglich nur ein paar wenige, die für das Fortbestehen der Europäischen Union auf die Straße gingen, sind es mittlerweile in den größeren Städten der EU Zehntausende, die dafür demonstrieren, vor allem auch junge Menschen, die das Positive vor Augen haben.

Europa, meine sehr verehrten Damen und Herren, lebt von seiner Vielfalt. Diese Vielfalt unter dem Dach der EU zu koordinieren, ist nicht immer leicht. Dennoch bin ich, ist meine Fraktion der Meinung, dass es sich lohnt, für die Errungenschaften der Europäischen Union zu kämpfen.

Trotz der Schwierigkeiten, die dieser Zusammenschluss mit sich bringt, hat die Europäische Union auch für die erfolgreiche Entwicklung unseres Landes einen wesentlichen Beitrag geleistet und leistet diesen auch weiter.

So werden beispielsweise Projekte aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds unterstützt. Seit Anfang der 90er-Jahre sind mehr als 9 Milliarden € daraus nach Sachsen-Anhalt geflossen und wurden hier investiert in Infrastruktur oder auch in die Köpfe unserer Menschen.

Damit wir auch weiter von Vorteilen der EU profitieren können, müssen wir die bereits skizzierten Probleme anpacken. Das können wir auch dadurch tun, dass wir dazu beitragen, dass sich die EU zukünftig wieder verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentriert und nicht länger an überbordender Bürokratie herumdoktert. Zur Durchsetzung dieser Ziele ist natürlich ein wichtiges Mittel die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips.

Ich habe mit einem Zitat begonnen. So will ich am Ende meiner Rede mit einem Zitat enden. Hierfür habe ich mir ein Zitat von unserem Altkanzler Helmut Kohl herausgesucht.

„Zur Politik der europäischen Einigung gibt es keine verantwortbare Alternative. Wenn wir Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle Bürger unseres Kontinents auf Dauer sichern wollen, dann bleibt es unsere Aufgabe, mit Engagement und Optimismus für den Bau des Hauses Europa einzutreten. Denn Europa - das gilt besonders für die junge Generation - ist unsere Zukunft!“

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kurze. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Tillschneider. Möchten Sie beantworten?

Markus Kurze (CDU):

Ja, bitte schön.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Tillschneider, bitte.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Eine Kurzintervention. - Sie haben namhafte CDU-Politiker mit Aussagen zur EU zitiert. Ich will das jetzt fortsetzen und noch zwei Zitate bringen. Die stammen von Theo Waigel. Und zwar hat Theo Waigel vor der Einführung des Euros gesagt: Der Euro wird stärker sein als die Deutsche Mark. Und 1998 hat er im Bundestag gesagt: Jedes Land haftet allein für seine Schulden. Es wird keine Finanztransfers geben. Eine Haftungsgemeinschaft ist ausgeschlossen. - Diese Zitate zeigen uns, was wir auf Aussagen und Prognosen von CDU-Politikern zur EU zu geben haben.

(Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bitte, Herr Kurze.

Markus Kurze (CDU):

Also, Herr Dr. Tillschneider, ich habe ja schon gemerkt, dass wir hier im Parlament manchmal in einen Wettstreit der Zitate treten. Aber es ist halt auch so: Die Erde ist nun einmal keine Scheibe, sie dreht sich jeden Tag weiter und man muss auf Entwicklungen hin, die auf einen niederprasseln, Entscheidungen treffen, die aus der Sicht der gewählten Parlamentarier Entscheidungen sind, die sie vor ihrem Wähler rechtfertigen können und die dem Wohle unseres Landes dienen.

Von daher: Schön, dass Sie das Zitat gebracht haben. Aber die EU ist und bleibt ein Haus für viele Menschen in Europa, worin sie sich wohlfühlen, da muss man solidarisch miteinander umgehen.

Natürlich darf die Solidarität keine Einbahnstraße sein. Das muss man auch ganz klar sagen. Wir müssen unsere Partner immer wieder daran erinnern, dass nicht nur die Starken für die Schwachen alles übernehmen können oder sollen. Herr Heuer, Eurobonds wird es mit uns nicht geben.

Von daher, glaube ich, um an die Rede anzuknüpfen, war die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 60 Jahren ein Anfang eines Weges. Ich glaube, wir sollten Brücken bauen und keine

Mauern. Von daher wünsche ich alles Gute. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze, es gibt noch eine weitere Nachfrage. Möchten Sie noch eine beantworten? - Herr Raue, er möchte keine Frage beantworten. - Okay.

Abg. Herr Gallert hat noch einmal um das Wort gebeten. Ich würde Ihre Redezeit ebenfalls auf drei Minuten begrenzen, Herr Kollege Gallert. Bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu all diesem gäbe es eine ganze Menge zu sagen. Ich verzichte auf die Reaktion auf eine ganze Menge von Dingen, über die man wirklich noch einmal völlig neu in diesem Haus reden muss. Denn in der Debatte wurde deutlich, dass bei der Geschichte unsere Grundlagen weitestgehend auseinandergehen.

Ich will nur noch auf ein Argument eingehen, das ich immer wieder höre, zum Teil von der AfD. Es war aber im Wesentlichen auch die Cameron-Alternative vor dem Brexit in Großbritannien. Und zwar ist das die Alternative, die sagt: Wir wollen die Europäische Union ja nicht wirklich richtig; wir machen daraus eine Freihandelszone. Das ist im Grunde genommen das, was ausreicht.

Das höre ich übrigens auch immer wieder von AfD-Vertretern. Was bedeutet denn das für den Binnenmarkt? - Freie Waren, freie Dienstleistungen, freies Geld und Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Das große Problem, vor dem wir stehen - das meine ich jetzt ernst, als Argument, nicht als Polemik -, ist: Wenn ich eine Europäische Union so einrichte, also keine abgestimmte Steuerpolitik, keine abgestimmte Sozialpolitik, keine abgestimmten ökologischen Standards habe, komme ich in die Situation hinein, in der ich jetzt bin. In einem gemeinsamen Markt konkurrieren Nationalstaaten mit Steuerdumping, mit Sozialdumping und mit Ökodumping um Kapitalinteressen. Das ist eine ganz klare Geschichte.

All diejenigen, die diese These verbreiten, organisieren, dass innerhalb der EU gegen die sozialen Interessen der Menschen, die dort arbeiten, vorgegangen wird. Das ist der Konstruktionsfehler.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD, und von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Mich macht es sozusagen sprachlos - nein, das glaubt man mir sowieso nicht -, es berührt mich sozusagen eigenartig, dass ausgerechnet diejenigen, die die sozialen Folgen für den kleinen Mann

und die kleine Frau in der Europäischen Union beklagen, genau diesen Weg, der dazu führt, dass es diesen Dumpingwettbewerb gibt - bei Steuern, bei Sozialem, bei Öko -, auch noch organisieren wollen, indem sie sagen: Den Binnenmarkt wollen wir schon, aber Regulierungen, die darüber hinausgehen, die wollen wir überhaupt nicht haben.

Dann gebe ich den Nationalstaaten das Signal, in gnadenlose Konkurrenz zueinander zu gehen, was übrigens in Osteuropa auch weidlich genutzt worden ist. Die haben ja mit Flatrate-Steuern und Ähnlichem organisieren wollen. Was passiert dabei? - Der Binnenmarkt geht vor die Hunde. Ich muss exportorientiert sein, so wie es Deutschland übrigens ist. Dann habe ich ein Problem, wenn ich meinen Nachbarn damit zum Bettler mache. Das ist eine Variante, die für ökonomische Entwicklungen nicht steht.

Deshalb ist es völlig richtig, was Herr Robra gesagt hat: Die größten Vorteile aus der Entwicklung Osteuropas über die Kohäsionsfonds, die haben wir. Denn ein Nachbar, der zum Bettler gemacht wird, macht dich selber arm. Eine europäische Entwicklung im Interesse aller, die nützt auch uns. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Gallert, es gibt eine Frage von Herrn Dr. Tillschneider.

(Zuruf: Och, nee!)

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Ich möchte nur etwas klarstellen. Herr Gallert, Sie haben uns etwas unterstellt, was wir nie gefordert haben. Diese totale Liberalisierung, der Freihandel, der alle vier Dimensionen umfasst - freier Warenhandel, freier Personenverkehr, freier Kapitalhandel und freier Verkehr von Dienstleistungen -, das haben wir nie gefordert.

Wenn wir „Freihandel“ sagen, dann meinen wir zuerst einmal freien Warenverkehr. Bei dem freien Kapitalverkehr muss reguliert werden. Freien Personenverkehr sehen wir kritisch. Also unterstellen Sie uns bitte nicht Dinge, die wir nie behauptet haben.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 GO.LT in Bezug auf die Aktuelle Debatte nicht gefasst.

Somit können wir das dritte Thema der Aktuellen Debatte aufrufen. Zuvor werden wir einen Wechsel in der Sitzungsleitung vollziehen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen nunmehr zum dritten Thema:

Steuerverschwendung für Multi-Kulti um jeden Preis

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/1193**

Ich gebe Herrn Poggenburg das Wort zur Einbringung dieses Themas. Bitte sehr.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Wohlstand für alle - Grenzen für niemanden! Wer dies fordert, der übersieht die Fragilität des Gemeinwesens, das durch den Sozialstaat getragen wird. Wer so argumentiert, der hat nicht verstanden, dass funktionierender Sozialstaat und ungeordnete Masseneinwanderung nicht miteinander vereinbar sind.

(Beifall bei der AfD)

Die Wirklichkeit führt die neudeutschen Wohlfahrtsideen ad absurdum. Nach und nach zerbrechen die Erklärungsversuche zur Legitimierung der Masseneinwanderung, während der erste Kostenkollaps einer kopf- und verantwortungslosen Asylpolitik zutage tritt.

Die seit 2015 fortwährende Abkehr von einem staatspolitischen Verantwortungsbewusstsein bindet Unsummen sozialstaatlicher Mittel zur Bewältigung einer Asylkrise, was selbstverständlich vermeidbar gewesen wäre, zumindest wenn die politischen Entscheidungsträger Recht und Ordnung geachtet und zuerst an jene gedacht hätten, welche sie eigentlich vertreten müssten, nämlich an das deutsche Volk.

(Zustimmung bei der AfD)

Jüngst vorgelegte Belege zu finanziellen Ausgaben im Zuge der Masseneinwanderung und der vergeblichen Integrationsversuche zeugen von maß- und verantwortungslosem Handeln der Altparteien.

Ein 43-seitiger Prüfbericht des Bundesrechnungshofes vom 9. Februar 2017 ist hierfür ein Beleg. Darin werden der Bundesagentur für Arbeit schwerste Versäumnisse bei der Gestaltung und Durchführung von Deutschkursen für Flüchtlinge vorgeworfen. Dort wurden nämlich weder dezierte Vorgaben zu Inhalten, Methodik oder Durchführung gemacht, noch gab es Maßgaben hinsichtlich der Qualifikation der Lehrkräfte. Notwendige Anwesenheitslisten wurden während der Sprachkurse unvollständig oder auch gar nicht geführt. Eine Auswertung der Kurse erfolgte ebenfalls nicht.

Unter dem Strich war die ganze Angelegenheit mehr ein extrem kostspieliger, ideologischer Reinfall als eine gelungene Integrationsmaßnahme.

Die Kosten für diese stümperhaft organisierten Einstiegskurse belaufen sich auf sage und schreibe 320 Millionen € bis 400 Millionen €, welche die Arbeitsagentur - das sei noch einmal ganz deutlich gesagt - aus den Rücklagen der Arbeitslosenversicherung finanziert.

Ganz ehrlich: Was soll man dazu eigentlich noch sagen, außer: Bravo, das war doch wieder einmal altbekannte Kartellparteienmanier! Für dieses Kartell hat Geld für blanken Unsinn noch nie eine Rolle gespielt.

(Beifall bei der AfD)

Weitere Quittungen hierzu gibt es beispielsweise vom Bund der Steuerzahler, welcher dem Land Sachsen-Anhalt blinden Aktionismus und kopfloses Handeln attestiert.

Der Steuerzahlerbund schreibt im Schwarzbuch - ich zitiere -: Das Land Sachsen-Anhalt mietet einen ehemaligen Supermarkt. 880 000 € Mietkosten für drei Jahre - aber niemand zieht ein.

Als das Projekt im Jahr 2015 angemietet wurde, war bereits klar, dass eine schnelle Nutzung als Flüchtlingsunterkunft gar nicht möglich ist, da der Eigentümer des Supermarktes zuerst aufwendige und zeitintensive Umbauarbeiten leisten musste.

Obwohl das Objekt nie einer Nutzung als Unterkunft zugeführt wurde, zahlt das Land Sachsen-Anhalt die volle Höhe der Mietkosten für drei Jahre. Ein Sonderkündigungsrecht bei Nichtnutzung wurde nicht vereinbart. Warum wohl?

Die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, bezogen auf die Kosten der Anmietung externer Unterkünfte zur Flüchtlingsunterbringung, belegt, dass im Jahr 2016 Mietkosten in Höhe von mehr als 70 Millionen € für externe Objekte anfielen. Hinzu kommen Leerstandskosten in Höhe von mehr als 6 Millionen €.

Für die Jahre 2017 und 2018 prognostiziert die Landesregierung Kosten in Höhe von mehr als 2 Millionen € für nicht belegte Unterkünfte, wobei sie für die Städte Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau sowie für die Landkreise Saalekreis und Wittenberg noch nicht einmal Angaben gemacht hat.

Die bereits finanziell überlasteten Kommunen sehen sich nunmehr mit Summen konfrontiert, die an anderer Stelle erst einmal erwirtschaftet, sprich eingespart werden müssen.

Bereits Ende 2016 hat sich der Oberbürgermeister von Magdeburg Herr Trümper hinsichtlich der leerstehenden Flüchtlingsunterkünfte in Magdeburg zu Wort gemeldet. Der Leerstand kostet die Stadt jeden Monat fast 200 000 €.

Was soll man zu solchen sinnlosen Geldverschwendungen eigentlich noch sagen, außer vielleicht: Die Altparteien haben wieder einmal gründlich abgewirtschaftet.

Alternative Nutzungskonzepte für leerstehende Unterkünfte werden oftmals gar nicht erst gesucht. Vorschläge wie letzstens von den LINKEN, leerstehende Häuser als Studentenwohnheime zu nutzen, könnten ein Ansatz sein.

Meine Fraktion denkt aber auch an jene, welche die Frage der sozialen Gerechtigkeit besonders hart trifft, die Tausenden Obdachlosen, über welche in der Bundesrepublik zum Teil nicht einmal mehr eine Statistik geführt wird.

Anstatt in Millionenhöhe Steuergelder für Menschen zu verschleudern, welche mehrheitlich kein Recht auf dauerhaften Verbleib in Deutschland haben, sollten sich die Regierenden auf eine vernünftige Sachpolitik im Interesse der eigenen, der deutschen Bürger zurückbesinnen und sich auch auf jene konzentrieren, welche im derzeitigen Gemeinwesen oftmals zurückgestellt sind.

(Beifall bei der AfD)

Wie bereits erwähnt, mahnt der Bund der Steuerzahler gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt an - Zitat -: „Blinder Aktionismus hilft selten“.

Aber ganz klar ist natürlich: Wenn aufgrund politischer Doktrin und blinder Ideologie schnell irgendwelche Vorhaben umgesetzt werden sollen, leidet der nötige politische Sachverstand und es kommt nichts als kostspieliger Blödsinn heraus.

(Zustimmung bei der AfD)

Die linksradikalen Parteien schert das nicht; denn deren ganze Daseinsberechtigung fußt ja genau auf diesem Grundsatz. Jede bürgernahe Partei, welcher das Wohl des deutschen Steuerzahlers am Herzen liegt, kann diesbezüglich nur überdeutlich protestieren.

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie deshalb: Wie kann geduldet werden, dass Steuergelder in Millionenhöhe für politische und gesellschaftliche Experimente einfach nur verschleudert werden? Wie kann es sein, dass von unserem Volk erwirtschaftete und an den Staat abgetretene Finanzmittel in schwindelerregenden Höhen vielmals unkontrolliert für Personen ausgegeben werden, die zu einem großen Teil illegal in unser Land einwanderten und hier auch noch unsere Sicherheit bedrohen?

Ist nicht allen klar, dass dies so nicht weitergehen kann und wir dringend eine politische Alternative und eine Rückbesinnung auf eine konservative Bürgerpolitik benötigen? - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. - Für die Landesregierung erhält der Innenminister das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als im Herbst des Jahres 2015 zunehmend mehr und dann in großer Intensität Menschen zu uns kamen, hatten wir nicht nur als Regierung, sondern eigentlich jeder Einzelne in diesem Land die Pflicht, diese - unabhängig von der Frage, ob ein anererkennungswürdiger Fluchtgrund vorlag oder nicht -, zumindest menschenwürdig unterzubringen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Das war die vornehmste Aufgabe der letzten Landesregierung. Daran hat sich diese Landesregierung auch messen lassen und daran wird sie sich auch weiterhin messen lassen.

Wir waren in diesem Lande nicht auf diesen Zustrom von 40 000 vorbereitet, was die Unterbringungskapazitäten anging. Wir haben in kürzester Zeit mit einer Reihe von Ehrenamtlichen, denen mein Dank gilt, in Halberstadt menschenwürdige Unterkünfte geschaffen. Ohne Ehrenamt wäre das nicht möglich gewesen. Wir haben dann im Hinblick auf den Winter überlegt, feste Unterkünfte anzumieten.

Herr Poggenburg, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch in der Krise die Marktwirtschaft gilt. Das können Sie moralisch verurteilen. Aber die Nachfrage bestimmt am Ende auch den Preis.

Diejenigen, die uns Mietraum zur Verfügung gestellt haben, haben die Preise mitdiktiert und waren eben nicht bereit - zumindest nicht alle -, kurzfristige, sofort wieder lösbare Mietverträge einzugehen. Insofern haben Sie, wenn Sie Verantwortung tragen und eben nicht nur kritisieren, zu entscheiden, ob Sie Menschen obdachlos werden lassen wollen von denen, die gekommen sind, oder ob Sie Preise akzeptieren müssen.

Wir haben uns entschieden, auch im Rahmen unserer Verpflichtung vor der Menschenwürde, diejenigen mit Beginn der kalten Jahreszeit alle unterzubringen. Das ist Sachsen-Anhalt als einem der wenigen Bundesländer am besten gelungen. Auch das gehört dazu.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Kollege Bullerjahn, ich und andere, die das federführend mitverantwortet haben, haben seit September 2015 darauf gewartet,

(Zuruf von der SPD)

- ich sage es gleich - dass sich der Bund der Steuerzahler in diesem Lande oder irgendeiner hier vorstellt und eine wunderbare Rede dazu hält.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ja!)

Jetzt zitiere ich einmal einen ehemaligen Ministerpräsidenten - ich finde diese Worte so wunderbar; Sie dürfen mich jetzt sogar ermahnen -: Ich halte das, was Sie tun, für eine postmortale Klugscheißerei.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese postmortalen Klugscheißer braucht das Land nicht! Denn wenn Sie Regierungsverantwortung tragen, haben Sie Sorge dafür zu tragen, dass ein sozialer Frieden in diesem Land gewahrt wird. Zu dem sozialen Frieden gehört es auch, Menschen unterzubringen, und zu diesem sozialen Frieden gehört es auch, nicht so wie Sie die Not der Obdachlosen gegen die Not der Flüchtlinge auszuspielen. Auch das gehört dazu.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Es ist auch unlauter, wenn Sie sagen oder zumindest den Eindruck einwecken, dass alle, die zu uns gekommen sind, potenzielle Gefährder und Terroristen sind.

(André Poggenburg, AfD: Das habe ich nicht gesagt!)

- Sie haben den Eindruck erweckt.

(André Poggenburg, AfD: Ich habe gesagt: zu einem großen Teil!)

- Oder „zu einem großen Teil“. - Wenn Sie den Eindruck erwecken, dass ein großer Teil oder alle Gefährder oder Terroristen seien und wir das noch mit Steuergeldern bezahlen,

(André Poggenburg, AfD: Das nicht!)

dann legen Sie die Brandfackel daran, dass der soziale Frieden in Gefahr kommt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Das ist das, was Sie tagtäglich in den Medien und hier mit unterschiedlicher Intensität und teilweise auch mit unerträglichem Duktus und Diktion - gerade eben vielleicht einmal nicht so - tun.

Insofern würde ich allen anderen die Bitte aufgeben, dass wir uns an dieser Stelle einmal nicht provozieren lassen, sondern dass wir deutlich sagen: Wir sind unserer Regierungsverpflichtung nachgekommen. Das wird übrigens auch attestiert: Wir haben die geringsten Reservekapazitäten aller Bundesländer, weil wir das, was wir tun, mit hoher Professionalität und Genauigkeit tun.

Ich stelle mich auch ganz bewusst vor die Mitarbeiter meines Hauses, vor eine Frau D., vor einen Herrn B., der dort hinten sitzt, die in dieser Zeit nicht auf eine Wochenarbeitszeit von 40 oder 38 Stunden geguckt haben, die in einer Phase, auch in anderen Ministerien, in Stäben gearbeitet haben, fast 60, 70 Stunden lang - und am Ende hat sich keiner beschwert -, wo auch Personalräte mitgemacht haben. Auch denen gehört einmal mein Dank, auch in das Haus.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung von der Regierungsbank)

Insofern bleibt festzustellen: Dieses Land hat eine krisenhafte Situation gut gemeistert. Darauf können wir in Sachsen-Anhalt stolz sein.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Wir werden alles dafür tun, dass dieses Land menschenwürdig ist und menschenwürdig bleibt, dass es differenziert und diejenigen integriert, die zu integrieren sind, dass es auf der anderen Seite aber auch, um den Rechtsstaat durchzusetzen, denjenigen die Grenzen des Rechtsstaates aufzeigt, die nicht bereit sind, sich zu integrieren, und denjenigen, deren Asylbegehren abschlägig beschieden worden ist, auch dabei behilflich ist, unser Land wieder zu verlassen. All das gehört dazu. Insofern sollten wir es dabei bewenden lassen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung von der Regierungsbank - Zurufe: Das waren elf Minuten! - Neun! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Werter Herr Innenminister, bei uns gibt es erstens die Regel, dass man die Fragen der Abgeordneten, wenn man Minister ist, beantworten sollte. Zweitens gibt es vom Präsidium nicht auf Aufforderung Ordnungsrufe, nicht einmal, wenn man sie für sich selbst haben will.

(Heiterkeit)

Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

(André Poggenburg, AfD: Ich würde dann gern das Rederecht als Fraktionsvorsitzenden wahrnehmen!)

Herr Tillschneider, Sie können eine Frage stellen.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Stahlknecht, Sie haben die Aufgabe, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen, als Ihre vornehmste Aufgabe beschrieben, also als die wichtigste Aufgabe. Ich will jetzt gar nicht abstreiten, dass man das als eine sinnvolle Aufgabe sehen kann. Aber die wichtigste Aufgabe? Gibt es

für einen Innenminister in Sachsen-Anhalt nicht wichtigere Aufgaben? Deshalb meine Frage: Wie rechtfertigen Sie diese Aussage vor Ihrer ministeriellen Verantwortung?

(Katrin Budde, SPD: Menschenwürde! - Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Wissen Sie, als wir im Jahr 2013 eine Flutkatastrophe hatten und ich den Krisenstab der Landesregierung geleitet habe, habe ich es als meine wichtigste und vornehmste Aufgabe angesehen, das für das Land bestmöglich zu koordinieren. Und als ich die Verantwortung in dieser krisenhaften Situation hatte, weil der Herr Ministerpräsident mir diese Aufgabe zugetraut hat und er auch frühzeitig von Obergrenzen in einer streitigen Situation gesprochen hat, habe ich es als die vornehmste Aufgabe angesehen, Menschen im Sinne unserer Menschenwürde menschenwürdig unterzubringen, ohne meine anderen Regierungsgeschäfte zu vernachlässigen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank - Sebastian Striegel, GRÜNE: Hat sogar die Opposition unterstützt!)

Ich setze in dem, was ich tue, auch zu gewissen Zeiten Prioritäten.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich glaube, jetzt gibt es noch eine Wortmeldung von Herrn Schmidt. Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Herr Minister, Sie haben eben gesagt, dass unberechtigte Asylbewerber bereits zurückgeführt worden sind. Wie viele wurden denn zurückgeführt und wie viele Unberechtigte sind noch hier?

(Zurufe von der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Das ist jetzt zwar nicht gedeckt von dem, was Sie in Ihrem Beitrag hier wollten,

(Daniel Roi, AfD: Das ist klar! Darüber wollen wir nicht reden!)

- Herr Roi, habe ich Sie gefragt? Oder warum melden Sie sich jetzt? - Wir haben mehr als mehrere Tausend zurückgeführt. Die genauen Zahlen

können Sie nachlesen. Wir haben eine große Anzahl derer, die freiwillig das Land verlassen.

Wenn Sie das von mir noch einmal hören wollen, was ich neulich ganz offen - im Übrigen als einer, glaube ich, der ersten Minister dieser Bundesrepublik - auch kritisch angemerkt habe, wiederhole ich das: Von 5 000 Geduldeten können wir derzeit 71 % so gut wie nicht abschieben. Dafür gibt es ganz unterschiedliche Gründe.

Das sage ich den Menschen auch, weil Transparenz und Ehrlichkeit dazugehören. Aber wir werden Lösungen finden.

Sie müssen, wenn Sie Verantwortung haben, auch Grenzen Ihres Handelns akzeptieren. Wenn jemand sagt, er hat keinen Pass und er weiß nicht, woher er kommt, dann verurteile ich das. Dann verurteilen das die meisten in diesem Hause. Aber Sie können doch nicht - - So würden Sie wahrscheinlich handeln.

(Alexander Raue, AfD: Jeder normale Mensch! - Katrin Budde, SPD: Ah!)

- Jetzt bleiben wir bei dem, was Sie als normalen Menschen bezeichnen.

(Alexander Raue, AfD: Australien zum Beispiel! Da sind normale Menschen dort!)

- Jetzt warten Sie doch einmal ab. - Da kommt jemand aus einem Land, irgendwo in der Nähe von Afrika. Wahrscheinlich können Sie gar nicht differenzieren, weil er dunkelhäutig ist, aus welchem Teil des Landes er kommt. Dann kommt Ihr wunderbarer gesunder Menschenverstand, Sie schicken den ins Flugzeug und schmeißen ihn mit dem Fallschirm darüber ab. Das ist doch Ihre Denkweise.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch genau diese Denkweise: Das, was Sie mit solchen Argumenten den Menschen da draußen vermitteln wollen, ist, dass das, was schwierig ist, wenn Sie es machen würden, ganz leicht wäre.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

- Jetzt reden Sie mir doch nicht immer rein.

(Alexander Raue, AfD: Ihrer Aufgabe kommen Sie nicht nach und Frau Merkel ruft sie alle rein! Sie haben völlig versagt! - Zurufe von der CDU und von der SPD)

- Es hat mit Ihnen manchmal leider keinen Sinn.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Dr. Katja Pähle, SPD: Richtig!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Herr Minister. Ich würde auch - - Ich lasse nur zwei zu. Sie müssen antworten, aber ich muss nicht zulassen. - Bitte sehr.

So, jetzt habe ich eine Wortmeldung von Herrn Poggenburg, der als Fraktionsvorsitzender reden möchte. - Einen Moment noch.

Ich habe angekündigt bekommen, dass die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE keinen eigenen Debattenbeitrag halten möchten. Ist dem nach wie vor so?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ja!)

- In Ordnung. - Dann, Herr Poggenburg, können Sie sich überlegen, ob Sie eine dreiminütige Reaktion als Einbringer der Aktuellen Debatte auf den Innenminister haben oder als Fraktionsvorsitzender sprechen wollen. Sie haben hiermit das Wort. Es wäre nur schön, wenn Sie es mir vorher sagen würden.

(André Poggenburg, AfD: Als Fraktionsvorsitzender werde ich keine drei Minuten brauchen!)

- Dann können Sie jetzt an das Mikrofon gehen. Danke. - Bevor Sie anfangen, würde ich ganz herzlich Studentinnen und Studenten der Hochschule Anhalt-Dessau auf unserer Zuschauertribüne begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

André Poggenburg (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Innenminister Stahlknecht, wer mit Begriffen wie „Klugscheißer“ um sich wirft, sich dann aber aufregt über den Duktus anderer Fraktionen oder Abgeordneter, der sollte mal ganz gewaltig über sich selbst nachdenken, und vor allem dann, wenn er Minister ist.

(Beifall bei der AfD)

Herr Innenminister Stahlknecht, gerade Sie sind es ja, der hier befeuert und den von Ihnen angesprochenen sozialen Unfrieden erst noch hervorbringt. Denn die AfD und ich in meinem Redebeitrag haben vorhin nicht gesagt, dass alle Flüchtlinge oder alle Ausländer kriminell sind oder unsere Sicherheit bedrohen. - Nein. Ich habe gesagt: ein Großteil.

(Lachen bei und Zurufe von der SPD)

Wenn Sie beginnen, diese Worte zu verdrehen und zu pauschalisieren,

(Zuruf von Eva Feußner, CDU)

dann, das muss ich ganz ehrlich sagen, ist das gerade bei diesem Punkt eines Innenministers unwürdig.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe weder - -

(Zuruf)

- Doch, der Innenminister darf reden, wenn er will. Das könnte ich ihm nicht einmal verbieten. Er will das und deswegen hat er jetzt das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Es geht um das, was Sie wieder vorgetragen haben. Sie sind wieder Brandstifter, indem Sie sagen: Ein Großteil derer, die zu uns gekommen sind, ist kriminell

(André Poggenburg, AfD: Bedrohen unsere Sicherheit, habe ich gesagt!)

- und bedroht unsere Sicherheit. - Dazu sage ich: Das ist falsch.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung von der Regierungsbank)

Sie können sich nicht permanent über Statistiken, die wir haben, und über Dinge, die wir beobachten, hinwegsetzen und der Bevölkerung permanent erzählen, dass ein Großteil derer, die kommen, den Frieden gefährdet oder kriminell ist, weil Sie dadurch mittelbar zur Anstiftung von Ausländerfeindlichkeit beitragen. Genau das ist das Unanständige.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung von der Regierungsbank)

Eigentlich - das zum Schluss, Herr Poggenburg - muss ich mich nicht in eigener Sache rechtfertigen oder verteidigen. Wenn ich von Diktion und Duktus spreche, dann meine ich nicht das, was ich gesagt habe, sondern damit meine ich beispielsweise Ihre Äußerung, dass Sie über Geschwüre am deutschen Volkskörper nachdenken. Das sind Begriffe, die werden Sie von mir niemals hören. Es sei denn, ich zitiere sie aus dem Zeitraum des Dritten Reiches.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Schmidt, die sich wiederum auf den Redebeitrag des Innenministers bezieht. Diese eine Wortmeldung lasse ich noch zu.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Herr Minister, wissen Sie, wie viele Asylbewerber im Jahr 2015 illegal eingewandert sind? - Diese sind, wenn sie illegal einwandern, kriminell.

(André Poggenburg, AfD: Genau!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Es gibt zunächst einmal zwei Arten von Kriminalität.

(Alexander Raue: AfD: Die gute und die schlechte?)

Die eine Kriminalität sind Straftaten, die nur von Ausländern selbst begangen werden können und die keine Gefährdung für die Bundesrepublik Deutschland darstellen.

(Zuruf von der AfD: Was? - Zuruf von Alexander Raue, AfD - Unruhe bei der AfD)

Das andere sind Straftaten, die durch jeden begangen werden können und eben nicht nur ausschließlich durch Ausländer. Durch Ausländer begangene Straftaten sind beispielsweise Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz oder die illegale Einreise. Das setzt aber per se noch keine Gefährdung voraus, sondern es ist eine Straftat eigener Art. Wenn es zusätzlich eine Gefährdung werden soll, dann muss mehr dazu kommen als diese Straftat.

Natürlich ist im Oktober des Jahres 2015 eine Vielzahl von Menschen illegal, so nennen Sie das, nach Deutschland eingewandert. Es gibt Schätzungen, die von 30 000 bis 35 000 Menschen ausgehen. Darüber gibt es auch Diskussionen und Gutachten, beispielsweise von Herrn Di Fabio. Das können Sie alles nachlesen. Das negiert auch niemand, allerdings müssen Sie das, was Sie tun, differenziert darstellen. Sie differenzieren nicht, Sie pauschalisieren, Sie verallgemeinern und spielen mit den Ängsten der Menschen. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der CDU, bei den LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herzlichen Dank. Herr Minister, Sie können Platz nehmen. Ich lasse keine weitere Nachfrage mehr zu. - Damit sind wir am Ende der Aktuellen Debatte angelangt. Damit können wir den Tagesordnungspunkt 2 beenden.

Der nächste Tagesordnungspunkt ist der Tagesordnungspunkt 20. Wir wechseln schnell den Vorsitz.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 20

Beratung

Geflügelpest: Hysterie nicht angebracht. Verhältnismäßige und konsequent risikoorientier

te Anwendung von Schutzmaßnahmen nach der Geflügelpestverordnung sicherstellen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1178**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/1216**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/1222**

(Unruhe - Präsidentin Gabriele Brakebusch unterbricht kurz ihre Rede)

- Ich denke, jetzt haben wir genügend Ruhe, um in der Tagesordnung fortzufahren.

Einbringer ist der Abg. Herr Höppner. Herr Höppner, ich darf Sie bitten.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nutzgeflügel musste bereits Anfang November 2016 in vielen Regionen Sachsen-Anhalts in den Stall. Mehrere Landkreise und Kommunen verhängten damals eine generelle Stallpflicht. Grund war die Ausbreitung des hoch ansteckenden Vogelgrippevirus H5N8, und die Ausbrüche in den Jahren 2016 und 2017 fingen - das ist bewiesen - im Wildtierbestand an.

Der erste Fall wurde in NRW im Oktober 2016 an einem Bussard festgestellt und auch bei Leipzig war das hochansteckende Virus bei einer Wildente nachgewiesen worden.

Das Friedrich-Loeffler-Institut hatte nach den ersten Fällen von Vogelgrippe in Deutschland das Risiko als hoch eingestuft, das Influenza-Virus H5N8 könnte durch Wildvögel in Hausgeflügelbestände eingeschleppt werden.

Vom 27. November 2016 bis zum 20. März 2017 galt dann in ganz Sachsen-Anhalt eine landesweite Stallpflicht für Geflügel. Die landesweite Stallpflicht galt in ganz Sachsen-Anhalt ca. vier Monate und war gerade für Wasser- und Rassegeflügelzüchter, aber auch für die Behörden und für die gesamte Region eine starke Belastung.

Deutschlandweit gab es im Jahre 2016 28 Ausbrüche in Geflügelhaltungen, und 2017 waren es bis dato 66. Das ist, meine Damen und Herren, somit die größte dokumentierte Serie von Geflügelpest.

Zur Bekämpfung der Vogelgrippe sind in Deutschland mehr als eine Million Hühner, Puten und Enten getötet worden. Nach Angaben des Bundesagrarministeriums wurden bis Anfang März 803 000 Tiere in 78 Beständen mit nachgewiesener Geflügelpest getötet, und ohne einen positiven Befund auf den Erreger H5N8, weil die Höfe zum Beispiel in der Nähe von Beständen mit Vogelgrippe lagen, wurden 254 000 Tiere vorsorglich getötet. Alle Bundesländer waren übrigens von dieser Geflügelpest betroffen.

In Sachsen-Anhalt gab es ebenfalls einige bekannte Fälle: Auf einem Geflügelhof in Brumby im Salzlandkreis war die Vogelgrippe ausgebrochen und es wurden ca. 33 000 Legehennen vorsorglich getötet. Der hoch ansteckende Erreger ist dort bei fünf Proben auf dem Hof nachgewiesen worden. Beim zweiten Fall von Vogelgrippe wurden im Dezember ca. 9 500 Enten eines Geflügelbetriebes in Möser getötet.

Im Köthener Tierpark wurde am 2. Januar 2017 ein toter Schwan aufgefunden. Er war mit dem gefährlichen und hochgradig ansteckenden Erreger H5N8 infiziert. Damit galt der Ausbruch der Geflügelpest im Köthener Tierpark als amtlich festgestellt. Als Sofortmaßnahme hat die Veterinärbehörde des Landkreises in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt den Tierpark aufgefordert, 130 Tiere, die am Fundort des toten Schwans Kontakt mit dem toten Tier gehabt haben könnten, zu töten.

An dieser Stelle müssen wir uns aber der Frage und der Verantwortung stellen, wie man mit dem Töten umgeht bzw. wie diejenigen, die die Tötung auf Anordnung durchführen müssen, auch emotional darunter leiden, und das in dem Wissen, dass sie die Tiere sozusagen von klein auf und mit größter Tierliebe aufgezogen haben und diese nun im wahrsten Sinne des Wortes händisch selbst töten müssen.

In der Öffentlichkeit wurde zudem gefragt, ob denn eine komplette Tötung des Bestandes sofort nötig war oder ob es nicht möglich gewesen wäre, zum Beispiel eine Quarantäne einzurichten und erst einmal alle anderen Tiere zu testen.

(Beifall bei der LINKEN)

Insbesondere viele Hobbylandwirte beschwerten sich über die Stallpflicht; denn sie sind auf eine solche Aufstallung in der Regel nur unzureichend vorbereitet. Schon die letzte Geflügelpest hat die Hobbylandwirte überfordert, und einige sahen die Stallpflicht sogar als übertrieben an.

Wenn es auch nach Einschätzung des Friedrich-Loeffler-Instituts der schwerste Vogelgrippe-Seuchenzug überhaupt ist, muss dringend über Ursachen, aber auch über die Minimierung von Risiken und Schäden nachgedacht werden.

Die Stallpflicht ist für Privathaltungen oft kompliziert und zum Beispiel bei Wassergeflügel-, Tauben- oder Straußenhaltungen aus Tierschutzgründen schwierig.

Auch wirtschaftliche Belange waren oder sind betroffen. Freilandhalter können nach zwölf Wochen die Eier nicht mehr als Eier aus Freilandhaltung, sondern nur noch als Bodeneier vermarkten. Das führt zu Erlöseinbußen von drei bis vier Cent pro Ei. Einige EU-Staaten und Bundesländer haben zur Umgehung der Vermarktungsregeln die Auf-

stallpflicht für einen Tag auf, womit auf dem Papier Freiland Eier hätten vermarktet werden können.

Übrigens gibt es nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen keine Hinweise darauf, dass das Vogelgrippevirus, das gegenwärtig kursiert, für den Menschen gefährlich ist. Es wurde bislang noch keine Mensch-zu-Mensch-Übertragung der Vogelgrippe, das heißt Geflügelpest, sicher bei uns nachgewiesen. Eine direkte Übertragung von infizierten Vögeln auf den Menschen ist nur bei sehr engem Kontakt möglich.

Es gibt aber damit auch keinen Anlass für Leichtfertigkeit bezüglich des Infektionsrisikos für Menschen. Mutationen gehörten zur Natur von Viren. Es ist aber eine bessere Aufklärung und Bildung nötig.

(Zustimmung von Doreen Hildebrandt, DIE LINKE)

Viele Menschen kennen zum Beispiel den Unterschied zwischen Viren und Bakterien nicht.

Einige Wissenschaftler behaupten, die Geflügelpest komme mit den Wildvögeln nach Deutschland. Andere sagen, das Virus komme mit den Futtermittelimporten aus Asien nach Europa. Aber es stellt sich auch die Frage: Wie kommen die Erreger eigentlich in komplett geschlossene Anlagen? Das Friedrich-Loeffler-Institut trifft hierzu leider keine konkreten Aussagen.

Die Tiere in diesen Anlagen sind eigentlich völlig von der Außenwelt abgeschottet und gesichert. Das bedeutet doch aber letztlich, dass diese Tiere nur über Futter oder zum Beispiel Einstreu oder Transportkäfige und Ähnliches infiziert werden können. An der Stelle hilft dann die Stallpflicht leider nicht weiter. Sie verschlimmert sogar die Situation.

Eine dauerhafte Stallhaltung ist erwiesenermaßen gerade für Rassegeflügel gesundheitsgefährdend und widerspricht dem Tierschutz, da eine artgerechte Bewegung nicht mehr gewährleistet werden kann. Für die Tiere bedeutet eine reine Stallhaltung extremen Stress. Dieser führt zu unnormalen Verhaltensweisen, was unter anderem zu einer Veränderung der Federstruktur, Federpicken oder sogar zum Tod führen kann. Zusätzlich ist die Nachzucht gefährdet.

Mit zunehmender Dauer führen die aus der Vogelgrippe resultierenden Beschränkungen zu immer mehr Fragen über die Grundlagen der Einschränkungen. Die durch die Einschränkungen verschlechterten Lebensbedingungen für eine Vielzahl von Tieren kann man also nicht auf Dauer aufrechterhalten. Dringend neu bewertet werden müssen somit die Zusammenhänge zwischen Strukturen der Geflügelindustrie sowie dem Auftreten und der Verbreitung von Seuchen.

Zahlreiche Veterinärmediziner, Geflügelhalter und Sachverständige drängen auf eine Überarbeitung bzw. Neufassung der Geflügelpestverordnung. Grund dafür ist, dass innerhalb einer Wildvogelpopulation eine Infektion für ein kurzzeitiges Krankheitsgeschehen mit einer geringen Rate verendeter Tiere nach sich zieht. Nach Durchlaufen der Infektion ist das Virus in gesunden Wildvögeln nicht mehr nachweisbar.

Insgesamt ist das ein gutes Motiv, um mehr in diese Forschung zu investieren.

Bekannt ist auch, dass vor allem konsequente Biosicherheitsmaßnahmen vor Ort über das Infektionsrisiko im Bestand entscheiden. Deshalb sind wir der Ansicht, dass zum Beispiel Bauvorschriften geprüft werden müssen.

Zudem ist bekannt, dass in Regionen mit hohen Tierdichten und bei sehr großen Tierhaltungen notwendige Bekämpfungsmaßnahmen besonders ethisch und volkswirtschaftlich bedenkliche Folgen haben. Deshalb müssen solche Risikostrukturen identifiziert und korrigiert werden.

Wir fordern übrigens schon länger, dass Tierdichten in den Regionen und Bestandsgrößen am Standort gedeckelt werden. Nutztierbestände müssen sich an der Versorgungssicherheit und den regionalen Stoffkreisläufen orientieren,

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

das heißt, eine Orientierung an den verfügbaren Flächen für die Futtermittelversorgung und an der regionalen Verwendung von Gülle oder Mist zur Düngung.

Uns geht es also darum, die bereits gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen über Einschleppungsursachen, Verbreitungsrisiken, Haltungsbedingungen, Erfahrungen aus den Nachbarländern, in denen zum Beispiel keine Stallpflicht für Kleinbetriebe galt, aktuell zu analysieren und eigene Expertise sowie Handlungsspielräume besser zu nutzen.

Es geht aber auch darum, Handlungs- und Ermessensspielräume, die übrigens die Geflügelpestverordnung bereits zulässt, für artgerechte Haltungsbedingungen und im Interesse der betroffenen Geflügelhalter auszuschöpfen und speziell risikoorientierte Entscheidungen zu treffen. Angemessene, aber auch konsequent durchgesetzte Entscheidungen der Behörden sind nun mal Grundlage des Vertrauens in ihr Handeln.

Es kommt also auch künftig darauf an, angemessen staatlich zu reagieren, um unnötiges Tierleid zu verhindern und Schäden von Tierhaltern und den Menschen abzuwenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind aber auch der Meinung, dass es notwendig ist, im Laufe des Jahres alle Beteiligten an

einen Tisch zu holen, um sich auf eine im Spätherbst zu erwartende Wiederkehr der Geflügelpest gut vorzubereiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Höppner, für die Einbringung. Ich sehe keine Anfragen. - Bevor wir in die Fünfminutendebatte der Fraktionen einsteigen, übergebe ich das Wort an Frau Prof. Dr. Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das aktuelle Seuchengeschehen ist das gravierendste seit Jahrzehnten, wenn nicht gar seit Bestehen der Bundesrepublik. In Sachsen-Anhalt wurde mit Stand vom 6. April 2017 in vier Fällen bei gehaltenen Vögeln in einem Tierpark und bei 40 Wildvögeln Geflügelpest festgestellt. Die erforderliche Anordnung der Aufstallung erfolgte zunächst risikoorientiert und nach Auftreten von Geflügelpestfällen außerhalb dieses Risikogebiets dann landesweit.

So wie wir in die Aufstallungspflicht reingegangen sind, sind wir aus der Aufstallungspflicht auch wieder rausgegangen. Wir haben uns immer sehr genau die Zahlen angesehen und waren auch immer in Kontakt mit unseren Nachbarländern.

Wir haben am 14. März 2017 gesagt, dass wir das Aufstallungsgebot im Landkreis Harz und im Salzlandkreis außerhalb der Risikogebiete aufheben können, und wir haben am 20. März 2017 per Erlass insgesamt eine Lockerung des Aufstallungsgebotes angeordnet, sodass die Landkreise hierüber außerhalb der Risikogebiete entscheiden konnten.

Am 5. April 2017 haben wir, wie Sie wissen, die Stallpflicht insgesamt aufgehoben - immer nach der Maßgabe, dass in den letzten 14 Tagen keine weiteren Fälle aufgetreten waren. Davon ausgenommen sind natürlich die Restriktionszonen um die Fälle, die aufgetreten waren. Insofern sind wir immer risikoorientiert vorgegangen.

Zu Ihren Zweifeln an den Risikobeurteilungen des Friedrich-Loeffler-Instituts möchte ich Folgendes anmerken: Aus der Sicht des Bundesministeriums und auch aus der Sicht der Länderministerien gibt es keine Veranlassung, an der Expertise des Friedrich-Loeffler-Instituts zu zweifeln. Es handelt sich um ein weltweit anerkanntes Forschungsinstitut,

(Zustimmung von Bernhard Daldrup, CDU)

an welchem unter anderem auch das nationale Referenzlabor für aviäre Influenza angesiedelt ist. Es genießt in der gesamten Wissenschaftswelt hohes Ansehen.

Ich möchte ebenfalls darauf hinweisen, dass das Labor als Referenzlabor der Weltorganisation für Tiergesundheit sowie der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen auch außereuropäische Länder berät und diagnostische Hilfestellung zur Verfügung stellt.

In vielen Fällen hat das Friedrich-Loeffler-Institut im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages in Abstimmung mit den zuständigen Behörden vor Ort auch wiederholt in Sachsen-Anhalt intensiv an den epidemiologischen Ermittlungen im Hinblick auf die jeweils betroffenen Bestände mitgewirkt und dabei sämtliche potenziell epidemiologisch relevanten Aspekte zu möglichen Eintragswegen für den Erreger inklusive der Handelsverbindungen und anderer Kriterien sorgfältig beleuchtet.

Auch in seiner Risikobewertung betrachtet das Friedrich-Loeffler-Institut regelmäßig alle denkbaren Eintragswege. Neben der Verbreitung über Wildvögel sind dies unter anderem die legale und die illegale Einführung von Geflügel und Geflügelprodukten sowie Personen- und Fahrzeugverkehr.

Ziel der behördlichen Maßnahmen war es, den Eintrag des Geflügelpesterreger in Geflügelhaltungen zu unterbinden, damit diese Tiere nicht an der Seuche verenden bzw. aufgrund der Seuche getötet werden müssen. Gerade durch das landesweite Aufstallungsgebot wurden wahrscheinlich mehrere Seuchenausbrüche und damit der Tod einer Vielzahl von Tieren vermieden.

Die Pathogenität eines Erregers wird unter anderem durch die Bestimmung des Subtyps eingeschätzt. Als Auslöser der Geflügelpest wird ein hoch pathogenes Influenza-A-Virus der Subtypen H5 oder H7 bezeichnet, das durch Antigen- und Genomnachweise oder durch eine virologische Untersuchung nachgewiesen worden ist. Die Bestimmung des Subtyps oder die Feststellung der Pathogenität erfolgt im nationalen Referenzlabor, im Friedrich-Loeffler-Institut, bei jeder Untersuchung.

Die von Ihnen angesprochenen geschlossenen Großanlagen können nicht keimfrei betrieben werden. Der Erregereintrag kann zum Beispiel über Einstreumaterial erfolgen. Die durchgeführten epidemiologischen Untersuchungen lassen einen Erregereintrag über kontaminiertes Stroh sehr wahrscheinlich erscheinen. In Einzelfällen wurden auch Einträge über Personen als potenzielle Gefahr vermutet.

Dass in einer Großanlage gehaltene Vögel eine verminderte allgemeine Abwehrlage vorweisen, ist nicht bewiesen, auch wenn zweifelsohne der Erregerdruck in einer Großanlage aufgrund der Vielzahl der Individuen höher ist. Um wiederum den Erregeraustag in Wildvögelpopulationen zu verhindern, werden seuchenhygienisch erforderliche Maßnahmen wie die Behandlung des kontaminierten Dungs angewandt.

Grundsätzlich geht es um die Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen und die Verhinderung des direkten Kontaktes, wie es durch das Gebot zur Aufstallung sichergestellt wurde. Es dürfen keine gemeinsamen Fress- oder Tränkstellen akzeptiert werden, um die Erregerübertragung zu verhindern.

Das aviäre Influenzavirus wird in großen Mengen im infizierten Vogel gebildet und mittels Kot sowie Sekreten wie Schleim aus Lidbindehäuten, Nase und Rachen ausgeschieden. Erreicht dieses neu gebildete Virus innerhalb kurzer Zeit und unter günstigen Bedingungen ein empfängliches Tier, so erfolgt über den Atem und den Verdauungstrakt eine Infektion mit nachfolgender Erkrankung. Ist kein empfängliches Tier erreichbar, so geht das Virus innerhalb einer gewissen Zeitspanne zugrunde. Das heißt, es verliert seine Ansteckungsgefahr und Vermehrungsfähigkeit.

Derzeit läuft die Auswertung dieses Seuchenzuges, um Erkenntnisse für die folgenden Jahre zu gewinnen. Dazu schlage ich vor, dass ich dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im zweiten Quartal einen Bericht vorlege.
- Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dalbert. Ich sehe keine Nachfragen.

(Doreen Hildebrandt, DIE LINKE: Doch!)

- Wo denn?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Bei Herrn Höppner.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Danke. - Herr Höppner, bitte.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Frau Ministerin, wie sehen Sie die Frage der Prävention? - Es besteht zum Beispiel die Möglichkeit, Tiere zu impfen. Es gibt Impfmittel, die immer besser werden. Gerade in Tierparks wäre das eine Möglichkeit. Gibt es so etwas schon oder hat man darüber nachgedacht?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Dazu kann ich Ihnen keine detaillierte Auskunft geben. Aber das werde ich gern in meinen Bericht im zweiten Quartal aufnehmen, weil wir uns, glaube ich, dieses Seuchengeschehen insgesamt sehr genau ansehen müssen, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. In vielen Punkten liegen wir

gar nicht so weit auseinander. Nur, wir müssen uns das jetzt erst einmal ansehen und auswerten.

Das haben wir auch auf der letzten AMK besprochen. Wir haben dort den Beschluss gefasst, das Friedrich-Loeffler-Institut zu bitten, weiterhin die zuständigen Behörden bei der Untersuchung aller möglichen Übertragungswege zu unterstützen, die Handelsströme zu analysieren usw. Denn wir als Agrarminister haben gesagt, das brauchen wir auch als Grundlage zum Beispiel für die Überarbeitung der Geflügelpestverordnung. Auch diesbezüglich liegen wir gar nicht so weit auseinander, indem wir sagen, wir müssen uns das ansehen.

Es gibt natürlich auch in der Wissenschaft neue Erkenntnisse. Wir müssen schauen, wie wir uns in der Zukunft aufstellen. Also, insofern berühren wir uns, glaube ich, ein Stück.

Die Impffrage nehme ich gern auf. Dabei geht es auch um die Frage: Ist das überhaupt in bestimmten Größenordnungen machbar usw.?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Jetzt sehe ich aber wirklich keine Wortmeldung mehr.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Schade.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir steigen somit in die Fünfminutendebatte der Fraktionen ein. Herr Krause kommt schon nach vor. Ich habe ihn zwar noch nicht aufgerufen, aber er will das abkürzen. Er spricht für die CDU-Fraktion. Herr Krause, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Dietmar Krause (CDU):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in einer globalisierten Welt. Diese Welt wird kleiner, nicht räumlich, aber wirtschaftlich. Riesige Distanzen werden mit dem Flugzeug oder mit dem Schiff zurückgelegt. Inzwischen gibt es zwischen den Kontinenten Warenströme und den Austausch von Gütern. Diese beinhalten natürlich auch landwirtschaftliche Produkte.

Dass wir einer globalisierten Welt leben, merken wir inzwischen nicht mehr nur daran, dass wir relativ frei durch die Welt reisen können. Wir merken es in unserem Umfeld, weil wir plötzlich mitten in Deutschland auf Tiere und Pflanzen stoßen, die hier nie heimisch waren bzw. die es ohne diesen Güteraustausch nie auf den europäischen Kontinent geschafft hätten.

An dieser Stelle beginnen die Probleme. Viele fremde Pflanzen und auch Tiere verhalten sich

invasiv oder haben keine natürlichen Feinde. Von den Schäden können zum Beispiel die Magdeburger ein Lied singen. Im Norden der Stadt finden wir den Asiatischen Laubholzbockkäfer, eine Art, die erst jüngst durch den von mir beschriebenen Welthandel nach Europa eingeschleppt wurde und die ganze Baumbestände in kurzer Zeit befällt und schwerstens schädigt.

Bekämpft werden kann er nur durch strikte Isolation. Sprich: Befallene Bäume müssen großflächig abgeholzt werden. Das Holz muss entsorgt werden. Natürlich blutet einem das Herz, wenn man alte Baumbestände fällen muss. Niemand macht das leichtfertig. Aber nicht zu handeln würde bedeuten, dass wir irgendwann nicht mehr Herr der Lage sind

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

und so ganze Landstriche der Gefahr eines Befalls aussetzen würden.

Ähnlich verhält es sich mit dem Vogelgrippevirus H5N1. Ich kann mich noch gut an die Hysterie um das Jahr 2004/2005 erinnern, als die Vogelgrippe plötzlich auch in Deutschland zu einem Medien beherrschenden Thema wurde.

Das Influenza-A-Virus an sich ist nicht neu. Es ist mindestens seit dem Ende der 50er-Jahre bekannt und brach in Großbritannien bereits nach 1990 auch in Europa erstmalig aus. Seinerzeit waren die Befallszenarien lokal begrenzt und die Wissenschaft maß diesen Vorgängen keine große Bedeutung bei.

Erst als 1997 die Erkrankungs- und Befallswelle in Asien drastisch zunahm, rückte das Ausmaß in das Bewusstsein zunächst der Wissenschaft und mit den ersten Todesfällen an Menschen auch in das Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das H5N1-Virus ist ein hoch ansteckendes pathogenes Influenza-Virus, das zudem recht flexibel Mutationen eingehen kann. Das Risiko für den Menschen, an der Vogelgrippe zu erkranken, ist laut WHO relativ gering. Dennoch ist die Entwicklung für Wildtier- und Nutztierbestände gefährlich.

Das Friedrich-Loeffler-Institut ist in Deutschland die zentrale Anlaufstelle für den Umgang mit der Viruserkrankung. Von diesem Institut stammen auch die Richtlinien im Umgang mit den befallenen Beständen bzw. beim Auftreten von Vogelgrippe-Symptomen. Die oberste Priorität muss immer in der Verhinderung einer weiteren Ausbreitung oder Pandemie liegen.

Auch wenn das Töten ganzer Bestände schmerzvoll ist und auch wenn viele Kleintierhalter nicht verstehen können, warum zum Beispiel eine Stallpflicht ausgesprochen wird, so muss man doch eingestehen, dass diese Methoden sehr wirkungsvoll sind.

Dass die Vogelgrippe regional auftritt, erleben wir inzwischen jährlich. Aber die Maßnahmen haben bisher eine nicht mehr zu beherrschende Pandemie erfolgreich verhindert.

Die CDU-Fraktion findet den Antrag der LINKEN recht populistisch, weil wir nicht davon ausgehen, dass DIE LINKE in Sachsen-Anhalt über andere Erkenntnisse als das weltweit renommierte Friedrich-Loeffler-Institut verfügt. Insofern hat die Landesregierung aus unserer Sicht richtig gehandelt und die nötigen Maßnahmen im Rahmen wissenschaftlicher Erkenntnisse eingeleitet.

Ich kann uns in dieser Frage nur warnen, leichtfertig geeignete Maßnahmen zur Eindämmung der Erkrankung aufs Spiel zu setzen, auch wenn das insbesondere für Kleintierhalter keine besonders schöne Situation ist. Deswegen sind wir uns darin einig, den Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.

Wir haben in der Koalition einen Alternativantrag erstellt, der das Thema auf eine fundierte Ebene hebt. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Alternativantrag. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Das war direkt eine Punktlandung. Ich sehe keine Anfragen. - Somit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Das ist für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Loth. Sie haben das Wort. Bitte.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollt', ich wär' ein Freilandhuhn, ich hätt' nicht viel zu tun, ich legte mal ein Freilandeier, außer ich muss in meinen Stall.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD)

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE passt zum festgestellten Mangel an Freilandostereiern. Das ist heute hier nicht das Thema. Wir schweifen aber schon den ganzen Tag ständig ab. Deswegen dachte ich mir, sagst du es auch einmal.

(Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Passt! - Wolfgang Aldag, GRÜNE: Kann man ja machen!)

- Danke schön. - Der Titel, den Sie verwenden, schürt eigentlich genau das, worauf Sie verzichten wollen, nämlich Hysterie. Sie versuchen hier und heute Wahlkampf unter der Wählergruppe der Rassegeflügelzüchter zu betreiben. Ähnlich war die Strategie hier schon einmal mit dem Wolf. Das ging allerdings nicht so richtig auf. Nun ist der Wolf eben nicht mehr das gefährlichste Tier im Anhalter Wald, sondern eine unscheinbare Nachtfalterart.

Der Antrag, den die Fraktion DIE LINKE an das Plenum richtet, bedarf im Vorfeld natürlich einiger Erklärungen. Arbeiten wir das einmal gemeinsam ab.

Sie wollen etwas wissen über Koevolution und Koexistenz zwischen Virus und Vögeln. Ja, Koevolution bei Viren. Gelten Viren als Parasiten, die fremde Zellen für ihre eigenen Zwecke nutzen und letztlich zerstören? Wo ist denn bei H5N8 der Vorteil für den Wirt bzw. den Vogel zu sehen, oder sehen Sie in H5N8 eine neue Triebkraft der Evolution, wie das Wirken von Viren in einer neuen Hypothese auch betrachtet wird? - Allerdings meinen das nicht die beiden Autoren der Studie, die Sie offenbar herangezogen haben.

Wann beginnt eigentlich Evolution? - Für H5N1 und die möglichen Übertragungen auf den Menschen doch erst im Jahr 2003. Sicher, die Koexistenz dürfte für die H-Typen des Virus zutreffen, die in den asiatischen Geflügelbeständen regelmäßig vorkommen und keine Erkrankungen in den Beständen hervorrufen. Aber wie lange existiert ein derartiges Geschehen bereits in Deutschland? Wo sind die Studien für diese Hypothese?

Sie wollen etwas über die alleinige Todesursache bei Wildvögeln und die Nachweisbarkeit der Übertragung des Virus auf Hausgeflügel wissen. Ja, liebe Kollegen der LINKEN, das stimmt. Das Wildvogelmonitoring lässt einiges zu wünschen übrig. Das zeigt die Beantwortung der Anfrage meines Kollegen Daniel Roi vom Dezember 2016, wobei fast identische Datensätze verwendet werden wie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage aus der SPD-Fraktion in Drs. 6/3930 vom 27. März 2015.

(Zustimmung von Lydia Funke, AfD)

Merkwürdigerweise sind darin auch nicht die vollständigen Datensätze des Friedrich-Loeffler-Instituts beachtet worden.

Ich erlaube mir hier auch einmal eine kleine, pikante Abweichung vom Thema für alle diejenigen, die im 21. Jahrhundert bei den sogenannten Problemarten, die wir überall haben, hier im Landtag die einfache und schnelle Abschussidee propagieren. Geschossen wurden seit dem Jahr 2014 im aktiven Wildvogelmonitoring unter anderem fünf Wildgänse, sieben Schwäne, 27 Wildenten, eine Möwe und als besonderer Bonus eine Kurzschnabelgans.

Ja, nun raten Sie einmal, verehrte Damen und Herren, Herr Aldag, Frau Frederking, wie viele Arten sich in Sachsen-Anhalt unter den Begriffen „Schwan“, „Wildgans“, „Wildente“ und „Möwe“ verbergen könnten. Es sind nach dem Stand des Jahres 2014 genau 59.

Sie wollen auch wissen, welchen Einfluss die intensive Tierhaltung auf die Ausbreitung des Virus hat. Nun wird es aber wirklich spannend, sehr geehrte Damen und Herren der LINKEN. Es stellt

sich die Gretchenfrage, was Sie als „intensive Tierhaltung“ definieren. Verstehe ich es richtig, dass Sie meinen, dass der Virus in der sogenannten intensiven Tierhaltung erst entstanden sein könnte? Erklären Sie uns das bitte einmal gern im Ausschuss.

Sie sagen, Sie wollen gucken, ob es wirksame Seuchenschutzmaßnahmen gibt. Auch das ist ausdrücklich zu begrüßen, obwohl die von Ihnen zurate gezogenen Autoren in puncto Koexistenz und Koevolution spezielle Seuchenschutzmaßnahmen als völlig wirkungslos bezeichnet haben.

Sie wollen auch etwas wissen über die Persistenz des Virus in der Umwelt, über die wirkliche Gefährlichkeit des Virus, und wie es sich überhaupt verbreitet. Diese beiden Fragen kann uns eigentlich nur die Wissenschaft beantworten. Dabei wären wir auch schon wieder bei dem von Ihnen kritisierten Friedrich-Loeffler-Institut, das unter anderem weltweit als Referenzlabor dient und wenige andere Institute dazu, die das auch eigentlich nur in Deutschland können.

Solche Unterfangen kosten natürlich Geld. Allein für die notwendige Beprobung ist die Zusammenarbeit aller Bundesländer erforderlich. Wir sollten uns noch einmal anschauen, wie unser Länderbeitrag zur Agrarforschung aussieht, dessen Aufstockung im Alternativhaushalt der AfD Sie abgelehnt haben.

Nicht nur DIE LINKE entdeckt ihr Herz für die Vielfalt der Geflügelrassen, auch die Kenia-Koalition möchte dazu mit ihrem Alternativantrag beitragen. Der Antrag ist gut kalkuliert, wenn man eben nur das fordert, was die Agrarministerkonferenz beschlossen hat, mehr aber leider nicht.

Kommen wir nun zu unserem Alternativantrag, den uns die Kollegen von den LINKEN quasi aufgezwungen haben, ohne dass wir auf die Informationen von Frau Ministerin Dalbert im Landwirtschaftsausschuss reflektieren können,

(Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Luft holen!)

die möglicherweise viele der aufgeworfenen Fragen beantworten können. Wir haben bereits am 8. März einen Antrag auf Selbstbefassung gestellt. Den haben Sie einfach abgeschrieben und heute als Antrag verkleidet. Daher, sehr geehrte Frau Ministerin, fassen Sie unseren Antrag durchaus auch als Anregung auf.

Wenn Sie sich unseren Antrag genau ansehen, dann erkennen Sie, dass er vor allem auf lösbare, praxisrelevante Maßnahmen fokussiert ist und natürlich auch eine Forderung der Kenia-Koalition umsetzt, nämlich die Berücksichtigung des Dialogs und der Bürgernähe.

Es wäre von Vorteil für unser Land, wenn zum Beispiel auch Rassegeflügelzüchter wie Hans-

Joachim Scholz, die mit ihren Tieren leben, diese lieben und mit ihnen leiden, verstehen, warum Behörden diese Anordnung treffen bzw. treffen müssen und welche Ziele damit verbunden sind. Vielleicht gibt es noch ganz andere Möglichkeiten. Wir können uns darüber gern im Ausschuss unterhalten, wie wir es schon beantragt haben.

Darum, liebe Abgeordnete, mein bekannter Schlusssatz: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Es wird Ihnen nicht weh tun.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine Nachfragen. - Somit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Barth.

Jürgen Barth (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, ich denke einmal, wir sind alle froh, dass die Vogelgrippe vorbei ist. Wir wollen alle hoffen, dass es im nächsten Jahr nicht noch einmal so große Auswirkungen gibt.

Frau Ministerin hat in ihrer Rede die fachlichen Dinge angesprochen. Ich möchte hier betonen, wie dürfen und können solch eine Grippe nicht verharmlosen und sollten auch auf die Fachleute hören. Es ist heute des Öfteren angesprochen worden: Wir haben nun einmal in Deutschland mit dem Friedrich-Loeffler-Institut das führende Institut an der Ostseeküste. Vor diesem Hintergrund, denke ich einmal, sind wir gut beraten, auf die Fachleute zu hören.

Ein Punkt, Herr Höppner, worin ich Ihnen recht geben muss, was wir in Zukunft vielleicht auch verbessern sollten, wäre die Öffentlichkeitsarbeit, dass wir auch versuchen wollen, die Kleintierzüchter bei der ganzen Problematik mitzunehmen, was manchmal wissenschaftlich natürlich sehr kompliziert ist. Allein die Begriffe sind auch nicht dazu angetan, es jedem verständlich herüberzubringen. Ich denke, wir sollten schauen, wie wir künftig Veränderungen vornehmen können.

Herr Loth, zu Ihnen: Wenn Sie einmal aus dem Landtag ausscheiden sollten, dann würde ich mich an Ihrer Stelle beim Friedrich-Loeffler-Institut bewerben. Ich denke einmal, Sie hätten ganz gute Chancen. Hochachtung vor Ihrem Wissen. Ich denke aber, es ist angebracht - das ist auch unsere Forderung -, dass wir das Friedrich-Loeffler-Institut selbst in den Ausschuss für Landwirtschaft einladen, um die Fachleute zu hören. Dann können wir explizit die Fragen stellen, die wir heute hier nicht lösen konnten. Ich bin auch dankbar, wenn das sehr zeitnah passiert, damit wir uns dementsprechend auf den nächsten Vogelzug vorbereiten können.

Ich möchte Sie zum Abschluss meiner Rede nur noch bitten, unserem Alternativantrag zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Barth. Ich sehe keine Nachfragen. - Somit kommen wir zur nächsten Debattenrednerin. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Sie haben das Wort. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist unumstritten, dass bei einer Geflügelpestepidemie, wie wir sie in diesem Jahr aktuell in Deutschland und in insgesamt 29 Staaten Europas wieder erlebt haben, alles Erdenkliche getan werden muss, um die Seuchenausbreitung zu verringern.

Nach geltender Rechtslage wird Hausgeflügel oft über lange Zeiträume aufgestallt bzw. in geschlossenen Ausläufen gehalten, um die Tiere vor Infektionen durch Wildvögel zu schützen. In der Geflügelpestverordnung ist die Stallpflicht bisher das Instrument, um gegen Geflügelpest vorzugehen. Für viele kleine Geflügelhaltungen, für die Freilandhaltung, für die Biohaltung und für die Haltung seltener Geflügelrassen ist das immer eine sehr große Härte.

Mich erreichen immer wieder Hinweise von verzweifelter Tierhaltern, die das Leid schildern, dass sie ihren Tieren tagtäglich aufgrund der Stallpflicht zumuten müssen. Es gibt also einen Konflikt zwischen Tierschutz und Seuchenbekämpfung.

Für uns GRÜNE ist klar, wir sehen in der jetzigen Freilandhaltung die Form der Geflügelhaltung, die den Bedürfnissen der Tiere am ehesten entspricht.

Hinter dem Antrag der Fraktion DIE LINKE verbirgt sich die Kritik, dass das derzeitige Prozedere im Umgang mit der Geflügelpest nicht optimal läuft. Ja, auch wir meinen, dass die Risikobewertung durch das Friedrich-Loeffler-Institut und das anschließende Exekutieren durch die Behörden gemäß der Geflügelpestverordnung evaluiert werden muss.

Die Ursachen der Geflügelpest müssen umfangreicher ermittelt werden. Nur so ist ein zielgerichteter Schutz möglich. Gegebenenfalls müssen auch die Verfahren geändert werden.

Frau Ministerin hat darauf aufmerksam gemacht und ausgeführt, dass das Friedrich-Loeffler-Institut auch heute schon eine umfangreiche Ursachenforschung unternimmt. Nichtsdestotrotz ist

es gut, dass die AMK noch einmal betont und den Auftrag ausgegeben hat, dass wirklich alle möglichen Eintragswege gut untersucht werden müssen.

Es gibt auch eine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag zu den Übertragungswegen bei der Vogelgrippe. Eine Antwort ist - ich zitiere -:

„Ein Eintragsweg über Zugvögel ist nicht ausgeschlossen. Ein Nachweis dieses Eintragsweges konnte bisher nicht zweifelsfrei erbracht werden.“

Auf eine weitere Antwort zu dieser Kleinen Anfrage nach den Übertragungswegen gibt es die Antwort - ich zitiere noch einmal -:

„Im Tierseuchennachrichtensystem der Europäischen Union sind 538 Ausbrüche dokumentiert. Bei 395“

- das sind also 73 % -

„wurde die Eintragsquelle als ‚unbekannt‘ angegeben.“

So klar ist es wirklich nicht, dass es von den Wildvögeln herrührt. Trotz dieser Erkenntnis liegt der Fokus bei der Bekämpfung der Geflügelpest bei allen Maßnahmen weiter beim Schutz vor dem Kontakt mit Wildvögeln. Es muss wirklich die Frage gestellt werden, ob diese Fokussierung die richtige ist.

Das Wissenschaftsforum Aviäre Influenza zweifelt ja auch die Wildvogelthese des Friedrich-Loeffler-Instituts bereits seit dem Jahr 2006 an. Ich kann es noch einmal betonen - es steht auch in unserem Antrag -: Es ist gut, dass die AMK in der vergangenen Woche den Beschluss gefasst hat, dass das Friedrich-Loeffler-Institut bei der Untersuchung aller möglichen Übertragungswege eben auch die Handelsströme in der Erzeugungskette analysieren wird. Damit liegt der Fokus künftig nicht nur auf dem Wildgeflügel.

Gemeint sind eben auch Übertragungswege durch den internationalen Handel, die Einfuhr und der Transport von Eiern, Küken, Junghennen, Schlachttieren, Einstreu und Geflügelkot.

Eine Seuchenbekämpfungsmaßnahme wäre dann nicht mehr im Kern allein die Stallpflicht, sondern gegebenenfalls auch ein Einfuhrstopp von Eiern oder von Einstreu aus vogelgrippebetroffenen Ländern.

Weiterhin sollten vom Friedrich-Loeffler-Institut verstärkt auch die epidemiologischen Besonderheiten der industriellen Tierhaltung in den Fokus genommen werden. - Ich möchte fragen, ob ich noch ein bisschen weiterreden darf.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben noch etwas Zeit. Unsere Ministerin hat etwas überzogen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Gut. - Dann möchte ich noch einen anderen Aspekt anführen, und zwar die Frage, wie die Eier weiterhin vermarktet werden können, wenn das Geflügel eingestallt werden muss. Wir haben eine Bitte in Richtung der Bundesebene. Die EU-Kennzeichnungsverordnung sowie die Öko-Landbauverordnung sollten so geändert werden, dass im Seuchenfall verordnete Aufstallungen nicht zum Verlust der Anerkennung als Freilandvermarkter und Bioerzeuger führen.

Großindustrielle Geflügelfarmen haben bekanntlich kein Problem mit der Stallpflicht, denn sie lassen ihre Tiere sowieso nicht ins Grüne und an die frische Luft. Wir wollen, dass die Geflügelhalter, die auf artgerechte Tierhaltung setzen, nicht das Nachsehen haben.

Ich werbe für die Zustimmung zu unserem Alternativantrag und bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Ich sehe keine Anfrage. - Somit kommen wir zum letzten Debattenredner, Herrn Höppner für die Fraktion DIE LINKE. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ganz kurz, weil ich weiß, Sie wollen alle zum Mittagessen. Ich wurde schon kritisiert.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Herr Loth, mir hier Wahlkampf zu unterstellen oder uns Wahlkampf zu unterstellen, ist völlig verfehlt. Das ist völlig daneben, muss ich Ihnen sagen. Ich habe das Thema hier sach- und fachgerecht eingebracht. Ich halte es für ein wichtiges Thema. Darüber sollten wir diskutieren, damit wir Lösungen finden. Die Probleme haben wir benannt. Das halte ich für sehr wichtig. Glauben Sie mir, Sie haben mich noch nicht im Wahlkampfmodus, Sie haben mich noch nicht einmal im Kampfmodus erlebt, und das wollen Sie auch gar nicht!

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN - Zurufe von Frank Scheurell, CDU, und von der AfD)

Ich habe Ihnen gesagt, worum es uns geht. Das muss ich auch noch einmal erwähnen.

Wir haben das Friedrich-Loeffler-Institut nicht kritisiert. Im Gegenteil. Die Expertise ist wichtig. Darauf bauen wir auch auf. Das war in keinem Satz meiner Rede enthalten. Das möchte ich noch einmal klarstellen. Ich halte es für richtig und wichtig, dass das Institut zu uns in den Ausschuss kommt, uns berichtet und wir Fragen stellen können.

Uns ging es eindeutig um die Überarbeitung und Neufassung der Geflügelpestverordnung, dass man sich das einmal anschaut, das verbessert und die aktuellen Erkenntnisse einbaut. Das ist der Hauptanlass.

Natürlich geht es auch darum, dass man Ermessensspielräume, Handlungsspielräume, die es schon gibt, die die Geflügelpestverordnung zulässt, nutzt, dass man wirklich Risikobewertungen macht. Das hat man in den Kreisen nicht getan. Man hat sich nur großflächig darauf konzentriert, und die Sache ist rechtlich auch nicht ganz sauber. Das sind die Dinge, mit denen wir uns befassen, wo wir Lösungen haben und Dinge verbessern wollen. Wie gesagt, Wahlkampf - Schwachsinn.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt eine Nachfrage. - Herr Loth, bitte.

Hannes Loth (AfD):

Nein, ich möchte nicht fragen. Danke, Frau Präsidentin. - Ich möchte mich nur entschuldigen, dass ich Ihnen vorgeworfen habe, hier Wahlkampf betreiben zu wollen. Mir ist natürlich klar, DIE LINKE braucht keinen Wahlkampf zu betreiben. - Danke schön.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Da gebe ich Ihnen sogar recht. Wir punkten mit unseren Themen, dass wir etwas für die Leute tun, dass wir die Themen aufgreifen, hier hereinbringen, Lösungen anbieten und nicht darüber polemisieren.

(Beifall bei der LINKEN - Tobias Rausch, AfD: Das haben wir zur letzten Wahl gesehen, 7 %!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Höppner. Ich sehe keine weiteren Anfragen. - Ich habe jetzt mehrfach gehört: Das werden wir im Ausschuss besprechen. Oder: Das kommt in den Ausschuss. Ich habe aber von niemandem gehört, dass tatsächlich überwiesen werden soll.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Es gibt einen Bericht im Ausschuss! - Zurufe von der LINKEN)

Ich lasse zuerst über den Antrag in Drs. 7/1178 abstimmen. Das ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der Antrag nicht durchgegangen.

Wir kommen nun zum Alternativantrag der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/1216. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE und teilweise die AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Einige der AfD-Fraktion enthalten sich der Stimme. Der Alternativantrag ist damit angenommen worden.

Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 20 und treten nun in die wohlverdiente Mittagspause ein. Ich hätte es Ihnen gern schon etwas eher ermöglicht, aber die Parlamentarier wollten das nicht annehmen. Wir treffen uns um 15:20 Uhr wieder.

Unterbrechung: 14:20 Uhr.

Wiederbeginn: 15:23 Uhr.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 3 a

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „Sachsen-Anhalt: Große Geschichte, gute Zukunft - wie wir heute die Weichen für morgen stellen“

Zuerst ist die Rede des Ministerpräsidenten zur Regierungserklärung vorgesehen,

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

danach erfolgt eine Debatte. Dazu werde ich später im Einzelnen etwas sagen. - Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In wenigen Tagen ist diese Landesregierung ein Jahr im Amt.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Danke schön für die Vorschusslorbeeren. - Das ist eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Ich denke, diese Bilanz passt ganz gut an diesen Freitagnachmittag. Nach drei intensiven Beratungstagen wollen wir schließlich stimmungsgeladen in das Wochenende gehen. Dafür ist das, was ich jetzt vortragen kann und werde, zielführend.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir wollen also Bilanz ziehen, aber vor allem auch den Blick auf die kommenden vier Jahre richten, die uns für diese Legislaturperiode noch zum Gestalten bleiben, in denen diese Koalition gemein-

sam eine gute Politik für Sachsen-Anhalt gestalten wird. Davon, meine Damen und Herren, bin ich nach den Erfahrungen des letzten Jahres fest überzeugt.

Lassen Sie mich diese Regierungserklärung mit einem kurzen Rückblick beginnen. Eine meiner ersten Auslandsreisen als Ministerpräsident führte mich im Mai 2012 in die USA. Ein Zweck der Reise war, für das Reformationsjubiläum zu werben. Ich stellte damals sehr schnell fest: Martin Luther und die Reformation waren meinen Gesprächspartnern in den USA durchaus ein Begriff, unser Bundesland Sachsen-Anhalt dagegen eher weniger. Wir können also durchaus noch etwas mehr für die Außenwahrnehmung unseres Landes tun.

Es war daher schon damals eine gute Idee, Sachsen-Anhalt als Heimat Luthers, als Ursprungsland der Reformation zu präsentieren. In diesem Jahr feiern wir nun das 500. Reformationsjubiläum. Wir erwarten nicht nur Gäste aus Deutschland, sondern aus aller Welt. Wir wollen und werden uns ihnen als ein gastfreundliches und weltoffenes Land präsentieren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Reformationsjubiläum ist neben der Würdigung Luthers und seiner Leistungen auch eine einmalige Chance für unser Land. Wir werden deutlich machen, welch reiche Geschichte und einzigartige Kultur Sachsen-Anhalt besitzt. Wir werden aber auch zeigen, dass Sachsen-Anhalt ein modernes Land ist, ein Land mit einer guten Zukunft, in dem es sich zu leben lohnt. Ich bin mir sicher, dass uns das gelingen wird.

Wir Sachsen-Anhalter können stolz sein auf unser Land, nicht nur auf seine Geschichte und Kultur, sondern vor allem auf das, was wir im Aufbau dieses Landes seit 1990 gemeinsam erreicht haben. Wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu schauen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von Minister Marco Tullner)

Das unterstreicht auch der Haushalt, den wir in der letzten Sitzung im März 2017 verabschiedet haben. Dieser Haushalt steht nicht im Zeichen der Verwaltung des Mangels, wie das in der Vergangenheit oft genug zwangsweise der Fall war. Es ist ein Haushalt der Gestaltungsmöglichkeiten. Wir haben mit ihm die Chance, unser Land in den kommenden Jahren entscheidend voranzubringen. Und wir werden diese Chance nutzen, und zwar für die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter von heute wie auch für die künftigen Generationen,

(Zustimmung von Minister André Schröder)

im Bereich der Bildung und Kultur ebenso wie in Wirtschaft und Wissenschaft, bei der Kinderbe-

treuung und im Sozialbereich ebenso wie beim Aufbau einer modernen Infrastruktur, bei der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und bei der Förderung von Innovationen.

Die Voraussetzungen sind günstig. Die Steuereinnahmen sind hoch, das Zinsniveau ist niedrig. In der aktuellen Förderperiode können wir noch einmal umfassende Hilfen von der EU erwarten.

All das ist freilich kein Grund, in Euphorie zu verfallen. Eine solide Haushaltsführung ist auch künftig essenziell. Wir müssen immer wieder unsere Wünsche mit dem, was haushalterisch möglich ist, in Einklang bringen.

Wichtig ist es daher, dass wir die Weichen jetzt in die richtige Richtung stellen. Das haben wir mit dem Koalitionsvertrag vor einem Jahr getan. Das haben wir auch mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 getan. Wir haben in Sachsen-Anhalt eine stabile Koalition der Mitte gebildet. Die Landesregierung macht ihre Hausaufgaben. Das hat sie im vergangenen Jahr unter Beweis gestellt und das wird sie auch in den kommenden vier Jahren tun.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Worauf kommt es in der Zeit bis 2021 an? - Im Koalitionsvertrag haben wir klare Schwerpunkte gesetzt. Wir haben uns darauf verständigt, neue Impulse für mehr wirtschaftliche Dynamik zu setzen. Wir verstärken unsere Zukunftsinvestitionen und gewinnen mehr unternehmerische Innovationskraft. Wir stärken den Gründergeist und investieren in den Breitband- und Infrastrukturausbau unseres Landes.

Ein leistungsfähiges Bildungssystem mit modernen Schulen und Hochschulen bildet die Grundlage für Innovationen und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Wir lassen daher kein Kind und keinen Jugendlichen zurück und investieren in maßgeschneiderte Bildungsangebote und in eine bessere Ausstattung von Schulen und Hochschulen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Echt?)

Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sind ein zentrales Element unseres Handelns. Das gilt nicht nur im Hinblick auf die Bildung, sondern auch hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für das Verhältnis von Mann und Frau, für den Arbeitsmarkt sowie für das Miteinander von Kommunen und Land.

Nachhaltigkeit ist keine bloße Floskel, sondern Grundlage unserer Politik. Das gilt sowohl für die Finanz- und Haushaltspolitik als auch für die Wirtschafts- und die Landwirtschaftspolitik. Wir wissen um die Begrenztheit unserer Ressourcen. In der Finanzpolitik heißt das, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen und mit ihnen maximale Effekte zu erzielen. Anstatt neue Schul-

den zu machen, werden wir weiter Altschulden abbauen.

In Wirtschaft und Landwirtschaft hat der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen hohe Priorität. Wir werden den Klimaschutz in unserem Land voranbringen und unsere Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien behaupten - und wir werden sie behaupten, ohne uns als Industriestandort infrage stellen zu lassen.

Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 haben wir nun die Grundlage dafür geschaffen, diese Vorhaben konkret zu untersetzen. Das heißt nicht, dass wir bislang untätig waren - im Gegenteil. Diese Koalition hat bereits im ersten Jahr ihres Bestehens ihre Handlungsfähigkeit immer wieder unter Beweis gestellt und in vielen wichtigen Politikfeldern Nägel mit Köpfen gemacht.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

So haben wir schon ein wichtiges Vorhaben unseres Koalitionsvertrages umgesetzt und den Finanzausgleich mit den Kommunen neu geregelt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dabei haben wir die Finanzausgleichsmasse noch einmal um 102 Millionen € auf mehr als 1,6 Milliarden € erhöht. Mit der Festschreibung der Finanzausgleichsmasse bis 2021 haben die Kommunen nun Planungssicherheit. Doch nicht nur das. Wir haben im letzten Jahr 350 Polizisten neu eingestellt und mehr als 700 Lehrer.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben Altschulden in Höhe von 125 Millionen € getilgt und wir haben eine Einigung hinsichtlich der A 14 erreicht, sodass schon im Sommer mit dem nächsten Bauabschnitt begonnen werden kann.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das war also kein schlechter Start in die Legislaturperiode. Ich kann Ihnen versprechen: So wird es weitergehen. Diese Landesregierung, diese Koalition, ist handlungsfähig und entscheidungsfreudig, und das wird auch in Zukunft so sein.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren ohne Zweifel eine sehr positive Entwicklung genommen. Das wird nicht nur beim Blick auf unsere Städte und Dörfer sichtbar. Das zeigt sich zum Beispiel auch bei der Arbeitslosenquote. Diese lag im Jahr 2016 im Jahresschnitt unter 10 %, momentan beträgt sie 9,1 %. Das sind Werte, von denen wir noch vor zehn Jahren nicht zu träumen wagten.

Ich möchte diese positive Entwicklung nicht für die Politik reklamieren. Dieser Erfolg hat viele Väter,

vor allem können ihn sich unsere Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Fahnen schreiben.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU)

Wir wissen aber auch, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung kein Selbstläufer ist, erst recht nicht in Zeiten des globalen Wettbewerbs. Wir wissen auch, dass wir beim Wirtschaftswachstum zulegen müssen. Ein Wachstum von 1 % ist gut, doch im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern noch zu wenig. Daher wird die Landesregierung alles tun, um die richtigen Rahmenbedingungen für eine weiterhin erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt zu setzen.

Wir wissen: Wir brauchen Investitionen; wir brauchen Innovationen. Wir müssen das Problem der Unternehmensnachfolge lösen, und wir müssen vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen im Blick haben, die unsere Wirtschaft prägen. Darum haben wir die Landesregelungen für die GRW-Förderung überarbeitet. Sie werden verbreitert und mehr Projekte können davon partizipieren. Wir erhöhen die Basisförderung und schaffen zugleich ein Bonussystem, mit dem Förderzuschläge in Anspruch genommen werden können.

Das ist möglich bei der Bindung an einen Tarifvertrag, bei Investitionen im Rahmen der Unternehmensnachfolge oder bei Investitionen im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung.

(Zustimmung bei der SPD)

Zugleich wird die Mindestinvestitionssumme auf 30 000 € abgesenkt. So können mehr Unternehmen davon profitieren.

Zudem gibt es weitere Aspekte, die die Fördersumme erhöhen können, zum Beispiel wenn ein Unternehmen den Anteil ausländischer Mitarbeiter erhöht. Ziel ist es, Geflüchtete erfolgreich in den Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft zu integrieren.

Förderprogramme entfalten selbstverständlich nur Nutzen, wenn sie auch in Anspruch genommen werden. Deshalb brauchen wir nicht nur Förderung, sondern auch persönliche Initiative. Wir brauchen Menschen, die bereit sind, mit guten Ideen den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Und wir brauchen gestandene Unternehmer, die den Mut haben, Neues zu versuchen. Ich wünsche mir, dass wir hierbei in den nächsten Jahren noch deutlich zulegen können.

Dazu gehört aber selbstverständlich auch, dass wir Macher und ihre Ideen unterstützen und ihnen nicht Steine in den Weg legen.

(Eva Feußner, CDU: Genau das ist der springende Punkt! Keine Steine in den Weg legen wie im Falle Schierke oder Sangerhausen!)

- Genau. - Ich weiß, dass es bei jedem Investitionsvorhaben widerstreitende Interessen gibt. Unsere Aufgabe als Landesregierung muss es dann sein, im Dialog aller Beteiligten zu einer Lösung zu kommen, einer Lösung, die uns voranbringt und die natürlich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen liegt.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Das gilt für Tourismusprojekte im Harz ebenso wie für Ansiedlungsvorhaben in einer strukturschwachen Region wie dem Landkreis Mansfeld-Südharz.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Ulrich Thomas, CDU: Bravo!)

Wichtig ist es zudem, Trends zu erkennen und aktiv zu gestalten. Ich denke hierbei zum Beispiel an die Themen Elektromobilität und autonomes Fahren. Sachsen-Anhalt besitzt viele Automobilzulieferer. Wir müssen auch in diesen Bereichen dabei sein.

Ich denke aber auch an die Digitalisierung, die vor allem mittelständische Unternehmen vor besondere Herausforderungen stellt. Deshalb begleiten wir unsere Unternehmen in ihren Digitalisierungsvorhaben. So unterstützt das Wirtschaftsministerium beispielsweise das Partnernetzwerk Wirtschaft 4.0 und fördert dessen Leitstelle.

(Zustimmung bei der CDU - Ulrich Thomas, CDU: Jawohl!)

Wir werden zudem ein Konsortium aus Sachsen-Anhalt bei der Antragstellung für ein Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 unterstützen. Dieses soll branchenoffen sein und sowohl dem Handwerk als auch anderen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft offenstehen. Das ist übrigens eine Forderung des Handwerks, schon seit vielen Jahren. Wir wollen, dass das hier auch gleichbehandelt wird.

Ziel soll vor allem sein, Kleinunternehmen Lösungswege bei ihren Digitalisierungsvorhaben aufzuzeigen. Grundlage dafür sind natürlich leistungsfähige Breitbandverbindungen. Wir halten an unserem Ziel fest, in ganz Sachsen-Anhalt schnelles Internet mit mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung zu haben.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Ist das schnell?)

So vergeht momentan gefühlt kein Tag, an dem unser Wirtschaftsminister oder sein Staatssekretär nicht einen Förderbescheid für den Ausbau schneller Breitbandverbindungen übergeben.

Ich möchte jetzt kurz auf den Zwischenruf eingehen: Wenn Sie sehen, was derzeit in großen Teilen Deutschlands bzw. auch in Sachsen-Anhalt noch immer Standard ist, ist das schnell. Wir wissen aber auch, dass wir im Gewerbegebietsbe-

reich mindestens 100 Mbit/s erreichen wollen und dass wir eigentlich mit dem Glasfaserkabel - das wird aber ein längerfristiges Projekt sein - den Gigabit-Bereich erreichen wollen. Das muss unser langfristiges Ziel sein. Aber man muss sich auch realistische Schritte vornehmen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Natürlich benötigen auch die Verwaltungen ein schnelles Netz. Es ist unser Anspruch, dass wir unsere Verwaltungen moderner machen. Die Umsetzungsphase des schnellen Datennetzes für die gesamte Landesverwaltung hat begonnen. Hier binden wir selbstverständlich auch die Schulen und die Kommunen ein. Die Behörden können damit schneller, sicherer und auch bürgerfreundlicher arbeiten.

Von landesweit schnellen Internetzugängen profitiert auch ein Wirtschaftszweig, der bei uns in den letzten Jahren ohne Zweifel eine positive Entwicklung genommen hat: der Tourismus. Im Jahr 2016 haben wir mit knapp 7,8 Millionen Übernachtungen ein neues Allzeithoch verzeichnen können. Wir sind dabei, das Ziel aus dem Masterplan Tourismus, nämlich jährlich 8 Millionen Übernachtungen, zu erreichen, angesichts des Reformationsjubiläums vielleicht schon in diesem Jahr.

Seit 2008 haben wir Mittel in Höhe von fast 90 Millionen € in Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Reformationsjubiläum investiert. Hinzu kommen weitere Mittel für kulturelle Projekte und für die nationale und internationale Vermarktung.

Wer sieht, wie nach Luthers Geburts- nun auch sein Sterbehaus in Eisleben wieder in neuem Glanz erstrahlt, wer die sanierte Schlosskirche in Wittenberg bewundert hat und die zahlreichen anderen Luther-Stätten, in Mansfeld und auch in vielen anderen Orten, wer die vielen Besucher dort erlebt, der weiß, das ist gut angelegtes Geld.

Angesichts dessen ist es mir völlig unverständlich, wenn manch einem in diesem Zusammenhang nichts weiter einfällt, als die bereits im Jahr 2009 vereinbarte Übertragung der Schlosskirche an die Evangelische Kirche in Deutschland mit scharfen Worten zu kritisieren,

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

aber nicht nur zu kritisieren, sondern das noch mit einer scharfen Polemik gegen die in unserem Land lebenden Christen zu verbinden, wie das in der letzten Landtagssitzung hier im Hohen Haus erfolgte, Herr Tillschneider.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das rüttelt nicht nur zutiefst an der Verlässlichkeit der Entscheidungen des Landes Sachsen-Anhalt, es torpediert auch unsere Bemühungen, uns un-

seren Gästen im Jubiläumsjahr als würdevolle und weltoffene Gastgeber zu zeigen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir wollen keine Aversion, sondern Gastfreundschaft.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir wollen, dass sich unsere Gäste bei uns wohlfühlen und dass sie gern wiederkommen.

(Beifall bei der CDU - Minister Marco Tullner: Genau!)

Das gilt auch im Hinblick auf ein anderes großes Jubiläum, welches ebenfalls länderübergreifend begangen wird: das Bauhausjubiläum im Jahr 2019. Die Vorbereitungen laufen und wir sind hierbei auf einem guten Weg: In Dessau entsteht das neue Bauhaus-Museum, das nicht nur dringend benötigte Ausstellungsfläche schafft, sondern zu einer wichtigen Attraktion der Stadt werden wird.

Derzeit sind wir dabei, mit der Stadt Dessau-Roßlau gemeinsam weitere Investitionen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur der Stadt vorzubereiten. Das betrifft zum Beispiel das touristische Leitsystem, die infrastrukturelle Erschließung der Bauhausbauten und das Radwegesystem.

Darüber hinaus werden wir das Bauhaus in Dessau mit weiteren Bauten der Moderne in Sachsen-Anhalt vernetzen. Das Bauhaus-Jubiläum soll nicht nur neugierig auf Dessau machen, sondern auch auf Bauten der Moderne in ganz Sachsen-Anhalt. So können wir Synergien schaffen und dazu beitragen, dass unser Land insgesamt vom Jubiläum profitiert.

Ob nun die Luther-Stätten oder die Bauten der Moderne, ob die Straße der Romanik oder die Unesco-Welterbestätten, ob die reiche Musiktradition oder unsere vielfältige Theaterlandschaft - Sachsen-Anhalt ist ohne Zweifel ein Land mit einer reichen Kultur. Das ist Ehre und Verpflichtung zugleich. Wir müssen und werden diese Kulturlandschaft pflegen. Wir müssen sie aber auch noch mehr zu einem Markenzeichen unseres Landes machen. Wir müssen sie als ein Pfund begreifen, mit dem wir wuchern können.

Darum war es nur folgerichtig, die Zuständigkeit für die Kultur mit Beginn dieser Legislaturperiode in der Staatskanzlei anzusiedeln.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bin dem Landtag außerordentlich dankbar dafür, dass er den Kulturhaushalt deutlich gestärkt hat, sodass in den Jahren 2017 und 2018 jeweils Mittel in Höhe von mehr als 120 Millionen € zur Verfügung stehen. Hierin einbezogen sind tempo-

räre Vorhaben, vor allem solche, die zur Durchführung des Reformationsjubiläums in diesem Jahr sowie zur Vorbereitung des Bauhausjubiläums im Jahr 2019 dienen.

Dies zu betonen ist wichtig, weil diese Ereignisse nicht zulasten der normalen Kulturförderung im Land gehen, wie viele befürchtet hatten. Außerdem ist die Stiftung Gedenkstätten einbezogen, die bisher nicht zum Kulturhaushalt im Sinne des Landeskulturkonzeptes gerechnet wurde.

Steigerungen wurden erreicht für notwendige Investitionen bei den Landesstiftungen, für das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie sowie für die institutionell geförderten Vereine und Verbände, die jeweils spartenbezogen wichtige Mittelaufgaben im Landesinteresse wahrnehmen.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Die tarifliche Einstufung der dort Beschäftigten wird, wie vom Koalitionsvertrag vorgegeben, im Verlauf des Jahres 2017 überprüft und die Tarifanpassung schrittweise vollzogen.

Besonders dankbar bin ich dafür, dass wir mithilfe des Bundes einige wichtige Investitionsvorhaben zeitnah umsetzen können. Dies betrifft das Georgium in Dessau, die Franckeschen Stiftungen und die Luther-Gedenkstätten. Langjährige Vorhaben können nun endlich abgeschlossen werden und nachhaltige Wirkungen erzielen.

Entscheidend ist es, die Möglichkeiten, die uns der Haushalt eröffnet hat, zügig zu nutzen, um Kunst und Kultur in Sachsen-Anhalt erkennbar nach vorn zu bringen, auch im Sinne einer positiven Wahrnehmung unseres Landes.

Sachsen-Anhalt ist nicht nur die Wiege der deutschen Kultur, es verfügt auch über eine lebendige gegenwärtige Kulturszene, die stärker sichtbar gemacht und vernetzt werden muss. Der Kulturminister hat gleich nach der Verabschiedung des Doppelhaushalts diese Szene zu einem ersten „Lokaltermin Kultur“ eingeladen. Die Resonanz war hervorragend. Dieses Treffen soll einmal pro Halbjahr an wechselnden Kulturorten in Sachsen-Anhalt fortgesetzt werden.

Für die praktische Förderung von Kulturprojekten ist es wichtig, dass die Richtlinien, die im Jahr 2013 ausgelaufen sind, in Kürze auf modernstem Stand neu in Kraft gesetzt werden. Zusätzlich stehen EFRE-Mittel in Höhe von 33,6 Millionen € im Rahmen einer neuen Kulturerbe-Richtlinie zur Verfügung. Hierzu läuft ein Wettbewerbsverfahren.

Die Staatskanzlei vermittelt kommunale Investitionsbedarfe mit kulturellem Bezug, etwa für Sanierungen in Museen und Bibliotheken, für die Unterstützungsmöglichkeiten eröffnet werden sollen. Wir sind dankbar für die positive Begleitung durch das Landwirtschaftsministerium, das

Verkehrsministerium und das Wirtschaftsministerium. Im Ganzen werden wir also in diesem und im folgenden Jahr viele gute Nachrichten für die Kultur erwarten können.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Gute Nachrichten darf man natürlich auch aus anderen Politikfeldern erwarten. Das gilt zum Beispiel für die Bildung. Hier hat es ohne Zweifel in der Vergangenheit Probleme gegeben. Das betrifft zum Beispiel die Unterrichtsversorgung. Diese als hausgemacht abzutun, greift jedoch zu kurz. Wir erleben nach Jahren des kontinuierlichen Rückgangs der Schülerzahlen seit einiger Zeit wieder Zuwächse. Das war so nicht voraussehen, aber es ist umso erfreulicher.

Grund dafür ist zum einen der Trend, der bezüglich der Abwanderung gestoppt werden konnte, zum anderen sind im Zuge der Flüchtlingskrise auch viele Kinder und Jugendliche zu uns gekommen. Entscheidend ist, dass nun gehandelt wird. Das haben wir getan.

Nachdem schon im letzten Jahr die Einstellungspraxis für Lehrer flexibilisiert sowie ein Konzept zur Qualifizierung von Quereinsteigern vorgelegt worden ist, wird es auch in diesem Jahr weitere Schritte zur Sicherung der Unterrichtsversorgung geben. Wie schon im Vorjahr rechnen wir auch in den Jahren 2017 und 2018 mit der Neueinstellung von jeweils mehr als 700 Lehrkräften an unseren Schulen. Darüber hinaus wird Ende des Jahres 2017 die Expertengruppe zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs ihren Abschlussbericht vorlegen. Ebenso werden in diesem Jahr die Konzepte zur Neuausrichtung der Aufgabenwahrnehmung bei den pädagogischen Mitarbeitern und zur künftigen Gestaltung der Förderschulen vorliegen.

In Umsetzung des Digitalpaktes der Bundesregierung werden in den kommenden Jahren schrittweise alle Schulen mit schnellem Internet und der entsprechenden Hardware versorgt. Eine gesicherte Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau ist also auch künftig gewährleistet.

Bildung findet jedoch nicht allein an den Schulen statt. Schon für die Kleinsten hält Sachsen-Anhalt eine gute Kinderbetreuung mit einem Ganztagsanspruch für alle Kinder bereit. Diese werden wir altersgerecht in ihrer Entwicklung bestmöglich fördern. Mit der noch in diesem Jahr anstehenden Novellierung des Kinderförderungsgesetzes werden wir zudem die Finanzierungssystematik neu ordnen. Wir wollen erreichen, dass durch das Geld, das wir für diesen guten Zweck einsetzen, sich die Resonanz gerade bei den kommunalen Trägern und bei den Trägern insgesamt noch positiver entwickelt, als das in der Vergangenheit der Fall war.

(Zustimmung von Markus Kurze, CDU)

Auch unsere Hochschulen und Universitäten, die immer mehr junge Leute auch von außerhalb unserer Landesgrenzen anziehen, sind natürlich ein wesentlicher Garant dafür, dass Sachsen-Anhalt eine gute Zukunft hat. Die Hochschulen stellen die Fachkräfte von morgen zur Verfügung und haben zudem als Standorte von Wissenschaft und Forschung eine umso größere Bedeutung, als bei uns forschende Großunternehmen weitgehend fehlen; denn diese sind rar.

Wir wissen, wie der Forschungsanteil bei den Unternehmen, die klein und mittelständisch geprägt sind, aussieht. Daher stellen wir ab diesem Jahr von den frei werdenden Mitteln nach der BAföG-Reform 15 Millionen € zur Verfügung, und zwar für die Grundfinanzierung der Hochschulen. Ein Kernprojekt der nächsten Jahre ist zudem die Novellierung des Hochschulgesetzes sowie des Hochschulmedizingesetzes.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Marco Tullner)

Im Kern wird es darum gehen, die Autonomie und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen im Wissenschaftssystem zu stärken. Eckpunkte sind hierbei die vollständige Übertragung des Berufsrechtes an die Hochschulen sowie die Erleichterung des Zugangs zu Promotionen für Absolventen von Fachhochschulen. Hierbei müssen sich die Beteiligten deutlich und zügig aufeinander zu bewegen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir wollen es zudem aber auch ermöglichen, dass sich Hochschulen und Unternehmen insbesondere an Start-ups beteiligen. All dies wird dazu beitragen, die Hochschulen fit für die Zukunft zu machen und Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Unternehmen zum gegenseitigen Vorteil zu erleichtern.

Veränderungen wird es auch in anderen Bereichen der Landesverwaltung geben; sie dienen dazu, auf veränderte Gegebenheiten zu reagieren und Verwaltungshandeln effizienter zu machen.

Ein großes Problem haben wir zum Beispiel in der Justiz bei der Personalstruktur der Gerichte und der Staatsanwaltschaften. Hier wird in den nächsten zwölf Jahren die Hälfte der Richter und Staatsanwälte altersbedingt in den Ruhestand gehen. Wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass rechtzeitig Ersatz da ist.

Ich denke aber auch an die Polizei. Sie hat in den vergangenen Jahren eine hervorragende Arbeit gemacht und hat Sicherheit und Ordnung in Sachsen-Anhalt gewährleistet.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Dazu soll sie auch in Zukunft in der Lage sein. Darum werden wir den Korridor für Neueinstellungen in diesem Jahr mit 700 Anwärtern gegenüber dem Vorjahr noch einmal verdoppeln.

Ähnliches gilt auch für den Justizvollzugsdienst. Hier wird es 100 zusätzliche Stellen geben.

Zugleich investieren wir in die Verbesserung der Sachausstattung der Polizei. Für einen neuen Polizeihubschrauber, für Schutzausrüstung und interaktive Streifenwagen stehen allein in diesem Jahr rund 26 Millionen € zur Verfügung. Im nächsten Jahr sind es noch einmal knapp 21 Millionen €.

Zudem werden wir das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ändern. Es wird damit eine Regelung zum Schutz für Beamte erfolgen. Außerdem werden die rechtlichen Grundlagen für den Einsatz von sogenannten Körperkameras geschaffen.

Wenn es um die Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt geht, sehr geehrte Damen und Herren, dürfen wir die Feuerwehren nicht vergessen. Im Brand- und Katastrophenfall ist deren Hilfe unverzichtbar.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gleichwohl wissen wir, dass es dort zu einem Nachwuchsproblem gekommen ist und wir in die Ausrüstung der Feuerwehren weiter investieren müssen. Daher starten wir noch in diesem Jahr eine Image- und Personalkampagne für die Feuerwehr. Ab 2018 läuft dann das 100-Millionen-€-Investitionsprogramm für Einsatzfahrzeuge und Feuerwehrhäuser an. Auch dies sind Investitionen in die Zukunft Sachsen-Anhalts, Investitionen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn es um die Zukunft dieses Landes geht, dürfen die Schwachen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft nicht außen vor bleiben. Auch wenn derzeit die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung unseres Landes ist, können wir nicht die Augen davor verschließen, dass es immer noch eine viel zu große Zahl von Langzeitarbeitslosen gibt, die nur geringe Chancen haben, wieder eine Beschäftigung zu finden.

Zudem haben wir eine hohe Zahl von Geflüchteten, die wir perspektivisch ebenfalls in den Arbeitsmarkt integrieren müssen. Ich kann nur davor warnen, beide Gruppen gegeneinander auszuspielen. Wir müssen und werden beiden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bieten, den Langzeitarbeitslosen ebenso wie den Menschen, die aus den Kriegsregionen dieser Welt zu uns gekom-

men sind und eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Diese Herausforderung eignet sich nicht für politische Rankespiele, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Es gehört aber ebenso zur Wahrheit, dass die Arbeitsmarktintegration der Migranten keine einfache Aufgabe ist und noch lange Zeit und viel Phantasie sowie Innovation erfordert. Mit dem neuen Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsleben“ bieten wir deshalb niederschwellige und niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeiten in geförderte Beschäftigung. 2 000 Arbeitsgelegenheiten sollen im Zusammenhang mit den Jobcentern in den nächsten Jahren bereitgestellt werden.

Das Programm „Jobperspektive 58plus“ richtet sich an ältere Langzeitarbeitslose und wird für die nächsten drei Jahre 1 100 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im gemeinwohlorientierten Bereich schaffen.

Die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt wiederum ist erforderlich, weil nur so eine Integration in unsere Gesellschaft überhaupt gelingen kann. Die Landesregierung arbeitet darum eng mit allen Akteuren im Bereich des Arbeitsmarktes zusammen, um dies zu unterstützen.

So fördern wir insbesondere den Übergang junger Geflüchteter in Ausbildung durch spezielle Maßnahmen der Betreuung und Berufsorientierung. Auch erhalten qualifizierte Flüchtlinge durch Willkommensbegleiter individuelle Unterstützung, um berufliche Perspektiven in Sachsen-Anhalt zu finden.

All diese Integrationsinitiativen sind unverzichtbar; denn Parallelgesellschaften dürfen in Sachsen-Anhalt nicht entstehen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Neben die Integration derjenigen, die bei uns bleiben können, muss aber auch eine konsequente Abschiebung derer treten, die kein Bleiberecht besitzen und unser Land nicht freiwillig verlassen. Das Asylrecht regelt klar und deutlich, dass nur diejenigen Schutz finden können, die auch schutzbedürftig sind; das gebietet letztendlich auch die Fairness den wirklich Verfolgten gegenüber. Die Ausreisequote abgelehnter Asylbewerber ist auch in Sachsen-Anhalt noch viel zu gering.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Wir haben vorhin die Worte des Innenministers an dieser Stelle gehört, dass es da eine klare Analyse der Gründe gibt, die bisher dazu geführt haben, und dass wir an der Abarbeitung der Gründe sind und dass wir auch mit der Bildung der

Taskforce im Landesverwaltungsamt klare strukturelle Vorstellungen haben und auch Ressourcen geschaffen haben, um an diesem Thema weiter erfolgreich arbeiten zu können, wobei - das sage ich immer noch, und unser Landeshaushalt bringt es zum Ausdruck -: Die freiwillige Rückkehr ist immer noch das am stärksten bevorzugte und für uns alle humanste Instrument; das wollen wir auch weiterhin praktizieren, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Hierbei ist vor allem der Bund gefordert, der in Absprache mit den Heimatländern der Ausreisepflichtigen dort mehr Kooperationsbereitschaft erzielen muss.

Die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 hat zudem gezeigt, wie wichtig Abstimmung und Zusammenarbeit in Europa sind. Gerade haben wir das 60-jährige Jubiläum der Römischen Verträge gefeiert. Das sollte Gelegenheit sein, uns deutlich zu machen, was die Alternative zum geeinten Europa wäre. Wir werden die bestehenden Probleme in Europa jedenfalls nicht dadurch lösen, dass wir Europa infrage stellen; das wäre der völlig falsche Weg.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Darum setzt sich auch gerade Sachsen-Anhalt dafür ein, dass die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern weiter voranschreitet. Darum haben wir eine Europa- und Internationalisierungsstrategie erarbeitet, die wir nun umsetzen. Darum vertiefen wir die Zusammenarbeit mit unseren Partner- und Kooperationsregionen Centre, Masowien und Valencia. Und darum sind wir für freien Handel und wirtschaftlichen Austausch in Europa und in der Welt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Im vergangenen Jahr hat Sachsen-Anhalt seit Langem wieder einen Exportüberschuss erzielt. Das ist ein Fakt, der kaum in der Öffentlichkeit bekannt ist. Dieser lag bei rund 100 Millionen €. Allerdings sind gegenüber 2015 sowohl der Export als auch der Import zurückgegangen. Wir wissen auch, was die Rahmenbedingungen dafür sind. Sie sind letztendlich auch durch schwierige Rahmenbedingungen internationaler Art entstanden. Deswegen ist es auch in unserem Interesse, über unsere Möglichkeiten alle Kontakte weiterhin so zu pflegen, dass wir neben den politischen Handlungsnotwendigkeiten bei der Konfliktbewältigung vor allem auch diese wirtschaftlichen Interessen immer wieder in den entsprechenden Fokus nehmen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Diese Entwicklung gilt es weiter zu verfolgen. Unsere mittelständische Industrie und vor allen Dingen Wirtschaft muss auch künftig international bestehen können. Internationalität ist eine wichtige Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Nicht umsonst ist Sachsen-Anhalt das ostdeutsche Bundesland, das die meisten ausländischen Investitionen in den letzten 25 Jahren zu verzeichnen hatte.

Vor diesem Hintergrund ist es aber deswegen wichtig, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen auch mit Russland, einem traditionellen Handelspartner der sachsen-anhaltischen Wirtschaft, wieder normalisieren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Im Gespräch zu bleiben und wirtschaftlichen Austausch zu pflegen, das ist immer noch das beste Mittel, um eine unnötige Zuspitzung von Konflikten zu vermeiden. Gerade beim Thema Russland ist das Wirtschaftsministerium dabei, mit der russischen Botschaft eine entsprechende größere Veranstaltung hier im Land mit Unternehmerinnen und Unternehmern vorzubereiten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eine ganze Reihe von Vorhaben genannt, die für die kommenden Jahre auf unserer Agenda stehen. Wir werden diese auch umsetzen; das kann ich versprechen.

Ich könnte weitere Projekte nennen wie zum Beispiel die Novellierung des Frauenförderungsgesetzes zu einem modernen Gleichstellungsgesetz. Bis Ende des Jahres wird ein erster Entwurf dazu im Kabinett schon vorliegen. Oder ich könnte die Dialogveranstaltungen, die wir zum Thema erneuerbare Energien planen, zum Beispiel zum Schwerpunkt Bürgerenergie, hier nennen. Dazu gehört die Entwicklung des ländlichen Raums insgesamt mit der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Vergleich zu den Oberzentren. Hier wird es noch vor der Sommerpause weitere Gespräche mit allen Beteiligten geben.

Selbstverständlich wird sich die Landesregierung auch in den kommenden Jahren gegenüber dem Bund für die Interessen Sachsens-Anhalts und seiner Bürgerinnen und Bürger starkmachen. Ich denke da zum Beispiel an die dringend notwendige Vereinheitlichung der Netzentgelte im Zusammenhang mit dem Ausbau der Stromtrassen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Hierbei hatten wir schon einen Erfolg durch einen von Sachsen-Anhalt eingebrachten Antrag im Bundesrat. Dort haben wir die Mehrheit erreicht. Wir werden sehen, dass wir mit der Bundesregierung weiterkommen.

Gestern auf der Ostministerpräsidentenkonferenz hatten wir die Verantwortlichen des Bundes bei uns. Wir haben ganz klar zum Ausdruck gebracht, wenn es um die Gleichbehandlung des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland insgesamt geht, ist das Thema existenziell, wenn wir weiterhin Investitionen hier haben wollen, wenn wir auch weiterhin energieintensive Unternehmen haben wollen, nicht nur halten wollen, sondern auch neu ansiedeln wollen. Da muss sich hier dringend etwas bewegen, da werden wir nicht nachlassen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank - Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Die Verantwortlichen der Bahn müssen die Bedürfnisse der Reisenden aber auch besser im Blick behalten. Eine sechsmonatige Sperrung des als regionaler Knoten bedeutsamen Köthener Bahnhof ist für das Land inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Ich bin zuversichtlich, dass es hier eine vertragliche Lösung geben wird. Der Verkehrsminister ist da dran. Auf der einen Seite sind wir dankbar für die größte Bahninvestition der letzten Jahre überhaupt in Mitteleuropa, die gerade bei uns in Sachsen-Anhalt in Halle, aber auch in Magdeburg, stattfindet. Aber solche Punkte sind gerade in einem Jahr, wo wir sehr viele Touristen erwarten, nicht nur für die Pendler und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer existenziell. Deswegen steht das auch mit ganz oben auf der Agenda.

Die Aufzählung der Vorhaben, kleine wie große, ließe sich fortsetzen; das zeigt, dass diese Koalition insgesamt sehr tätig ist und an vielen Baustellen gleichermaßen arbeitet. Diese Koalition hat eine genaue Vorstellung davon, was sie in Sachsen-Anhalt und für Sachsen-Anhalt bewegen und verändern will. Wir sollten dabei aber nicht vergessen: Bei allen Herausforderungen, vor denen wir in unserem Land ohne Zweifel stehen, haben wir allen Grund, mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Wir haben mit dem Reformationsjubiläum und in zwei Jahren mit dem Bauhausjubiläum wunderbare Gelegenheiten, unser Land Sachsen-Anhalt national und international einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Wir haben die Chance, Interesse für unser Land zu wecken, und wir haben die Chance, uns als modernes gastfreundliches und weltoffenes Land im Herzen Europas zu präsentieren. Dies müssen und dies werden wir nutzen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Sachsen-Anhalt hat die schwierigen Jahre des Neuanfangs hinter sich gelassen. Seit fünf Jahren kommt unser Haushalt ohne Neuverschuldung aus. Mehr noch: Wir sind in die Tilgung der Alt-schulden eingetreten. Auch in diesem Jahr wollen wir 100 Millionen € Schulden tilgen. So sinkt dann auch der Schuldenstand, allein im letzten Jahr um 2,5 %. Das ist noch kein Grund zur Euphorie. Aber ich kenne, sehr geehrte Damen und Herren, ganz andere Jahre, wo wir auch mit Blick auf die nachwachsenden Generationen wussten, wir haben manchmal finanzpolitisch keine Alternative gehabt, aber wir können so nicht weitermachen.

Deswegen werden wir den Konsolidierungskurs fortsetzen und so auch die Konsolidierungshilfen des Bundes sichern. Wir wollen sie nicht gefährden, sondern wir werden alles dafür tun, dass diese weiterhin fließen und damit auch unseren Haushalt anreichern helfen.

Wir haben in den letzten Monaten, vor allen Dingen in den letzten zwei Quartalen, mehr und mehr Handlungsspielräume gewonnen. Gerade mit der Aufstellung des neuen Haushaltes, der einen Spitzenhaushalt bezüglich des Volumens darstellt, können wir mehr Politik machen, mehr Politik aktiv für die Bürger, für Sachsen-Anhalt und für alles das, was im Koalitionsvertrag als primäre Themen und Projekte ausgewiesen ist.

Dies findet seinen Niederschlag nicht nur in der Koalitionsvereinbarung, sondern gerade in dem Doppelhaushalt, mit dem wir noch einmal auf aktuelle Projekte und auf aktuelle Handlungsbedarfe Bezug genommen haben. Wir haben hiermit Schwerpunkte gesetzt.

Ich danke noch einmal ausdrücklich allen Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen dafür, dass wir diesen Doppelhaushalt bei 100-prozentiger Anwesenheit aller Abgeordneten hier einstimmig beschließen konnten. Das gab es in der Geschichte Sachsens-Anhalts noch nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dafür danke ich ausdrücklich. Das ist eine gute Basis für das Regierungsgeschäft, das wir in Ihrem Auftrag gemeinsam im Kabinett zu vollziehen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte uns ganz zum Schluss noch eines in das Stammbuch schreiben, ein Stammbuch, bei dem es sich lohnt, es immer wieder aufzuschlagen.

Wir haben im Jahr 2017 viel zu erwarten. Wir haben 2017 aber auch die Chance, die Demokratie zu stärken und zu zeigen, dass mit einem Land, das aus einer stabilen Mitte heraus für die Bürgerinnen und Bürger ein klares Zeichen setzt für Zukunft, für Weltoffenheit, für Demokratie, für

freiheitlich-demokratische Grundwerte und für Europa, auch all das, was ansonsten unplanbar auf uns zukommt, gemeinsam zu bewältigen sein wird.

Ich mache uns ausdrücklich Mut, dass wir in allen Diskussionen - auch jetzt zur Regierungserklärung; das ist legitim und auch originäre Aufgabe der Oppositionsfraktionen - nicht vergessen, welche Aufbauleistung in den letzten 26, 27 Jahren durch unsere Bürgerinnen und Bürger vollzogen wurde - innerhalb eines Konsenses in dieser Bundesrepublik Deutschland, der wir uns, Gott sei Dank, seit 1990 zugehörig fühlen können und juristisch auch zugehörig sind, und dass wir damit auch die Chance hatten, automatisch der Europäischen Union anzugehören.

Wer noch in Erinnerung hat, was die Alternative vor dem Zeitpunkt 3. Oktober 1990 gewesen wäre, und darauf blickt, was wir heute vorweisen können, der lässt sich durch das, was in den nächsten Monaten und Jahren möglicherweise noch an Herausforderungen auf uns zukommt, nicht beirren. Er hat vielmehr das Vertrauen in unsere gemeinsame Leistungskraft, er hat das Vertrauen in unser demokratisches Grundverständnis und er hat Vertrauen auch in die handelnden Politikerinnen und Politiker, sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive. Hüten wir uns davor, durch Populismus dafür zu sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger teilweise auch Anforderungen stellen, die kein Mensch auf dieser Welt erfüllen kann.

Lassen Sie uns durch fairen Umgang mit den Problemen der Bürgerinnen und Bürger auch dafür werben, dass Politik immer das Machbare umsetzen wird, wenn man gemeinsam die Ziele definiert, dass Politik aber auch keine Wunder vollbringen kann.

Wenn wir das gemeinsam rüberbringen, diesen Pragmatismus, aber auch den Nachweis, dass wir es in den letzten Jahren hervorragend geschafft haben, dann werden wir auch diese Legislaturperiode - dafür haben wir erst einmal das Mandat der Wählerinnen und Wähler - gut zu Ende bringen.

Dafür wünsche ich uns gemeinsam viel Erfolg und Gottes Segen. - Danke schön.

(Starker Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke dem Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff für die abgegebene Regierungserklärung.

Wir kommen nunmehr zu

Tagesordnungspunkt 3 b

Aussprache zur Regierungserklärung

Im Ältestenrat wurde die Redezeitstruktur F, also insgesamt 120 Minuten Redezeit, vereinbart. Reihenfolge und Redezeiten: AfD 26 Minuten, SPD elf Minuten, DIE LINKE 16 Minuten, GRÜNE fünf Minuten und die CDU 31 Minuten.

Als erster Redner spricht der Abg. Herr Poggenburg für die AfD-Fraktion. Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Vor gut einem Jahr erhielt Ihre Partei mit 29,8 % der Wählerstimmen den Auftrag zur Bildung einer Landesregierung für die siebente Wahlperiode. Gut ein Viertel der Wähler machte Ihnen diese Aufgabe aber nicht leicht, da diese einer neuen politischen Kraft ihr Vertrauen schenken - wir wissen es alle -: der Alternative für Deutschland.

Im Gegensatz zu Ihnen hatten wir den Wählerauftrag klar verstanden und gingen in die Oppositionsführung im Interesse der Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der AfD)

Sie hingegen schmiedeten eine verwerfliche Regierungskoalition des kleinsten gemeinsamen Nenners.

(Oh! bei der CDU und von der Regierungsbank)

Sie zwangen Ihre CDU in ein rot-grünes Zwangskorsett und trugen so maßgeblich dazu bei, dass entscheidende Weichen für unser Land Sachsen-Anhalt nicht oder falsch gestellt wurden.

(Beifall bei der AfD)

Die Bildung der sogenannten Kenia-Koalition muss als das bezeichnet werden, was sie ist, ein Paktieren dessen, was politisch nicht zusammengehört, und zwar allein für Macht- und Postenerhalt.

(Oi! und Beifall bei der AfD)

Gerade Ihre Regierungsbildung führt vor Augen, wie sehr Sie und Ihre Kollegen die Mündigkeit des Wählers zynisch belächeln. Anstatt den Auftrag der Wähler klar zu verstehen und das zu tun, was man von Ihnen erwartet - politisches Engagement im Interesse der Bürger bündeln, strukturieren und professionell vertreten -, wandeln Sie sich chamäleongleich und bilden eine Regierung auf

Abruf, eine Koalition des Reagierens, und machen Politik am Bürger unseres Landes vorbei.

(Beifall bei der AfD)

„Die Stimme der Bürger - unser Programm“, so ging die AfD in den Wahlkampf, und so gestaltet meine Fraktion ihre Oppositionspolitik im Landtag von Sachsen-Anhalt. Was dem Bürger wichtig ist, ist unser Auftrag, frei von Ideologie und parteipolitischen Karrierismus. Betrachten wir also das erste Jahr der laufenden Legislaturperiode hinsichtlich dessen, was den Bürgern unseres schönen Landes wirklich wichtig ist.

Die AfD-Fraktion ließ im Frühjahr dieses Jahres über ein renommiertes Institut eine Bürgerbefragung durchführen. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass die Themen Gesundheit, Familien- und Bildungspolitik, Immigration und Integration, wirtschaftliche Lage und Arbeitsmarkt sowie - ganz wichtig - Sicherheit und Kriminalität für sie am brisantesten sind.

In den letzten Jahren wurden massiv Stellen bei unserer Polizei abgebaut, was bekanntlich zu einer extrem angespannten Personalsituation dort führte. Angehäufte Überstunden werden kaum durch Freizeit ausgeglichen und nicht bezahlt. Soll man es als Dank betrachten, dass wir unseren Polizisten nun auch noch mit einer Kennzeichnungspflicht in den Rücken fallen? - Diese Frage stellen wir uns.

(Beifall bei der AfD)

Die geplanten neuen Stellen können das aktuelle Defizit kaum ausgleichen. Es mangelt auch an geeigneten Bewerbern.

Auch die schlechte und teils ineffiziente Einführung von Wach- und Hilfspolizisten wirkt dem akuten Personalmangel nicht entscheidend entgegen. In der Fläche fehlen einfach Polizisten zur Ausführung hoheitlicher Aufgaben. Das war, ist und bleibt leider die ungeschönte Wahrheit.

(Beifall bei der AfD)

Im Jahr 2016 ist die Anzahl der Einbrüche und Gewaltdelikte deutlich gestiegen. Es gibt natürlich Anlass zu der Vermutung, dass die unkontrollierte Masseneinwanderung sowie ausländische Banden, welche jederzeit über die weiterhin offenen Grenzen unseres Landes kommen können, hierfür insbesondere verantwortlich sind, auch wenn diese Betrachtung im Sinne linker Staatspolitik natürlich unerwünscht ist.

Die Bestandszahlen der sogenannten Flüchtlinge liegen immer noch im fünfstelligen Bereich. Parallel müssen wir noch mit weiteren Zugängen rechnen.

Die unmittelbaren Ausgaben im Asylbereich liegen weiterhin im dreistelligen Millionenbereich.

Die Überfremdung ist langsam auch in Sachsen-Anhalt angekommen. Betrachten wir die Stadtbilder von Magdeburg, Halle oder Dessau, wird dies bereits sichtbar.

(Beifall bei der AfD)

Der gestattete Familiennachzug wird die ganze Situation natürlich noch verschärfen.

Die Belastung der Haushalte von Land und Kommunen durch kopf- und verantwortungsloses Handeln zur Bewältigung der Massenmigration zeigt sich nach und nach auch in Zahlen. Millionenbeträge für leerstehende Asylunterkünfte oder dilettantisch vorbereitete, durchgeführte und damit sinnlose Deutschkurse für eingewanderte Ausländer sind hierfür nur einige Beispiele.

Die Integrationspolitik der Kenia-Koalition am Arbeitsmarkt ist bislang vom Scheitern gekennzeichnet und eine Verbesserung ist nicht wirklich in Sicht.

Das in Ihrer Regierungserklärung erwähnte Konzept der erhöhten Fördersummen für Unternehmen, die den Anteil ausländischer Mitarbeiter erhöhen, kann ja wohl nur ein ganz übler Scherz einer Spaßregierung sein.

(Beifall bei der AfD)

Eine solche Regelung würde nämlich einen Schlag ins Gesicht unserer deutschen Arbeitssuchenden und eine direkte Überhöhung des Ausländers gegenüber dem deutschen Bürger bedeuten. Ein solches Auspielen zwischen deutschen Arbeitslosen und Ausländern kann nur als ganz miese Masche bezeichnet werden. Natürlich lehnt die AfD solches Treiben kategorisch ab.

(Beifall bei der AfD)

Meine Fraktion steht für eine konsequente Rückführung illegaler Einwanderer und sieht dies als eine Selbstverständlichkeit an. Ebenso fordert meine Fraktion die Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger Ausländer, was zu einer erheblichen Kosteneinsparung und der Möglichkeit einer Anwendung des Erwachsenenstrafrechts führen könnte.

(Zuruf: Unbegleitet!)

Auch Sie, Herr Ministerpräsident, sprechen von einer noch viel zu geringen Ausreisequote abgelehnter Asylbewerber und nötiger konsequenter Abschiebung. Das ist schon einmal löblich und sehr richtig. Tatsächlich fällt es aber sehr schwer zu glauben, dass Ihren Worten auch Taten folgen.

Zur Begründung möchte ich anführen, dass 2015 nur ca. 25 % und 2016 nur ca. 28 % der geplanten Abschiebungen tatsächlich realisiert wurden.

Das Grundsatzprogramm unserer AfD führt an: Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten

ten Besiedlung kein klassisches Einwanderungsland

(Beifall bei der AfD)

und erst recht nicht Ziel einer Masseneinwanderung, wie wir sie besonders seit 2015 erleben.

Wir fordern also einen Paradigmenwechsel in Bezug auf Asyl, Zuwanderung, EU- Personenfreizügigkeit und qualifizierte Zuwanderung aus Drittstaaten. Zukünftig müssen die Themen Einwanderung und Asyl mit klarem politischem Sachverstand behandelt werden, ohne dabei von Ihrer Regierung ständig unsachgemäß vermischt zu werden. Eine durch Doppelmoral oder durch linke Ideologie getriebene Politik bei diesen Themen hat im Interesse des deutschen Volkes und der Bürger Sachsen-Anhalts künftig kategorisch zu unterbleiben.

(Beifall bei der AfD)

Das Versagen der Kenia-Koalition manifestiert sich auch im kürzlich verabschiedeten Doppelhaushalt. Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von einem - ich zitiere - „Haushalt der Gestaltungsmöglichkeiten“. Tatsächlich handelt es sich aber um einen Haushalt der Rücklagenplünderung, und zwar auf Kosten zukünftiger Generationen.

(Beifall bei der AfD)

Ende 2016 belief sich der Gesamtbestand der Steuerschwankungsreserve und allgemeiner Rücklage noch auf ca. 800 Millionen €. Nun werden in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt 630 Millionen € entnommen. Zum Vergleich: Die Gesamtausgaben des Landes für Asyl und Integration allein belaufen sich laut Mittelfristiger Finanzplanung für die Jahre 2017 und 2018 auf 614 Millionen €. Stellen Sie das ganz einfach einmal gegenüber.

(Zuruf von Katrin Budde, SPD)

- Das war aber im Haushalt. - Die postulierte Nachhaltigkeit im Doppelhaushalt suchen die besorgten Bürger unseres Landes vergebens. Ganz im Gegenteil: Die Rücklagen des Landes werden in atemberaubendem Tempo geplündert, um junge Männer aus fernen Weltregionen auf Kosten der einheimischen Bevölkerung zu alimentieren und vielen von ihnen noch dazu die Möglichkeit zu geben, unseren Rechtsstaat anzugreifen und unsere deutschen Frauen unverschämt herabzuwürdigen.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von Swen Knöchel, DIE LINKE, und von der SPD - Andreas Steppuhn, SPD: Abenteuerlich!)

Des Weiteren finden sich im Doppelhaushalt sogenannte globale Minderausgaben in Höhe von 453 Millionen €. Die Finanzierungslücke im Haushalt beläuft sich demnach insgesamt auf beinahe

eine halbe Milliarde Euro. Das ist Tatsache und nicht ihr Luftschloss, Herr Haseloff.

Herr Ministerpräsident, Sie haben behauptet, Nachhaltigkeit sei keine bloße Floskel, sondern die Grundlage unserer Politik. Tatsächlich ist die Nachhaltigkeit eben keine Grundlage Ihrer Politik, sondern nur besagte Floskel. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt ist keinesfalls ein Haushalt der Gestaltungsmöglichkeiten. Es handelt sich hierbei um einen Haushalt der Schande.

(Oh! bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Wir brauchen in der Haushaltspolitik unseres Landes auch eine Kehrtwende um 180 Grad. Der von der AfD-Fraktion auf- und vorgestellte alternative Haushalt

(Andreas Steppuhn, SPD, und Sebastian Striegel, GRÜNE, lachen)

nimmt dagegen erste wichtige Weichenstellungen auf verschiedensten Politikfeldern vor, zum Wohle unserer Bürger, unseres Landes und gern auch zum Unwohlsein des hiesigen Merkel-und-Haseloff-Kartells.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie von einer sinkenden Arbeitslosenquote gesprochen. Das ist nur auf den ersten Blick eine gute Nachricht. Tatsächlich kommt der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich allerdings nur dadurch zustande, dass sich die meisten der angeblichen Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt derzeit noch in sogenannten Integrationsmaßnahmen befinden und damit aus der Arbeitslosigkeit herausfallen. Das berichtet zumindest der Chef der Arbeitsagenturen in Sachsen-Anhalt, Kay Senius, nicht die AfD.

Die Unterrichtsversorgung in Sachsen-Anhalt ist ebenfalls weiterhin mangelhaft. Sie liegt bei durchschnittlich 98 %. Aber für einen reibungslosen Unterrichtsverlauf müsste sie bei durchschnittlich ca. 103 % liegen. Dieser Zustand besteht schon länger, ist aber durch den massenhaften Zuzug schulpflichtiger Ausländer natürlich noch einmal deutlich verschärft worden.

Als Abhilfe sollen die Lücken in den Lehrerzimmern mit Quereinsteigern aufgefüllt werden, die die üblichen Ausbildungskriterien von Lehrkräften nicht erfüllen können. In vielen ländlichen Gebieten werden Grundschulen geschlossen, sodass die Schulkinder sehr weite Schulwege auf sich nehmen müssen. Ferner existiert kein rechtliches Konzept gegen die steigende Schulverweigerung.

Eine gute, solide Bildung ist ein Hauptanliegen meiner Fraktion.

(Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Ei! - Swen Knöchel, DIE LINKE: Dann fangen Sie an!)

Leider verpasst es die Landesregierung permanent, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine solche zu schaffen.

(Birke Bull, DIE LINKE: Das scheint nötig zu sein! - Swen Knöchel, DIE LINKE: Lernen Sie einmal!)

Wir fordern eine flächendeckende Unterrichtsversorgung in der Stadt wie im ländlichen Raum. Unzureichend qualifizierte Quereinsteiger können mit ausgebildeten Pädagogen einfach nicht verglichen werden. Ein äußerst praktikabler Lösungsvorschlag meiner Fraktion, nämlich übergangsweise pensionierte Lehrer zu reaktivieren, wurde gestern hier im Hohen Haus unter fadenscheinigen Begründungen abgelehnt.

(Beifall bei der AfD - Unruhe)

Was gut, aber nicht von Ihnen ist, darf eben nicht gut sein, wie immer.

Durch Maßnahmen zur Inklusion wird einerseits das Leistungsniveau der bestehenden Klassen verringert, welches in Sachsen-Anhalt ohnehin schon niedrig ist. Andererseits bedeutet das auch für die benachteiligten Kinder großen Stress, normalen Klassen beizusitzen.

Sicherlich erinnern sich die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur an den kürzlich unter Tränen dargebotenen Bericht einer Mutter eines behinderten Kindes, welches in einer normalen Schule großen Belastungen ausgesetzt ist, die seiner Entwicklung abträglich sind. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der AfD)

Jeder weiß, dass Schüler unterschiedlichste Begabungen und Bedürfnisse haben. Deshalb stellen wir uns gegen eine ideologisch motivierte Inklusion um jeden Preis. Wir setzen auf einen Erhalt der Förderschulen und Sonderschulen und lehnen das eigentlich unsoziale Inklusionsexperiment entschieden ab.

(Beifall bei der AfD)

Kinder sind unsere Zukunft. Meiner Fraktion ist somit neben guter Bildung auch die Förderung der Familie und der Kinder ein sehr wichtiges Anliegen. Gewachsene kulturelle und regionale Traditionen und bewährte Institutionen sind zu schützen. Sie geben den Menschen Halt und Bindung. Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des Staates.

Somit kritisieren wir natürlich auch das aktuelle Kinderförderungsgesetz. Während nämlich die Elternbeiträge explodieren, tragen die durch die Kenia-Koalition beschlossenen Mittelerhöhungen nicht wirklich zur Entlastung der Familien bei. Nachbesserungen sind hier zwingend nötig. Meine Fraktion wird sich dafür sehr gern mit einsetzen.

Werte Abgeordnete! Weitere Defizite der Landesregierung befinden sich im Ressort Recht, Verfassung und Gleichstellung. Obwohl die derzeitige Personalkrise beispielsweise bei Justizwachmeistern und Justizvollzugsbeamten, Staatsanwälten und in den Gerichten seit Jahren absehbar war, gibt es bis heute kein Personalkonzept Justiz. Eine Attraktivitätsoffensive ist hier dringend notwendig. Ein entsprechender Antrag meiner Fraktion wurde Gott sei Dank gestern in den Ausschuss überwiesen.

Zur Bewältigung der Klagen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gibt es bislang auch kein genügendes Konzept. Eine Einstellung von elf neuen Verwaltungsrichtern reicht hierzu als Lösung einfach nicht aus.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wie viele wollen Sie denn haben, Herr Poggenburg?)

- Mehr als elf auf jeden Fall. Das dürften Sie gerade entnommen haben.

In vielen Bereichen ist Reformstau weiterhin nicht aufgelöst. Über die Rundfunkstaatsverträge wird nicht neu verhandelt. Die Staatsanwaltschaften bleiben weisungsabhängig und damit politisch beeinflussbar. Es gilt in Sachsen-Anhalt kein Burka-Verbot und kein Verbot der Kinderehe. Gegen GEZ-Schuldner wird allerdings rigoros mit Zwangsvollstreckungen vorgegangen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Zu Recht!)

Das gleicht eher einem Insolvenzzustand anstatt einer von unserem Ministerpräsidenten hoch gelobten Regierungsarbeit, sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Weiterhin konzentriert sich die AfD auf ein wichtiges Thema, nämlich die bürgerfreundlichen Regulierungen im Bereich der Abwassergebühren.

(Zuruf: Oh!)

Hierfür muss eine zukunftssichere Lösung erarbeitet werden. Es ist kein hinnehmbarer Zustand, dass die Bürger teilweise hohe Kredite aufnehmen müssen, um nachträglich erhobene Anschlussgebühren bezahlen zu können. Hierzu wird meine Fraktion mit den verschiedenen Gremien, Vereinen und Initiativen zusammenarbeiten und die ausgearbeiteten Forderungen als politi-

scher Arm der Bürger in das Parlament einbringen und die vergangene Fehlpolitik

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Jetzt beleidigen Sie auch noch die Bürger!)

Ihrer Regierung offenlegen.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen dadurch Forderungen, wie sie beispielsweise durch den Verein „Bezahlbares Abwasser“ oder das Initiativnetzwerk „Kommunalabgaben Sachsen-Anhalt“ - Inka - aufgestellt wurden, entsprechendes parlamentarisches Gewicht verleihen; denn tut es nicht die AfD, tut es niemand.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie meinten vorhin, dass wir die Probleme in Europa nicht lösen, wenn wir Europa infrage stellen. Das ist erst einmal vollkommen richtig.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Aber?)

Was man allerdings infrage stellen muss, um die Probleme Europas wirklich zu lösen, ist eben das ideologische Konstrukt Europäische Union, also die EU. Meine Fraktion lehnt die vereinigten Staaten von Europa ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat. Unser Anliegen ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen Europa der Vaterländer leistet.

(Beifall bei der AfD)

Gleiches gilt für die zukünftigen Beziehungen zu einem traditionellen Handelspartner und wichtigen Verbündeten, Russland. Alle AfD-Fraktionen haben in den Landesparlamenten Anträge gegen weitere Russland-Sanktionen eingebracht und sich damit ganz klar für ein Miteinander ausgesprochen. Unser Antrag hier im Landtag wurde von den übrigen Fraktionen abgelehnt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Zu Recht!)

Und bis heute sprechen Sie von einer Annexion anstatt von einer Sezession der Krim. Sie sollten also nicht den Wunsch einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland formulieren; denn das ist völlige Augenwischerei.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion wird sich weiterhin dafür stark machen, dass die Sezession der Halbinsel Krim anerkannt und die zuletzt am 13. März 2017 verlängerten Russland-Sanktionen damit schnellstmöglich beendet werden.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Unternehmensförderungen und Subventionen sind grundsätzlich

wichtig. Darin sind wir uns, glaube ich, alle einig, von der Eisenbahn über das Internet bis hin zur Nanotechnologie oder Pharmaforschung. Viele kapitalintensivste Innovationen kamen vom Staat. Der Staat muss somit verantwortungsvoll jene Entscheidungen treffen, welche niemand trifft, wenn der Staat sie eben nicht trifft.

Es ist jedoch falsch, Subventionen nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Zwischen 2007 und 2013 hat die Investitionsbeteiligungsgesellschaft des Landes Sachsen-Anhalt (IBG) 80 Millionen € an Steuergeldern aus dem zur Förderung von Unternehmen angelegten Risikokapitalfonds verbrannt.

Der Landesrechnungshof spricht in diesem Zusammenhang von einem kollektiven Versagen der Aufsichtsgremien der Landesgesellschaft. Das ist Tatsache, Ministerpräsident Haseloff.

(Beifall bei der AfD)

Zwischen 2006 und 2011 war der heutige Ministerpräsident Haseloff als Wirtschaftsminister auch Aufsichtsratsvorsitzender der eben genannten IBG. Vor dem eigens eingesetzten Untersuchungsausschuss hat er die IBG und damit auch die Geldvernichtung unter seiner Obhut im Jahre 2015 dann auch noch als Erfolgsgeschichte bezeichnet. - Danke schön, Herr Haseloff.

Diese desaströse Bilanz bei der Vergabe von Risikokapital unter Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten lässt für die Förder- und Investitionspolitik kommender Jahre leider kaum Gutes ahnen.

Meine Fraktion spricht sich grundlegend für Förderung und Subventionen aus, jedoch muss jeder Entscheidung ein tiefgehender Prüfungsprozess hinsichtlich des Volks- und Wirtschaftsnutzens vorangestellt sein.

(Ulrich Thomas, CDU: Das geht bei Risikokapital gut!)

Ferner muss haarklein darauf geachtet werden, wer wen und wie fördert oder subventioniert. Vetternwirtschaft darf es nicht weiter geben.

Wenn unser Land Finanz-, also Steuermittel ausschüttet, dann dürfen diese letztlich nur jenen dienen, die sie auch erwirtschaftet haben, natürlich den Bürgern unseres Landes.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Ministerpräsident, abschließend möchte ich noch kurz auf Ihre Kritik an meiner

Fraktion bezüglich unserer Position zur Übertragung der Wittenberger Schlosskirche zu sprechen kommen. Meine Fraktion hat mit keiner Silbe die in unserem Land lebenden Christen polemisch kritisiert.

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht - Oh! bei der CDU - Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Dann lesen Sie einmal das Protokoll!)

Unsere Kritik richtete sich an die EKD als Institution. Solange sich die EKD in politische Entscheidungsprozesse einmischt, die nichts mit Glaubensdingen zu tun haben,

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

solange sie an der Zerstörung unserer nationalen Identität aktiv mitwirkt und die Missionierung des Islam in Deutschland weiter unterstützt, werden wir diese Institution Kirche auch weiter heftig kritisieren.

(Beifall bei der AfD)

Auch wenn in absehbarer Zukunft über das grundsätzliche Verhältnis zwischen Staat und Kirche gesprochen werden muss,

(Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Gender-Wahnsinn! - Olaf Meister, GRÜNE: Gender-Wahn!)

stehen wir natürlich an der Seite der Christen Sachsen-Anhalts. Wir achten das Grund- und Menschenrecht auf Religionsfreiheit, ziehen jedoch ganz klare Grenzen und fordern deshalb dazu auf, die grundsätzliche Einhaltung der Säkularisierung in unserem Land, egal um welche Religion es sich dabei handelt, einzuhalten. - Ich danke sehr für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die SPD spricht jetzt die Abg. Frau Dr. Pähle. Frau Dr. Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe nach solchen Reden immer das dringende Bedürfnis, mir die Hände waschen zu gehen. Bei so viel Schmutz und Dreck hat man das Gefühl, kaltes Wasser spüren zu müssen.

Aber zum Thema. Der Ministerpräsident hat die Regierungserklärung unter das Motto „Große Geschichte, gute Zukunft“ gestellt. Tatsächlich: Sachsen-Anhalt hat eine große Geschichte, und ja: Wir sollten mehr über diese Geschichte erzählen, um unser Land bekannter zu machen.

Aber dann sind viel mehr Geschichten zu erzählen als die von Luther und vom Bauhaus, die hier als einzige Beispiele genannt wurden. So sehr ich mich persönlich auch darüber freue, wie oft im Moment über die Anfänge des evangelischen Glaubens gesprochen wird - Sachsen-Anhalt ist mehr als Luther.

(Zustimmung bei der SPD und von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Die große Geschichte Sachsen-Anhalts erzählt auch von den Taten vieler kleiner Leute. Sachsen-Anhalts Geschichte ist auch die Geschichte der Landarbeiterinnen und Landarbeiter, die das Rückgrat der agrarindustriellen Revolution hier in der Magdeburger Börde bildeten, und genauso die der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Chemieindustrie, die die materielle Grundlage für diesen bis dahin unvergleichlichen Produktivitätsschub lieferten.

Unsere Geschichte erzählt auch davon, wie sich diese Arbeiterinnen und Arbeiter zusammenschlossen, weil sie erkannten, dass die kleinen Leute sich die Chance auf Teilhabe und Gestaltung erkämpfen können, wenn sie sich zusammenschließen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat vor wenigen Tagen erst in Halberstadt seine Ursprünge vor 125 Jahren gefeiert, als er sich dort 1892 als Generalkommission der Gewerkschaften gründete.

Ohne die Stärke der Arbeiterbewegung im heutigen Sachsen-Anhalt und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich diesen Namen übrigens bei einem Parteitag in Halle an der Saale 1890 nach Überwindung ihres Verbots gab, hätte es ein Neues Bauen in Magdeburg genauso wenig gegeben wie den Umzug des Bauhauses von Weimar nach Dessau.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geschichte Sachsen-Anhalts erzählt auch davon, wie diese kleinen Leute teils verführt, teils geknechtet und missbraucht wurden für die Vorbereitung eines brutalen Vernichtungskrieges, der viele von ihnen selbst das Leben kosten sollte. Was das bedeutet, dafür finden wir die Zeugnisse heute an der Feldscheune Isenschneibbe bei Gardelegen, in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie auf dem Gelände der Fachklinik Bernburg und an vielen anderen Stellen im Land, wo meist Ehrenamtliche die Erinnerung auch an diesen Teil unserer Geschichte wachhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die große Geschichte Sachsen-Anhalts ist auch die Geschichte von Frauen, und zwar nicht nur die von Katharina von Bora. Es ist ebenso die Geschichte der einflussreichen, reichsunmittelbaren Äbtissinnen von Quedlinburg und die von Minna Bollmann aus Halberstadt, die 1919 nach Erämpfung des Frauenwahlrechts in die Weimarer

Nationalversammlung gewählt wurde, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Es war eine gute Idee, im Jahr 2000 mit dem Projekt „FrauenOrte“ an diese Frauen und ihre Wirkungsstätten überall in Sachsen-Anhalt zu erinnern,

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

und ich würde mich freuen, wenn wir spätestens nach Ende des Luther-Jahres wieder über die ganze Vielfalt unserer Geschichte sprechen würden. Ein reines Hopping von einem Großevent zum nächsten tut dem geschichtlichen Verständnis nicht gut.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

Ich habe diesen etwas längeren Blick in die Geschichte deshalb getan, weil ich meine, auch im Blick auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft steht es politisch Verantwortlichen gut an, die Perspektive der kleinen Leute einzunehmen.

Denn nach der Landtagswahl 2016 haben alle demokratischen Parteien bekundet: Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen. Ich bin überzeugt: Das werden wir nicht schaffen, indem wir bloß Rechenschaft ablegen, wie viel Fördermittel wir über das Land ausgeschüttet haben. Vielmehr müssen wir handfest nachvollziehbar machen, was Politik konkret für die Menschen bewegt.

Zum Beispiel: Was hat eigentlich der Handwerker von der Wirtschaftsförderung? - Sehr viel. Wenn der jetzt eingeschlagene Weg weiter gegangen wird, sich konsequent an den Bedürfnissen kleiner und mittelständischer Unternehmen zu orientieren, beispielsweise mit der Meistergründungsprämie, den Hilfen bei der Unternehmensnachfolge, dem erleichterten Zugang zu Fördermitteln, dann sind das praktische Fortschritte für die kleinen und mittleren Unternehmen, die unsere Wirtschaftsstruktur prägen.

(Zustimmung bei der SPD)

Oder: Was hat eigentlich ein Arbeitnehmer von Spitzenforschung? - Eine Menge, wenn wir es schaffen, dass der Spin-off in der Region wirksam wird und nicht von Großunternehmen aus der Rhein-Main-Region abgefischt wird, wenn er zu Ausgründungen aus den Universitäten, zu Start-ups und zu Kooperationen mit Unternehmen aus dem Land führt und damit die regionale Wettbewerbsfähigkeit voranbringt und Arbeitsplätze schafft.

Genau diese Chancen will Armin Willingmann mit den Maßnahmen stärken, die im Hochschulrecht jetzt auf den Weg gebracht werden.

Oder: Was hat eigentlich die Oma im Jerichower Land von einem 50-Mbit-Zugang? - Ganz viel,

wenn er ihrem Enkel ermöglicht, nach dem Studium mit seiner Geschäftsidee aufs flache Land zurückzukehren, weil er diese Idee mit einer anständigen Datenleitung auch von Altenklitsche aus realisieren kann.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Oder: Was hat eigentlich die Alleinerziehende von der frühkindlichen Bildung in der Kita? - Eher nichts, wenn die Gebühren dafür durch die Decke schießen oder wenn jemand auf die Idee käme, die Betreuungszeiten so zu verkürzen, dass eine Vollzeittätigkeit nicht mehr abgedeckt würde; denn dann guckt die Alleinerziehende oder der Alleinerziehende in die Röhre.

Deshalb haben wir die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen in der Kinderbetreuung schon im vergangenen Jahr stark verbessert. Petra Grimm-Benne arbeitet an der Auswertung der Daten aus dem ganzen Land, um mit einem neuen KiFöG frühkindliche Bildung mit hoher Qualität und zu Bedingungen sicherzustellen, die für alle Beteiligten finanziell tragbar sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Oder: Was hat eigentlich der Langzeitarbeitslose von Maßnahmen, die ihm nicht helfen, jemals wieder selber am Arbeitsleben teilzuhaben? - Nichts. Wir können und wollen uns aber nicht damit abfinden, dass manche Menschen bislang faktisch von Teilhabe an Arbeitsleben ausgeschlossen sind, weil sie völlig den Anschluss verloren haben oder noch nie Anschluss hatten.

Deshalb gibt es jetzt Landesmitteln für ein Programm, das diesen Leuten eine intensive Betreuung anbietet, um sie schrittweise wieder an den Arbeitsprozess heranzuführen. Wie der Ministerpräsident gesagt hat: Wir lassen niemanden zurück.

(Beifall bei der SPD)

Oder: Was hat eigentlich eine Frau, die im Südharz auf Jobsuche ist, vom Hamsterschutz? - Das ist eine Frage, die problematisch ist, ich weiß. Ich will damit aber deutlich machen: Umweltschutz darf nicht als Gegenstand politischer Ränkespiele einer Elite erscheinen.

Wir müssen wieder deutlich machen, dass der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage und der Schutz einer gesunden Umwelt allen dienen

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Dafür haben Sie sich den richtigen Partner gesucht!)

und dass wir deshalb politische Entscheidungen darauf ausrichten, den Schutz der Umwelt, die Förderung nachhaltiger Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen unter einen Hut zu bringen. Dass das möglich ist, ist schließlich oft genug bewiesen worden, auch in Sachsen-Anhalt.

Oder: Was hat eigentlich das Flüchtlingskind davon, dass es jetzt in eine deutsche Schule gehen darf? - Auf jeden Fall sehr viel; denn der Schutz vor Kriegsgefahr, eine Familie, die nach Verfolgung und Flucht endlich Ruhe findet, neue Spielkameraden sind alles schon Werte an sich.

Aber wir alle und alle Schulkinder, deutsche wie zugewanderte, haben viel mehr davon, wenn diese Kinder schnell integriert werden, eine gute Sprachausbildung erhalten und volle Teilhabe am Bildungssystem haben. Kein Kind hat etwas davon, wenn an den Schulen ein Mangel verwaltet wird, der immer größer wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sehr viel Richtiges gesagt, das meine Fraktion voll unterschreiben kann. Aber den Satz, dass eine gesicherte Unterrichtversorgung auf hohem Niveau auch künftig gewährleistet ist, vertrete ich gegenüber Eltern, Lehrern und Schülern nicht - beim gegenwärtigen Sachstand nicht.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das ist keine parteipolitische Debatte, weil Sozialdemokraten - das räumen wir offen ein - Mitverantwortung dafür tragen, welche Schwierigkeiten heute an vielen Schulen bestehen.

Aber wir sind gewillt, Ihre Aussage gemeinsam mit unseren Partnern mit Leben zu erfüllen und ihr eine positive Wendung zu geben. Dann müsste es allerdings heißen: Eine gesicherte Unterrichtversorgung kann nur dann perspektivisch gewährleistet werden, wenn mindestens die Einstellungsziele des Koalitionsvertrages umgesetzt werden. Wir tun da gerne mit.

(Zustimmung bei der SPD)

Sachsen-Anhalt hat eine große Geschichte. Ob es auch eine große Zukunft hat, wissen wir alle nicht, aber wir haben dafür Verantwortung, die Verantwortung, für die Zukunft dieses Landes solide Grundlagen zu legen.

Deshalb war es die richtige Entscheidung - ich will das noch einmal ausdrücklich bekräftigen -, im vergangenen Jahr diese Koalition gebildet zu haben. Denn alles andere wäre ein politisches Desaster für Sachsen-Anhalt gewesen. Wenn diese Koalition eine ganze Wahlperiode halten soll - ich bin diesbezüglich ganz optimistisch -, dann gibt es dafür ein einfaches Rezept: den Koalitionsvertrag Stück für Stück abzuarbeiten und umzusetzen.

Sachsen-Anhalt braucht keine Obergrenzendebatte, keine Hamsterkriege, sondern nüchterne Ar-

beit an der Umsetzung der verabredeten Aufgaben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und es braucht den Blick für die kleinen Leute. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Frau Dr. Pähle für die Ausführungen. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt der Abg. Herr Knöchel. Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Die Nachrichten aus Stockholm machen es sehr schwer, zur Tagesordnung überzugehen. Wieder einmal wurde unsere freie Gesellschaft herausgefordert. In Gedanken und Solidarität bin ich bei den Opfern.

(Beifall im ganzen Hause)

Und dennoch: Meine Damen, meine Herren! Herr Ministerpräsident, der Titel Ihrer Regierungserklärung ließ Großes erwarten - ein Titel, dem diese Regierungserklärung nicht gerecht wurde.

Wir hörten unseren Ministerpräsidenten nicht als Staatsmann, der erklärte, wohin er das Schiff Sachsen-Anhalt zu steuern gedenke. Wir hörten den Ministerpräsidenten als Buchhalter von Kenia, der in endloser Aufzählung das Soll und Haben von einem Jahr Koalition vortrug, einer Koalition, in der drei Partner, die unterschiedlicher nicht sein könnten, in inniger Abneigung vereint, einander hindern, das Bessere zu tun.

Lässt man die letzten Monate Revue passieren, so hat die Koalition ihre großen Schlagzeilen immer nur im Zusammenhang mit Personalien erhalten können. Ging es um Sachthemen, wurde das Eis schon dünner.

Vielleicht war der Regierungswechsel am ehesten an den Autobahnen zu erkennen. Dort grüßt die an Sachsen-Anhalt Vorbeifahrenden nicht mehr der unsägliche Frühaufsteherslogan, sondern der Slogan „Ursprungsland der Reformation“, ein Slogan, der den Durchreisenden verrät: Hier in diesem Land war vor 500 Jahren mal richtig was los.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Genau darauf reflektiert der Ministerpräsident in seiner Erklärung: Hier in Sachsen-Anhalt wurde vor 500 Jahren Weltgeschichte geschrieben.

Der Thesenanschlag Luthers, mit der er zu einer theologischen Disputation herausfordern wollte, traf den Nerv der damaligen Zeit. Er löste eine Entwicklung in Deutschland und in Europa aus, die es ermöglichte, die Weltsicht des Mittelalters

in die moderne, aufgeklärte Zeit zu transformieren, eine Entwicklung, die der Aufklärung und der modernen Welt das Tor weit aufstieß und von weit mehr als von religiösen Fragen geprägt war.

Das wären die Fragen, die ein Reformationsjubiläum in den Kontext von Vergangenheit und Gegenwart gerückt hätte. Das hätte die Chance eröffnet, auch die 84 % der Menschen im Land, die nicht einer der beiden Kirchen angehören, mit diesem Jubiläum anzusprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Ihre Regierungserklärung etwas gezeigt hat, dann Ehrlichkeit: Nicht 75 Millionen €, nicht 80 Millionen €, sondern mehr als 90 Millionen € wird es kosten. Das macht nachdenklich ob dessen, was nach dem Jubiläum kommt. Haben wir mit diesem Geld tatsächlich nachhaltige Impulse für Sachsen-Anhalt gesetzt? Oder haben wir mit den sanierten Bauwerken nur ein Luther-Disneyland geschaffen, das am Tag nach dem Jubiläum in Stein und Beton bis zum nächsten Jubiläum stehen bleibt?

Demnächst wollen Sie „Bauhausland“ auf die Autobahnschilder schreiben. Wieder ein Jubiläum. Und wieder, so fürchte ich, wird diese Landesregierung alles Nachdenken über das, was Bauhaus ausmachte, in seichter Rotkäppchen-Sekt-Laune ertränken. Dabei lohnt es, gerade am Beispiel des Bauhauses über unser Land nachzudenken.

Aus Weimar vertrieben, gaben mutige Dessauer dieser Schule der Moderne und Weltoffenheit eine Heimstatt. Hier wurde Architektur- und Kunstgeschichte geschrieben. Die Region profitierte. Doch nicht lange, dann zogen die dunklen Wolken von Abschottung und Engstirnigkeit über Anhalt und die Stadt Dessau. Fremdenfeindlichkeit und Hass vertrieben das Bauhaus wieder aus Dessau. Im August 1932 stimmten im Dessauer Rat neben dem Oberbürgermeister nur noch die vier Kommunisten für den Verbleib der Schule in Dessau.

Für Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, hätte mich interessiert, was Sie denken. Wie würde heute eine Abstimmung über ein so avantgardistisches Projekt verlaufen? - Die Frage ist vor dem Hintergrund, dass in diesem Hohen Hause schon die Freiheit der Kunst infrage gestellt wurde, eine brennend aktuelle.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Sie, Herr Ministerpräsident, sagen: 1 % Wachstum ist gut, doch im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern zu wenig. Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident: 1 % Wirtschaftswachstum - das ist nicht gut. 1 % Wirtschaftswachstum koppelt Sachsen-Anhalt von der wirtschaftlichen Entwicklung im gesamten Bundesgebiet weiter ab.

(Zuruf von Guido Heuer, CDU)

1 % Wirtschaftswachstum reicht nur für den Tabellenkeller. Sachsen-Anhalt ist abstiegsgefährdet.

In den vergangenen zehn Jahren, also in dem Zeitraum, in dem Sie, Herr Haseloff, für die Wirtschaft Verantwortung trugen und die Geschicke unseres Landes bestimmten, betrug das Wirtschaftswachstum gerade einmal 2,5 %. In zehn Jahren! Es gilt, jetzt einen Anschlussprozess zu organisieren. Dazu war in Ihrer Erklärung wenig zu hören.

Zu hören war aber der aus unserer Sicht gescheiterte Versuch, mit der neuen GRW-Richtlinie gute Arbeit in unserem Land zu schaffen. Wir können nicht die Firmenphilosophie der Konzernzentralen ändern, aber wir sollten als Landespolitiker bestimmen, welche Arbeit wir unterstützen und fördern wollen. Aber in Ihrer neuen Richtlinie kommt gute Arbeit nur als Bonuspunkt vor. Wir meinen, sie muss Kernpunkt von Wirtschaftsförderung sein.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Arbeitslosenquote ging zurück. Geblieben ist aber eine sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit. Das Arbeitsmarktprogramm, das Kenia präsentierte, war keine Überraschung. Mit Arbeitsgelegenheiten - oder nennen wir sie Ein-Euro-Jobs - wollen Sie das Problem lösen. - Eine seit Jahren gescheiterte Strategie.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Bei der Digitalisierung sind die Ausbauziele, sowohl bezogen auf die Netzgeschwindigkeit als auch auf den Zeitraum, unterambitioniert. Das Ziel 50 Mbit/s wird in Nachbarländern in der Werbung für den Internetzugang mit dem Zeichen der Schnecke symbolisiert.

(Zustimmung von Kristin Heiß, DIE LINKE, und von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Zukunftsfähig ist anders! Wir brauchen keine Förderung von Übergangstechnologien wie Vectoring, sondern die Glasfaserkabel ans Haus. Wir unterstützen dabei ausdrücklich Initiativen wie den Zweckverband in der Altmark. Das erwarten wir auch von der Landesregierung.

(Zustimmung von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Dass die Hochschulen erstmals wieder mehr Mittel für die Grundversorgung bekommen, ist gut. Sie kompensieren aber kaum die Kürzungen in den letzten Jahren und die Verluste durch nicht ausgeglichene Tarifaufwüchse. Dabei sind die Anforderungen insbesondere durch den Anstieg der Zahl der Studierenden gestiegen. Wichtig wäre es, für einen Teil der Mittel aus dem Hochschulpakt eine Garantie zur Weiterfinanzierung zu ge-

ben, damit Personal auch unbefristet eingestellt werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Ob sich diese Koalition an die Novellierung des Hochschulmedizingesetzes wagt - wir werden es sehen. Die letzte Regierung ist kläglich gescheitert. Wir werden gern darüber diskutieren, inwieweit die Klinika wieder näher an die Fakultäten heranrücken können.

(Zustimmung von Dagmar Zoschke, DIE LINKE, und von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Im Bereich der Schulen sind viele Chancen im ersten Regierungsjahr ungenutzt geblieben. Ja, die neue Landesregierung hat einige schwere Hypotheken übernommen. Sie fielen freilich nicht vom Himmel; zwei der Koalitionspartner haben sie zu verantworten. Aber die vielen engagierten Sprachlehrkräfte haben Sie ziehen lassen.

Fast der Hälfte unserer Referendare aus dem letzten Abschlussjahrgang haben Sie in Sachsen-Anhalt keine Chance gegeben und das Hin und Her bei der Aufstockung der Ausbildungskapazitäten für Lehrerinnen und Lehrer an der Universität in Halle verantwortet Ihre Landesregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Beide Landesregierungen unter Ihrer Führung haben immer nur auf sinkende Schülerzahlen spekuliert, obwohl aufgrund der bekannten Entwicklung der Geburtenzahlen, die schon seit 20 Jahren stabil sind, längst klar sein musste, dass die ursprünglichen düsteren Prognosen nicht eintreten werden.

Die vielen Anträge der Fraktion DIE LINKE zeigen, dass die Landesregierung keineswegs von sich aus gehandelt hat, sondern immer erst zum Jagen getragen werden musste.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst dann waren alle bisherigen Maßnahmen zu spät, zu klein und zu unflexibel.

Die Landesregierung zeigt bisher ein geradezu erschreckendes Desinteresse an den realen Verhältnissen an den Schulen. Das Schulsystem wird komplett auf Verschleiß gefahren und diese Entwicklung wird sich mit Ansage auch im kommenden Schuljahr weiter fortsetzen.

(Zuruf von Minister André Schröder)

Es ist bedauerlich, dass - spricht man von den Schulen - sofort die Personalsituation und die Unterrichtsversorgung im Zentrum stehen. Schließlich stehen die Schulen auch vor großen inhaltlichen Herausforderungen. Die Aufgabe der Inklusion ist umzusetzen. Zahlreichen ausländischen Kindern und Jugendlichen muss der Weg

zu guter Bildung eröffnet werden. Digitalisierung und die Chancen moderner Medien gilt es zu erschließen. Diese Aufgabe muss sich auch in der Ausbildung und in den pädagogischen Konzeptionen an den Schulen niederschlagen.

In der vergangenen Legislaturperiode ist in Sachsen-Anhalt ein kulturpolitischer Scherbenhaufen entstanden, wie es ihn bisher noch nicht gegeben hat. Die neue Koalition und die neue Landesregierung haben sich redlich bemüht, diesen Scherbenhaufen zusammenzukehren. Das nehmen wir zur Kenntnis. Wir begrüßen das.

Hätten Sie in der sechsten Wahlperiode nur einmal auf uns gehört,

(Daniel Szarata, CDU: Wäre alles schlimmer!)

wäre heute manches besser.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir verkennen also nicht, dass einiges in Bewegung gekommen ist. Das ist gut so. Aber der Blick für die Baustellen muss noch weiter geschärft werden. Ob den Worten auch Taten folgen, werden wir bei der Neuverhandlung der Theaterverträge sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch im Bereich des Innenministeriums finden wir mehr ungelöste Probleme denn Lösungen. Wer zu spät kommt - das merken Sie jetzt -, der bekommt eben die Stellen bei den Polizeianwärtern nicht besetzt, der kann Gebäude, wie das der Polizeidirektion Nord, eben nur mit erheblichen Verzögerungen sanieren. Von den ungelösten Problemen bei der Führung dieser Polizeidirektion ganz zu schweigen.

Nicht weniger brisant ist die Personalsituation im Justizbereich. Gut, dass Sie sie erwähnt haben, Herr Ministerpräsident. Sie müssen diese Probleme aber auch angehen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Landesregierung das akute Thema der Personalstruktur und des damit verbundenen Personalnotstands in der Justiz erst aufgrund der Thematisierung und parlamentarischen Befassung durch DIE LINKE als ein akutes Problem auch für sich entdeckt hat. Es bedarf kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Lösungen.

An zwei Stellen, Herr Ministerpräsident, erklären Sie, wie wichtig die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter sei. Sie betonen deutlich, wie schwierig diese Aufgabe ist.

Mit der Einführung einer Wohnsitzauflage in Sachsen-Anhalt hat die Landesregierung diesem Ansinnen allerdings einen Bärendienst erwiesen. Zwar ist die Aufnahme einer Arbeit ein akzeptierter Grund für einen Wohnortwechsel, doch wem

der Wohnsitz vorgeschrieben wird, der hat schlicht und ergreifend schlechtere Ausgangsvoraussetzungen für die Arbeitssuche.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir finden in Ihrer Rede wieder das stereotype Gerüst, das wie folgt gekennzeichnet ist: einerseits Fördern und Integrieren, andererseits Abhaken und Abschieben.

Gerade dort, wo junge Menschen Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben, zeigt sich die Absurdität dieser repressiven Logik. Wenn Betriebe in Sachsen-Anhalt die Menschen ausbilden wollen, sollte dieses Vorhaben doch nicht durch ein repressives Aufenthaltsrecht konterkariert werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Offen ist auch die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Krankenkarte für Geflüchtete. Hierzu kamen auch keine Aussagen.

Nein, meine Damen, meine Herren, Kenia in Sachsen-Anhalt ist nicht so schön, wie es der Ministerpräsident heute herbeiredete. Sie brauchten aber auch starke Sprachbilder, um das Problematische schönzureden. Lagerfeuerromantik bemühten Sie - ein schönes Bild, wenn ich auch die Romantik nicht spüre, die Sie dabei empfinden.

(Unruhe)

Jedes auch noch so ferne Wolfsgeheul droht, die Zweckgemeinschaft am Lagerfeuer auseinanderzutreiben. Aus der dunklen Oppositionsnacht stellt sich beim Anblick Ihrer Lagerfeuergemeinschaft höchstens die Frage, wer gerade in der Mitte sitzt.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der LINKEN)

Im Moment scheint es die Landwirtschafts- und Umweltministerin zu sein. Oder warum spielte sie in Ihrer Rede nur eine geringe Rolle? Warum sagen Sie nichts zum Hochwasserschutz? Kein Wasser, kein Thema?

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Weil es gut läuft!)

Noch vor Kurzem berichteten Sie, dass der Landesregierung ländliche Räume wichtig sind und dass Sie die Verfassung ändern wollen. Gleichwertige Lebensverhältnisse sollen dort festgeschrieben werden. DIE LINKE ist da bei Ihnen. Aber dennoch: Der Doppelhaushalt ist eine Mogelpackung. Vorhaben für knapp 500 Millionen € sind nicht finanziert. Der Finanzminister legt noch vor der Verkündung des Haushalts die Daumenschrauben an, um die globale Minderausgabe zu erwirtschaften.

(Minister André Schröder: Ja!)

Die Rücklagen werden pulverisiert, das Sparschwein wird geplündert. Die hohen Ziele der

Koalition bleiben so Makulatur. Der Finanzminister hat das Regiment übernommen.

(Zuruf von Minister André Schröder)

Im Soll und Haben von Kenia ist viel Soll und wenig Haben. Auch Ihre heutige Regierungserklärung hat wenig Aufschluss darüber gegeben, welche Zukunft Sie sich für unser Land vorstellen.

(Frank Scheurell, CDU: Eine gute!)

Die Probleme wurden selten gestreift. Lösungen liegen im Vagen. So wird das nichts.

Die Koalition hat Verantwortung für dieses Land übernommen. Dieser muss sie nun endlich gerecht werden.

Gabor Steingart betonte unlängst im ARD-Pressclub: „Wir Journalisten empören uns zu sehr über Menschen und zu wenig über Zustände.“ Die Koalition sollte sich endlich daranmachen, die mit vielen Problemen behafteten Zustände in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Das ist Ihre Aufgabe und sie harrt dringlich ihrer Wahrnehmung.

Herr Ministerpräsident, wärmen Sie sich nicht länger am Lagerfeuerplatz. Stehen Sie auf und wenden Sie sich den Problemen im Land zu. - Vielen Dank.

(Starker und lang anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke dem Abg. Herrn Knöchel für die Ausführungen. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Striegel. Herr Abg. Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoch geschätzter Herr Ministerpräsident! Der Titel dieser Regierungserklärung lässt sich komprimieren: Heute an morgen denken - ein urgrüner Ansatz. Damit wird deutlich: Grünes Nachhaltigkeitsdenken ist zentraler Bestandteil dieser Koalition.

(Zustimmung von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Als Antrieb grüner Arbeit haben wir Umwelt im Kopf, Welt im Blick, Freiheit im Herzen und Gerechtigkeit im Sinn. Uns geht es darum, die drängenden Fragen der Zeit über Generationen hinweg anzupacken. Es sind dabei schlicht Fakten, denen wir uns stellen müssen.

Die Klimakatastrophe ist im Gange. Bundesweit war der März 2017, auch in Sachsen-Anhalt, der wärmste März seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. Es ist Fakt, dass Migration stattfindet. Es ist aber auch nicht zu leugnen, dass

Sachsen-Anhalt Defizite und Probleme hat, manche auch verursacht durch Vorgängerregierungen.

Es hilft weder, sich in die Welt alternativer Fakten zu flüchten und die Menschen zu verdummen, noch die Probleme verdrängen zu wollen. Meist sind die Antworten auf diese Herausforderungen komplex. Dies macht es so schwierig, heute das Richtige zu tun, um Sachsen-Anhalt fit für morgen zu machen. Das macht es aber auch so interessant und das treibt uns GRÜNE an, auch als Motor dieser Koalition.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD - Siegfried Borgwardt, CDU: Darauf habe ich gewartet! - Robert Farle, AfD: Oh!)

Im Rückgriff auf die Geschichte Sachsen-Anhalts erlaube ich mir, auf unsere erste grüne Umweltministerin dieses Landes, Heidrun Heidecke, zu blicken. Sie veranlasste Anfang der 1990er-Jahre die erste Windkraftpotenzialanalyse. Das war und ist Basis für die ökologische Wende und ein Grund dafür, dass Sachsen-Anhalt heute zu den Bundesländern mit den höchsten Anteilen erneuerbarer Energien gehört.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Damals waren Weitblick und eine ordentliche Portion Vorstellungskraft nötig. Das Resultat sind 3 000 Windräder, die mit jeder Drehung saubere Energie erzeugen, aber auch Arbeitsplätze bei Enercon, die diese Windräder bauen und die Schwermaschinentradition in Magdeburg fortführen.

Genauso vorausschauend stellt sich unsere grüne Ministerin Claudia Dalbert den drängenden Herausforderungen dieses Landes.

Sachsen-Anhalt produziert mehr Energie, als es verbraucht. Knüpfen wir daran an und bleiben wir ein Energieland. Das bedeutet für die Zukunft, wir müssen ein Klimaschutzland werden. Damit das gelingt, setzen wir GRÜNEN auf die erneuerbaren Energien. Wir werden das Kohlezeitalter beenden.

(Eva Feußner, CDU: Das sagt aber nicht unser Koalitionsvertrag aus, dass wir das Kohlezeitalter beenden wollen!)

Unser Fokus muss auf Innovation und Nachhaltigkeit liegen. Braunkohleabbau gehört nicht dazu.

(Robert Farle, AfD: Bei der nächsten Wahl seid ihr draußen!)

Dafür müssen wir gemeinsam den Strukturwandel gestalten. Die erneuerbaren Energien sind in Sachsen-Anhalt eine Erfolgsgeschichte, die allein in der Windbranche zu mehr als 12 000 Beschäftigten geführt hat. So gehen Wirtschaftspolitik und Klimaschutz Hand in Hand.

Die Klimakatastrophe zwingt uns auch zu anderen Einsichten. Der Deutsche Wetterdienst bilanziert auch für den Harz im Winter weniger Schneetage und steigende Temperaturen. In Zeiten der realen Erderwärmung ist der Skitourismus im Harz mehr Wunsch als Wirklichkeit.

(Zustimmung von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Wir GRÜNE stellen uns diesem Fakt und wollen naturnahen Tourismus für die Region. Wir schulden den Menschen vor Ort eine zukunftsfähige Perspektive und keine betonierte Investitionsruine im Sonnenschein.

Nachhaltigkeit ist unser Prinzip. Wir stehen heute in der Verantwortung, unseren Kindern und Enkelkindern ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt zu hinterlassen. Dazu zählt eine intakte Umwelt.

Schwerpunkte für unser Sachsen-Anhalt von morgen sind Umwelt, Bildung, Weltoffenheit. Heute heißt es, klug für morgen zu investieren. Daher finden sich diese Punkte auch im aktuellen Haushaltsplan wieder.

Bildungspolitisch gilt für uns GRÜNE, es muss egal sein, woher ein Kind kommt, entscheidend ist, wohin es will. Dass wir im Land bei der Unterrichtsversorgung im Durchschnitt nur bei ca. 98 % liegen, ist deshalb ein echtes Problem. Ich will die Zahlen für die einzelnen Schulformen nicht extra benennen, aber es ist hier schon deutlich geworden, dass die größte politische Baustelle in diesem Land derzeit die bei Minister Tullner im Hause ist.

(Zustimmung von Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE)

Auch Wandel, Toleranz und Offenheit prägen die Geschichte unserer Region. Reformation und Bauhaus sind dafür die Stichworte. Wir knüpfen daran an und machen eine Politik, die Menschen zusammenführt, egal ob jung oder alt, ob mit Kindern oder ohne, ob Managerin oder Metzger. Zusammenhalten fällt leichter, wenn sich alle zugehörig und gerecht behandelt fühlen, die Gesellschaft mitgestalten, Verantwortung übernehmen und am Wohlstand teilhaben, in der Stadt und auf dem Land, von Salzwedel bis Weißenfels.

In einer sich weiter vernetzenden Welt darf sich Sachsen-Anhalt nicht abschotten. So wie unsere Hochschulen erfreulich viele ausländische Studierende anziehen, wollen wir uns überall konsequent und vielfältig weltoffen positionieren.

Wir stellen uns gegen Diskriminierung und jede Form von Hass und Gewalt. Angst und Hass sind keine Alternative für Sachsen-Anhalt, weder heute noch morgen.

Grundanliegen grüner Politik ist es, Bürgerrechte zu sichern. Wir wollen einen Rechtsstaat, der unsere Freiheit schützt und in dem wir sicher le-

ben können. Wir GRÜNE setzen auf zielgerichtete Gefahrenabwehr statt Pauschalverdächtigungen und Massenüberwachung.

Wir sind die liberale Stimme für die Bürgerrechte im Land. Wir wissen, die sichersten Staaten sind weltweite jene, in denen am sorgfältigsten auf rechtsstaatliche Verfahren geachtet und die Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen vermieden wird.

Mit Freiheit im Herzen und Gerechtigkeit im Sinn wissen wir, Zukunft wird aus Mut gemacht, auch in Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Diese Zuversicht bedeutet, nicht mit Angst, sondern mit Entschlossenheit an die Herausforderungen heranzugehen. Das bringen wir GRÜNE in diese Landesregierung für Sachsen-Anhalt ein. So machen wir Sachsen-Anhalt fit für morgen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Striegel für die Ausführungen. - Als letzter Redner spricht der Abg. Herr Borgwardt für die CDU-Fraktion. Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gar nicht viel auf die Geschichte unseres Landes Sachsen-Anhalt eingehen. Das haben der Ministerpräsident unseres Landes Herr Dr. Haseloff und meine Vorredner bereits zur Genüge getan. Wir alle wissen über die Geschichtsträchtigkeit unseres Landes bestens Bescheid.

Gerade aber weil das heutige Sachsen-Anhalt seit dem Frühmittelalter einer der kulturellen Schwerpunkte im deutschsprachigen Raum war, müssen wir uns als Landespolitiker dieser Tradition verpflichtet fühlen, das Land voranbringen und zukunftsfähig gestalten.

Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation war unsere Landeshauptstadt Magdeburg eines der politischen Zentren. Davon zeugen nicht zuletzt der Dom zu Magdeburg, aber auch viele Baudenkmäler aus der Zeit der Romanik und der Gotik, die wir überall in unserem Land Sachsen-Anhalt finden können.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Wir wollen Quedlinburg mal nicht vergessen! - Wulf Gallert, DIE LINKE: Und Quarmbeck! - Zurufe von der LINKEN: Und Quarmbeck! - Heiterkeit bei der LINKEN)

- Also, ich habe ein bisschen Zeit, Herr Lange. Da Sie sich als Einziger der Stimme enthalten haben, wächst die Sympathie von Stunde zu Stunde. Das habe ich mir auch gemerkt. Darüber müssen wir aber noch einmal reden.

Mit dieser Historie im Bewusstsein, meine Damen und Herren, freue ich mich, dass der von uns im letzten Plenum beschlossene Doppelhaushalt in der vergangenen Woche in Kraft getreten ist. Die Arbeit im Land kann nun deutlicher vorangetrieben werden. Der Haushalt ermöglicht Handlungsfähigkeit, sorgt dafür, dass unser Land gestaltet und vorangebracht werden kann.

Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt - verlässlich, gerecht und nachhaltig. Das ist nicht nur das Motto unseres Koalitionsvertrages, sondern auch das Credo für den Haushalt und damit auch für unsere Arbeit. Wir sind dem nachgekommen.

Kommunen und Landkreise, Institutionen des Landes, Vereine und Verbände können ihre Arbeit nun fortsetzen, immer unter dem Gesichtspunkt, Sachsen-Anhalt ein Stück weit mehr nach vorn zu bringen.

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir den wissenschaftlichen Aufholprozess unseres Landes weiter vorantreiben, Zukunftschancen schaffen, Sicherheit und sozialen Zusammenhalt stärken, den Herausforderungen des Klimawandels begegnen und den demografischen, digitalen sowie energetischen Wandel unserer Gesellschaft verantwortlich mitgestalten. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, eine lebendige Bürgergesellschaft und wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen.

Damit dies noch besser gelingen kann, meine Damen und Herren, ist ein Teilaspekt das neu aufgestellte Finanzausgleichsgesetz. Wir versetzen die Kommunen damit in die Lage, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen und die unterschiedlichen Finanzstärken der Kommunen auszugleichen. Vor allem freiwillige Aufgaben der Selbstverwaltung können von Städten und Gemeinden wieder verstärkt durchgeführt werden, sei es in Musik- und Volkshochschulen, Bibliotheken oder Museen zu investieren.

Ich bin ganz bei unserem Ministerpräsidenten: Das Land leistet einen erheblichen Beitrag zur Unterstützung der Kommunen auch im ländlichen Raum. Nicht zuletzt dadurch wird unser Land ein Stück weit attraktiver.

Durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 17. Februar 2017 ist es durch die Festschreibung der Finanzausgleichsmatte - Masse, Entschuldigung - für fünf Jahre gelungen, den Kommunen die gewünschte - -

(Heiterkeit - Unruhe)

- Manche legen sich auch auf die Matte, aber diese Koalition hat es als erste geschafft, verlässliche Finanzstrukturen für fünf Jahre zu haben.

(Zustimmung bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff)

Das muss man deutlich sagen. Dann kann man sich auch ab und zu einmal auf eine Matte setzen, wenn man darauf nicht ganz einschläft. Davon gehen wir einmal aus.

Das nenne ich auch zukunftsorientierte Politik, meine Damen und Herren. Gerade in der vergangenen Woche hat die Landesregierung eine Offensive für den ländlichen Raum angekündigt. Das begrüße ich sehr, werbe aber auch für ein hohes Maß an Sachverstand, sodass sich am Ende weder die Bevölkerung der Oberzentren noch die des ländlichen Raums gegeneinander ausgespielt sehen, Herr Philipp.

Einen Rückzug aus der Fläche werden Sie demnach nicht erleben. Mit 687 Liegenschaften, welche die Landesregierung im ländlichen Raum vorhält, gestaltet das Land selbst die Beschäftigungssituation positiv. Außerdem steigert sie in diesem Bereich die Kaufkraft und sorgt nicht zuletzt auch dafür, dass sich junge Familien in der Gegend ansiedeln.

Junge Familien, meine sehr geehrten Damen und Herren, siedeln sich aber nur dort an, wo es auch eine entsprechende Infrastruktur gibt, wo Kindergärten und Schulen vorhanden sind. Kurze Beine, kurze Wege soll das Motto sein.

Im Rahmen der EU-Förderung und der EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 können wir ELER-Mittel in Höhe von insgesamt 86 Millionen € zusätzlich der Eigenmittel der Träger einsetzen, um Schulen mit Mittel in Höhe von 62,7 Millionen € und Kindergärten mit Mittel in Höhe von 23,3 Millionen € zu fördern.

Die Besonderheit: Neben einem EU-Fördermittel-Anteil von bis zu 75 % kann für den Eigenanteil von mindestens 25 % ein zinsvergünstigtes Darlehen bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt beantragt werden. Das ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie die Förderung der EU zu nachhaltiger Gestaltung hier im Land umgesetzt werden kann.

(Zustimmung von Markus Kurze, CDU)

Aber auch der Bund unterstützt den Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei Kindereinrichtungen und Schulen. Das im vergangenen Jahr aufgelegte Programm wird ab 2017/2018 anlaufen und gerade auch die Antragssituation beim Stark-III-ELER-Programm entspannen. Auch hierbei haben finanzschwache Kommunen die Möglichkeit, Liegenschaften in ihrem Bereich auf Vordermann zu bringen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es gibt viele Möglichkeiten, Investitionen in Sachsen-Anhalt auf den Weg zu bringen. Es gelingt uns damit, unser Land weiter wettbewerbsfähig auszurüsten.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU, von Chris Schulenburg, CDU, und von Daniel Szarata, CDU)

Dennoch gilt es, die bürokratischen Hürden gerade bei der EU-Förderung abzubauen. Unsere Landesregierung unterstützt dabei eine Initiative der Kollegen aus Sachsen, die darauf zielt, die ELER-Förderung nach dem Jahr 2020 zu vereinfachen und sie im Interesse aller Antragsteller einer Entbürokratisierung zu unterziehen.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU, und von Ulrich Thomas, CDU)

Um unser Land auch weiterhin nachhaltig zu entwickeln und neben Familien auch Firmen anzusiedeln, muss ein weiteres Ziel der Ausbau der Breitbandversorgung sein, um allen Bürgerinnen und Bürgern eine digitale Teilhabe zu ermöglichen und die Attraktivität aller Regionen durch digitale Dienstleistungen und Produkte zu steigern.

Wir ermöglichen so beispielsweise die Aufnahme von Telearbeit, steigern damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verringern obendrein noch das Verkehrsaufkommen auf den Straßen und verbessern die CO₂-Bilanz in der Luft. Ziel muss es deshalb sein, eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 50 Mbit/s im Download zu erreichen.

Zur weiteren Stärkung der Wirtschaftskraft im Land, meine Damen und Herren, ist es fortan nötig, das Unternehmertum zu stärken, Investitionen weiter voranzubringen und Existenzgründer verstärkt zu motivieren. Unterstützt werden kann dies vor allem durch eine zusätzliche Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU)

im Zuge der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer. Die Zielvereinbarung mit den Hochschulen von 2015 bis 2019 in Höhe von jährlich insgesamt 324 303 400 € als Grundbudget ist daher sehr positiv zu begrüßen und muss in den kommenden Jahren weiter fortgesetzt werden.

(Zustimmung bei der CDU und von Minister Marco Tullner)

Meine Damen und Herren! Dass wir auf dem richtigen Weg sind, wurde erst in der vergangenen Woche deutlich gemacht. In einem Seitenpunkt ging Kollege Knöchel darauf ein.

(Minister Marco Tullner: Wo ist er denn?)

Schließlich haben wir laut „Süddeutscher Zeitung“ ein vergleichbares Bruttoinlandsprodukt wie Gua-

temala. Wenn man Guatemala mit Sachsen-Anhalt in einen Vergleich gibt, fällt Folgendes auf: Die Bevölkerung Guatemalas beträgt 15,2 Millionen Einwohner, die Sachsen-Anhalts 2,27 Millionen. Die Fläche von Guatemala beträgt 109 km² und die von Sachsen-Anhalt 20 446 m².

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Knapp 109 000 km²!)

- 109 000, richtig. Danke schön. Das habe ich auch sagen wollen, sehr geehrter Herr Gallert. Dann kommt ein ähnliches BIP dabei heraus. Klasse! Es ist schon manchmal sehr amüsant, welche Vergleiche die schreibende Zunft meint heranziehen zu müssen.

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2016 preisbereinigt - das wurde schon gesagt - um gerade einmal 1 % gestiegen. Natürlich ist das kein herausragender Wert, aber ein Zeichen, dass sich die positive Entwicklung verstetigt und der Abstand zum Bundesdurchschnitt kleiner wird.

Neben den wirtschaftlichen Faktoren zur Fortentwicklung des Landes ist auch der Erhalt des ländlichen Raumes von Bedeutung. Als Lebens- und Wohnumfeld mit der nötigen Infrastruktur sichert dieser eine hohe Lebensqualität. Die Fortschreibung des Programms der Dorferneuerung erachten wir daher als ein wichtiges Instrument zur Stärkung des ländlichen Raumes. Zur Belebung von Eigeninitiativen bieten sowohl das Finanzministerium als auch das Umweltministerium geeignete Maßnahmen und Programme an. Diese gilt es auch in den kommenden Jahren zu nutzen. Damit wird der ländliche Raum nachhaltig gesichert und attraktiv für kommende Generationen gestaltet. Programme wie „Netzwerk statt Land“ und die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes sind daher wichtige Bausteine.

Ein wesentlicher Punkt im Förderkanon unseres Landes sind die Schaffung und der Erhalt einer leistungsstarken modernen Infrastruktur. Wir haben den Erhalt des bestehenden Straßennetzes zu einem der Schwerpunkte unserer Politik gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sind mit insgesamt 39,4 Millionen € auf beide Jahre bezogen mehr Landesmittel für den Erhalt und Ausbau von Landesstraßen eingestellt worden.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Prioritäres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag war die Finanzierung des Landesstraßenbaus. Dieses Ziel haben wir erreicht. Die Haushaltsmittel wurden insgesamt auf 85 Millionen € im Jahr aufgestockt. Das bedeutet für das Jahr 2017 ein Plus von 18,7 Millionen € und für 2018 ein Plus

von 20,7 Millionen € mehr Landesmittel für unsere Landesstraßen.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Auch im Bereich der Städtebauförderung konnten wir aufgrund zusätzlicher Mittel des Bundes mehr Geld in den Haushalt einstellen, Frau Frederking. Der Bund stellt den Ländern in den Jahren 2017 bis 2020 jährlich zusätzlich 300 Millionen € im Bereich der Städtebauförderung zur Verfügung. Insgesamt stehen dem Land Sachsen-Anhalt damit jährlich 14 Millionen € für die Städtebauförderung zur Verfügung, mit denen das Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ weiter besser gefördert werden kann.

Sie sehen also, die Koalitionspartner sorgen dafür, dass die notwendigen Investitionen in bestehende oder neue Vorhaben getätigt werden. Liebe Koalitionspartner, ich erwähne immer alle Koalitionspartner. Bei einigen hat man den Eindruck, sie haben teilweise ihr Wahlprogramm vorgelesen. Das will ich hier auch einmal deutlich sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Aber so ist das. Der große Anker des Motors muss ein wenig dafür sorgen, dass die Standsicherheit erhalten bleibt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ich hatte nur fünf Minuten! - Zurufe von der CDU)

Ich verstehe das völlig. Ein so stark ländlich geprägtes Bundesland, meine Damen und Herren, wie Sachsen-Anhalt braucht diese Verkehrsadern, die ich eben nannte, und im Wesentlichen die A 143; wichtig ist, dass wir die letzten 12 km bekommen.

(Minister Marco Tullner: Sehr gut! - Beifall bei der CDU)

Ich sage auch ganz eindeutig, was nicht vorher absehbar war und was auch die Kompromissfähigkeit dieser Koalition angeht, dass wir den Kompromiss beim Weiterbau der A 14 gemeinsam erreicht haben.

(Chris Schulenburg, CDU: Endlich! - Zustimmung bei der CDU)

Das ist wichtig. Man muss es aber trotzdem erwähnen, weil das nicht selbstverständlich ist. Daher ist auch für uns die Aufwertung der B 6n zur neuen A 36 ein wichtiges Zeichen, um beim Wettrennen um Standorte überhaupt Schritt zu halten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Ulrich Thomas, CDU: Jawohl!)

Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört aber auch, dass man ein realistisches Bild zeichnet. Nicht alle Blümenträume dürfen in den Himmel

wachsen und können das auch nicht. Wer beispielsweise 250 Lehrer fordert - dafür hatten wir volles Verständnis gehabt -, erkennt aber, dass wir schon bei den geplanten 700 Neueinstellungen Schwierigkeiten haben, ausreichend Bewerber zu finden. Das haben wir übrigens gleich am Anfang bemerkt.

Auch das möchte ich an dieser Stelle sagen: Um ein Land bestmöglich zu fördern, gehört es dazu, von eigenen ideologischen Standpunkten abweichen zu können und lösungsorientiert voranzugehen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Marco Tullner)

Es kann nicht angehen, dass die wirtschaftliche Situation einer eher schwach entwickelten Region gegen Hamster oder Moore ausgespielt wird. Vielmehr müssen wir trotz der Hamster- und Moore-Problematik eine nachweisbare, vernünftige und gesetzeskonforme Lösung suchen und finden - im Interesse der Investoren.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das machen wir doch! - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollten es nur noch einmal sagen, damit wir uns verständigen. Die letzten Äußerungen von Parteivorsitzenden schienen eher grundsätzliche Problematiken eines ideologischen Hintergrundes deutlich zu machen.

(Zustimmung von Jens Diederichs, AfD - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir als CDU sind der Garant für eine lösungsorientierte und zukunftsfähige Politik, die das Land voranbringt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Marco Tullner - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Die CDU ist der verlässliche Motor - da haben wir schon zwei, die der Motor dieser Koalition sind. Einige schauen noch zu. Aber gut. Wir bleiben verlässlich; denn die Ebenen sind flach, und Achterbahnen, meine Damen und Herren, gehören in den Vergnügungspark. Wir setzen die dynamische Landesentwicklung fort. Priorität haben dabei die innere Sicherheit, die Förderung des Wirtschaftswachstums sowie Verlässlichkeit bei den Kinderbetreuungs- und Schulstrukturen. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung und Novellierung des Kinderförderungsgesetzes treiben wir weiter verstärkt voran.

Die CDU-Fraktion fördert die Existenzgründung und tritt dem Fachkräftemangel entschieden entgegen. Die monetäre Grundlage dafür bilden die Meistergründungsprämie und die Praktikumsgrants.

(Beifall bei der CDU)

Beide Vorhaben sind im Doppelhaushalt auf Betreiben der CDU verankert worden.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU - Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Vereinzelter Beifall!)

Ich komme zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auf eine Erfindung in Deutschland kommen 100 Fachleute, die davor warnen. Wenn wir immer auf sie gehört hätten, säßen wir immer noch hungrig in einer dunklen Höhle.

(Beifall bei der CDU - Ulrich Thomas, CDU: Richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nehmen wir unseren Altbundespräsidenten Roman Herzog beim Wort. Packen wir es also an, unser Sachsen-Anhalt zukunftsfähig sowie attraktiv für Menschen und Unternehmen zu gestalten. Unsere Haushalts- und Finanzpolitik orientiert sich an den Prinzipien Stabilität, Investitionen und Nachhaltigkeit. Dies ist eine hervorragende Grundlage, auf der wir in den kommenden Jahren aufbauen wollen und aufbauen können. - Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Borgwardt für die Ausführungen. Beschlüsse werden nicht gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 beendet.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 22

Beratung

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014

Antrag Ministerium der Finanzen - **Drs. 6/4680**

Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 1 - vertraulicher Teil

Unterrichtung Landesrechnungshof - **Drs. 6/4576**

Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 1

Unterrichtung Landesrechnungshof - **Drs. 6/4577**

Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 2

Unterrichtung Landesrechnungshof - **Drs. 7/107**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 7/1161**

Berichterstatterin ist Frau Abg. Feußner. Frau Feußner, Sie haben das Wort.

Eva Feußner (Berichterstatterin):

Liebe Kolleginnen und Kollege! Ihnen liegt in der Drs. 7/1161 die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen zur Entlastung der Landesregierung, des Landesrechnungshofes sowie der Landtagspräsidentin für das Haushaltsjahr 2014 vor.

Grundlage für die Entlastung sind der Antrag des Ministeriums der Finanzen in der Drs. 6/4680, überwiesen an den Ausschuss für Finanzen am 21. Dezember 2015, der Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 1 in der Drs. 6/4577, überwiesen an den Ausschuss für Finanzen am 23. November 2015, der Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 1 - vertraulicher Teil in der Drs. 6/4576, überwiesen an den Ausschuss für Finanzen am 23. November 2015, und der Jahresbericht 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2014 - Teil 2 in der Drs. 7/107, überwiesen an den Ausschuss für Finanzen am 7. Juni 2016.

Der Ausschuss für Finanzen hat den Unterausschuss Rechnungsprüfung mit der Erarbeitung einer Beschlussempfehlung beauftragt.

Der Unterausschuss hat in drei Sitzungen zwischen dem 26. Oktober 2016 und dem 9. März 2017 die genannten Unterlagen beraten und die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung erarbeitet, welche in der 4. Sitzung des Unterausschusses am 9. März 2017 einstimmig beschlossen wurde.

Diese Beschlussempfehlung wurde durch den übergeordneten Ausschuss für Finanzen in der 19. Sitzung am 15. März 2017 übernommen und mit 7 : 0 : 5 Stimmen beschlossen. Sie liegt Ihnen nunmehr zur Entscheidung vor.

Zum Teil 1 zum Jahresbericht 2015 lag zunächst eine Stellungnahme der Landesregierung mit Schreiben des Ministeriums der Finanzen vom 18. März 2016 vor. Als Schwerpunktthemen der Beratungen waren unter anderem die Themen „Mängel bei der Förderung des Fehlbildungsmonitorings“, „Missmanagement bei der Vergabe von Risikokapital durch die IBG-Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH“ und „Verstöße bei der Finanzierung und Vergabe von Leistungen für den Umbau der Jahn-Sporthalle Wolmirstedt“ zu nennen.

Zum Thema „Mängel bei der Förderung des Fehlbildungsmonitorings“ ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration gebeten, bis Ende Juni 2017 zum neuen Förderverfahren und zu den Inhalten der Zielvereinbarungen zu berichten.

Zudem erwartet der Ausschuss, dass das Ministerium die Verhandlungen mit den gesetzlichen Krankenkassen weiter voranbringt.

Mit Blick auf das Thema „Missmanagement bei der Vergabe von Risikokapital durch die IBG-Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH“ empfiehlt der Ausschuss, die Arbeit der IBG stärker auf einen nachhaltigen Einsatz der Fördermittel auszurichten. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss, strategische Zielvorgaben für die Vergabe von Risikokapital zu formulieren und die Zielerreichung besser zu überwachen. Schließlich erwartet der Ausschuss zum 31. Mai 2017 einen Bericht über den Stand des neu aufgelegten Risikokapitalfonds sowie zur Umsetzung der Einwerbung von Mitteln privater Kapitalgeber.

Hinsichtlich des Themas „Verstöße bei der Finanzierung und Vergabe von Leistungen für den Umbau der Jahn-Sporthalle Wolmirstedt“ ist die Landesregierung gebeten, die getroffenen Empfehlungen ab sofort umzusetzen. Darüber hinaus erwartet der Ausschuss bis zum 30. Juni 2017 unter anderem einen Bericht zur möglichen Rückforderung von Fördermitteln sowie zum Stand der Verhandlungen zwischen dem Betreiber der Jahn-Sporthalle und der Stadt Wolmirstedt zur Rückführung der Halle an die Stadt.

Auch der Jahresberichtsbeitrag „Überörtliche Kommunalprüfung mit dem Schwerpunkt Personalprüfung“, welcher sich mit den Städten Aschersleben und Naumburg befasst, wurde im Ausschuss nicht für erledigt erklärt. Der Ausschuss geht unter anderem davon aus, dass in beiden Kommunen die Unterstützung durch die Kommunalaufsicht bei der Bearbeitung der Feststellungen fortgesetzt wird, und bittet das fachlich zuständige Ministerium für Inneres und Sport um einen Bericht bis zum 30. Juni 2017.

Auch die übrigen unter Nr. 4 der Beschlussempfehlung genannten Punkte konnten trotz Berichterstattung der Landesregierung noch nicht für erledigt erklärt werden. Zu diesen Punkten legten die Abgeordneten neue Berichtstermine fest und werden diese im Laufe des Jahres nach Vorlage weiterer Berichte der Landesregierung erneut beraten.

Der vertrauliche Beitrag des ersten Teils behandelte die „Erheblichen Mängel bei der Bearbeitung und Dokumentation eines komplexen Steuerfalls“ und wurde mit dem in Teil 1 Abschnitt B erarbeiteten Beschluss für erledigt erklärt.

Zum Teil 2 zum Jahresbericht 2015 lag eine Stellungnahme der Landesregierung mit Schreiben des Ministeriums der Finanzen vom 15. September 2016 vor. Als Schwerpunktthema im Teil 2 ist der Abschnitt „Verstöße von Kommunen bei der Umsetzung der Programme der Städtebauförderung“ zu nennen. Diesbezüglich hat der Landes-

rechnungshof stichprobenartig die Verwendung der Mittel für die Städtebauförderung in den Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 2005 bis 2015 überprüft.

Im Ergebnis erwartet der Ausschuss bis zum 31. August 2017 einen Bericht über die Abrechnungspraxis und bittet die Landesregierung, Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen zu erarbeiten.

Meine sehr verehrten Kolleginnen Kollegen! Im Namen des Ausschusses für Finanzen bzw. des Unterausschusses Rechnungsprüfung bitte ich um Zustimmung zu dieser Beschlussempfehlung, die Ihnen in der Drs. 7/1161 vorliegt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von Olaf Meister, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Feußner, ich danke für die Ausführungen. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Schröder. Herr Minister, Sie haben das Wort.

André Schröder (Minister der Finanzen):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es kurz. Sachsen-Anhalt hat das Jahr 2014 ausgeglichen abgeschlossen. Die Verschuldung des Landes hat sich im Jahr 2014 um 75 Millionen € verringert. Die Rücklagen wurden um 9 Millionen € aufgestockt.

Die Landesregierung konnte damit im Jahr 2014 das dritte Mal in Folge Schulden tilgen. Dass das früher anders war, wissen Sie und hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung angesprochen. Deswegen waren diese Schritte wichtig und es waren Schritte in die richtige Richtung. Das war auch ein Erfolg der Vorgängerregierung unter dem Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff und auch des Vorgängers in meinem Amt, Jens Bullerjahn, den ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen will.

Der Haushalt 2014 umfasste ein Gesamtvolumen von 10 Milliarden €. Der Landesrechnungshof hat die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung geprüft und bei den örtlichen Erhebungen festgestellte Mängel in den Jahresberichten 2015 dargestellt.

Im Ergebnis zeigen die Feststellungen des Landesrechnungshofes - bei einem Gesamtvolumen von gut 10 Milliarden € kann das auch gar nicht anders sein -, dass die Landesverwaltung durchaus Bereiche hat, in denen sie ihre Anstrengungen noch erhöhen muss, das Verwaltungshandeln effizienter zu gestalten. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass die Landesverwaltung bestrebt ist, sich diesbezüglich auch fortzuentwickeln.

Der Ausschuss für Finanzen und der Unterausschuss Rechnungsprüfung haben die in den Jahresberichten für 2015 aufgeführten Beanstandungen des Landesrechnungshofes in mehrere Sitzungen eingehend erörtert. Dabei wurden zum Beispiel zuwendungsrechtliche Themen und Fragen zum öffentlichen Personennahverkehr behandelt. Kollegin Feußner hat darauf hingewiesen. Einzelheiten hierzu finden Sie auch in den Jahresberichten des Rechnungshofes sowie in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Die vorliegende Beschlussempfehlung sieht unter Nr. 1 vor, der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung zu erteilen. Als Finanzminister kann ich dies nur begrüßen. Die Mehrheit der in den Jahresberichten des Landesrechnungshofes aufgeführten Themen sind abschließend behandelt worden. Bei einem geringen Teil bestehen immer noch Berichtspflichten. Die Abarbeitung dieser Berichtspflichten wird die Landesregierung und den Unterausschuss Rechnungsprüfung noch einige Zeit beschäftigen.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die konstruktiven Beratungen im Finanzausschuss und im Unterausschuss Rechnungsprüfung herzlich bedanken. Diese führten im Ergebnis zum vorliegenden Beschlussentwurf, den ich ausdrücklich begrüße. Sie werden heute entsprechend Artikel 97 der Landesverfassung über die Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2014 abstimmen. Der Haushalt für das Jahr 2014 wird damit seinen Abschluss finden. Ich bitte Sie daher recht herzlich, der Beschlussempfehlung zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von Olaf Meister, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke dem Minister für die Ausführungen. - Wir steigen jetzt in die Debatte ein. Für jede Fraktion ist eine Redezeit von fünf Minuten vorgesehen. Als ersten Redner bitte ich den Abg. Herrn Farle nach vorn. Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde heute empfehlen, keine Entlastung zu erteilen. Wir haben uns im Finanzausschuss entsprechend verhalten und positioniert. Die Gründe dafür, dass wir dieser Empfehlung nicht zustimmen werden, sind die Probleme, die bei der Gelegenheit der Überprüfung zahlreicher Sachverhalte deutlich geworden sind.

Zunächst einmal möchte ich mich ganz klar bei dem Landesrechnungshof bedanken, der eine hervorragende Arbeit leistet und tatsächlich die Verwaltung und die Abgeordneten darauf hin-

weist, was man besser machen muss, wo Fehler passiert sind, und der wirklich den Finger in die Wunden legt.

(Zuruf von Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE)

Aber der Eindruck, den man unwillkürlich gewinnt - - Entschuldigen Sie bitte, Sie haben wohl kein Interesse an der Finanzpolitik, aber das schadet ja nichts, es geht ja nur um Millionenbeträge.

(Zustimmung bei der AfD - Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: An der schon, aber an Ihnen nicht!)

Es muss aber wichtig für uns alle sein. Der Landesrechnungshof müsste eigentlich in seinen Rechten gestärkt werden. Das ist meine Meinung; denn er kommt mir manchmal vor wie der Rufer in der Wüste. Es wird auf bestimmte Dinge hingewiesen. Wir sitzen dann da und sind uns im Finanzausschuss auch durchaus darin einig, dass es so nicht geht, aber es passiert am Ende nichts, außer wohlmeinenden Empfehlungen. Am Ende wird jetzt ein Deckel zugemacht.

Ich zeige Ihnen das einmal an zwei Punkten auf. Erster Punkt: Es geht um 80 Millionen €. Darauf hat Kollege Poggenburg schon hingewiesen. 80 Millionen € sind bei der IBG im Verlauf von wenigen Jahren, nämlich von 2007 bis 2013, verbrannt worden. Das ist Risikokapital. Jemand aus dem Publikum hat gesagt, bei Risikokapital kann man mal eben 80 Millionen € vernichten.

Das ist aber mitnichten so. Wer sich in den Firmen auskennt, die mit Risikokapital arbeiten, der weiß, dass sich von zehn Firmen vielleicht nur zwei oder drei Unternehmen gut entwickeln und sieben Unternehmen vielleicht abschmieren. Gut, darum ist es Risikokapital, aber die zwei oder drei Unternehmen, die sich gut entwickeln, müssen die Verluste wettmachen, die die anderen sieben Unternehmen mit sich bringen. Dann kann auch eine Risikokapitalgesellschaft - sie muss das auch - im Verlauf einer Periode einen Überschuss erwirtschaften. In dem Fall ist es überhaupt nicht der Fall, sondern es ist alles buchstäblich in die Hose gegangen. Dann zu sagen, das ist okay so und das lassen wir laufen, das kann nicht sein.

Meine Damen und Herren! Das zweite Beispiel, das ich bringen will, ist eigentlich noch schlimmer, nämlich die Sache mit der Solaranlage im Bereich Bitterfeld-Wolfen. Es sind 9,5 Millionen € in ein Solaranlagenunternehmen investiert worden; die Anlagen hätten fünf Jahre lang produzieren müssen. Nach anderthalb Jahren ist dort aber nichts mehr produziert worden.

Die Leute sind bei völlig anderen Anlagen eingesetzt worden. Man kann nun sagen, okay, die Arbeitsplätze waren vorhanden. Aber die Auflagen, die man mit einem Fördermittelbescheid

verbindet, sind eindeutig. Wenn darin steht, dass Maschinen für 9,5 Millionen € gefördert werden unter der Auflage, dass sie fünf Jahre lang im Betrieb produzieren und so und so viele Leute dort tätig sind, dann kann man nicht nach anderthalb Jahren Schluss machen.

Tatsächlich ist aber etwas ganz anderes passiert. Es wurde damals nämlich eine Vorab-Kontrolle vom Wirtschaftsministerium gefordert. Wissen Sie, was passiert ist? - Das Wirtschaftsministerium hat es noch nicht einmal für nötig gehalten, jemanden dorthin zu schicken, der feststellen konnte, dass dort nach anderthalb Jahren gar nichts mehr passiert. Das musste erst die Fernscheidung „Fakt“ aufdecken.

Meine Redezeit von fünf Minuten ist in 20 Sekunden vorbei. Ich komme zum Ende. Ich denke, dass viel zu lasch mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen wird, sowohl bei Beraterverträgen als auch bei Investitionsbeteiligungsgesellschaften. Das muss sich in Zukunft ändern. Damit bin ich punktgenau am Ende meiner Rede. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke dem Abgeordneten für die Ausführungen. - Für die SPD spricht der Abg. Herr Dr. Schmidt. Herr Dr. Schmidt, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank. - Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, Sie haben dieser Debatte alle entgegengefeuert.

(Guido Heuer, CDU, lacht - Swen Knöchel, DIE LINKE: Ich schon!)

Ich will versuchen, nicht alles zu sagen, was ich denke, und auch der Versuchung zu widerstehen, die hinreichend wolkigen Ausführungen des Herrn Farle, die wieder in die Kategorie märchenhafte Vereinfachung gehören, zu ergänzen. Ich empfehle die Lektüre dieses Berichtes all denen, die bisher fanden, das sei langweilig.

Die Vorsitzende, der ich an dieser Stelle ausdrücklich danken will, hat bereits umfassend zum Thema berichtet, sodass ich gar nicht alles wiederholen muss und will. Ich will sagen: Das Zusammenspiel - an dieser Stelle auch Dank an die Ministerien und den Landesrechnungshof - zwischen dem Landesrechnungshof, der Regierung, dem Unterausschuss Rechnungsprüfung hat funktioniert. Für mich war es das erste Mal, aber es hat zum wiederholten Mal funktioniert. Der Landesrechnungshof prüft, kommt zu Feststellungen, die Regierung nimmt Stellung und der Rechnungsprüfungsausschuss entwickelt daraus Empfehlungen.

Wenn Sie die Zeit und Muße hätten, sich diese Unterlagen anzuschauen, dann würden Sie feststellen, dass es kaum eine dieser Empfehlung gibt, die nicht im Rechnungsprüfungsausschuss aus der Stellungnahme heraus weiterentwickelt worden wäre. Kaum eine Empfehlung ist so geblieben, wie sie am Anfang festgestellt wurde. Das spricht für dieses Zusammenspiel. Das spricht dafür, dass die Beratungsfunktion des Landesrechnungshofes im Sinne von Verbesserung der bestehenden Zustände funktioniert hat.

Ich will an der Stelle einen Punkt herausgreifen und ergänzen, weil er mir systematisch von Bedeutung zu sein scheint. Die überörtlichen Prüfungen des Landesrechnungshofes bei Kommunen sowohl zum Thema Personal als auch zum Thema Verwendung von Städtebaufördermitteln haben eine ganze Reihe von Fehlern und Defiziten bei den Kommunen aufgedeckt, die wir verhandelt haben auch hinsichtlich der Frage, was das in dem Fall Fördermittel ausreichende Landesverwaltungsamt oder das Fördermittel bescheidende Ministerium tun kann.

Dabei wurde auch sehr deutlich, dass die Kommunalaufsicht gefordert ist, und zwar nicht als Organ der Aufsicht im klassischen und engeren Sinne, also als Organ der Genehmigung oder Nicht-Genehmigung oder der Kassierung von Beschlüssen, sondern so, wie es der Landesrechnungshof gegenüber der Regierung ist, nämlich als Organ der Beratung, Hilfe und Prüfung mit dem Ziel der Verbesserung.

Aus diesen Fällen - wenn man sie zusammen nimmt - wird überdeutlich, dass die Kommunalaufsichten, sowohl die des Landesverwaltungsamtes für die Kreise und kreisfreien Städte als auch die Kommunalaufsichten der Kreise - ich sehe, dass der Innenminister das ganz genau verfolgt -, an dieser Stelle diese Rolle noch stärker ausfüllen können. Sehr geehrter Herr Minister, ich möchte Ihnen ans Herz legen, dass wir uns an dieser Stelle fortentwickeln.

Ich nenne jetzt ein Beispiel: Wenn eine Kommune Städtebaufördermittel verbaut und keine Baugenehmigung hat, vermutlich, um im Zeitablauf noch zurande zu kommen, dann ist das nicht nur ein Problem für das MLV, das über diese Fördermittel entschieden hat, sondern dann ist das ein Problem der Kommunalaufsicht, weil Kommunen nicht nur nicht mit Städtebaumitteln, sondern überhaupt nicht ohne Baugenehmigung bauen sollen.

Dabei wird eine Kommunalaufsicht gebraucht, die sich nicht nur anschaut, was genehmigt werden kann oder was nicht, sondern die einer kommunalen Verwaltung hilft, indem sie sagt: Jetzt versuchen wir uns der Probleme einfach einmal auf dem kurzen Weg zu entledigen. Dabei gibt es meiner Ansicht nach noch Entwicklungspotential.

Das ist nicht die einzige Feststellung, die man an dieser Stelle machen kann, aber das ist die, auf die ich hinweisen wollte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Dr. Schmidt für die Ausführungen. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt Frau Abg. Heiß. Frau Abg. Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Schmidt, im Gegensatz zu Ihnen bin ich äußerst motiviert und habe mich auf diese Debatte gefreut. Deswegen und obwohl Sie auch ein bisschen unmotiviert sind, möchte ich trotzdem den Dank an alle Kolleginnen und Kollegen im Unterausschuss für die sehr konstruktive Zusammenarbeit richten. Ich glaube, es ist einer der kollegialsten Ausschüsse, in denen ich mitarbeite.

Auch der Landesrechnungshof ist uns immer eine sehr große Hilfe, auch deswegen,

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

weil er intensiv und gründlich und sogar in abgeordnetengerechter Sprache die Sachen aufarbeitet - nicht ganz unwichtig. Deswegen können wir hier auch vernünftig arbeiten.

Ich hätte einige Sachen zu kritisieren. Eines hat mir Herr Farle schon abgenommen: das Großprojekt in der Solarbranche. Auch dieses hatte ich mir vorgenommen, zu kritisieren. Das lasse ich jetzt weg. Ich habe aber noch zwei weitere Themen, die ich gern kurz ansprechen würde: Zum einen die teure Unterbringung der Landesverwaltung und zum anderen die sanierte Turnhalle in Wolmirstedt.

Die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei wissen wahrscheinlich gerade am besten, wie der Stand der Sanierung der Landesliegenschaften ist. Das Problem heißt hier Sanierungsstau und hat ein Preisschild von ungefähr 300 Millionen €. Statt aber den Sanierungsstau zu reduzieren, mietet die Landesregierung immer weiter neue fremde Projekte an.

Allein im Jahr 2014 wurden in drei Ressorts landeseigene Liegenschaften leergezogen und es wurde fremd angemietet: Dazu gehört zum Beispiel das Umweltministerium, das komplett umgezogen worden ist. Die Landesregierung mietet weiter munter vor sich hin, während Leerstand und Sanierungsstau sich ständig erhöhen.

In den Haushaltsverhandlungen gab es zum Beispiel in letzter Minute auch noch einen Antrag der

Koalition zum Verbleib des Wirtschaftsministeriums. Das soll nämlich auch weiterhin im City-Carré bleiben. Das kostet 1,5 Millionen € für die Unterbringung dort, und zwar 1,5 Millionen € pro Jahr.

Dabei stehen in Magdeburg allein ungefähr 40 000 m² landeseigene Liegenschaften leer. Hier gäbe es eine Chance, tatsächlich ein bisschen Geld zu sparen, auch langfristig zu sparen, die laxe Handhabung der Landesregierung etwas zu reduzieren und das Geld dort einzusetzen, wo es tatsächlich fehlt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir möchten gern das Ausgabenverhältnis „viel für Fremdanmietung, wenig für Sanierung“ umdrehen.

Eine weitere teure Immobilie im Land war dem Landesrechnungshof sogar einen eigenen Beitrag wert. Das ist die Jahn-Sporthalle in Wolmirstedt. Gestern war dazu auch etwas in der „Volksstimme“ zu lesen. Weil die Gesamtfinanzierung des Projektes sowohl vom Land als auch von der Stadt nicht ordentlich geprüft wurde, entstand der Stadt dadurch ein Schaden von einer halben Million Euro.

Auch die Bauvergaben wiesen gravierende Fehler auf, das Vergaberecht wurde nicht immer eingehalten. Sogar die Antikorruptionsbehörde der EU hat sich eingeschaltet und den Vorwurf der Korruption und Einflussnahme erhoben.

Abgesehen von der politischen Brisanz und der noch immer offenen Fragen muss das Land nun den kompletten EU-Anteil selbst tragen und sich dem stellen. Hier erwarten wir demnächst - wie Frau Feußner schon sagte - den Bericht der Landesregierung noch vor der Sommerpause.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! So interessant der Rechnungsprüfungsausschuss auch manchmal sein mag, wäre es doch viel schöner, wenn es weniger solcher zum Teil haarsträubender Fälle im Land gäbe. Es ist gut, dass sich der Ausschuss mit den genannten Themen auch weiterhin beschäftigt.

Für die vorliegende Beschlussempfehlung haben wir uns für diejenigen, die noch da sind, etwas Schönes ausgedacht. Wir möchten gern die Abstimmung einzeln, punktweise in Reihenfolge der aufgeführten Nrn. 1 bis 7 beantragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Frau Heiß für Ihre Ausführungen. - Ich habe noch eine Nachfrage: Jeder Punkt 1 bis 7 soll einzeln abgestimmt werden?

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

- Danke. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Herr Meister. Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke schön. - Solange wir über die Punkte nicht namentlich abstimmen müssen, bin ich schon zufrieden.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Doppelhaushalt 2017/2018 ist gerade in Kraft getreten und bereitet den Weg für die neuen Vorhaben im Land. Passend blicken wir zurück und haben die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014 als Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen vor uns.

Gemäß einem Verfassungsauftrag hat der Landesrechnungshof in seinen ausgewählten Prüfungen diverse Mängel aufgezeigt und Hinweise dazu erstellt. Für diese wichtige Arbeit gilt ihm mein Dank. Der Unterausschuss Rechnungsprüfung hat sich intensiv mit den Detailfragen befasst und verschiedenste Schlussfolgerungen gezogen, über die Sie heute mit abstimmen werden.

Neben Mängelfeststellungen, wie zum Beispiel bei der Förderung des Fehlbildungsmonitorings, der zu kritisierenden Bearbeitung eines komplexen Steuerfalls - dabei ging es um die Schlossgruppe Neugattersleben, wir hatten zu diesem Thema schon Aktuelle Debatten -, gab es auch Verstöße insbesondere bei der Finanzierung und Vergabe von Leistungen für den Umbau der Jahn-Sporthalle Wolmirstedt. Meine Vorredner sind darauf eingegangen.

Ein großer Teil des Schadens bleibt letztlich bei den Steuerzahlern hängen. 200 000 € europäische Fördermittel sind weg und müssen nun vom Land beglichen werden. Wir hatten im Rechnungsprüfungsausschuss auch die entsprechenden Mitarbeiter des Landesverwaltungsamtes da. Das war zum Teil ernüchternd, die Art und Weise, wie man dort - - Ich hatte nicht den Eindruck, dass dort Problembewusstsein herrschte, und eine Verantwortungsübernahme ist auch nicht erfolgt.

Wir werden das Problem weiter haben. Einige werden sich noch an die Aktuelle Debatten dazu erinnern können. Ich sage einmal, 25 000 € für Fliesen in bar und solche Nummern - das waren schon größere Dinge, die wir da feststellen mussten. Ich meine, dass wir dabei tatsächlich schauen müssen, wie es weiter geht.

Vor allem wäre es mir wichtig, dass in der Verwaltung ein kritischer Blick darauf kommt. Was passiert ist, ist passiert, das wird man nicht zurückdrehen können. Aber es muss ein Problembewusstsein geben. Ich möchte, dass man das zukünftig anders macht.

Ich möchte nun insbesondere noch auf die Frage des festgestellten Missmanagements bei der Ver-

gabe von Risikokapital durch die IBG-Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt eingehen, welche uns in erheblichem Umfang auch in der Vergangenheit schon beschäftigt hat. Wir hatten ja bis hin zum Untersuchungsausschuss und auch in Aktuelle Debatten im Landtag dazu einige Diskussionen.

Mit der Umstrukturierung der IBG im Jahr 2007 wollte die Landesregierung das Management der Risikokapitalbeteiligung durch eine Privatisierung verbessern. Man muss feststellen, dies ist nicht gelungen. Die private Firma Goodvent sollte den Erhalt und Ausbau des Kapitalstocks der IBG sichern und zusätzliches privates Kapital für Unternehmensbeteiligungen einwerben. Im Zeitraum 2007 bis 2013 sind dem Land nach Berechnungen des Landesrechnungshofes jedoch rund 80 Millionen € verloren gegangen. Das ist zum Teil bei Risikokapital nicht gänzlich außerhalb dessen, was passieren kann, aber mit der Art und Weise, wie dort Dinge passiert sind, haben wir uns intensiv beschäftigt.

Das professionelle Handling, also die Feststellung der Fondsgelder, erfolgte nicht, die Dokumentation der Einhaltung von Förderkriterien, insbesondere der Standortvoraussetzungen, des KMU-Status, also des Status der kleinen und mittelständischen Unternehmen, sowie des Ausschlusses von Unternehmen in Schwierigkeiten - sie dürfen keine Förderung bekommen - fand für einzelne Beteiligungsnehmer nicht statt. Auch interne Prozessanweisungen boten keine ausreichende Grundlage für ein einheitliches und transparentes Handeln. Es fehlte ein verbindliches Regelwerk.

Die Maßgaben des Beteiligungsausschusses konnten nicht umgesetzt werden, seine Einbeziehung erfolgte nicht ordnungsgemäß und dieser konnte seinen Pflichten zur Überwachung nicht ordnungsgemäß nachkommen. Als Beispiel seien hier Investmententscheidungen anhand von Tischvorlagen genannt.

Erfreulich ist - erfreulich ist es eigentlich nicht -, dass das Beteiligungsmanagement der IBG neu ausgeschrieben wurde. Dazu sei erwähnt, dass der Landesrechnungshof zur Vergabe Stellung genommen und empfohlen hatte, das Beteiligungsmanagement auf der Basis des damaligen Geschäftsbesorgungsvertrages nicht zu vergeben. Der Vertrag wurde dann jedoch bekanntlich zum 1. Juli 2015 ungeachtet der Empfehlung des Landesrechnungshofes geschlossen. - So weit zu den unerfreulichen Stellungnahmen.

Kommen wir zu den erfreulicheren Dingen, die aus derselben Situation erwachsen, nämlich dass nach der Stellungnahme der Landesregierung vom 18. März 2016 das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und das Ministerium der Finanzen klargestellt haben, dass die

IBG ihre Arbeits- und Prüfprozesse sowie deren Dokumentation grundlegend neu organisiert hat.

Das neue Regelwerk sieht eine Kontrolle hinsichtlich der Einhaltung sämtlicher beihilfe- und förderrechtlicher Vorgaben durch die Geschäftsführer der IBG vor.

Darüber hinaus ist die Beteiligung der Gremien der IBG vor wesentlichen Anpassungen und Änderungen von Finanzierungsbedingungen klarer geregelt worden.

Es bleibt die Aufgabe, die Arbeit der IBG stärker auf einen nachhaltigen Einsatz der Fördermittel auszurichten, um Verlusten entgegenzuwirken, sowie strategische Zielvorgaben für die gewünschte und erforderliche Vergabe von Risikokapital auch politisch verantwortlich zu formulieren und die Zielerreichung zu überwachen.

Der Ausschuss für Finanzen hat die Landesregierung gebeten, bis zum 30. April 2017 schriftlich über die deutlich verbesserte Umsetzung des Beteiligungscontrollings zu berichten. Wir haben aktuell gerade noch einmal einen neuen Fonds von 50 Millionen € aufgelegt. In diesem Zusammenhang ist das erfolgt.

Insgesamt bitte ich Sie, der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den dortigen Feststellungen und Bemerkungen zu folgen und die Landesregierung zu entlasten. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Meister für die Ausführungen. - Zum Schluss spricht für die CDU die Abg. Frau Feußner. Frau Feußner, Sie haben das Wort.

Eva Feußner (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jedem interessierten Abgeordneten empfehlen, sich einmal mit dieser Beschlussempfehlung auseinanderzusetzen, einmal hineinzuschauen. Der Rechnungsprüfungsausschuss steht in der Regel nicht so im öffentlichen Interesse wie andere Ausschüsse. Das ist leider so, obwohl wir uns durchaus - das sage ich wirklich ehrlich - mit sehr spannenden Themen auseinandersetzen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Das stimmt! - Kristin Heiß, DIE LINKE: Ja!)

Die CDU-Fraktion empfiehlt die Entlastung für das Jahr 2014.

Exemplarisch möchte ich - ich hatte eigentlich vor, auf drei Themen einzugehen - auf zwei Themen noch einmal gesondert eingehen, die auch bei uns im Ausschuss besonders im Fokus unserer Betrachtungen standen.

Erstens die fehlerhafte Prüfung von Auflagen eines Zuwendungsbescheides bei einem Großprojekt während der Zweckbindungsfrist. Hierbei handelt es sich um eine Förderung eines Großprojektes auf dem Solarzellenmarkt. Dieses Projekt hatte ein Investitionsvolumen von rund 70 Millionen €. Davon wurden 7 Millionen € aus EU- und 2,5 Millionen € aus Landesmitteln finanziert.

Da die geförderte Anlage leider nur kurz in Betrieb war und während der Zweckbindungsfrist mindestens dreieinhalb Jahre lang im Standby-Modus verharrte, legte der Landesrechnungshof dem Wirtschaftsministerium, übrigens mehrmals, nahe, vor Ablauf dieser Frist die Situation vor Ort bei der Zuwendungsempfängerin zu prüfen. Dies ist nur teilweise erfolgt, zumindest nicht durch die empfohlene Vor-Ort-Kontrolle. Der Landesrechnungshof mahnte hierzu an, eine Rückforderung zu prüfen. Dies lehnte das Wirtschaftsministerium ebenfalls ab.

Gemeinsam mit dem Landesrechnungshof ist der Unterausschuss der Auffassung: Wenn in einer Betriebsstätte nicht produziert wird, kann auch der Zweck der Förderung nicht erreicht werden.

Fazit, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist eine Kontrolle durch die EU-Behörde. Sie ergab die gleichen Schlussfolgerungen, sodass das Land nunmehr - man höre und staune - die Förderung in Höhe von 7 Millionen € zurückzahlen muss. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, das halte ich schon für eine sehr hinterfragungswürdige und kritische Geschichte.

Herr Meister sprach vorhin von einem doch sehr fraglichen Problembewusstsein. Das könnte ich hier an der Stelle auch bekräftigen. Die Mittel, 7 Millionen €, gehen also nunmehr dem Land verloren. Es sind reine Landesmittel, die uns verlorengehen. Ich sage: So leichtfertig darf man mit Steuermitteln aus unserer Sicht nicht umgehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben die Vorgehensweise des Ministeriums stark kritisiert und fordern entsprechende Konsequenzen im Bereich der Förderung von Großprojekten, was auch aus unserem Beschluss hervorgeht.

Ein Zweites möchte ich noch ansprechen: die überörtliche Kommunalprüfung mit dem Schwerpunkt Personalprüfung. Der Landesrechnungshof prüft seit 2005 verstärkt die Personalbewirtschaftung unserer Kommunen mit über 2 000 Einwohnern. Dabei geht es um die Eingruppierung von Beschäftigten und die Dienstpostenbewertungen von Beamten.

Die Tätigkeits- und Dienstpostenbewertungen stellen eine wesentliche Einflussgröße auf die Höhe der Personalkosten dar. Leider ist es immer

wieder erstaunlich, dass häufig gar keine Prüfung möglich ist, da die erforderlichen Unterlagen fehlen bzw. unvollständig sind oder nicht mit der Stellenbeschreibung übereinstimmen. Gleiches gilt für die Nachvollziehbarkeit der Zuordnungen zu den Bewertungsstufen der einzelnen Bewertungsmerkmale bei der Dienstpostenbewertung.

Hier werden nachweisbar Mehrkosten bzw. unnötige Haushaltsbelastungen vonseiten der Kommunen produziert. Gerade im Blick auf die Konsolidierung der kommunalen Haushalte ergeben sich hierbei Potenziale, die häufig nicht in der Betrachtung der Verantwortlichen vor Ort stehen. Deshalb empfehlen wir, diese Prüfung des Landesrechnungshofes als Chance zu sehen und die Beratungen diesbezüglich auch anzunehmen.

Wir als CDU-Fraktion plädieren deshalb dafür - das ist jetzt kein Beschluss; das haben wir bereits im Unterausschuss Rechnungsprüfung diskutiert -, die Prüfrechte des Landesrechnungshofes auszuweiten auf die Kommunen unter 25 000 Einwohner.

(Zustimmung bei der CDU)

Gemeinsam mit den Rechnungsprüfungsämtern könnten so unseren Kommunen Hinweise und Anregungen gegeben werden für eine angemessene Personalbewirtschaftung und -verwaltung. Ich glaube, das ist auch bezüglich einer effizienten Haushaltsführung den Kommunen sehr dienlich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Frau Feußner für die Ausführungen.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Wir stimmen ab über die Beschlussempfehlung in der Drs. 7/1161, und zwar über die darin enthaltenen Punkte 1 bis 7. Seitens der Fraktion DIE LINKE wurde der Antrag gestellt, über jeden einzelnen Punkt gesondert abzustimmen, womit wir jetzt beginnen werden.

Wir stimmen als Erstes über den Punkt 1 der Beschlussempfehlung ab. Wer für den Punkt 1 dieser Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Regierungskoalition. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Jetzt muss ich vielleicht erwähnen, es wurde vorhin schon gezählt, so wie die Besetzung im Moment ist, hat die Regierungskoalition die Mehrheit. Wird das so akzeptiert? - Es sind 39 : 33 Stimmen.

(Unruhe)

Dann stimmen wir jetzt über Punkt 2 ab. Wer für den Punkt 2 der Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wiederum stimmt die Regierungskoalition dafür. Wer stimmt dagegen? - Die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Dementsprechend ist dieser Punkt ebenfalls angenommen worden.

Wir kommen zu Punkt 3 der Beschlussempfehlung. Wer stimmt für den Punkt 3 der Beschlussempfehlung? - Es ist das komplette Haus. Der Vollständigkeit halber: Wer stimmt dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Damit ist dieser Beschluss einstimmig angenommen worden.

Wir kommen jetzt des zum Punkt 4 der Beschlussempfehlung. Wer stimmt für diesen Punkt 4? - Das ist ebenfalls wieder das komplette Haus. Wer ist dagegen? - Sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist der Punkt 4 ebenfalls durch das komplette Haus angenommen worden.

Punkt 5 der Beschlussempfehlung. Wer stimmt dafür? - Das ist die Regierungskoalition. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Auch dieser Punkt ist dementsprechend angenommen worden.

Wir kommen zu Punkt 6 der Beschlussempfehlung. Wer stimmt für den Punkt 6? - Ich sehe, das komplette Haus. Gibt es Gegenstimmen? - Die sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist der Punkt 6 durch alle Fraktionen bestätigt worden.

Wir kommen zum letzten Punkt, dem Punkt 7. Wer stimmt für Punkt 7 der Beschlussempfehlung? - Ebenfalls wieder das komplette Haus. Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Somit ist die Beschlussempfehlung in der Drs. 7/1161 angenommen worden.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 25. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 13. Sitzungsperiode für den 4. und 5. Mai 2017 ein. Ich wünsche allen ein gutes Wochenende! Die Sitzung des Landtages ist damit geschlossen.

Schluss der Sitzung: 18:11 Uhr.